

Beschluss (vorläufig)

K-1: Präambel

Gremium: LDK
Beschlussdatum: 20.03.2021
Tagesordnungspunkt: K-1 Präambel

1. Präambel

Berlin ist wunderbar und hat noch viel mehr Potential. Wir haben die Vision einer klimaneutralen, lebenswerten und gerechten, einer offenen und freien Weltstadt. Mit Mut im Herzen und voller Tatkraft sind wir 2016 angetreten, genau dafür zu arbeiten. Wir waren die Neuen, die Regierungsverantwortung übernommen haben. Wir haben gekämpft und wir haben viel erreicht. Nun verlangt uns allen die Corona-Krise viel ab. Wir sind uns aber sicher: Diese Stadt hat alles, was es braucht, um gerechter und ökologischer und krisenfester zu werden. Aber Berlin muss sich jetzt dafür entscheiden.

Es geht aufwärts in Berlin

Gemeinsam bauen wir auch in Zeiten einer Pandemie die klimaneutrale und solidarische Stadt. Eine Metropole, in der allen Menschen alle Wege offenstehen – gleich ob reich oder arm, jung oder alt, ob sie mit einer Behinderung leben oder nicht, welches Geschlecht sie haben, wen sie lieben, woran sie glauben, wie sie aussehen oder wo sie geboren wurden. Eine Stadt mit weltweiter Ausstrahlung, die für ihre Offenheit, Vielfalt und Toleranz bekannt ist. Eine Großstadt mit gesunden Bäumen, frischer Luft, klarem Wasser in der Spree und schnellem Netz auf dem Smartphone und zuhause. Mit Fahrradwegen und Elektrobussen, mit Solarpaneelen auf den Dächern und an den Fassaden und frisch sanierten Schulen, mit ausreichend Kitaplätzen und gesundem Essen aus der Region, mit weniger Müll, mehr öffentlichem Verkehrsangebot, zuverlässigen, digitalen Bürger*innendiensten, mit guter ärztlicher Versorgung in ganz Berlin, dem Wochenmarkt und dem Einzelhandel in der Nähe und der Kiezkneipe an der Ecke.

Über Jahrzehnte wurde in Berlin für das Auto geplant, die „autogerechte Stadt“ in Beton gegossen. Nun ist die Verkehrswende eingeleitet. Überall entstehen Fahrradwege, mit Autos verstopfte Kieze werden langsam zu neuen Lebensräumen. Mieter*innen dieser Stadt leiden immer noch darunter, dass landeseigene Wohnungen verscherbelt wurden. Heute kämpfen wir gemeinsam mit ihnen um jedes Haus, kaufen Wohnungen an, stärken den Neubau und haben die Mieten gedeckelt. Wir haben das „Ausländeramt“ zum „Einwanderungsamt“ gemacht und ein wirksames Landesantidiskriminierungsgesetz geschaffen. Wir haben Kohlekraftwerke abgeschaltet und investieren viel Geld, um die Schulen zu sanieren, die wir in miserablen Zustand vorgefunden haben. Nach jahrelangem Sparen haben wir wieder Personal in Ämtern und Verwaltung eingestellt und Hunderte U-Bahn-Wagen und Elektrobusse für die BVG geordert. Jahrzehntlang wurde Berlin kaputtgespart und zubetoniert. Diese Versäumnisse lassen sich nur mühsam beheben. Aber die Wende haben wir eingeleitet: Wir erhalten und schaffen neue Freiräume für Wirtschaft, Kultur, die Freigeister dieser Stadt und das Leben. Die Natur kehrt nach Berlin zurück, neue Bäume wachsen, Dächer werden begrünt. Über 100.000 neue Jobs sind entstanden und in unserer Stadt gilt heute der bundesweit höchste Mindestlohn. Es geht aufwärts in Berlin.

Die Substanz bewahren und die Stadt entwickeln

Die Corona-Krise zeigt, wie wichtig das ist, was wir begonnen haben. Wir haben beherzt gehandelt, um den vielen Solo-Selbstständigen, Kulturschaffenden und kleinen Betrieben

40 unserer Stadt schnell und unkompliziert zu helfen. In der Krise wurde deutlich, wie richtig
41 es war, dass wir seit 2016 in die Widerstandsfähigkeit und Stabilität Berlins investiert
42 haben: Investitionen in die Krankenhäuser, in die Digitalwirtschaft, der massive
43 Wiederaufbau von Personal in den Bezirksämtern, die Sicherheit, dass die Kosten der
44 Unterkunft übernommen werden, wenn es knapp wird – all das sind wir vor der Krise
45 angegangen. In der Krise war unsere solide öffentliche Grundversorgung mit einem stabilen
46 Gesundheits- und Sozialsystem die Basis, die unsere Stadt zusammenhielt. Die Krise hat uns
47 darin bestätigt, dass sich das Kaputtsparen der öffentlichen Infrastruktur bitter rächen
48 kann. Auch die vielen Pop-up-Radwege, die in der Krise die Bewegungsfreiheit auf Abstand
49 erleichtert haben, beruhten auf jahrelanger Planung zur Umgestaltung des öffentlichen Raums.
50 Nach der Krise ist diese Substanz nun die Basis, auf der wir unsere große Vision der Stadt
51 weiterbauen.

52 Die Herausforderungen sind enorm und wir brauchen Mut, sie entschlossen anzugehen. Wir
53 müssen jetzt die Klimakatastrophe stoppen, denn wir werden die letzte Generation sein, die
54 dazu die Chance haben wird. Wir müssen jetzt entschieden handeln, wenn Verdrängung und
55 soziale Spaltung zwischen Arm und Reich unsere Gesellschaft zu zerreißen drohen. Und wir
56 müssen uns jetzt Rechtsextremist*innen, Populist*innen und Neonazis entgegenstellen, die
57 dazu aufrufen, unsere demokratische und weltoffene Gesellschaft zu zerstören. Wir sind und
58 bleiben antifaschistisch: nie war es dringlicher, diese Herausforderungen anzugehen.

59 **Wir haben einen Auftrag...**

60 Berlin hat alles, um gerechter und ökologischer aus der Krise zu kommen, als es
61 hineingegangen ist. Aber Berlin muss sich jetzt dafür entscheiden.

62 Wenn Berlin sich dafür entscheidet, können wir gemeinsam das Klima schützen und die
63 Verkehrswende voranbringen, lebendige Kieze entwickeln und Wohnen bezahlbar halten, die
64 Wirtschaft ökologisch modernisieren und Arbeitsplätze schaffen, Kitas, Schulen und Berlin
65 als Wissenschaftsstandort zukunftsfest machen, eine freie und offene Gesellschaft sichern
66 und unsere Demokratie bewahren. Nach fünf Jahren grüner Regierungsbeteiligung haben wir die
67 Wende eingeleitet, mit einem Auftrag für fünf Jahre an der Spitze kann noch viel mehr
68 gelingen.

69 **...und schmieden Bündnisse für die Zukunft**

70 Diese Stadt erfolgreich zu führen, heißt die Bündnisarbeit zur politischen Methode zu
71 erheben. Alleine werden wir unsere Vision nicht verwirklichen können. Deshalb haben wir auch
72 für dieses Programm mit Zukunftskräften dieser Stadt zusammengearbeitet – Initiativen,
73 Umweltverbände, Gewerkschaften, Wissenschaftler*innen, Glaubensgemeinschaften und
74 Unternehmen haben uns beraten. Und gemeinsam mit allen, die für Berlin brennen, können wir
75 auch die Aufgaben bewältigen: Berlin zu einer Stadt umzubauen, in der es egal ist, woher man
76 kommt, und nur zählt, wohin wir gemeinsam gehen wollen. Berlin zu einer Stadt umzubauen, in
77 der Unterschiede ausgehalten werden, in der Babys und Beats, Bienen und Bauen ihren Platz
78 finden. Berlin zu einer Stadt umzubauen, in der radikale Ideen zu vernünftigen Lösungen
79 werden können. Daran wollen wir weiter arbeiten. Die Zukunft liegt in unserer Hand.

Beschluss (vorläufig)

Präambel

Gremium: LDK
Beschlussdatum: 22.03.2021
Tagesordnungspunkt: K-1 Präambel

1. Präambel

Berlin ist wunderbar und hat noch viel mehr Potential. Wir haben die Vision einer klimaneutralen, lebenswerten und gerechten, einer offenen und freien Weltstadt. Mit Mut im Herzen und voller Tatkraft sind wir 2016 angetreten, genau dafür zu arbeiten. Wir waren die Neuen, die Regierungsverantwortung übernommen haben. Wir haben gekämpft und wir haben viel erreicht. Nun verlangt uns allen die Corona-Krise viel ab. Wir sind uns aber sicher: Diese Stadt hat alles, was es braucht, um gerechter und ökologischer und krisenfester zu werden. Aber Berlin muss sich jetzt dafür entscheiden.

Es geht aufwärts in Berlin

Gemeinsam bauen wir auch in Zeiten einer Pandemie die klimaneutrale und solidarische Stadt. Eine Metropole, in der allen Menschen alle Wege offenstehen – gleich ob reich oder arm, jung oder alt, ob sie mit einer Behinderung leben oder nicht, welches Geschlecht sie haben, wen sie lieben, woran sie glauben, wie sie aussehen oder wo sie geboren wurden. Eine Stadt mit weltweiter Ausstrahlung, die für ihre Offenheit, Vielfalt und Toleranz bekannt ist. Eine Großstadt mit gesunden Bäumen, frischer Luft, klarem Wasser in der Spree und schnellem Netz auf dem Smartphone und zuhause. Mit Fahrradwegen und Elektrobussen, mit Solarpaneelen auf den Dächern und an den Fassaden und frisch sanierten Schulen, mit ausreichend Kitaplätzen und gesundem Essen aus der Region, mit weniger Müll, mehr öffentlichem Verkehrsangebot, zuverlässigen, digitalen Bürger*innendiensten, mit guter ärztlicher Versorgung in ganz Berlin, dem Wochenmarkt und dem Einzelhandel in der Nähe und der Kiezkeipe an der Ecke.

Über Jahrzehnte wurde in Berlin für das Auto geplant, die „autogerechte Stadt“ in Beton gegossen. Nun ist die Verkehrswende eingeleitet. Überall entstehen Fahrradwege, mit Autos verstopfte Kieze werden langsam zu neuen Lebensräumen. Mieter*innen dieser Stadt leiden immer noch darunter, dass landeseigene Wohnungen verscherbelt wurden. Heute kämpfen wir gemeinsam mit ihnen um jedes Haus, kaufen Wohnungen an, stärken den Neubau und haben die Mieten gedeckelt. Wir haben das „Ausländeramt“ zum „Einwanderungsamt“ gemacht und ein wirksames Landesantidiskriminierungsgesetz geschaffen. Wir haben Kohlekraftwerke abgeschaltet und investieren viel Geld, um die Schulen zu sanieren, die wir in miserablen Zustand vorgefunden haben. Nach jahrelangem Sparen haben wir wieder Personal in Ämtern und Verwaltung eingestellt und Hunderte U-Bahn-Wagen und Elektrobusse für die BVG geordert. Jahrzehntelang wurde Berlin kaputtgespart und zubetoniert. Diese Versäumnisse lassen sich nur mühsam beheben. Aber die Wende haben wir eingeleitet: Wir erhalten und schaffen neue Freiräume für Wirtschaft, Kultur, die Freigeister dieser Stadt und das Leben. Die Natur kehrt nach Berlin zurück, neue Bäume wachsen, Dächer werden begrünt. Über 100.000 neue Jobs sind entstanden und in unserer Stadt gilt heute der bundesweit höchste Mindestlohn. Es geht aufwärts in Berlin.

Die Substanz bewahren und die Stadt entwickeln

Die Corona-Krise zeigt, wie wichtig das ist, was wir begonnen haben. Wir haben beherzt gehandelt, um den vielen Solo-Selbstständigen, Kulturschaffenden und kleinen Betrieben

40 unserer Stadt schnell und unkompliziert zu helfen. In der Krise wurde deutlich, wie richtig
41 es war, dass wir seit 2016 in die Widerstandsfähigkeit und Stabilität Berlins investiert
42 haben: Investitionen in die Krankenhäuser, in die Digitalwirtschaft, der massive
43 Wiederaufbau von Personal in den Bezirksämtern, die Sicherheit, dass die Kosten der
44 Unterkunft übernommen werden, wenn es knapp wird – all das sind wir vor der Krise
45 angegangen. In der Krise war unsere solide öffentliche Grundversorgung mit einem stabilen
46 Gesundheits- und Sozialsystem die Basis, die unsere Stadt zusammenhielt. Die Krise hat uns
47 darin bestätigt, dass sich das Kaputtsparen der öffentlichen Infrastruktur bitter rächen
48 kann. Auch die vielen Pop-up-Radwege, die in der Krise die Bewegungsfreiheit auf Abstand
49 erleichtert haben, beruhten auf jahrelanger Planung zur Umgestaltung des öffentlichen Raums.
50 Nach der Krise ist diese Substanz nun die Basis, auf der wir unsere große Vision der Stadt
51 weiterbauen.

52 Die Herausforderungen sind enorm und wir brauchen Mut, sie entschlossen anzugehen. Wir
53 müssen jetzt die Klimakatastrophe stoppen, denn wir werden die letzte Generation sein, die
54 dazu die Chance haben wird. Wir müssen jetzt entschieden handeln, wenn Verdrängung und
55 soziale Spaltung zwischen Arm und Reich unsere Gesellschaft zu zerreißen drohen. Und wir
56 müssen uns jetzt Rechtsextremist*innen, Populist*innen und Neonazis entgegenstellen, die
57 dazu aufrufen, unsere demokratische und weltoffene Gesellschaft zu zerstören. Wir sind und
58 bleiben antifaschistisch: nie war es dringlicher, diese Herausforderungen anzugehen.

59 **Wir haben einen Auftrag...**

60 Berlin hat alles, um gerechter und ökologischer aus der Krise zu kommen, als es
61 hineingegangen ist. Aber Berlin muss sich jetzt dafür entscheiden.

62 Wenn Berlin sich dafür entscheidet, können wir gemeinsam das Klima schützen und die
63 Verkehrswende voranbringen, lebendige Kieze entwickeln und Wohnen bezahlbar halten, die
64 Wirtschaft ökologisch modernisieren und Arbeitsplätze schaffen, Kitas, Schulen und Berlin
65 als Wissenschaftsstandort zukunftsfest machen, eine freie und offene Gesellschaft sichern
66 und unsere Demokratie bewahren. Nach fünf Jahren grüner Regierungsbeteiligung haben wir die
67 Wende eingeleitet, mit einem Auftrag für fünf Jahre an der Spitze kann noch viel mehr
68 gelingen.

69 **...und schmieden Bündnisse für die Zukunft**

70 Diese Stadt erfolgreich zu führen, heißt die Bündnisarbeit zur politischen Methode zu
71 erheben. Alleine werden wir unsere Vision nicht verwirklichen können. Deshalb haben wir auch
72 für dieses Programm mit Zukunftskräften dieser Stadt zusammengearbeitet – Initiativen,
73 Umweltverbände, Gewerkschaften, Wissenschaftler*innen, Glaubensgemeinschaften und
74 Unternehmen haben uns beraten. Und gemeinsam mit allen, die für Berlin brennen, können wir
75 auch die Aufgaben bewältigen: Berlin zu einer Stadt umzubauen, in der es egal ist, woher man
76 kommt, und nur zählt, wohin wir gemeinsam gehen wollen. Berlin zu einer Stadt umzubauen, in
77 der Unterschiede ausgehalten werden, in der Babys und Beats, Bienen und Bauen ihren Platz
78 finden. Berlin zu einer Stadt umzubauen, in der radikale Ideen zu vernünftigen Lösungen
79 werden können. Daran wollen wir weiter arbeiten. Die Zukunft liegt in unserer Hand.

Beschluss (vorläufig)

Kapitel 2: Berlin neu denken – eine Metropole für Mensch und Natur

Gremium: LDK
 Beschlussdatum: 20.03.2021
 Tagesordnungspunkt: K-2 Kapitel 2

1 2. Berlin neu denken – eine Metropole für Mensch und 2 Natur

3 In den vergangenen Jahren folgte ein Hitzesommer auf den nächsten. Berlins Bäume und
 4 Pflanzen leiden massiv unter der Trockenheit und den hohen Temperaturen. Das Nahrungsangebot
 5 für Insekten, Vögel und Säugetiere verringert sich. Menschen leiden unter gesundheitlichen
 6 Problemen – besonders Ältere, kleine Kinder und sozial Benachteiligte. Diese extremen
 7 Wetterlagen werden noch stärker zunehmen. Es ist deshalb zentral, Berlin auf die Folgen der
 8 Klimakrise vorzubereiten und den Beweis anzutreten, dass und wie auch eine Metropole
 9 klimaneutral werden kann. **Unsere Vision ist ein Berlin voller grüner Oasen und kühlen**
 10 **Entlastungsräumen, von begrünten Haltestellen und schattenspendenden Alleen mit Pocketparks,**
 11 **Kanälen, grünen Dächern und begrünten Fassaden.** Wir wollen den Umbau Berlins vorantreiben:
 12 zu einer Metropole, in der ökologische Verantwortung und Umweltgerechtigkeit sowie moderne
 13 Infrastruktur und eine gute Grundversorgung für alle keine Gegensätze sind, sondern
 14 Grundpfeiler einer nachhaltigen Stadtentwicklung. Noch ist Berlin eine der grünsten
 15 Metropolen Europas. Parks, Wälder und Seen bringen Lebensqualität und schaffen ein
 16 angenehmes Stadtklima. Sie kühlen in heißen Sommern unsere Stadt, sind Lebensraum für viele
 17 Tiere und binden CO₂. Doch auch diese wichtige Stadtnatur ist durch die Erderhitzung
 18 gefährdet. Die Klimakrise ist eine reale Gefahr für unsere Existenzgrundlage auf diesem
 19 Planeten. Gerade Menschen aus dem globalen Süden, die am wenigsten zur Klimakrise
 20 beigetragen haben, spüren die Folgen am stärksten. Auch deshalb trägt Berlin als Hauptstadt
 21 eines Industrielandes eine besondere Verantwortung voranzugehen und klimaneutral zu werden.
 22 Das Zeitfenster, die Klimakrise ganz abzuwenden, haben wir bereits verpasst. Aber noch
 23 können wir die schlimmsten Folgen abmildern und ein neues, klimaneutrales Berlin bauen, dass
 24 auch Vorbild für andere Metropolen sein kann. Um Berlin auf den 1,5-Grad-Pfad zu bringen,
 25 müssen wir jetzt handeln!

26 Klimaneutrales Berlin

27 Berlin muss und wird seinen Beitrag leisten, die Ziele des Pariser Klimaabkommens
 28 einzuhalten. Dafür ist es notwendig, auf den 1,5-Grad-Pfad zu kommen. Deshalb wollen wir
 29 Berlin so schnell wie möglich klimaneutral machen. Wir Grüne haben in den letzten Jahren in
 30 der rot-rot-grünen Koalition – auch gegen Widerstände – eine ambitionierte Klimapolitik
 31 eingefordert und vorangebracht. Der Aufholbedarf war groß, nachdem die Klimapolitik in
 32 Berlin zuvor ein politisches Nischendasein gefristet hatte. Wir haben zwei von vier
 33 Kohlekraftwerken abgeschaltet und dafür gesorgt, dass Berlin als erstes Bundesland die
 34 Klimanotlage ausgerufen hat. Wir werden überall dort, wo das Land die Befugnis hat, weitere
 35 Maßnahmen anstoßen, die uns in diesen Bereichen zu Klimaneutralität bis spätestens 2035
 36 führen können. Damit Berlin insgesamt schnellstmöglich klimaneutral werden kann, sind auch
 37 grundlegende Änderungen auf Europa- und Bundesebene erforderlich. Wir wollen die
 38 gesetzlichen Grundlagen schaffen, um auch auf den Dächern der Stadt, und allen sonst
 39 geeigneten Flächen der Stadt, zu 100 Prozent auf erneuerbare Energien umzusteigen. Zukünftig
 40 werden wir eine Solaranlage auf Berliner Dächern zum Standard machen.

41 Die Berliner Stadtwerke werden für fast alle Bezirke Solarpakete schnüren, haben die Kälte-
42 und Wärmeversorgung der Urban Tech Republic übernommen und mit dem größten in Berlin-
43 Brandenburg genehmigten Windpark Albertshof erneuerbare Energien für 30.000 Haushalte ans
44 Netz genommen. Der vollständige Rückkauf des Berliner Stromnetzes beendet nicht nur einen
45 jahrelangen Rechtsstreit, sondern ermöglicht endlich gezielte Investitionen in die
46 Infrastruktur der Energiewende der Stadt und die genossenschaftliche Beteiligung der
47 Bürger*innen zur aktiven Mitgestaltung über die BürgerEnergie Berlin. Mit Beginn der
48 Coronapandemie wurden Stromsperrungen ausgesetzt. Wir setzen uns auf Bundesebene dafür ein,
49 dass diese Vorschrift künftig zwischen Mitte Herbst und Ende des Winters fortgeführt wird.
50 Um den hohen CO₂-Ausstoß im Gebäudebestand deutlich zu reduzieren, haben wir ein neues
51 Sanierungsförderprogramm entwickelt und die gesetzliche Grundlage für eine klimaschonende
52 Wärmeversorgung geschaffen.

53 Neubauten sollen von Anfang an so geplant werden, dass sie ohne fossile Energieträger
54 auskommen. Wir setzen den ambitionierten Ausbau der erneuerbaren Energien sozial gerecht
55 fort, damit wir bis spätestens 2030 alle Kohlekraftwerke in Berlin vom Netz nehmen können
56 und Berlin somit auf den 1,5-Grad-Pfad bringen.

57 **Verkehrswende: der Mensch im Mittelpunkt**

58 Mit dem Rad, zu Fuß oder mit dem öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) an jeden Ort der
59 Stadt zu gelangen macht Berlin zu einer lebenswerten Metropole. Deshalb ist unser Ziel, dass
60 alle Menschen in Berlin rasch, sicher, bequem und klimaneutral unterwegs sein können. Unser
61 Ziel ist klar: Wir wollen Berlin so gestalten und Angebote schaffen, dass niemand mehr ein
62 privates Pkw benötigt, um in Berlin mobil sein zu können. Um Berlin auf den 1,5 Grad-Pfad zu
63 bringen, ist eine Verkehrswende dringend nötig, denn noch immer ist der Verkehr einer der
64 wenigen Sektoren, in dem die Verschmutzung steigt statt sinkt. Wir werden und wollen dies
65 ändern und setzen in der Verkehrswende auf die Maximen: Verringern, Verlagern und Vermeiden.
66 So bringen wir Berlin auf den 1,5-Grad-Pfad, leisten einen entscheidenden Beitrag die
67 Klimakrise noch abzuwenden und machen gleichzeitig Berlin lebenswerter und sicherer, da wir
68 Barrierefreiheit und Teilhabe zu Bestandteilen der Verkehrswende machen. Außerdem wollen wir
69 die besitzunabhängigen Mobilität fördern, so wird aus der ökologischen auch eine soziale
70 Verkehrswende. Je mehr Menschen kein eigenes Auto mehr brauchen, desto mehr Platz bleibt für
71 diejenigen, die nicht auf ihr Auto verzichten können.

72 Anstatt Verkehrswege nur für Autos zu planen, stellen wir den Menschen in den Mittelpunkt
73 der städtischen Mobilitätsplanung. So werden wir uns an den Bedürfnissen der Menschen, wie
74 gutes Klima, gute Luft, Spiel- und Sportflächen, Wege zum Einkaufen sowie Wege mit Älteren
75 und Kindern orientieren. Dies schützt nicht nur das Klima, sondern nimmt auch alle
76 Berliner*innen in den Blick, die sich kein eigenes Auto leisten können oder wollen, denn sie
77 sind besonders auf einen attraktiven ÖPNV sowie auf gute Rad- und Fußwege angewiesen. Dafür
78 haben wir Grüne ein bundesweit einmaliges Mobilitätsgesetz verabschiedet, um den Verkehr,
79 zweitgrößten Verursacher von CO₂ in der Stadt, emissionsärmer, leiser und sicherer zu
80 machen. Wir haben damit gesetzlich sichergestellt, dass bei der Verkehrsplanung der
81 Umweltverbund, also Fußgänger*innen, Fahrräder und öffentliche Verkehrsmittel, vor dem
82 Autoverkehr zu berücksichtigen sind. Immer mehr Berliner*innen steigen auf den ÖPNV und das
83 Fahrrad um – ob klassisch, als Lastenrad oder Pedelec. Das liegt nicht nur an der wachsenden
84 Anzahl von Radwegen in der Stadt, sondern auch daran, dass die neuen Radwege wesentlich
85 breiter und sicherer sind. Schließlich haben wir damit begonnen, die begrenzten Flächen in
86 der Stadt gerechter zu verteilen, indem wir Straßenräume, die vormals ausschließlich Autos
87 vorbehalten waren, für Fußgänger*innen und Radfahrer*innen geöffnet haben. An der
88 Friedrichstraße haben wir es vorgemacht, viele andere Straßen werden bald schon folgen –
89 temporär oder am besten dauerhaft.

90 Nicht nur für den Klimaschutz ist die Verkehrswende wichtig. Wir schützen damit auch die
91 Gesundheit der Menschen an besonders vom Verkehr belasteten Straßen. Sie erkranken nicht nur
92 öfter an Lungen-, sondern auch an Herz-Kreislauf-Erkrankungen. Dazu trägt auch die hohe
93 Lärmbelastung bei. Deshalb ist es gut, dass wir an vielen Straßen Tempo 30 eingeführt haben
94 und damit nicht nur die Abgas-, sondern auch die Lärmbelastung reduzieren. Und auch Fluglärm
95 wollen wir nachhaltig mindern. Wir wollen dafür sorgen, dass die Menschen wenigstens in der
96 Nacht in Ruhe schlafen können. Deshalb muss am BER ein striktes Nachtflugverbot zwischen 22
97 und 6 Uhr gelten.

98 Nur wenn sich Fußgänger*innen und Radfahrer*innen sicher bewegen können und Busse und Bahnen
99 günstig, zuverlässig und eng getaktet fahren, entscheiden sich Menschen für klimafreundliche
100 Mobilität. Deshalb haben wir milliardenschwer in den Ausbau von Bahnen und Bussen
101 investiert: mehr Strecken, mehr Waggon, kürzere Taktung und mehr Elektroantrieb.
102 Mittlerweile bringen die ersten E-Busse die Berliner*innen sauber und leise durch die Stadt,
103 der Ausbau von weiteren Tramlinien und die Einrichtung zusätzlicher Busspuren sind bereits
104 in vollem Gange. Unser Ziel ist ein Netz ohne Lücken. Dafür wird auch die Erweiterung
105 bestehender S- und U-Bahn-Strecken geprüft und vorangetrieben. Entscheidendes Kriterium ist
106 der positive Klimaeffekt und eine ehrliche Kosten-Nutzen-Analyse. Darüber hinaus ist es auch
107 entscheidend, dass alle sich das Ticket für Bus und Bahn leisten können. Deshalb haben wir
108 die Preise für das Sozial-, Azubi- und Firmenticket stark gesenkt und Schüler*innen können
109 seit 2019 in Berlin sogar kostenlos durch die Stadt fahren.

110 Die von uns angestoßene Verkehrswende schafft mehr Teilhabegerechtigkeit, indem mehr
111 Bewegungsfreiheit in der Stadt ermöglicht wird. Wenn wir Alternativen zum Auto ausbauen,
112 profitieren auch die, die auf das Auto angewiesen sind. Dennoch hat das Auto mit
113 Verbrennungsmotor in der Stadt keine Zukunft, zu hoch sind die Schadstoffbelastung, der
114 Flächenverbrauch und die Lärmemission. Deshalb wollen wir bis spätestens 2030 die Innenstadt
115 zu einer Null-Emissions-Zone umgestalten, in die weitestgehend keine Fahrzeuge mit klima-
116 und gesundheitsschädlichem Verbrennungsmotor mehr fahren dürfen und die wir sukzessive auf
117 weitere Teile Berlins ausdehnen wollen. Den Umstieg auf klimaneutrale Mobilität und
118 klimaneutrale Antriebe wollen wir, soweit Mehrkosten entstehen, für diejenigen sozial
119 abfedern, die auf ein Auto in der Stadt angewiesen sind. Wir wissen, dass die Verkehrswende
120 nur gelingen kann, wenn die Innenstadt und die Außenbezirke gleichermaßen vom Ausbau
121 profitierten. Weniger dicht besiedelte Gebiete sollen ein ebenso attraktives
122 Mobilitätsangebot wie in gut angeschlossenen Gebieten erhalten, denn die Erreichbarkeit darf
123 nicht vom Wohnort im Innen- oder Außenbezirk abhängen.

124 **Berlins Stadtgrün sichern**

125 Berlin muss nicht nur CO₂-Emissionen einsparen, es muss auch sein Stadtgrün auf die bereits
126 akuten Folgen des Klimawandels vorbereiten und klare Klimaanpassungsziele und Strategien
127 dafür entwickeln.

128 Ansonsten werden unsere Lebensgrundlagen, unsere Gesundheit und auch unser Stadtgrün und die
129 Stadtnatur massiv in Mitleidenschaft gezogen. Deshalb ist der Umbau Berlins zu einer
130 resilienten – widerstandsfähigen – Stadt nicht nur eine Frage moderner Häuser, Transportwege
131 und moderner Wirtschaft, sondern auch eine Frage der Gesundheit. Bereits jetzt ist absehbar,
132 dass wir in Zukunft mit noch weniger Regen und längeren Hitzeperioden zu kämpfen haben
133 werden. Deshalb müssen viele Flächen entsiegelt und gerecht verteilt werden, damit der
134 wenige Regen vor allem dort nutzbar gemacht werden kann, wo er fehlt. Die Gründung der
135 Regenwasseragentur war dafür ein erster wichtiger Schritt. Mit dem Programm „1.000 Grüne
136 Dächer“ oder dem Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm werden auch auf der
137 zivilgesellschaftlichen Ebene der Ausbau des Stadtgrüns und der Klimaschutz gefördert. Wir
138 wollen Konzepte miterarbeiten, um das große Potential der Stadtbäume und deren Baumscheiben

139 zusammen mit Baumpat*innen und Anwohnenden gemeinsam zu pflegen, zu schützen und das
140 öffentliche Lebensumfeld bürger*innennah zu gestalten. Das Grüne-Dächer-Programm wollen wir
141 ausweiten und mit der Förderung der biologischen Vielfalt sowie einer gleichzeitigen
142 Aufstellung von Solaranlagen verbinden.

143
144 Mit der „Charta Stadtgrün“ haben wir einen Plan vorgelegt, wie zukünftig die
145 Grünflächenentwicklung in der Stadt aussehen soll. Jahrzehntlang wurde die Grünpflege in
146 Berlin finanziell und personell ausgeblutet. Damit haben wir Schluss gemacht und die Mittel
147 für die Baum- und Parkpflege massiv erhöht. Durch die Stadtbaumkampagne konnten 10.000
148 zusätzliche Straßenbäume in Berlin gepflanzt werden. Außerdem haben wir in die Strukturen
149 investiert und die Bezirke mit mehr Geld für ihr Grünflächenamt und für ihre Bäume
150 ausgestattet. Diesen Weg werden wir weitergehen um so die Anzahl der Bäume zu steigern und
151 insgesamt mehr grüne und blaue Infrastruktur aufzubauen. Mit dem Kleingartenentwicklungsplan
152 2030 haben wir fast alle Kleingärten für die kommenden Jahre geschützt und wir werden uns
153 auch darüber hinaus für ihren Erhalt einsetzen.

154 **2.1 Klimaneutrales Berlin. Wir machen den Weg frei**

155 Wir meinen es ernst mit dem Klimaschutz. Die Ausrufung der Klimanotlage, das Abschalten von
156 zwei Berliner Kohlekraftwerken und der Einstieg in eine konsequente Verkehrswende waren
157 erste wichtige Schritte. Doch es bleibt keine Zeit, sich auf diesen Erfolgen auszuruhen. Wir
158 streiten weiterhin dafür, Berlin auf den 1,5-Grad-Pfad zu bringen und die Pariser Klimaziele
159 zu erreichen. Klimaschutz muss deshalb Verfassungsrang in unserer Stadt bekommen. In der
160 kommenden Wahlperiode werden wir uns in Verhandlungen dafür einsetzen, mindestens ein
161 weiteres Kohlekraftwerk abzuschalten und dadurch jährlich fast eine halbe Million Tonnen CO₂
162 einzusparen, bis 2030 sollen alle Kohlekraftwerke vom Netz gehen. Die energetische
163 Gebäudesanierung wollen wir deutlich ausbauen sowie sozial gerecht gestalten. Gleichzeitig
164 wollen wir die Anforderungen des Artenschutzes beachten - denn Klimaschutz und
165 Klimafolgenbewältigung sollen Hand in Hand gehen. Die Berliner Stadtwerke werden
166 weiterwachsen und der zentrale Dienstleister für Energie- und Quartiersprojekte des Landes
167 und der Bezirke werden. Wir werden prüfen, in wie weit eine Energiewende-Agentur in
168 öffentlicher Trägerschaft ein Partner für die Verwaltung sowie für Unternehmen sein kann und
169 bei der Umsetzung von Aktivitäten zur Energiewende unterstützen kann. Dabei nutzen wir auch
170 die große Klima- und Energiewendekompetenz, die in Berlin vorhanden ist. Und wir setzen uns
171 dafür ein, dass Klimagerechtigkeit in ganz Berlin gilt und alle Bezirke sowie Menschen von
172 den Maßnahmen profitieren.

173 **Solar auf allen Dächern – die Energiewende in Berlin umsetzen**

174 Damit Berlin seine CO₂-Emissionen radikal reduzieren kann, brauchen wir die Energiewende hin
175 zu 100 Prozent erneuerbarer Energie. Das größte Potential liegt dabei im Ausbau der
176 Solarenergie auf Dächern und an Fassaden Berlins. Die Stadt kann dadurch ihren Anteil von
177 derzeit 1 Prozent Solarstrom auf 25 Prozent der gesamten hier verbrauchten Energie bis 2035
178 erhöhen. Wir wollen gesetzlich festschreiben, dass der Einbau von Solaranlagen zur Strom-
179 und Wärmegewinnung bei Neubauten und bei wesentlichen Dachumbauten verpflichtend wird. Die
180 Stadtwerke Berlin werden für alle geeigneten bezirklichen Bestandsgebäude Solarpakete sowie
181 Photovoltaik-Lösungen für neue Quartiere und Neubauprojekte anbieten und umsetzen. Wir
182 werden die notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen zur Verfügung stellen, um bis
183 2025 alle öffentlichen Gebäude, auf denen das nach aktuellem technischen Stand möglich und
184 sinnvoll ist, vollständig mit Solaranlagen auszustatten. Die für Photovoltaik geeigneten
185 Dachflächen werden dabei konsequent ausgenutzt. Mit der Gründung des „SolarZentrums Berlin“
186 haben wir bereits die Beratung und den Austausch zur Solarwende massiv gefördert. Die
187 digitale Plattform Solardachbörse wollen wir weiter stärken, so dass nicht genutzte Dächer
188 für den Aufbau von Solaranlagen zur Verfügung gestellt werden können. Das erfolgreiche

189 Energiespeicherprogramm wollen wir fortführen und weiter ausbauen. Darüber hinaus wollen wir
190 die integrierte Planung von Strom- und Wärme-Netzen weiter ausbauen und so mit den
191 dazugehörigen geeigneten Speichern eine effiziente Integration der lokal gewonnen Energie
192 vorantreiben.

193 Auch Privathaushalte und Unternehmen wollen wir motivieren, erneuerbare Energien selbst zu
194 produzieren und zu verbrauchen. Die Grundlage dafür ist der „Masterplan Solar City“, den wir
195 in den letzten Jahren erarbeitet haben. Darüber hinaus werden wir die Zusammenarbeit von
196 Berlin und Brandenburg intensivieren und gemeinsame Bürgerenergieprojekte zu Solar- und
197 Windkraftparks initiieren, um die gemeinsame 100%-Erneuerbare Energieregion zu
198 verwirklichen. Dabei sind solare Freilandanlagen mit landwirtschaftlicher Nutzung oder einer
199 naturfreundlichen Wiesengestaltung auf der Fläche zu verbinden. Wir prüfen, ob wir auf den
200 Flächen der Stadtgüter verstärkt Solar- und Windparks einrichten können. Auch Kleinstanlagen
201 für den privaten Gebrauch stärker direkt oder indirekt gefördert werden. Die
202 Mieter*innenstrom-Projekte sollen deutlich ausgebaut werden. Für die Umsetzung müssen wir
203 alle Akteure einbeziehen und fördern, insbesondere die Berliner Stadtwerke aber auch
204 Energiegenossenschaften und engagierte Bürger*innen. Dafür werden wir auch die
205 Speicherkapazitäten ausbauen.

206 **Wärmesektor umbauen - Gebäude modernisieren**

207 Die Hälfte aller klimaschädlichen Emissionen Berlins fallen im Gebäude- und Wärmesektor an.
208 Auch hier wollen wir den Treibhausgasausstoß der Hauptstadt massiv reduzieren. Zentral dafür
209 ist eine gesamtstädtische Wärmeplanung basierend auf einem Wärmekataster, das die
210 erneuerbaren Wärmepotenziale ebenso erfasst wie die bestehenden Wärmebedarfe. Hier sind wir
211 bereits erste Schritte gegangen und werden diesen Weg weitergehen, denn gerade durch eine
212 Wärmeplanung können die verschiedenen Akteur*innen und Aktivitäten der Wärmewende
213 koordiniert werden. Häuser, die energetisch modernisiert werden, sollen - wo möglich - auch
214 bei der Wärmerversorgung klimaneutral werden. Unser Ziel ist eine integrierte
215 Infrastrukturplanung, die Strom und Wärme sektorübergreifend sinnvoll nutzt.

216 In der Fernwärmeerzeugung haben wir den Kohleausstieg bis 2030 erfolgreich vorangetrieben.
217 Ab 2030 muss Berlin kohlefrei sein. Wir halten zudem am Ziel fest, die Fernwärme bis 2035
218 komplett auf erneuerbare Energien umzustellen. So entschieden wir Grüne sagen, dass der
219 Einsatz von Erdgas für die Stromversorgung keine Option sein darf, sagen wir auch, dass im
220 Bereich der Wärme der Einsatz von Erdgas schnellstmöglich überwunden sein muss. Deshalb
221 werden wir die Potenziale für die Dekarbonisierung des Fernwärmenetzes immer wieder auf den
222 aktuellen und neuesten Stand bringen, um so den 1,5-Grad-Pfad zu erreichen. Damit aus
223 Potentialen auch konkrete CO₂-Einsparungen werden, haben wir mit der Novelle des Berliner
224 Energiewendegesetzes schon die Einspeisung von Erneuerbaren Energien durch Dritte
225 ermöglicht. Diesen Weg wollen wir weitergehen und die Fernwärme durch CO₂-Grenzwerte und
226 eine Erneuerbare-Energien-Quote regulieren, und dazu die erneuerbaren Wärme-Potentiale immer
227 wieder neu prüfen und maximal nutzen, um die Kohlewärme vollständig über Einsparungen und
228 durch erneuerbare Wärme zu ersetzen.

229 Unser Ziel ist, den Einsatz von Erdgas so schnell und konsequent wie möglich zu minimieren.
230 Wir werden nicht zulassen, dass Vattenfall die Dekarbonisierung verzögert und mit fossilen
231 Energien unnötig Geld verdient. Wir kämpfen für den schnellstmöglichen Erdgasausstieg.
232 Außerdem sollen die Temperaturen im Netz schrittweise abgesenkt werden. So heben wir die in
233 Berlin vorhandenen Erneuerbaren Wärmepotentiale und machen einen Gaseinsatz schnellstmöglich
234 überflüssig. Dabei ist für uns auch die Müllverbrennung nicht als klimaneutral anzusehen.
235 Wir setzen uns daher auf Bundesebene dafür ein, dass auch diese unter die CO₂-Bepreisung
236 fällt.

237 Neben der Fernwärme sollen auch alle anderen Formen der Wärmeerzeugung bis 2035 klimaneutral
238 werden. Dafür wollen wir den Austausch von Gas- und Ölkesseln durch klimaneutrale
239 Heizungsanlagen, wie Solarthermie oder Wärmepumpen, noch stärker als bisher fördern und die
240 Nutzung von Geothermie erleichtern sowie die Nahwärme etwa aus der Abwasserkanalisation
241 besser nutzen. Den rechtlichen Rahmen hierfür soll das Berliner Erneuerbare-Wärme-Gesetz
242 bieten. Auf Bundesebene wollen wir uns dafür einsetzen, dass auch dort keine neuen
243 Erdgasheizungen mehr gefördert werden und keine neuen Öl- und Gasheizungen mehr eingebaut
244 werden dürfen. Wir setzen auf eine integrierte Infrastrukturplanung aus Strom- und
245 Wärmenetzen sowie den dazugehörigen Speichern und uns ist bewusst, dass nach aktuellem
246 Wissensstand Wasserstoff und dessen Derivate rar und teuer sind.

247 Außerdem setzen wir auf lokale Wärmeerzeugung in Berlins Kiezen: Jenseits der Fernwärme
248 sollen neue dezentrale Nahwärmenetze sowie der Anschluss an diese auf Quartiersebene
249 gefördert werden, in die örtlich erzeugte Wärme aus verschiedenen erneuerbaren Quellen
250 eingespeist und lokal verteilt wird. Mit der Service- und Beratungsstelle für energetische
251 Quartiersentwicklung haben wir hierfür bereits eine wichtige Anlaufstelle geschaffen. Diese
252 Netze sollen mit möglichst niedrigen Temperaturen betrieben werden und eine Perspektive auf
253 weitere Temperaturabsenkungen bieten. Außerdem werden wir auch die Kühlung der Stadt und der
254 Gebäude vorantreiben, sei es durch Techniken der Verdunstungskühlung, Dach- und
255 Fassadenbegrünung oder Techniken der natürlichen Lüftung.

256 Um die Klimaziele Berlins zu erreichen, müssen wir noch deutlich stärker die energetische
257 Modernisierung von Gebäuden voranbringen und die Sanierungsquote erheblich steigern, um so
258 auf den 1,5-Grad-Pfad zu kommen. Dafür ist auch eine Ausbildungs- und
259 Qualifizierungsstrategie im Handwerk nötig. Auch hier gibt es große CO₂-Einsparpotentiale.
260 Allerdings ist nicht hinnehmbar, dass Modernisierungskosten, wie derzeit im Bundesmietrecht
261 vorgesehen, komplett auf Mieter*innen abgewälzt werden. Das schafft keine Akzeptanz für
262 Klimaschutzmaßnahmen und befördert soziale Verdrängung. Stattdessen setzen wir uns für eine
263 faire Kostenverteilung im Sinne eines Drittelmodells zwischen den Mieter*innen, den
264 Vermieter*innen und der öffentlichen Hand ein. Bis dies auf Bundesebene realisiert ist,
265 schöpfen wir die Möglichkeiten auf Landesebene aus. Dazu gehört neben der Deckelung der
266 Umlage für Mieter*innen, wie derzeit im Mietendeckel verwirklicht, und die Bereitstellung
267 von Landesfördermitteln, auch die Einführung des Stufenmodells, das Immobilienbesitzende in
268 die Pflicht nimmt. Für Mieter*innen soll die Warmmiete durch sinkende Energiekosten neutral
269 bleiben. Die höhere Kaltmiete sollte sich durch niedrigere Energiekosten wieder ausgleichen.
270 Dazu bedarf es jedoch einer Änderung der energetischen Modernisierungsumlage auf Bundesebene
271 und einer stärkeren Förderung energetischer Modernisierungsmaßnahmen hier in Berlin. Mit dem
272 Bauinformationszentrum wollen wir einen niedrigschwelligen Anlaufpunkt für Mieter*innen und
273 Immobilienbesitzende schaffen, die sich hier informieren und vernetzen können. Die Beratung
274 soll dabei alle gesellschaftlichen Gruppen ansprechen und Angebote - beispielsweise auch für
275 Frauen oder Menschen mit Sprachbarrieren - entwickeln.

276 Neben der energetischen Modernisierung werden wir weitere Maßnahmen ergreifen, um den
277 Wärmeverbrauch zu reduzieren. Zusätzlich wollen wir Wohngemeinschaftsprojekte fördern, uns
278 auf Bundesebene für ein Recht auf Wohnungstausch einsetzen, und Menschen unterstützen, die
279 ihre Wohnung tauschen wollen.

280 **Klimaschutz zur Querschnittsaufgabe machen – das Berliner Klima-Budget**

281 Wir werden die Senatsarbeit so umgestalten, dass konkrete Ziele und Aufgaben
282 handlungsleitend sind und nicht der alleinige Ressortzuschnitt. Es ist entscheidend, dass
283 alle mit voller Kraft sich beispielsweise dem Ziel des Klimaschutzes verpflichtet fühlen und
284 ihr Handeln an der Erfüllung dieses Zieles messen lassen. Für die Berliner Verwaltungen muss
285 Klimaschutz zur Querschnittsaufgabe werden. Das braucht klare Strukturen,
286 Verantwortlichkeiten und mehr zuständiges Personal auf Landes- und Bezirksebene. Darüber

287 hinaus brauchen wir eine integrierte Infrastrukturplanung, die Strom, Wärme und Mobilität,
288 aber auch Klimaanpassung, Wassermanagement gemeinsam denkt und vorantreibt. Wir wollen, dass
289 jeder Bereich feste Vorgaben für seine jährlichen Treibhausgas-Einsparungen erhält und damit
290 politische Entscheidungen stärker an die Klimaziele knüpfen. Werden die jeweiligen Ziele
291 verfehlt, muss nachgesteuert und die vorgegebene CO₂-Reduktion durch andere Maßnahmen
292 umgesetzt werden. Damit wird auch offengelegt, welche öffentlichen Ausgaben besonders
293 klimaschädlich sind. Die entsprechenden Mittel müssen dann umgewidmet werden.

294 Darüber hinaus wollen wir alle neuen Gesetze und Maßnahmen unter einen Klimavorbehalt
295 stellen. Das Klima-Budget ermöglicht einen zeitnahen und für alle transparenten Überblick
296 über den aktuellen Stand der Berliner CO₂-Emissionen. Mithilfe dieser Daten ist stets
297 transparent, ob der vereinbarte Einsparpfad eingehalten wird und welchen Anteil die
298 verschiedenen Sektoren daran haben. Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, dass die
299 Klimakrise auch als Notsituation im Sinne der Gesetze zur Landesschuldenbremse eingestuft
300 wird und somit Investitionen zur CO₂-Vermeidung vorgenommen werden können. Den Berliner
301 Klimaschutzrat wollen wir stärken und prüfen, in wie weit ein wissenschaftliches Sekretariat
302 dazu beitragen kann. Es soll ihm das Recht eingeräumt werden, rechtzeitig eine Überarbeitung
303 von klimaschädlichen Entscheidungen einzufordern und zu überprüfen, ob Fachverwaltungen und
304 Bezirke ihre Klimaschutz-Vorgaben einhalten. Darüber hinaus wollen wir die Zivilgesellschaft
305 noch stärker in klimapolitische Entscheidungen des Landes einbeziehen und dafür
306 schnellstmöglich einen Klimabürger*innen-Rat einberufen,
307 der Berlins Diversität Rechnung trägt und paritätisch besetzt ist. Hier soll ausgehandelt
308 werden, wie Berlin das Pariser Klimaschutzabkommen einhalten und auf den 1,5 Grad-Pfad
309 gelangen soll. Das Berliner Energie- und Klimaprogramm (BEK) werden wir weiterentwickeln und
310 setzen dabei auch auf verbindliche Maßnahmen. Wir sorgen dafür, dass die zur Verfügung
311 gestellten Mittel noch besser genutzt werden können. Das BEK werden wir ausbauen und dafür
312 sorgen, dass die zur Verfügung gestellten Mittel noch besser genutzt werden können.

313 **Klimaschutz in den Bezirken**

314 Die Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) der Bezirke wollen wir um Klimaschutzkriterien
315 erweitern, damit Bezirke für klimafreundliches und ressourcenschonendes Handeln nicht mehr
316 finanziell bestraft, sondern belohnt werden. In allen Bezirken sollen schnellstmöglich
317 Klimaschutzmanager*innen zum Einsatz kommen, die das Klima-Budget im jeweiligen Bezirk
318 kontrollieren und in allen Ämtern etablieren sowie Hand in Hand mit den
319 Beteiligungsreferaten arbeiten. Dabei muss sowohl technisches Know-how wie Fähigkeit und
320 Befugnis zur Klima-Governance vorhanden sein. Damit die Bezirke stärker als bisher die
321 Mittel aus dem BEK in Anspruch nehmen, müssen sie über ausreichend personelle Ressourcen für
322 die Antragstellung verfügen. Darüber hinaus wollen wir die bezirklichen Bildungs-,
323 Beratungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten im Bereich Klimaschutz und nachhaltiger Techniken
324 des Wassermanagements, der Begrünung und der Grünpflege deutlich ausweiten. In
325 Zusammenarbeit mit der IHK, der Handwerkskammer, sowie den betroffenen Innungen wollen wir
326 Vorgehensweisen entwickeln, um Möglichkeiten, Angebote und Förderprogramme zur Ausbildung in
327 allen für die Energiewende relevanten Berufen zu erarbeiten. Besonderes Augenmerk soll dabei
328 auf Frauen und junge Geflüchtete gelegt werden.

329 **2.2 Berlin summt und brummt: Stadtgrün und** 330 **Artenvielfalt schützen**

331 In keiner anderen Metropole leben so viele Nachtigallen wie in Berlin. Damit das so bleibt,
332 müssen wir Berlins Stadtnatur schützen. Die Klimakrise ist in vollem Gange und hat schon
333 sichtbare Spuren hinterlassen. Neun von zehn Bäumen in Berlin zeigen Schäden, die auf die
334 langen Dürreperioden der letzten Jahre zurückzuführen sind, und nur 7% der Waldbäume waren
335 nach dem letzten Zustandsbericht noch gesund. Gleichzeitig finden sich immer mehr Tiere und

336 selbst ehemalige "Allerweltsarten" auf der Roten Liste. Berlins Stadtgrün ist wertvoll, denn
337 es ist nicht nur ein Ort der Erholung, sondern auch der Artenvielfalt, Frischluftversorgung,
338 Klimakühlung und CO₂-Speicher. Ohne das Grün werden Mensch und Natur in der Stadt enorm
339 unter der Verdichtung, dem Lärm, Stress und den Folgen der Klimakrise leiden. Eine intakte
340 Natur ist kein Luxus, sondern gehört für uns zur Grundversorgung und ist essenzieller Teil
341 der Daseinsvorsorge. Denn neben dem Erreichen der Pariser Klimaziele wird die Klimaanpassung
342 für unsere Stadt eine der größten Herausforderungen in den kommenden Jahren sein.

343 **Stadtgrün erhalten und Bäume pflanzen**

344 Wir haben in den letzten Jahren massiv in die Pflege der Berliner Grünanlagen, der
345 Straßenbäume und Wälder investiert und viel für ihren Schutz getan. Durch uns wurde die
346 größte Grünbauoffensive seit langem angestoßen. In einem Dreiklang aus Flächensicherung,
347 Stärkung des Stadtgrüns und strategischem Ankauf wollen wir unsere Stadt ergrünen lassen. Um
348 dem Klimawandel die Stirn bieten zu können, müssen wir diesen Einsatz verstetigen und weiter
349 ausbauen.

350
351 Wir wollen die Bewässerung und das Pflanzen von Straßenbäumen verbessern. Dazu müssen
352 Straßen und Grünflächenämter besser ausgestattet und die dafür notwendige Infrastruktur
353 ausgebaut werden. Und wir wollen das Engagement der Berlinerinnen und Berliner fördern, auch
354 selber vor der Haustür ihr Stadtgrün zu pflegen. Dazu wollen wir alle Schwengelpumpen wieder
355 in einen funktionsfähigen Zustand versetzen und den Menschen einen erleichterten Zugang zu
356 Informationen geben, die sie dafür brauchen. Unser Ziel ist es, die durch Bauprojekte,
357 Klimaschäden oder Alterung verloren gegangenen Bäume zeitnah durch neue Bäume zu ersetzen
358 und gleichzeitig durch Pflanzungen den Baumbestand in Berlin deutlich zu erhöhen. Bäume, die
359 gefällt werden mussten, werden durch vier junge Bäume ersetzt oder durch vergleichbare
360 Maßnahmen kompensiert werden. Die laufende Stadtbaumkampagne des Senats wollen wir über das
361 Jahr 2021 hinaus fortführen, um das Spenden für Straßenbaumpflanzungen zu ermöglichen. Dabei
362 wollen wir vermehrt Baumarten anpflanzen, die an die klimatischen Veränderungen des 21.
363 Jahrhunderts möglichst gut angepasst sind. Der Erhalt von Bestandsbäumen hat für uns
364 Vorrang. Deshalb wollen wir die Bedingungen für die bestehenden Straßenbäume mit
365 entsprechenden Maßnahmen verbessern. Zusätzlich wollen wir in den Bezirken Obstbäume neu
366 pflanzen, die Schatten spenden, und Berlin mehr und mehr in eine „essbare Stadt“ verwandeln.
367 Damit nicht nur Bäume auf öffentlichen Flächen besser geschützt werden, wollen wir zudem die
368 Baumschutzverordnung aktualisieren, die Liste der zu schützenden Baumarten ausweiten, und
369 dass Verstößen nachgegangen werden muss.

370
371 Damit das Grün in Berlin weiterwächst und Berlin grün wächst, müssen die Maßnahmen der
372 Charta Stadtgrün in einem Handlungsprogramm konkretisiert, finanziert und abgesichert
373 werden. Dabei soll ein besonderes Augenmerk auf die konkrete Grünversorgung in den Kiezen
374 gelegt werden und dabei auch auf Kennzahlen zurückgegriffen werden.

375 Auch Kleingärten sind in der wachsenden Stadt unverzichtbar, sie kühlen die Stadt, erhalten
376 den Artenreichtum und sollten für viele Großstädter*innen auch Naherholungsgebiete sein. Wir
377 wollen sie daher erhalten und schützen. Mit dem Kleingartenentwicklungsplan 2030 haben wir
378 als behördenverbindlichem Planungsinstrument eine wichtige Grundlage gelegt. Aber wir wollen
379 mehr und deshalb darüber hinaus eine langfristige Strategie zur Sicherung der Kleingärten
380 und eine bessere rechtliche Absicherung. Bebauungspläne und der Flächennutzungsplan bieten
381 schon heute die Möglichkeit, den betroffenen Anlagen Sicherheit und Verlässlichkeit zu
382 geben. Kleingärten sollen nur im Ausnahmefall, etwa für die soziale Infrastruktur oder eine
383 verkehrliche Erschließung, weichen müssen. Damit alle Berliner*innen von ihnen profitieren
384 können, sollen sich die Kleingartenanlagen noch mehr als bisher für die Stadtgesellschaft
385 öffnen und neue Formen gemeinschaftlichen Gärtnerns aktiv unterstützen. Durch eine

386 Parzellenteilung von großen Gärten bei Pächterwechsel sollen noch mehr Menschen in den
387 Genuss von Kleingärten kommen. Programme für ökologische Gartenarbeit oder zum Anbau von
388 alten und seltenen Obst- und Gemüsesorten werden wir ausbauen und intensivieren. Auch eine
389 wildnisfreundliche und naturnahe Gartengestaltung unterstützen wir.

390 **Berlin: bestäuberfreundlich und artenreich**

391 Seltene Pflanzen und Tierarten brauchen die Möglichkeit des „Wanderns“, um ihren Genpool zu
392 stärken und die biologische Vielfalt in unseren Biotopen zu erhöhen. Hier müssen endlich
393 genügend Möglichkeiten – wie Fischwandertreppen an Schleusen, Renaturierung der Bäche und
394 Flüsse, Ein- und Ausstiegsmöglichkeiten an den Kanälen und sichere Querungsmöglichkeiten an
395 Autobahnen, Straßen und Brückenneubauten – in wesentlich größerem Umfang als bisher
396 geschaffen werden. Dazu müssen auch die Biotopverbindungen vom Umland in die Innenstadt und
397 das innerstädtische Biotopnetz zwingend erhalten und neu geschaffen werden. Ziel ist ein
398 qualitativ hochwertiger Biotopverbund. Auf Grünflächen und in begrünten Zwischenbereichen
399 des Straßenlands wollen wir insektenfreundliche Wildblumenwiesen einrichten, um Lebensräume
400 für Wildbienen zu schaffen.

401 Wir wollen das von uns zur Förderung der Imkerschaft Erreichte verstetigen und ausbauen. Die
402 schon geschaffene Bienenkoordinierungsstelle an der FU bildet Imker*innen weiter, die
403 Vernetzung der Imkerschaft in Berlin wollen wir unterstützen. Wissenschaftliche Studien zur
404 ökologischen Bienenhaltung werden besser finanziert. Die Kooperation zwischen den
405 Imker*innen und bezirklichen Veterinärämtern wollen wir verbessern.

406 **Weniger Beton, mehr Grün – denn Grünflächenschutz ist Gesundheits- und Klimaschutz**

407 Die letzten drei Sommer in Berlin waren überdurchschnittlich heiß. Vor dem Hintergrund der
408 fortschreitenden Klimakrise ist davon auszugehen, dass dieser Trend langfristig anhält.
409 Extreme Hitze ist gesundheitsschädigend, besonders kleine Kinder, alte Menschen und Menschen
410 mit Vorerkrankungen leiden unter der Hitze. Neben den Klimaschutzmaßnahmen müssen wir
411 deswegen auch Klimaanpassungen vornehmen. Dafür erarbeiten wir konkrete Ziele zur Anpassung
412 an die Folgen des Klimawandels mit klaren Zeitvorgaben. Berlin muss sich besser auf
413 Hitzewellen und Starkregenereignisse vorbereiten, das gelingt mit klugen Investitionen in
414 die Stadtinfrastruktur und einer grundsätzlichen Prüfung der Klimaresilienz aller
415 Infrastrukturmaßnahmen.

416 Wasser kühlt die Umgebungstemperatur ab und beugt Hitzeinseln vor. Deswegen wollen wir
417 Berlin zur Schwammstadt umbauen. Wir wollen das Regenwasser speichern und nutzen, statt es
418 zu sammeln und in Kanäle abzuleiten. Das kühlt die Stadt und hält die Gewässer sauber. Mit
419 der Gründung einer Regenwasseragentur und dem „1.000 Grüne Dächer“-Programm haben wir diesen
420 Weg bereits eingeschlagen. Dadurch können Starkregenereignisse abgepuffert und das Wasser
421 für Dürrezeiten kann effizienter gespeichert werden. Auch die Begrünung von Balkonen,
422 Hauswänden und Fassaden ist entscheidend, um so CO₂ zu binden, die Luft zu reinigen, die
423 Biodiversität zu vergrößern und die Stadt zu kühlen. Auch in diesem Bereich werden wir
424 Programme und Projekte unterstützen und die Förderung verbessern. Ein Hauptproblem bleibt
425 aber die Versiegelung von Flächen durch Beton und Asphalt. Dort kann kein Wasser versickern
426 und es entstehen im Sommer schnell Hitzeinseln, die die Stadt aufheizen. Wir werden gezielt
427 Flächen wie Straßen, Parkplätze oder Schulhöfe identifizieren, um sie von Beton und Asphalt
428 zu befreien und für einen besseren Regenrückhalt zu sorgen. Grundlage dafür sind offenere
429 unversiegelte Böden. Zudem wollen wir an geeigneten Stellen sogenannte Regengärten anlegen
430 und so auch zur Kühlung der Stadt beitragen. Dazu werden wir ein landesweites
431 Entsiegelungsprogramm auflegen und eine jährliche Zielmarke festlegen. Wir streben eine
432 Nettonull für die Flächenversiegelung im Jahr 2030 an. Dies kann auch dadurch erfolgen, dass
433 der Berliner Leitfaden zur Bewertung und Bilanzierung von Eingriffen die Ver- und
434 Entsiegelungen so bewertet, dass sich ein deutlich erhöhter Anreiz zur Vermeidung von

435 Versiegelung und für Entsiegelungsmaßnahmen ergibt. Außerdem soll die im Berliner
436 Bodenschutzgesetz geforderte Bodenschutzkonzeption weitere Maßnahmen zur Vermeidung von
437 Bodenversiegelungen entwickeln. Wir wollen vor allem dort entsiegeln, wo Grün- und
438 Freiflächen fehlen um die Umweltgerechtigkeit zu steigern. Mit mehr und anspruchsvoll
439 bepflanzten Versickerungsflächen wollen wir auch die Lebensqualität durch Verdunstung und
440 Kühlung der Stadt erreichen, auch neue Pocket Parks sollen dazu beitragen. Zudem wollen wir
441 an geeigneten Stellen sogenannte Regengärten anlegen und so auch zur Kühlung der Stadt
442 beitragen. Um dem weiterhin rasant steigenden Flächenfraß etwas entgegen zu setzen, wollen
443 wir Dachaufbauten stärken. Nach dem Vorbild Wiens wollen wir in Berlin mehrere „Kühle
444 Meilen“ etablieren. Mit mehr Bäumen, Rank- und Kletterpflanzen, Räumen für geschützte
445 Wildtierarten, mit Trinkwasserbrunnen, Wasserspielen, Erfrischungsmöglichkeiten und
446 ausreichend Sitzgelegenheiten für Jung und Alt, sowie entsiegelten und wiederbepflanzten
447 Bereichen, zum Beispiel Regenbeeten und Versickerungstreifen, die Regenwasserrückhalt im
448 Boden ermöglichen. Mit Anwohnerbeteiligung schaffen wir in den Kiezen kühle, ruhige Oasen,
449 die auch der Gesundheit und dem Hitzeschutz dienen. Unser Ziel ist es, in der nächsten
450 Wahlperiode in klimatisch belasteten Gebieten 20 Klimastraßen und Kühle Meilen einzurichten.

451 Neue Stadtplätze, Parkplätze sowie neue Straßen sollen mit versickerungsfähigem Belag
452 versehen werden. Soweit möglich soll Beton als Baustoff und der Bau neuer Straßen vermieden
453 werden. Immer mehr Berliner*innen wollen aktiv das Grün in ihrem Wohnumfeld schützen und
454 weiterentwickeln. Diese Initiativen wollen wir unterstützen und für sie
455 Beratungsmöglichkeiten schaffen. Gemeinschaftsgärten und Urban-Gardening-Initiativen wollen
456 wir zudem durch das Land Berlin Flächen zur Verfügung stellen, um den Stadtraum zu begrünen.
457 Damit sich flächendeckend in allen Stadtteilen Gemeinschaftsgärten etablieren und neue
458 Urban-Gardening-Initiativen entstehen können, wollen wir den Ankauf neuer Flächen finanziell
459 unterstützen. Außerdem wollen wir Hofbegrünungsinitiativen weiterhin durch ein eigenes
460 Programm finanziell unterstützen. Das Ökokonto soll weiter ausgebaut werden, so dass
461 Grünflächen und Biotop vom Land zusammenhängend entwickelt werden können und die Flächen
462 für Kompensationsmaßnahmen bei Bauprojekten zu Verfügung stehen. Dabei gilt immer, dass jede
463 versiegelte Fläche konsequent und ortsnah durch eine entsiegelte Fläche ausgeglichen werden
464 muss. Ausgleichszahlungen dürfen keine Regel, **sondern Ausnahmen sein**. Wir wollen einen
465 Berliner Naturcent einführen, der sich aus dem Grundsteueraufkommen speist, und in die
466 Pflege von Parks und Naturschutzgebieten fließen soll.

467 Dank uns Grünen ist Berlin bereits Teil des Blue-Community-Netzwerkes geworden, wir haben
468 über 100 neue Trinkwasserbrunnen aufgestellt, und öffentliche Orte wie Schulen oder
469 Rathäuser bekommen Wasserspender. Das wollen wir weiter ausbauen, gerade für Hitze-
470 Risikogruppen wie Kinder, ältere Menschen und Menschen, die auf der Straße leben, wollen wir
471 einfache und kostenlose Zugänge zu Trinkwasser schaffen.

472
473 Der Klimawandel und eine wachsende Bevölkerung werden gravierende Auswirkungen auf die
474 Wasserversorgung Berlins haben. Daher ist es wichtig heute zu handeln. Mit dem Masterplan
475 Wasser haben wir eine wichtige Grundlage gelegt. Der Masterplan muss immer wieder
476 aktualisiert und fortgeschrieben werden. Um die Wasserversorgung auch künftig
477 sicherzustellen, sind wir auf eine enge und kontinuierliche Zusammenarbeit mit unseren
478 Nachbarländern und insbesondere Brandenburg angewiesen. Wir sprechen uns für die
479 Wiedereröffnung der Wasserwerke Jungfernheide und Johannisthal aus und dafür, dass die
480 Wasserwerke in eine moderne Wasseraufbereitung investieren und insbesondere eine umfassende
481 Spurenstoffstrategie verfolgen. Die wachsende Stadt muss auf einen umfassenden Schutz des
482 Grundwassers für die Trinkwasserförderung und den Schutz unserer Oberflächengewässer
483 Rücksicht nehmen. Regenwasser soll, wo immer möglich, zunehmend zur Bewässerung genutzt
484 werden, gerade in heißen Sommern. Zunehmender Wasserverbrauch gefährdet die verbliebenen,
485 artenreichen Feuchtgebiete und den Wald in Berlin. Diesen Zielkonflikt wollen wir klug

486 ausbalancieren und Möglichkeiten nutzen, die Trinkwassergewinnung in sensiblen Naturräumen
487 einzuschränken. Langfristig wollen wir Trinkwasserbrunnen auch an allen Spielplätzen,
488 Bahnhöfen und Parks aufstellen und darüber hinaus Restaurants ermutigen zu Auffüll-Stationen
489 zu werden.

490 **20 Prozent Berlins werden zum Landschaftsschutzgebiet**

491 Doch nicht nur in den Kiezen soll es grüner werden. Wir brauchen auch große Freiflächen, in
492 denen sich Flora und Fauna ungestört entwickeln können und wir Menschen uns erholen.
493 Momentan sind fast alle größeren Erholungslandschaften als Landschaftsschutzgebiet
494 gesichert, das sind über 14 Prozent der Landesfläche. Wir wollen weitere Naturgebiete
495 schützen, indem wir sie zu Landschaftsschutzgebieten aufwerten. Damit soll der Anteil auf 20
496 Prozent der Landesfläche steigen. So sollen z.B. Felder der Elisabeth-Aue als Teil einer
497 übergeordneten Natur-, Kultur- und Erholungslandschaft in das umgebende
498 Landschaftsschutzgebiet integriert werden. Zudem sollen mindestens vier Prozent der
499 Landesfläche zukünftig völlig unter Naturschutz stehen. Gemeinsam mit Brandenburg und
500 Berlins Nachbargemeinden werden wir die acht Regionalparks und mit ihnen die Grünräume aus
501 Wäldern, Feldern und Gewässern stärken und entwickeln. Das existierende „Kommunale
502 Nachbarschaftsforum“ aus den Berliner Bezirken und 55 Nachbargemeinden wollen wir aufwerten.
503 Den begonnenen Umbau bei den Berliner Stadtgütern in Brandenburg hin zu mehr biologischer
504 Landwirtschaft wollen wir beschleunigen. Die dort betriebene Landwirtschaft soll mit der
505 Regionalvermarktung in Berlin und mit Aktivitäten einer stadtnahen Umweltbildung verbunden
506 werden.

507
508 Berlins Wälder innerhalb wie außerhalb des Stadtgebiets haben große Bedeutung für unser
509 Stadtklima, die Trinkwasserversorgung, die Naherholung und als CO₂-Senke. Doch sie sind in
510 der Klimakrise hochgradig gefährdet. Wir wollen daher ihre Umgestaltung zu einem naturnahen
511 und klimaangepassten Mischwald beschleunigen. Für eine Naturverjüngung mit gemischten
512 Baumarten muss der Bestand an Schalenwild in Berlins Wäldern, soweit unvermeidbar, reguliert
513 werden.

514 Gleichzeitig müssen die Berliner Moore, ein wichtiger CO₂-Speicher und Lebensraum für hoch
515 gefährdete Pflanzen- und Tierarten, dringend vor dem Austrocknen bewahrt und wo immer
516 möglich durch ein ambitioniertes Moorschutzprogramm wieder renaturiert werden. Auch unsere
517 Seen wollen wir schützen. Damit das Grün in unserer Stadt stetig weiterwächst, wollen wir
518 die bestehenden Aufkauffonds ausweiten und Flächen ankaufen, die ausschließlich für Flora
519 und Fauna reserviert bleiben. Das von uns in der aktuellen R2G-Koalition durchgesetzte
520 Projekt „Einstellung von Naturranger*innen und Parkmanager*innen“ wollen wir verstetigen.
521 Außerdem stehen wir weiter zum Erhalt des Tempelhofer Feldes in seiner jetzigen Form als
522 einer der größten und wichtigsten Grünflächen Berlins und lehnen eine Randbebauung ab.

523
524 Die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie ist überfällig. Mit zusätzlichen finanziellen und
525 personellen Ressourcen wollen wir einen guten ökologischen Zustand unserer Gewässer unter
526 Beteiligung der Zivilgesellschaft wieder herstellen. Dazu prüfen wir die Einführung eines
527 Wasserentnahmeentgelts, das die Kraftwerke für die Nutzung des Flusswassers zu
528 Kühlzwecken zahlen. Für alle Gewässer werden zügig Konzepte zu ihrer naturnäheren
529 Umgestaltung erstellt. Ein zentrales Vorhaben ist dabei der zweite Bauabschnitt der
530 Renaturierung der Wuhle, so dass diese weiterhin ganzjährig Wasser führt und der
531 Artenreichtum erhalten bleibt. Wir wollen auch den Nutzungsdruck auf Berliner Gewässer
532 reduzieren und besser regeln. Unser Ziel ist, möglichst viele Wasserflächen für die
533 Naherholung zugänglich zu machen. Die Friedhofsflächen sind sowohl als Orte des Trauerns als
534 auch des Gedenkens und für die Stadtnatur wertvolle Räume, die wir weiterhin schützen
535 werden. Wir wollen Baumbestattungen erleichtern und Möglichkeiten zu Baumpflanzungen im
536 Zusammenhang mit Beisetzungen schaffen.

537 **Eine Stadt ohne Müll**

538 Den Berliner Müllbergen sagen wir den Kampf an. Berlin hat sich politisch dazu verpflichtet,
539 zu einer Zero-Waste-Stadt zu werden. Mit dem Abfallwirtschaftskonzept und der Zero-Waste-
540 Strategie sind wir erste wichtige Schritte gegangen, weitere müssen folgen. Den Bezirken
541 wollen wir deshalb bei der Pflege und Reinigung von Grünflächen und Spielplätzen noch
542 stärker finanziell unter die Arme greifen. Wir wollen den Reinigungstakt in den besonders
543 betroffenen Kiezen steigern, ohne dabei die Kosten für die Anwohnenden zu erhöhen. Gerade
544 Straßen mit hohem touristischem Aufkommen oder viel Durchgangsverkehr haben einen hohen Wert
545 für die ganze Stadt – es ist eine Frage der Gerechtigkeit, die Anwohnenden nicht mit den
546 Mehrkosten alleinzulassen.

547 Wir wollen das Problem an der Wurzel packen und Abfall vermeiden. Daher wollen wir eine
548 Konferenz zum Thema zukunfts- und kreislaufwirtschaftsfähige Produktdesigns veranstalten und
549 mit einem Wettbewerb für innovative Produkte der Kreislaufwirtschaft dem Thema mehr
550 öffentliche Aufmerksamkeit zukommen lassen. Insbesondere wollen wir gegen den
551 Verpackungswahnsinn ankämpfen und den Verkauf von unverpackten Produkten unterstützen, auch
552 in herkömmlichen Supermärkten. Mit der Eröffnung der ersten Berliner
553 Gebrauchtwarenkaufhäuser haben wir wichtige Impulse gesetzt, die wir verstetigen wollen. Was
554 am Ende doch weggeschmissen wird, muss wesentlich besser recycelt werden. Besonders die
555 Rohstoffe aus Sperrmüll sollten besser wiederverwendet werden, anstatt sie mit dem Restmüll
556 zu verfeuern. Um dem illegalen Abstellen von Müll auf der Straße entgegenzuwirken, wollen
557 wir die Sperrmüllsammlung dezentraler und wohnortnäher gestalten. Kaputte Haushaltsgeräte
558 sollen nicht gleich auf dem Müll landen, sondern in Repair-Cafés oder von professionellen
559 Reparaturbetrieben günstig repariert werden können. Das ist nachhaltig und spart Geld. Das
560 fördert eine längere Nutzungsdauer und spart Abfall. Einen wichtigen Schritt dorthin haben
561 wir bereits unternommen: Wir haben mit der Handwerkskammer ein Netzwerk an zertifizierten
562 Reparaturbetrieben gegründet. Auch die Bioabfallsammlung wollen wir weiter ausbauen, um
563 organische Abfälle optimal, etwa für die Erzeugung von Biogas, verwerten zu können. Um Müll
564 einzusparen, wollen wir in Kantinen und im Gastronomiebereich noch stärker Pfandbehälter-
565 Systeme fördern, sowohl bei der Mitnahme von Speisen als auch bei der Anlieferung von
566 Zutaten. Die Eigenkompostierung in öffentlichen Kantinen, im Gastronomiebereich und in
567 privaten Haushalten möchten wir fördern. Einen weiteren Ausbau der Berliner
568 Müllverbrennungskapazitäten lehnen wir ab und setzen auf das Prinzip "Zero Waste". Die
569 immissionsschutzrechtlich genehmigte Obergrenze von 580.000 Jahrestonnen Input zur
570 Verbrennung des Berliner Restmülls im MHKW Ruhleben darf nicht überschritten werden.

571 **Bildung für nachhaltige Entwicklung**

572 Damit in der Bevölkerung das Verständnis für die Folgen des Klimawandels wächst und Menschen
573 erfahren können, wie sie zur Klimawende beitragen können, wollen wir die Bildungsarbeit im
574 Bereich der nachhaltigen Entwicklung weiter stärken und ausbauen. In den vergangenen vier
575 Jahren haben wir die Umwelt- und Naturbildung auf eine neue Grundlage gestellt. Mit einer
576 Stelle für das Bildungszentrum für nachhaltige Entwicklung (BNE) bei der Senatsverwaltung
577 für Bildung haben wir einen ersten Erfolg erzielt. Dies wollen wir ausweiten und eine
578 Koordinierungsstelle für das BNE in Berlin schaffen. Diese wird, wie in Hamburg, auf der
579 Ebene der Senatskanzlei angesiedelt. Wir haben es geschafft, in jedem Bezirk ein
580 Umweltbildungszentrum zu errichten und zu finanzieren, die Bezahlung von Pädagog*innen
581 verbessert und die Bildungsmaßnahmen ausgeweitet. Daran wollen wir anknüpfen und die
582 begonnenen Projekte weiter verstetigen sowie die Zusammenarbeit mit wichtigen Institutionen
583 wie dem Naturkundemuseum, Botanischen Garten oder auch dem Ökowerk fördern. Darüber hinaus
584 ist es entscheidend, dass zivilgesellschaftliche Akteur*innen auch vor Ort direkt in den
585 Bezirken Anlaufstellen, Räumlichkeiten und gebündelte Projektunterstützung erhalten, so dass

586 Aktive vor Ort mehr unterstützt werden. Dies könnte beispielsweise in einem Klimahaus
587 geschehen.

588 Die Hochschulen, Schulen und Kitas müssen dazu mehr Unterstützung erfahren. Die von uns
589 Grünen in der Koalition durchgesetzte deutliche Erhöhung der finanziellen Förderung der
590 zivilgesellschaftlichen Einrichtungen der Umwelt- und Naturbildung muss verstetigt und
591 ausgebaut werden.

592 **2.3 Kiez & Co. – lebenswerte und ökologische** 593 **Stadtquartiere**

594 Damit das, was zusammengehört, gemeinsam wachsen kann, brauchen wir eine soziale und
595 ökologische Stadtentwicklung. Das funktioniert am besten, wenn Politik, Verwaltung und
596 Zivilgesellschaft an einem Strang ziehen. Wir wollen die Stadt und ihre Kieze weiter
597 zusammen mit den Berliner*innen gestalten und den Austausch von Ideen für eine
598 gemeinwohlorientierte, lebenswerte Stadt für alle systematisch fördern, etwa durch
599 integrierte städtebauliche Entwicklungskonzepte (ISEK), eine regelmäßige
600 Bezirksentwicklungsplanung, städtebauliche und architektonische Wettbewerbe, die
601 partizipative Umsetzung von Projekten im Kiez und Stadtdebatten für besondere Orte.
602 Beispiele sind der weitere Umbau des öffentlichen Raums, die Einrichtung von Begegnungszonen
603 oder der Aufbau von Quartiersmittelpunkten. Plätze und Grünanlagen müssen so gestaltet sein,
604 dass sie verschiedene Nutzungsgruppen ansprechen und das Miteinander fördern. Unser Ziel ist
605 es, entsiegelte Freiflächen zu erhalten. Dafür setzen wir auf integrierte Konzepte zur
606 Nachverdichtung der Gesamtstadt und ihrer Kieze und den Bau von flächensparenden
607 Geschosswohnungen statt auf neue Einfamilienhaussiedlungen. Wenn die Stadt wächst, muss auch
608 das Grün mitwachsen. Deshalb wollen wir Dächer und Fassaden begrünen, beim Bau neuer
609 Stadtquartiere möglichst wenig Boden versiegeln und ausreichend Grünflächen ausweisen.

610 Unsere Wohnquartiere der Zukunft, neu geplante und schon bestehende, bieten Platz für
611 Wohnen, Pflege, Nachbarschaft, Arbeiten, Bildung, Gewerbe, Freizeit, Kultur und Naherholung.
612 Die Wege zu Bildungs- und Kultureinrichtungen, zur Naherholung und für die Versorgung sind
613 kurz und die Anbindung ist so gut, dass niemand ein Auto braucht. Das erhöht nicht nur die
614 Lebensqualität, sondern ist auch gut fürs Klima. Mit einer Internationalen Bauausstellung
615 (IBA) wollen wir dieser Vision Schwung verleihen und eine sozial und ökologische
616 Stadtentwicklung weiter voran bringen.

617 **Klimaneutrales und nachhaltiges Planen und Bauen**

618 Der Klima- und Ressourcenschutz beginnt beim Planen von Häusern und Wohnquartieren. Wir
619 setzen uns für ein ökologisches, klimaneutrales und kreislauffähiges Bauen ein. Beim Bau
620 oder bei der Modernisierung von Häusern müssen deshalb zukünftig ökologische,
621 energieeffiziente und recyclingfähige Dämm- und Baustoffe wie Hanf, Stroh, Holz, Kalk, Lehm
622 und Ziegel sowie die Potenziale des Baustoffrecycling genutzt werden. Mit der
623 Verwaltungsvorschrift zur umweltfreundlichen Beschaffung haben wir hier für öffentliche
624 Bauvorhaben wichtige Weichen gestellt und sorgen mit dem Bauinformationszentrum für
625 Information und Vernetzung. Was nun folgen muss, sind eine Digitalisierung der Bauämter,
626 eine ökologisch reformierte Bauordnung und die grundlegende Modernisierung der Allgemeinen
627 Anweisung für die Vorbereitung und Durchführung von Bauaufgaben Berlins (ABau). Wir wollen
628 alle Grundlagen schaffen, um auch das serielle Sanieren auf Basis digitaler Planungsprozesse
629 zu ermöglichen. In der Bauwirtschaft soll die Kreislaufwirtschaft umgesetzt werden. Das
630 bedeutet, dass zukünftig nur noch Bauelemente und Baustoffe verbaut werden, die später
631 wiederverwendet oder recycelt werden können. Ebenso gilt es, erhaltenswerte Bausubstanz
632 wirksam zu schützen und Bauelemente bei Sanierungen aufzubereiten und wiederzuverwenden. Für
633 uns ist klar: Baukultur muss einen festen Ort in der Berliner Verwaltung finden. Damit dem
634 Holzbau, der eine schnelle und ökologische Alternative zum konventionellen Bauen ist, zum

635 Durchbruch verholzen werden kann, wollen wir ein Holzbau-Förderprogramm und eine Holzbau-
636 Quote von mindestens 30 Prozent bei Neubauten für landeseigene Betriebe und
637 Wohnungsunternehmen. Bei Schulen und Verwaltungsgebäuden soll die Holzbau-Quote bei
638 mindestens 50 Prozent liegen. Das dafür eingesetzte Holz soll ausschließlich aus zertifiziert
639 nachhaltigem Anbau stammen.

640 Gemeinsam mit Brandenburg, als großem Forstland und Holzproduktionsstandort, wollen wir in
641 enger Abstimmung mit den Forstverwaltungen ein Holzbau-Cluster aufbauen. Den Einsatz von
642 Beton und Stahl im Hoch- und Tiefbau wollen wir aufgrund der damit verbundenen
643 Klimabelastungen auf das Nötigste reduzieren. Soweit auf Beton als Baustoff nicht verzichtet
644 werden kann, wollen wir eine Mindestquote für Recyclingbeton einführen, um zumindest den
645 Bedarf an Sand zu verringern.

646 Auch bei der Entsorgung von gesundheitsschädlichen Altlasten im Gebäudebereich wollen wir
647 weiter vorangehen. Am Ziel, dass Berlin bis 2030 asbestfrei wird, halten wir weiter fest.
648 Dazu wollen wir die Beratungsangebote für Mieter*innen und Eigentümer*innen weiterführen und
649 ein Register mit typischen Asbestbauteilen und betroffenen Gebäuden aufbauen.

650 **Grüner bauen – Tier- und Artenschutz im Städtebau verankern**

651 Damit der Berliner Bauboom nicht in Betonwüsten endet, sollen Neubauten zukünftig nur noch
652 mit Gründächern und Grünfassaden errichtet werden. Gebäude sind wichtige Lebensräume für
653 Tiere. Wir wollen, dass die Bauordnung dem Rechnung trägt und Gebäudebrüter von Spatz bis
654 Fledermaus nicht Opfer von Neubau und Sanierung werden. Die öffentlichen Betriebe und
655 Wohnungsbaugesellschaften sollen ein Vorbild sein, und über die minimalen Anforderungen
656 hinaus für Artenschutz sorgen. Durch einen Katalog ökologischer Kriterien für alle
657 städtischen Grundstücke und Gebäude wollen wir einen Planungsansatz in die Stadt-,
658 Landschafts- und Freiraumplanung integrieren, der die Bedürfnisse von stadtbewohnenden
659 Tieren berücksichtigt (Animal-Aided Design). Die Grünflächen sollen mit Blühwiesen und
660 strukturreichem Grün wie Hecken und Büschen insekten- und tierfreundlich gestaltet werden,
661 um Lebensräume und Biotopverbindungen für Tierarten auch in der Stadt zu erhalten. Die
662 Begutachtung auf Brutplätze bzw. Ruhestätten an Gebäuden müssen qualifiziert und rechtzeitig
663 stattfinden, wenn möglich bereits ein Jahr vor Baubeginn. Eine ökologische Baubegleitung
664 soll die Planung und Umsetzung von Maßnahmen unterstützen.

665 **Energetische Sanierung des öffentlichen Gebäudebestandes**

666 Der öffentliche Gebäudebestand soll durch energetische Modernisierung klimaneutral werden.
667 Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, dass dies auch bei privaten Gebäuden der Fall ist.

668 Um dies umzusetzen, wollen wir, dass alle Berliner Institutionen des Landes Berlin, die
669 Bezirke und alle landeseigenen Unternehmen Kosten- und Maßnahmenpläne aufstellen, die
670 darlegen, wie ihr Gebäudebestand bis 2035 so umgebaut werden kann, dass er CO₂-neutral wird.
671 Die Berliner Immobilienmanagement GmbH (BIM) und die Bezirke wollen wir mit deutlich mehr
672 Finanzmitteln für die Planung und Umsetzung von energetischen Modernisierungsmaßnahmen
673 ausstatten. In die Kooperationsvereinbarung zwischen dem Land Berlin und den landeseigenen
674 Wohnungsunternehmen sowie in das Wohnraumversorgungsgesetz wollen wir ebenfalls verbindliche
675 ökologische Kosten- und Maßnahmenpläne mit jährlichen Ziel- und Vergütungsvereinbarungen
676 aufnehmen. Im Rahmen der Umsetzung setzen wir auf das Konzept des Einspar-Contracting.

677 **Stadtquartiere der Zukunft**

678 Stadtentwicklung geht über die einzelnen Häuser, Grundstücke und fachlichen Belange hinaus:
679 Wir wollen die Stadtquartiere der Zukunft schaffen, aus denen Berlin und seine Bezirke
680 erwachsen. Wir werden die Bezirke personell und finanziell dabei unterstützen, integrierte
681 städtebauliche Entwicklungskonzepte für Stadtumbau, Sicherung und Erweiterung des

682 Baubestandes, Infrastrukturbedarfe und -standorte, Klimaschutzmaßnahmen, Grün- und
683 Straßenumbau zu entwickeln. Dies wird mit Bürger*innenbeteiligung, wirklicher Partizipation
684 bei Planung und Umsetzung und diversitätssensiblen Mitwirkungsstrategien verbunden. Neue
685 Quartiere müssen von Anfang an gemeinwohlorientiert, autofrei, klimaneutral und
686 ressourcenschonend geplant werden. Alle für den Alltag wichtigen Einrichtungen wie Bäckereien
687 und Arztpraxen sollen in höchstens 15 Minuten zu Fuß erreichbar sein. Grünflächen wollen wir
688 biodivers planen und wie auf dem ehemaligen Flughafenareal Tegel durch innovative "Sport-
689 und Bewegungsparks" für eine bewegte Stadt von morgen nutzen.

690 Der Bau von sozial-ökologischen Modellquartieren darf nicht länger warten und muss Standard
691 werden. Mit dem Schumacher Quartier ist der Anfang gemacht - viele andere Quartiere müssen
692 entsprechend folgen. Vorhandene Quartiere entwickeln wir im Rahmen der regelmäßigen
693 Bezirksentwicklungsplanung weiter, in die auch die soziale Infrastrukturplanung einfließt.
694 Die notwendigen Abstimmungen zwischen Landes- und Bezirksebene und allen beteiligten
695 Fachplanungen organisieren wir in einem breiten Diskurs zwischen Bürger*innen, Verwaltung
696 und Politik.

697

698 **Eine Internationale Bauausstellung für Berlin-Brandenburg**

699

700 Gemeinsam mit Brandenburg planen wir eine Internationale Bauausstellung (IBA), um die großen
701 Themen der Urbanisierung, der städtebaulichen Nachhaltigkeit, der Mobilitäts- und Bauwende,
702 des Zusammenspiels von Wohnen, Gewerbe, Infrastrukturen, Grün und Erholung beispielhaft und
703 praktisch umzusetzen. Ziel ist es, die nachhaltige, gemeinwohlorientierte Stadtentwicklung
704 im Land und in den Bezirken wirksam voranzubringen. Zusammen mit den betroffenen Gruppen
705 wollen wir Lösungen für Wohnen, Gewerbe und Infrastruktur erarbeiten - sozial, ökologisch
706 und bezahlbar. So bringen wir frischen Wind, Kreativität und Innovationsgeist in die
707 Planungs- und Bauämter und stärken die Zusammenarbeit - für eine zukunftsfähige
708 Stadtentwicklung in der ganzen Region!

709 **Mitbestimmung im Kiez**

710 Die Kieze und Quartiere sind der Puls der Stadt. Deshalb wollen wir dort die Mitbestimmung
711 stärken und den Austausch zwischen Nachbar*inne fördern. Die Umsetzung der
712 Bürger*innenbeteiligungsleitlinien in der räumlichen Stadtentwicklung soll vorangetrieben
713 und durch beispielhafte und weithin sichtbare Projekte verankert werden. Die Bezirke werden
714 dabei unterstützt, eigene Beteiligungsleitlinien aufzustellen, um die Beteiligung vor Ort
715 auszubauen. Den öffentlichen Raum wollen wir zu einem Ort der Begegnung umgestalten. Mit
716 stadtteilnaher Bürger*innenbeteiligung unterstützen wir die Vernetzung von Anwohner*innen
717 und das demokratische Gemeinwesen. Alle Berliner*innen sollen stärker ihr Lebensumfeld, sei
718 es in ihrem Wohnumfeld oder in der Stadt, aktiv mitgestalten können. Unzureichende
719 Kenntnisse der deutschen Sprache sollten dabei keine Hürde darstellen. Über die Bezirke
720 sollen hierfür ausreichend finanzielle Ressourcen zur Verfügung gestellt werden.
721 Initiativen und Bürger*innen, die ihren Kiez verändern wollen, wollen wir bei der Umsetzung
722 von Spiel-, Fahrrad- oder Klimastraßen sowie beim Ausprobieren und lebendig Gestalten von
723 verkehrsberuhigten Kiezblocks stärker unterstützen, beraten und vernetzen. Dafür brauchen
724 wir Anlaufstellen vor Ort in den Bezirksämtern. Ob wir diese mit
725 Servicebüros für die Mobilitätswende oder Einführung von Verkehrswenderäten abdecken können,
726 bedarf genauerer Überprüfung.

727 In den Bezirken wollen wir die personellen und finanziellen Voraussetzungen schaffen, um
728 regelmäßig Bezirksentwicklungspläne und integrierte städtebauliche Entwicklungskonzepte
729 (ISEK) aufzustellen und zu aktualisieren. In den östlichen Bezirken ist auch nach 30 Jahren
730 ein Aufholprozess bei der Aufstellung von Bebauungsplänen notwendig, um beispielsweise
731 Kulturorte wie die Kulturbrauerei auch baurechtlich zu sichern.

732 Gemeinsam mit diversitätssensiblen Beteiligungs- und Mitwirkungsstrukturen soll dadurch ein
733 Raum für die öffentliche Diskussion über Projekte der Stadtentwicklung geschaffen werden, um
734 beispielsweise Maßnahmen für soziale und grüne Infrastruktur, den Klimaschutz oder die
735 Verkehrswende erfolgreich begleiten zu können. Bei der Planung von neuen Quartieren soll dem
736 demografischen und kulturellen Wandel durch neue Wohnformen Rechnung getragen werden und der
737 Wohnungsbedarf von Gruppen mit besonderen Schwierigkeiten auf dem Wohnungsmarkt, wie
738 Alleinerziehenden, Menschen mit Behinderung, BPoC und migrantisierten Menschen,
739 Studierenden, Geflüchteten, psychisch Kranken, Menschen ohne sichere Deutschkenntnisse,
740 Älteren, queeren Menschen und großen Familien, bedacht werden. Dabei sollen deutlich größere
741 Wohnkontingente von sozialen Trägern gehalten und für das „geschützte Marktsegment“
742 vorgesehen werden. Soziale Träger sollen für Bauvorhaben außerdem leichterem Zugang zu
743 Bürgschaften der Stadt erhalten.

744 **Neue Konzepte für die Stadtteilzentren - die Zeit der Shopping-Malls ist vorbei!**

745 Berlin ist auch Hauptstadt der Shopping-Malls. In keiner anderen Stadt wurde in den
746 vergangenen Jahrzehnten derart rücksichtslos ein Einkaufstempel nach dem anderen in den
747 Stadtraum gesetzt. Mittlerweile ist das Geschäftsmodell überholt und steht einer
748 nachhaltigen Stadtplanung entgegen. Wir lehnen daher den Bau neuer Shopping-Malls ab und
749 setzen uns dafür ein, dass Einkaufszentren mit wirtschaftlichen Problemen umgenutzt werden.

750
751 Der Online-Handel und die Corona-Lockdowns haben den Berliner Stadtteilzentren und
752 Haupteinkaufsstraßen zusätzlich geschadet. Hier brauchen wir niedrigere Gewerbemieten und
753 neue Nutzungskonzepte, die mit den Menschen vor Ort erarbeitet und vom Land unterstützt
754 werden müssen. Dabei kann es um die Logistik der letzten Meile und Abholservice für den
755 Online-Handel, um Flächen für Gewerbe und Handwerk, Stadtteil- und Kiezzentren, Projekte für
756 junge Menschen und linke Freiräume, kommerzielle und nicht-kommerzielle Angebote ebenso wie
757 um neues Wohnen oder um zivilgesellschaftliche und kulturwirtschaftliche Konzepte gehen. Die
758 Diskussion über die Zukunft der Bezirks-, Stadtteil- und Nachbarschaftszentren ist ebenso
759 überfällig wie über die Einkaufsstraßen der City West und der Berliner Mitte

760 .

761 **2.4 Bus, Bahn und Sharing-Modelle – bequem durch die** 762 **Hauptstadt**

763 Wir Grüne haben die Verkehrswende in Berlin eingeleitet. Dabei steht für uns der Umbau
764 Berlins hin zu einer noch lebenswerteren Stadt im Mittelpunkt und gleichzeitig schützen wir
765 auch das Klima und die Gesundheit der Berliner*innen, denn Lärm und Emissionen machen krank.
766 Nach Jahrzehnten einer Politik, die das Auto ins Zentrum gerückt hat, haben wir die Weichen
767 für eine zukunftsfähige Verkehrspolitik gestellt, die Abgasfrei, sicher und leise ist und
768 allen Zugang zur Mobilität ermöglicht. Die Grundlage dafür bildet das erste Mobilitätsgesetz
769 Deutschlands, das in dieser Wahlperiode für Berlin verabschiedet wurde. Außerdem haben wir
770 mit dem Nahverkehrsplan bis 2035 bis zu 28 Milliarden Euro für Betrieb und Ausbau des
771 öffentlichen Nahverkehrs zugesagt: ein historischer Aufbruch in eine neue Ära der
772 Verkehrspolitik in der Hauptstadt.

773 Wir wollen, dass mehr Menschen auf klimafreundliche Mobilität umsteigen. Damit entlasten wir
774 auch die Berliner*innen an großen, lauten Straßen, die besonders unter Lärm und Emissionen
775 leiden. Deshalb brauchen wir insgesamt deutlich weniger motorisierten Individualverkehr. Der
776 öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) ist – nach dem Fußverkehr – die am zweithäufigsten
777 genutzte Fortbewegungsoption der Berliner*innen. Der ÖPNV ist nicht nur klimafreundlich,
778 sondern auch eine günstige, schnelle und sichere Möglichkeit, in einer Großstadt wie Berlin
779 ans Ziel zu gelangen. Wir werden den ÖPNV als Rückgrat des Berliner Verkehrs deshalb weiter
780 stärken und ihn noch klimafreundlicher, leistungsfähiger und zuverlässiger machen. Bis 2030

781 soll der gesamte ÖPNV-Fuhrpark emissionsfrei betrieben werden. Mit dem Programm „i2030“
782 zeigen wir, dass wir über die Landesgrenzen hinaus denken. Erste Strecken werden noch in
783 dieser Wahlperiode eingeweiht, viele weitere werden folgen. So stärken wir den Pendelverkehr
784 nach Brandenburg. Ebenso setzen wir uns für den Ausbau der Bahnstrecken nach Dresden,
785 Stettin und an die Ostsee ein. Wir wollen die Potenziale der Bahnindustrie am Standort
786 Berlin mobilisieren, um die Mobilitätswende voranzutreiben und den Industriestandort Berlin
787 zu stärken.

788 **Dichte Taktfolge – Bus und Bahn kommen**

789 Um mehr Menschen zu motivieren, ihr Auto stehen zu lassen und auf den ÖPNV umzusteigen,
790 braucht es ein Angebot, das attraktive und verlässliche Mobilität bietet. Unser Ziel ist es,
791 in dicht besiedelten Quartieren, unabhängig davon, ob sie innerhalb oder außerhalb des S-
792 Bahn-Ringes liegen, alle fünf Minuten einen Anschluss an den ÖPNV bereitzustellen. In
793 weniger dicht besiedelten Gebieten soll den Berliner*innen mindestens alle zehn Minuten ein
794 ÖPNV-Angebot zur Verfügung stehen. Gleichzeitig muss das ÖPNV-Streckennetz zügig weiter
795 ausgebaut werden. Unser Ziel ist ein Netz ohne Lücken. Deshalb wollen wir neue
796 Umsteigepunkte zwischen der U-Bahn, S-Bahn, der Tram und vor allem den Regionalbahnen
797 schaffen. Auch die Reaktivierung von Infrastrukturen, wie zum Beispiel den zwei ehemaligen
798 U-Bahn-Eingängen am Hermannplatz, erhöht die Attraktivität von heutigen und zukünftigen
799 Umsteigepunkten. Gerade wenn wir mehr Pendler*innen aus dem Auto auf die Schiene bringen
800 wollen, brauchen wir eine Erweiterung und neue Verknüpfungen im Netz. Dabei setzen wir auch
801 auf den Erhalt und den weiteren Ausbau von (Schnell-)Bus-Linien. Um das gewährleisten zu
802 können, braucht die BVG neue und moderne Züge und Busse.

803 **Ein großes Tramnetz für Berlin**

804 Das Tramnetz der Zukunft soll in alle Stadtteile ausgespannt werden und wichtige
805 Stadtteilzentren miteinander verbinden. Wir wollen neue Tramstrecken nach Möglichkeit im
806 eigenen Gleisbett umsetzen. Die Straßenbahn wollen wir grundsätzlich gegenüber anderen
807 Verkehrsmitteln priorisieren, da sie im Betrieb und Bau preiswert ist und ein schneller
808 Ausbau in viele Stadtteile möglich ist. Darüber hinaus wollen wir auch den Güterverkehr mit
809 Straßenbahnen zukünftig berücksichtigen.
810 Wir wollen daher den Bau weiterer Tramverbindungen fortsetzen. In den kommenden Jahren wird
811 das Straßenbahnnetz um ein Drittel verlängert – zunächst nach Adlershof, zur Turmstraße und
812 dann zum Ostkreuz. Schon bald sollen dann auch vom Alexanderplatz zum Potsdamer Platz, nach
813 Spandau, zum Hermannplatz und später auch durch die Sonnenallee, zum Rathaus Steglitz, nach
814 Tegel und zum Bahnhof Zoo Trams fahren. Ziel soll es sein, dass die Straßenbahn schon bald
815 mehr Stadtteile miteinander verbindet. Auch die Außenbezirke werden perspektivisch besser an
816 das Tram-Netz angebunden. Wir orientieren uns dabei am „Zielnetz Berlin 2050“ des Bündnisses
817 „Pro Straßenbahn Berlin“. Um den Straßenbahnausbau zu beschleunigen, werden wir neue,
818 attraktive Planer*innenstellen in der Verwaltung schaffen und streben die Gründung einer
819 InfraTram-Gesellschaft an.

820 **Ausbau von U-, S- und Regionalbahn**

821 Damit Berliner*innen auch weite Strecken in der Stadt problemlos zurücklegen können und
822 Pendler*innen aus dem Umland zuverlässig und pünktlich in die Innenstadt kommen, haben wir
823 im Senat die Beschaffung neuer S-Bahn und U-Bahn-Wagen durchgesetzt. Dabei wird Berlin
824 erstmals einen landeseigenen S-Bahn-Fuhrpark aufbauen. Wir haben 1.380 neue S-Bahn-Wagen, im
825 Wert von rund drei Milliarden Euro, ausgeschrieben, die schrittweise ab 2027 durch die Stadt
826 fahren sollen, und eine Option auf über 850 weitere gesichert. Dadurch kann nicht nur die
827 Taktung des S-Bahn-Angebots deutlich erhöht werden, sondern auch dessen Leistungsfähigkeit
828 und Zuverlässigkeit verbessert werden. Darüber hinaus wollen wir mehr Orte an die S-Bahn
829 anbinden. Auch hier orientieren wir uns an unserer Vorgabe, dass in dicht besiedelten

830 Gebieten ein 5- und in weniger dicht besiedelten Gebieten ein 10-Minuten Takt gewährleistet
831 werden soll.

832 Mit der Bestellung von bis zu 1.500 U-Bahn-Wagen können engere Takte und längere Züge
833 angeboten werden. Nach Jahren des Stillstandes haben wir endlich wieder Machbarkeitsstudien
834 zum Ausbau bestehender U-Bahnstrecken in Auftrag gegeben. Der Bau von U-Bahnen ist
835 allerdings deutlich langwieriger und kostenintensiver als der Ausbau von Tramlinien. Darum
836 gilt für uns: Bei der schnellen Umsetzung der Verkehrswende hat für uns der Tram-Ausbau
837 Vorrang. Gleichzeitig bauen wir gezielt dort das S- und U-Bahnnetz weiter aus, wo es
838 verkehrlich sinnvoll ist und wir so eine bessere Mobilität und in der Bilanz einen besseren
839 Klimaschutz erreichen. Für neue U- oder auch S-Bahn-Strecken müssen mindestens zwei von drei
840 Kriterien erfüllt sein: die Erschließung neuer Wohngebiete, ein überdurchschnittlicher
841 Zuwachs an Fahrgästen oder neue Umstiegsmöglichkeiten für Pendler*innen. Bei der
842 Erschließung neuer Wohngebiete ist es wichtig, den Anschluss an den öffentlichen Nahverkehr
843 schon in der Planung mitzudenken. Mit der Nahverkehrstangente als schienengebundener
844 tangentialer Regionalverbindung werden wir die Vernetzung der östlichen Bezirke
845 untereinander bedeutend verbessern. Der weitere Ausbau der Verbindungen ins Umland mit der
846 S- und Regionalbahn findet in enger Abstimmung mit dem Land Brandenburg statt. Damit wird
847 der Umstieg vom Auto auf die Bahn für Pendler*innen noch attraktiver und die Umwelt wird
848 geschont.

849 **Die Hauptstadtregion im Blick – Ausbau der Verbindungen ins Umland**

850 Gemeinsam mit dem Land Brandenburg, der Deutschen Bahn und dem VBB planen wir ein
851 umfangreiches Ausbauprogramm für den ÖPNV in der Hauptstadtregion. Mit dem Programm „i2030“
852 wollen wir in der Metropolregion bis zu 180 Kilometer Bahnstrecke reaktivieren, neu oder
853 ausbauen. Rund 100 Stationen und Bahnhöfe in der Hauptstadtregion sollen neu, aus- oder
854 umgebaut werden. Langfristig wollen wir Pendelnden das Umsteigen auf die Bahn durch neue
855 Regionalverkehrsangebote mit dichten, einheitlichen Taktfolgen auch in den
856 Randverkehrszeiten erleichtern. Künftig werden wir uns zudem dafür einsetzen, dass auf den
857 Strecken, die nicht elektrifiziert werden können, Alternativen zum Dieselantrieb zum Einsatz
858 kommen.

859 Damit der ÖPNV von Pendler*innen und Berliner*innen in der ganzen Stadt und im Brandenburger
860 Umland noch mehr als bisher genutzt wird, wollen wir deutlich mehr Fahrradparkplätze und
861 Fahrradparkhäuser an großen U- und S-Bahnhöfen besonders im äußeren Stadtgebiet schaffen und
862 wo möglich Park-and-Ride-Stationen einrichten oder erweitern. Die Fahrradmitnahme wollen wir
863 ebenfalls erleichtern, indem wir im Rahmen von Ausschreibungen entsprechende Anforderungen
864 an die zu beschaffenden Fahrzeuge formulieren. Für Nutzer*innen des Sozialtickets soll die
865 Fahrradmitnahme kostenlos werden. Die Verknüpfung der Verkehrsträger des Umweltverbundes ist
866 ein zentraler Baustein der Verkehrswende.

867 **Haltestellen sicher, bequem und grün gestalten**

870 Zu einem modernen ÖPNV gehören auch sichere, bequeme und nachhaltige Bahnhöfe und
871 Haltestellen. Bus und Bahn muss bei jedem Wetter und zu jeder Uhrzeit gerne genutzt werden
872 können. Deshalb werden wir die Sicherheit und das Wohlbefinden auf allen unseren Bahnhöfen
873 und Haltestellen weiter zu erhöhen.

874 Alle Bus- und Tramhaltestellen wollen wir mit gut ausgeleuchteten Wartehäuschen inklusive
875 ausreichend Sitzgelegenheiten ausstatten und soweit möglich begrünen und entsiegeln. Die
876 Bahnsteige unserer U-Bahnhöfe sollen auf bauliche Engstellen überprüft und wo nötig umgebaut
877 werden, um die Sicherheit zu erhöhen.

878 **Barrierefreiheit – Bus und Bahn für alle**

879 Der Öffentliche Verkehr muss für alle zugänglich sein. Eine Stadt für alle bedeutet
880 Mobilität für alle. Dafür stehen wir. Deshalb muss der Umbau aller Bahnhöfe und Haltestellen
881 im Verkehrsverbund mit einem barrierefreien Zugang schnellstmöglich abgeschlossen werden.
882 Hierfür haben wir der BVG und den Bezirken bereits viel Geld zur Verfügung gestellt.
883 Menschen mit Behinderung, ältere Menschen oder Fahrgäste mit kleinen Kindern sollen
884 problemlos alle Bahnsteige und Haltepunkte erreichen können, um das Angebot des ÖPNV nutzen
885 zu können. Im Mobilitätsgesetz haben wir einen barrierefreien ÖPNV vorgeschrieben. Auch
886 deshalb haben wir die BVG mit dem Pilotprojekt zur "Alternativen Barrierefreien Beförderung"
887 beauftragt. Dieses Angebot wollen wir sukzessive auf ganz Berlin ausweiten. Gleichzeitig
888 setzen wir uns dafür ein, die Anzahl der barrierefreien Taxen im öffentlichen Raum deutlich
889 zu erhöhen, um echte Mobilität für alle zu verwirklichen.

890

891 **Mobilität muss auch queer und feministisch sein**

892

893 Noch immer wird Verkehrspolitik vor allem von Männern für Männer gemacht. Doch die Realität
894 der Mobilität sieht meist anders aus. Frauen nutzen seltener das Auto und sind mehr zu Fuß,
895 mit dem Rad oder dem ÖPNV unterwegs. Durch nicht verantwortungsbewusst fahrende
896 Autofahrer*innen oder durch Angsträume sind sie auch größeren Gefahren ausgesetzt.
897 Wir wollen uns deshalb für eine queere und feministische Verkehrspolitik einsetzen: Soziale
898 Wege sollen mehr ins Zentrum der Verkehrsplanung gestellt werden. Wir streben eine
899 geschlechterparitätische Besetzung in den Gremien an und setzen uns dafür ein, dass mehr
900 Frauen den Weg in technische Berufe im Verkehrsbereich gehen.

901

902 Eine queer-feministische Verkehrspolitik bedeutet aber auch, Angsträume zu reduzieren und
903 das Sicherheitsgefühl zu stärken. Marginalisierte Gruppen sind auch häufiger Diskriminierung
904 oder sexueller Belästigung im ÖPNV und im öffentlichen Raum ausgesetzt. Deshalb wollen wir
905 die Sicherheit der Fahrgäste verbessern und so Barrieren zur Nutzung abbauen. Dazu bedarf es
906 einer umfassenden Datenerhebung und einer Umsetzung von Maßnahmen wie besserer Beleuchtung
907 von Wegen und Bahnhöfen, digitalen Meldemöglichkeiten, Awarenesskampagnen und
908 Gefahrenprävention durch bessere Gestaltung der Haltestellen sowie dem Einsatz von
909 geschultem Personal.

910 **Finanzierung – günstige Ticketpreise sichern und Mittel für Investitionen generieren**

911 Wir haben unter anderem mit der Fahrzeugbeschaffung eine milliarden schwere ÖPNV-Offensive
912 gestartet. Denn wir wissen, es steigen nur noch mehr Berliner*innen auf den ÖPNV um, wenn
913 der Bus mindestens alle zehn Minuten kommt, die U-Bahn sauber und ein Platz frei ist und der
914 Preis stimmt. Diese Offensive wollen wir weiter vorantreiben. Weil die massiven
915 Investitionen dafür nicht allein über öffentliche Zuschüsse gestemmt werden können und eine
916 Erhöhung der Ticketpreise für uns nicht infrage kommt, müssen weitere Einnahmen generiert
917 werden. Gerade wer noch mehr Linien und mehr Bahnen als bisher schon ausfinanziert schaffen
918 will, muss auch beantworten, wie diese zusätzlich finanziert werden sollen, ein Streichen
919 bisheriger Planungen, wie sie im Nahverkehrsplan vorgenommen wurden, lehnen wir ab. Die
920 Kosten, die durch den Autoverkehr entstehen, werden von der gesamten Gesellschaft getragen.
921 Solch eine breite Finanzierung streben wir auch beim ÖPNV an. Wir wollen die
922 Verkehrsfinanzierung revolutionieren, damit alle Berliner*innen eine schnell erreichbare
923 Haltestelle vor ihrer Tür bekommen, die Tickets günstiger werden und die U-Bahn häufiger
924 kommt. Schon in dieser Periode wurden intensive Untersuchungen und Studien in Auftrag
925 gegeben, um die verschiedenen Instrumente, wie eine City-Maut, die Ausweitung von
926 Parkgebühren, eine Nahverkehrs- oder Tourismusabgabe zu untersuchen. Damit könnte das Klima
927 geschützt, Lärm verringert und die Aufenthaltsqualität verbessert werden, damit Berlin eine
928 noch lebenswertere Stadt wird. Im Dialog mit der Wissenschaft und der Stadtgesellschaft
929 wollen wir weiter über Einführungs- und Ausgestaltungsmöglichkeiten debattieren und nächste

930 Schritte erarbeiten. Denn die Kosten des Autoverkehrs müssen endlich inklusive der Umwelt-
931 und Gesundheitskosten ehrlich bemessen und nach dem Verursacher*innenprinzip getragen
932 werden. Dabei gilt für uns der Grundsatz: Der Geldbeutel darf nicht darüber entscheiden, wer
933 guten Zugang zur Innenstadt hat. Deshalb muss jede Maßnahme so ausgestaltet sein, dass sie
934 sowohl einen ökologisch nachhaltigen Effekt für Berlin hat als auch Mobilität für Menschen
935 mit wenig Geld gewährleistet. Menschen, die auf ihr Auto angewiesen sind, wie Pflegedienste
936 oder Handwerker*innen, werden künftig sogar noch einfacher in die Stadt kommen, da weniger
937 Autos auch weniger Stau bedeuten. So vereinen wir neue Freiräume und Mobilität für alle.

938 Ein verbessertes Angebot und ein Ausbau des ÖPNV dürfen nicht automatisch zu hohen
939 Ticketpreisen führen. Das würde den Anspruch einer sozial-ökologischen Verkehrswende
940 konterkarieren. Deshalb haben wir in dieser Wahlperiode das Sozial-, das Schüler*innen-, das
941 Azubi- und das Firmenticket deutlich günstiger gemacht und das Semesterticket für
942 Student*innen stabilisiert. Schüler*innen fahren in Berlin sogar völlig kostenfrei. Klar
943 ist: Damit sich mehr Menschen für den ÖPNV entscheiden, müssen die Tarife dauerhaft niedrig
944 und solidarisch finanziert sein. Unser Ziel sind deutlich günstigere Tarife und daher wollen
945 wir die baldmöglichste Einführung unserer Bär*innenkarte, die durch eine geringe monatliche
946 Abgabe aller erwachsenen Berliner*innen, ausgenommen Studierende, Pflegebedürftige,
947 Bezieher*innen von Arbeitslosengeld II und Sozialhilfe sowie Personen, die heute bereits
948 Anspruch auf kostenfreie Beförderung haben, finanziert wird. Damit kann der ÖPNV von allen
949 erheblich günstiger genutzt werden. Nach dem Ausbau der Kapazität des ÖPNV, insbesondere in
950 Zeiten starker Auslastung, wollen wir langfristig die Tarife fahrscheinlos gestalten.

951 **Teilen statt besitzen – neue Mobilität für ganz Berlin**

952 Seit einigen Jahren gibt es in Berlin zahlreiche neue Mobilitätsdienstleistungen, wie Car-,
953 Scooter-, Ride- oder Bike-Sharing. Berlin ist von vielen Sharinganbietern als
954 „Versuchslabor“ und Referenzgebiet ausgewählt worden. Berlin gehört damit zu den
955 internationalen Vorreiterstädten bei der Sharing-Mobilität. Neue Mobilitätsformen müssen
956 dazu beitragen, Emissionen einzusparen und Verkehr zu reduzieren. Unser Ziel ist, die
957 Sharing-Mobilität als zusätzliches Angebot in den ÖPNV zu integrieren. Denn gerade in den
958 mit dem ÖPNV unterversorgten Bereichen der Stadt können Sharing- und Poolingdienste die
959 Lücke zwischen klassischem ÖPNV und dem motorisierten Individualverkehr schließen und damit
960 zur Verkehrswende beitragen. Wir wollen dabei alle Möglichkeiten nutzen, um Car-, Bike-,
961 Scooter- und Ride-Sharing in die ganze Stadt, also auch außerhalb des S-Bahn-Ringes, zu
962 bringen, und gleichzeitig ökologische Standards hierfür vorgeben. Deshalb werden wir
963 Parkplätze die derzeit privaten Autos zur Verfügung stehen im ausreichenden Maße in
964 Abstellflächen für Sharing-Mobilität umwidmen. Wir wollen darauf hinwirken, dass die
965 Sharing- und Poolinganbieter ihre Angebots- und Nachfragedaten dem Land zugänglich machen,
966 damit verkehrliche Effekte untersucht und bestenfalls Open Data und Community Open Source
967 Tools ermöglicht werden. Digitale Mobilitätsassistenten wie die Jelbi-App sollen noch
968 stärker dazu beitragen, unterschiedliche Mobilitätsangebote sinnvoll aufeinander
969 abzustimmen, zu verzahnen, ihre Nutzung zu vereinfachen und so Verkehr zu reduzieren. Von
970 zentraler Bedeutung ist für uns dabei die Weiterentwicklung des Leihfahrradsystems. Wir
971 streben ein flächendeckendes Angebot über die ganze Stadt an, dass mit dem ÖPNV gut
972 verknüpft ist und so den Umstieg hin zu einer klimaschonenden Mobilität befördert. Wir
973 wollen auch das Taxi erhalten und ihm neue Geschäftsfelder eröffnen: ob beim Pooling oder
974 durch barrierefreie Taxis. Deshalb setzen wir uns auf Bundesebene für eine Reform des
975 Personenförderungsgesetzes ein, dass die Rahmenbedingungen zwischen Taxis, Mietwagen und Ride-
976 Sharing klar und fair regelt.

977 **2.5 Mehr Platz für das Rad, zu Fuß und für das Leben in** 978 **der Stadt**

979 Über 70 Jahre lang stand vor allem das Auto im Mittelpunkt der Verkehrspolitik und der
980 Stadtplanung. Mit dem Mobilitätsgesetz haben wir das geändert und schon viele Fortschritte
981 gemacht. Aber wir sind noch lange nicht am Ziel. Der öffentliche Raum ist zwischen den
982 Verkehrsteilnehmer*innen noch nicht so verteilt, wie es dem Bedarf der Berliner*innen
983 entspricht. Während der klimaschädliche Autoverkehr durch breite Straßen und großzügigen
984 Parkraum viel zu viel Platz für sich in Anspruch nimmt, müssen sich Fußgänger*innen und
985 Radfahrer*innen oftmals Autos, LKWs und Motorrädern unterordnen. Wir wollen dieses
986 Verhältnis umkehren. Unser Ziel ist es, dass eine Kombination aus leistungsfähigem ÖPNV,
987 sicherem Rad- und Fußverkehr und intelligenten Sharing-Systemen den motorisierten
988 Individualverkehr in der Stadt in den kommenden Jahren weitgehend ablöst und auf das
989 notwendige Minimum reduziert. Dies schafft nicht nur eine gerechtere Verteilung des Raums
990 unter allen Verkehrsteilnehmer*innen, sondern ermöglicht auch, Berlin lebenswerter
991 umzubauen. Denn Parkplätze können sich auch zu grünen Oasen verwandeln, autofreie Kieze
992 bringen Platz zum Spielen und Tollen und wo wir Beton aufreißen und Grün wächst, entstehen
993 Versickerungsflächen, die kühlen und das Regenwasser speichern. Unsere Mobilitätspolitik
994 zieht auch Lehren aus der Corona-Krise. Der Einzelhandel und die Gastronomie haben in der
995 Corona-Krise besonders gelitten. Wir wollen auch deshalb das Auto in unseren öffentlichen
996 Räumen zurückdrängen und damit die Aufenthaltsqualität auf den Straßen und Plätzen unserer
997 Stadt so verbessern, dass Einzelhandel und Gastronomie einen neuen Aufschwung erleben. Denn
998 in öffentlichen Räumen mit hoher Aufenthaltsqualität kaufen Menschen gerne ein und verweilen
999 gern.

1000 **Verkehrswende ist Gesundheitsschutz und Teilhabegerechtigkeit**

1001 Die Verkehrswende ist notwendig, damit Berlin seine Klimaschutzziele erreicht und die
1002 Berliner*innen bequem und klimafreundlich unterwegs sein können. Doch sie schafft auch mehr
1003 Gesundheitsschutz und Teilhabegerechtigkeit am öffentlichen Raum. Der Verkehr ist, neben
1004 seinen hohen CO₂-Emissionen, auch einer der größten Verursacher von Lärm und von
1005 Luftschadstoffen wie Feinstaub. Besonders ältere Menschen und Kinder sowie Menschen mit
1006 geringen Einkommen, die häufig an den großen Hauptstraßen und in dichten Wohnquartieren
1007 wohnen, leiden überproportional unter diesen Umweltbelastungen. Gerade in der Corona-
1008 Pandemie wurde deutlich, wie wichtig die Verkehrswende ist, denn auch schlechte Luftqualität
1009 hatte Auswirkungen auf den Krankheitsverlauf. Der psychologische Druck des Lockdowns trifft
1010 Menschen deutlich härter, die mit vielen anderen auf kleiner Fläche zusammenleben. Deshalb
1011 ist die Verkehrswende nicht nur ein Beitrag zum Klimaschutz, sondern ein Gewinn an
1012 Lebensqualität für alle Berliner*innen. Wer sich kein Eigenheim mit Garten leisten kann, wer
1013 den Wohnraum mit vielen anderen teilt, profitiert besonders von dieser Entwicklung.

1014 Den weiteren Ausbau der A100 lehnen wir ab. Dafür vorgesehene Flächen sollen dem sozialen
1015 Mietwohnungsbau, Grün-, Bildungs- und Sportflächen sowie der kulturellen Nutzung dienen. Wo
1016 immer möglich, werden wir den Rückbau von Relikten der autogerechten Stadt, wie aktuell die
1017 Breitenbachplatzbrücke, anstoßen. Wir werden uns gegenüber dem Bund dafür einsetzen, dass
1018 die in Berlin liegenden Straßenprojekte des Bundesverkehrswegeplans gestrichen werden.

1019 **Weniger und kleinere Autos und keine klimaschädlichen Verbrenner mehr – in ganz Berlin**

1020 Die klima- und gesundheitsschädlichen Verbrenner sollen bis 2030 aus der Innenstadt und bis
1021 2035 aus ganz Berlin verschwinden. Die verbleibenden Fahrzeuge werden emissionsfrei
1022 angetrieben. Schon heute sind zweckmäßig und stadtverträglich dimensionierte Elektroautos
1023 vielfach eine sinnvolle Alternative für alltägliche Transportaufgaben. Deshalb unterstützen
1024 wir den Umstieg auf Elektrofahrzeuge und den Ausbau der Ladeinfrastruktur. Bis 2022 sollen
1025 2.000 öffentliche Ladepunkte in der Stadt aufgebaut sein. Dennoch sollte das Auto in der
1026 Innenstadt nicht mehr die Norm, sondern nur noch die Ausnahme sein, denn auch Elektroautos
1027 brauchen Platz. Beim Ausbau der Ladeinfrastruktur achten wir daher auch darauf, dass dieser

1028 nicht zulasten anderer Verkehrsarten geht. Klar ist: Manche Menschen werden immer
1029 individuelle Mobilität brauchen oder aufgrund ihrer Tätigkeit während ihrer Arbeit auf ein
1030 Fahrzeug angewiesen sein: Menschen mit Behinderung, Pflegedienste und Handwerker*innen,
1031 Polizei und Rettung, Bauunternehmen und Müllabfuhr. Weniger PKW-Verkehr als bisher nutzt
1032 gerade ihnen, denn so kommen sie besser voran.

1033 **Fuß- und Radverkehr ausbauen**

1034 Damit das möglich werden kann, haben wir in den vergangenen Jahren nicht nur in den Ausbau
1035 des ÖPNV, sondern auch in die Verbesserung der Fuß- und Radverkehrsinfrastruktur investiert.
1036 Besonders die deutlich höheren Finanzmittel und Personalressourcen für den Radverkehr haben
1037 sich ausgezahlt. Als Grüne die Verkehrsverwaltung übernommen haben, gab es dort nur 3,5
1038 Stellen für die Radverkehrsplanung, jetzt sind es über 70. Statt 5 Millionen Euro sind heute
1039 über 30 Millionen Euro im Landeshaushalt für den Radverkehr vorgesehen.

1040 In den vergangenen Jahren wurden 100 Kilometer Radwege in Berlin gebaut oder modernisiert
1041 und 15.000 Abstellplätze geschaffen. Damit sich allerdings der Trend zum Rad fortsetzt,
1042 braucht es eine flächendeckende und sichere Radverkehrsinfrastruktur. Deshalb wollen wir mit
1043 mehr Tempo weiter neue Radwege bauen, Autostraßen zu Fahrradstraßen umwidmen, 100 Kilometer
1044 Radschnellwege schaffen und an allen Hauptstraßen sichere Radstreifen einrichten. Unser Ziel
1045 ist ein gut ausgebautes und miteinander verbundenes Radnetz. Wir streben eine Grüne Welle
1046 auf dem Rad-Vorrangnetz an. Die bestehende Radinfrastruktur wollen wir an das steigende
1047 Aufkommen anpassen. Dabei berücksichtigen wir auch die vermehrte Nutzung von Lastenrädern im
1048 privaten und gewerblichen Bereich. Wo nötig, schaffen wir spezielle Infrastruktur für
1049 Lastenräder, z.B. in dem wir geeignete und sichere Abstellplätzen einrichten. Die
1050 Anschaffung von Lastenrädern wollen wir als Transportalternative zum Auto weiter fördern. In
1051 den Kiezen sollen die Wohnstraßen so hergerichtet werden, dass zum Beispiel durch
1052 abgeschliffene Oberflächen und unter Vermeidung unnötiger Versiegelung auch auf
1053 Kopfsteinpflaster sicheres und bequemes Radfahren möglich ist. Zur Erleichterung des Ausbaus
1054 der Rad- und Fußinfrastruktur sowie der ÖPNV-Beschleunigung soll die Zuständigkeit für die
1055 Planung und Umsetzung aller Maßnahmen an Hauptstraßen und zur Realisierung der
1056 Radschnellverbindungen, sowie ergänzender Infrastruktur, wie z.B. Fahrradbarometern und
1057 Fahrradparkhäusern, von den Bezirken gänzlich an den Senat übergehen. Im Gegenzug sollen die
1058 Bezirke von Anfang bis Ende für die Nebenstraßen zuständig sei. Dabei ist entscheidend, dass
1059 die Verfügung über die betreffenden Haushaltsmittel der Aufgabenzuständigkeit zugeordnet ist
1060 und zukünftig keine Doppelzuständigkeiten mehr bestehen. Auch für den Betrieb der
1061 Infrastruktur müssen zwischen Land und Bezirken klare Zuständigkeiten getroffen werden, so
1062 gehören übergeordnete Angebote wie Fahrradparken an S-Bahn-Stationen auf Landesebene. Ebenso
1063 wollen wir die Anzahl der Fahrradstellplätze und Fahrradparkhäuser weiter deutlich erhöhen
1064 und gemeinsam mit der Polizei eine wirksame Strategie gegen Fahrraddiebstahl entwickeln. Um
1065 Konflikte mit dem Fußverkehr zu vermeiden, müssen Fahrradstellplätze bevorzugt und vor allem
1066 auf bisherigen Autoparkplätzen entstehen.

1067 Um mögliche Konflikte zwischen neuer Fahrradinfrastruktur und Naturschutz zu vermeiden,
1068 sollten die Interessen des Naturschutzes bereits bei der Planung berücksichtigt werden. Eine
1069 weitere Versiegelung durch den Bau neuer Wege soll vermieden werden. Der Ausbau des
1070 Radwegenetzes sollte wo immer möglich durch Umverteilung des bestehenden Straßenraums
1071 erfolgen. Wo Fahrradschnellwege durch Parks und Grünanlagen nicht vermieden werden können,
1072 muss wo immer möglich eine lokale Kompensationsmaßnahmen für das Stadtgrün und die
1073 Anwohner*innenschaft erfolgen.

1074 Auch den Fußverkehr wollen wir weiter fördern und sicherer machen. Mit dem neusten Teil des
1075 Mobilitätsgesetzes haben wir dieser enorm wichtigen Mobilitätsform eine zentrale Bedeutung
1076 eingeräumt und seinen Ausbaus in Gesetzesform gegossen. Dazu braucht es mehr geschützte

1077 Fußgängerüberwege, vor allem an Hauptverkehrsstraßen. Wir wollen möglichst viele Tempo-30-
1078 Strecken in der Stadt einführen und streben auf Bundesebene an, auf Hauptverkehrsstraßen
1079 leichter Tempo 30 zur Erhöhung der Verkehrssicherheit anordnen zu können. Ampelschaltungen
1080 werden zukünftig stärker auf die Bedürfnisse von Fußgänger*innen abgestimmt und alle mit
1081 Vibrationstastern und Blindenarkustik ausgestattet. Wir werden Straßenquerungen
1082 barrierefrei gestalten und sowohl für Rollstuhlfahrer*innen als auch für Blinde und
1083 Sehbehinderte umbauen. Mit mehr Bänke auf Straßen und Plätzen werden wir für mehr
1084 Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum sorgen und längere Fußwege auch für ältere Menschen
1085 wieder möglich machen.

1086 **Autofreie Kieze für mehr Lebensqualität**

1087 Wir werden den Durchgangsverkehr aus den Kiezen heraushalten und immer mehr autofreie Inseln
1088 in ganz Berlin schaffen. Spielstraßen, Nachbarschaftsstraßen, autofreie Kieze, Kiezblocks
1089 und Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung wollen wir weiterhin fördern und ausweiten. Ihre
1090 Einrichtung wollen wir durch einen zentralen Leitfaden, klaren Zuständigkeiten und
1091 ausreichenden Ressourcen vereinfachen. Insbesondere wollen wir die Bezirke unterstützen mit
1092 einem Programm zur Finanzierung von Planung und Umsetzung von Kiezblocks. Unser Ziel ist es
1093 in allen Berliner Bezirken mehrere Kiezblocks einzurichten und diese begleitend zu
1094 evaluieren und auf ihre verkehrlichen, sozialen und Umwelt-Effekte und Akzeptanz zu
1095 untersuchen.

1096 Darüber hinaus werden wir das Modellprojekt der autofreien Friedrichstraße verstetigen und
1097 in der nächsten Legislaturperiode viele weitere Einkaufsstraßen autofrei gestalten. Mit
1098 Kiezblock, autofreien Einkaufsstraßen oder Spielstraßen schaffen wir in ganz Berlin Orte mit
1099 viel mehr Lebensqualität und mit Platz, der allen Menschen - vor allem auch alten Menschen
1100 und Kindern - zum Flanieren, Spielen und für Begegnungen zur Verfügung steht.

1101 **Verkehrssicherheit – Verkehr ohne Unfalltote und Schwerverletzte**

1102 Die Verkehrssicherheit besonders für Fußgänger*innen, Radfahrer*innen, ältere Menschen und
1103 Kinder muss weiter erhöht werden. Aktuell führen sie leider die traurige Statistik der
1104 Unfalltoten und Schwerverletzten im Straßenverkehr an. Falschparken,
1105 Geschwindigkeitsübertretungen, insbesondere an Unfallschwerpunkten und besonders gefährdeten
1106 Orten wie Grundschulen und Kitas, oder das Fahren über eine rote Ampel und regelwidriges
1107 Abbiegen wollen wir stärker verfolgen und konsequent ahnden. Zusätzlich haben wir das
1108 Förderprogramm „Abbiegeassistent Berlin“ mit zwei Millionen Euro aufgelegt, um die Lücke bis
1109 zum verpflichtenden Bau von Fahrzeugen mit Abbiegeassistent im Jahr 2024 zu schließen. Dazu
1110 muss mehr Personal bei Polizei und Ordnungsämtern abgestellt werden. Wir haben die
1111 Fahrradstaffel mit dem Ziel, sie auf die gesamte Stadt auszuweiten, deutlich ausgebaut. Wir
1112 wollen noch mehr Polizist*innen zu Fuß und auf Fahrrädern, um alle Verkehrsteilnehmer*innen
1113 auf Augenhöhe anzusprechen und für mehr Sicherheit und Miteinander auf Berlins Straßen zu
1114 sorgen. Der Aufbau vieler neuer stationärer und halbstationärer Blitzer im Stadtgebiet soll
1115 Raser*innen erfassen, ahnden und abschrecken. Radfahrer*innen sollen an immer mehr
1116 Kreuzungen zukünftig eine vom Autoverkehr getrennte Ampelschaltung erhalten. Um dabei
1117 schneller zu werden, wollen wir die Programmierung und Kontrolle der Ampeln in kommunale
1118 Hand nehmen und streben dazu Gespräche mit dem bislang beauftragten Unternehmen an. Die
1119 Umsetzung haben wir bereits auf den Weg gebracht. Mit diesen Maßnahmen wollen wir das
1120 Leitbild der Vision Zero, einem Verkehr ohne Unfalltote und Schwerverletzte, in unserer
1121 Stadt verwirklichen.

1122 **Platz zum Leben statt Parkplatz**

1123 Der öffentliche Raum ist für alle da, wir kämpfen für mehr Aufenthalts- und Grünflächen,
1124 Gemeinschaftsgärten, Nachbarschafts-Begegnungsorten und Spielplätze. Wir wollen die Stadt in
1125 den nächsten Jahren vom Autoverkehr deutlich entlasten und dazu die Parkraumbewirtschaftung
1126 massiv, am besten flächendeckend ausweiten. Das Parken im öffentlichen Raum soll wie auch

1127 andernorts üblich angemessen bepreist und bestmöglich mit digitalen Kontrollmöglichkeiten
1128 durchgesetzt werden. Im partizipativen Austausch mit den Anwohner*innen wollen wir insgesamt
1129 mehr Lebensqualität für alle Berliner*innen schaffen, dafür brauchen wir mehr Platz für
1130 Spiel und Sport, Bewegung und Verweilen. Wir wollen Läden und Kleingewerbe, Cafés, Kitas und
1131 Kinderläden, Initiativen für temporäre und dauerhafte Spielstraßen dabei unterstützen und
1132 fördern, Parkplätzen für ihre Zwecke umnützen zu können. Die Anzahl der Stellplätze werden
1133 wir für diese Ziele in den nächsten zehn Jahren halbieren und ihre Flächen umwidmen. Um dies
1134 zu erreichen müssen bereits in der nächsten Periode mindestens 20 Prozent entsiegelt werden.
1135 Dafür haben wir mit dem Mobilitätsgesetz die Grundlagen gelegt und werden die Bezirke von
1136 Seiten des Landes dabei unterstützen. So schaffen wir mehr Lebensqualität für alle
1137 Berliner*innen, die mehr Platz für Spiel, Sport und Bewegung bekommen.

1138 **Wirtschaftsverkehr emissionsfrei und sicher machen**

1139 Berlins Wirtschaft ist abhängig von zuverlässigen Transportketten. Wir wollen die
1140 Voraussetzungen schaffen, dass diese Transportketten zukünftig vor allem klimafreundlich auf
1141 die Schiene oder das Schiff verlagert werden können. Dazu wollen wir in Abstimmung mit dem
1142 Land Brandenburg ein Konzept entwickeln, um die Anbindung von Wirtschaftszentren an den
1143 Schienenverkehr und unsere Häfen zu verbessern. Außerdem wollen wir die Umrüstung auf
1144 elektrische oder emissionsarme Antriebe bei Schiffen fördern und den Ausbau von
1145 Elektroanlegern voranbringen. Den Lieferverkehr auf der letzten Meile wollen wir so weit wie
1146 möglich vom LKW auf stadtverträgliche Alternativen wie Lastenräder und
1147 Elektrolieferfahrzeuge verlagern, sowie den verbleibenden Lieferverkehr soweit wie möglich
1148 auf den Hauptstraßen bündeln. Für das Liefern in den Kiez setzen wir auf MicroHubs, damit
1149 Güter von Logistikzentren mit CO₂-neutralen Kleinfahrzeugen klimafreundlich und
1150 kiezverträglich verteilt werden. Dort, wo zum Beispiel Handwerker*innen auf Fahrzeuge
1151 angewiesen sind, werden wir das sehr erfolgreiche Förderprogramm für Elektrokleintransporter
1152 fortsetzen und ausweiten, um einen emissionsfreien und sicheren Wirtschaftsverkehr auf den
1153 Weg zu bringen. Noch vorhandene städtische Umschlagflächen werden wir sichern und für
1154 zusätzliche Ladezonen bisherige Pkw-Parkplätze nutzen. Auf der Grundlage bisheriger Studien
1155 und Pilotprojekte sollen die vorhandenen Erkenntnisse zum nachhaltigen Güterverkehr zu einem
1156 anwendbaren Konzept zusammengeführt werden. Dieses soll beispielhaft in der Stadtmitte unter
1157 Einbeziehung des Westhafens und der Schieneninfrastruktur der BVG umgesetzt werden.

1158 **Lärmschutz und Klimaschutz verbinden, Flugverkehr reduzieren**

1159 Flugzeuge sind mit Abstand die klimaschädlichsten Verkehrsmittel. Deshalb ist der
1160 Luftverkehr zu Recht in den Fokus der Klimadebatte gerückt. Wir werden infolge der Corona-
1161 Pandemie einen Strukturwandel hin zu einer deutlichen Reduzierung klimaschädlicher Flüge
1162 politisch befördern. Wir setzen uns für den Abbau klimaschädlicher Subventionen im
1163 Luftverkehr ein. Als Mitgesellschafter der FBB muss das Land Berlin für ein nachhaltiges
1164 Wirtschafts- und Klimaschutzkonzept des BER sorgen. Eine Erweiterung und weitere Start- und
1165 Landebahnen lehnen wir ab. Für die FBB muss ein Sanierungskonzept erarbeitet werden, mit dem
1166 es nach EU-wettbewerbskonformen Maßnahmen möglich ist, den Flughafen in öffentlicher Regie
1167 weiter zu betreiben und die Belastungen der Steuerzahler*innen dauerhaft zu beenden. Das
1168 Sanierungskonzept muss dabei umfassen, dass der Flughafenbetreiber anschließend sämtliche
1169 Betriebs- und Investitionskosten aus eigener Kraft stemmen kann.
1170 Besonders die Lärmbelastung ist für Anwohnende von Flughäfen enorm. Deshalb setzen wir uns
1171 weiterhin für ein Nachtflugverbot am neuen Flughafen Berlin Brandenburg (BER) zwischen 22
1172 und 6 Uhr ein. Wir fordern Lärmobergrenzen nach dem Vorbild Frankfurt/Mains und die Änderung
1173 der Betriebszeiten des Flughafens um die o.g. Nachtruhe zu gewährleisten. Darüber hinaus
1174 setzen wir uns dafür ein, dass in die Start- und Landegebühren alle ökologischen, klima- und
1175 lärmbelastenden Faktoren eingerechnet werden.

1176

1177 Anstelle des Masterplan 2040 wollen wir einen Masterplan Klimaschutz für den BER mit den
1178 anderen Gesellschaftern beschließen, welcher eine stetige Reduktion der Flugbewegungen
1179 vorsieht. Wir setzen uns auf Bundesebene dafür ein, dass für Kurz- bzw. Inlandsflüge
1180 zukünftig deutlich höhere Gebühren erhoben werden dürfen und eine vollständige
1181 Internalisierung der ökologischen Kosten in den Flugpreis erfolgt. Dadurch soll eine
1182 Verlagerung von Kurzstrecken- und Inlandsflügen auf die Bahn erreicht werden. Außerdem
1183 wollen wir prüfen, ob und wie der Flughafen selbst eine klimagerechte Ausgleichszahlung
1184 erheben kann. Wir setzen uns zudem auf Bundesebene für einen Ausbau des Fernstreckennetzes
1185 der Bahn und der Nachtzug-Verbindungen ein und werden auch die Vergabe von Förderkrediten
1186 für neue eigenwirtschaftliche Nachtzugverbindungen ab Berlin durch die Investitionsbank
1187 Berlin und die KfW prüfen. Berlin soll Nachtzug-Drehkreuz werden. Zudem wollen wir, dass
1188 Dienstreisen der Berliner Verwaltung im Inland durch Bahnreisen erfolgen sollen bzw. dass
1189 digitale Konferenzen im In- und Ausland Flugreisen ersetzen und somit Energie und Emissionen
1190 sparen. Die Senatsschulverwaltung möge darauf hinwirken, dass Flug-Klassenreisen bei allen
1191 Beteiligten grundsätzlich bzgl. der CO2-Bilanz des Fliegens hinterfragt und möglichst durch
1192 Alternativen ersetzt werden, auch wenn dies zeit- und kostenaufwendiger sein sollte.

1193 **2.6 Regional, saisonal, bio: gutes Essen für alle**

1194 Mit der Ernährungswende hat Berlin bundesweit einen neuen, mutigen Weg in der Agrar- und
1195 Ernährungspolitik eingeschlagen: Gemeinsam mit der Zivilgesellschaft haben wir eine
1196 zukunftsfähige, nachhaltige und regional gedachte Ernährungsstrategie für die Stadt
1197 entwickelt und dabei Verbraucher*innen in das Zentrum gestellt. Gutes Essen muss allen
1198 Berliner*innen unabhängig der finanziellen Situation erschwinglich sein. Ein besonderes
1199 Augenmerk haben wir dabei auf die Gemeinschaftsverpflegung gelegt, denn die ist der Esstisch
1200 der Stadtgesellschaft, an dem wir alle zusammenkommen: Die Kantinen in öffentlichen
1201 Einrichtungen, Betrieben, Krankenhäusern, Kitas und Schulen Berlins versorgen täglich
1202 Tausende von Berliner*innen. Hier setzen wir an, um regionales und biologisches und vor
1203 allem köstliches Essen auf die Berliner Tische zu bringen. Gute Zutaten und gute Zubereitung
1204 sind zwei Seiten einer Medaille, deshalb setzen wir uns auch weiterhin für bessere
1205 Arbeitsbedingungen der Beschäftigten in den Cateringbetrieben ein.

1206 **Qualitäts-Regio-Siegel für Produkte aus einem Umkreis**

1207 Bio- oder regionale Lebensmittel, vegane, vegetarische und saisonale Ernährung sind keine
1208 Nischenmärkte mehr: Sie sind längst Normalität für Berliner*innen. Wir wollen den von uns
1209 eingeschlagenen Weg weitergehen und den Bund und die EU dazu antreiben, die Agrar- und
1210 Ernährungswende zu vollziehen und die Tierzahlen zu reduzieren. So stärken wir Verbraucher-,
1211 Umwelt- und Klimaschutz nachhaltig. Berlin zeichnet sich durch eine enorme Nachfrage an bio-
1212 regionalen Lebensmitteln aus. Dieser Markt bietet die Möglichkeit, die bio-regionale
1213 Landwirtschaft nachhaltig umzugestalten, die industrielle Tierhaltung zu beenden und mit dem
1214 Ausbau der pflanzlichen Ernährung einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Dazu
1215 ist es unerlässlich, eng mit Brandenburg und anderen benachbarten Bundesländern und unserem
1216 Nachbarland Polen zu kooperieren: Wir wollen, dass der Weg vom Acker auf den Teller kürzer
1217 wird und sich grundsätzlich ändert, hin zu einer ökologisch-regional orientierten
1218 Ernährungswirtschaft. Gleichzeitig kann dieser regionale Bezug den Verbraucherschutz
1219 stärken. Dafür wollen wir in Zusammenarbeit mit Brandenburg, aber auch anderen Bundesländern
1220 eine gemeinsame Strategie entwickeln, die u. a. ein Qualitäts-Regio-Siegel für Produkte aus
1221 dem Umkreis beinhaltet. Alle Berliner Vergabestellen sollen dann künftig bei öffentlichen
1222 Ausschreibungen dieses Qualitäts-Regio-Siegel verwenden. Damit unterstützen wir nicht nur
1223 die Ernährungswende in Berlin, sondern fördern auch nachhaltiges Wirtschaften in der
1224 gesamten Region.

1225 **Kitas, Schulen, Krankenhäuser, Verwaltung – Berlins Kantinen werden bio**

1226 Mit der Berliner Ernährungsstrategie möchten wir den Anteil von biologisch produzierten,
1227 saisonalen, regionalen und pflanzlichen Lebensmitteln in der Gemeinschaftsverpflegung stetig
1228 ausbauen und diese Lebensmittel ganz oben auf den Speiseplan setzen. Gerade in der
1229 öffentlichen Beschaffung sehen wir große Potentiale, die wir besser nutzen können. Ein gutes
1230 Beispiel sind die Schulen. Ab 2021 gibt es beim beitragsfreien Schulessen für die ersten bis
1231 sechsten Klassen Früchte, Gemüse, Milch und Milchprodukte, sowie Pflanzendrinks
1232 ausschließlich in Bio-Qualität. Der Bio-Anteil steigt damit von unter 15 Prozent auf über 50
1233 Prozent. Wir wollen auch in Zukunft öffentliche Ausschreibungen nachhaltiger gestalten,
1234 Schulungen für Vergabestellen anbieten, eine Kantinenrichtlinie entwickeln und einführen und
1235 die Verwaltungsvorschrift „Umwelt und Beschaffung“ weiterentwickeln. Wir wollen insbesondere
1236 alle Kitas und Schulen, aber auch die anderen Bereiche der Gemeinschaftsverpflegung, wie zum
1237 Beispiel Krankenhäuser, dabei unterstützen, bis 2026 weitestgehend auf biologisch
1238 produzierte, vor allem regional angebaute Lebensmittel und vollwertiges pflanzliches Essen
1239 umzusteigen. Außerdem wollen wir an möglichst allen Schulen Schulgärten etablieren. Um
1240 unsere Ziele zu erreichen, setzen wir bei der Umstellung der Gemeinschaftsverpflegung auf
1241 die neu geschaffene Fortbildungseinrichtung „Kantine Zukunft“. Dieses Projekt wollen wir in
1242 eine langfristig bestehende Struktur überführen und regelmäßig neue Küchen in das
1243 Umstellungsprogramm aufnehmen. Darüber hinaus soll sich Berlin gemeinsam mit Brandenburg
1244 aktiver an EU-Förderprogrammen für gesunde Lebensmittel in den Schulen beteiligen und eine
1245 aktivere Rolle im Netzwerk der deutschen Bio-Städte spielen.

1246 **„LebensMittelPunkte“ in ganz Berlin**

1247 Für die Ernährungswende reicht aber die Umstellung von Küchen nicht aus. Wir wollen an
1248 verschiedenen Standorten in jedem Bezirk mindestens einen „LebensMittelPunkt“ (LMP)
1249 etablieren. Dabei wollen wir zivilgesellschaftliche Initiativen der LMP-Bewegung einbeziehen
1250 und aktiv unterstützen. Diese „LebensMittelPunkte“ wollen wir zu Orten des sozialen
1251 Zusammenlebens entwickeln, an denen Zugang zu gutem und gesundem Essen, unabhängig vom
1252 Geldbeutel, und damit Verbraucherschutz gewährleistet ist. Hier soll auch Platz für alle
1253 Akteur*innen der Ernährungsszene gegeben sein, wie Lebensmittelretter*innen, Bienen- und
1254 bestäuberfreundliche Urban-Gardening-Projekte, Kleingärtner*innen, Imker*innen, wie auch für
1255 lokale Manufakturen und insbesondere inhabergeführte Lebensmittelhandwerksbetriebe. Sie alle
1256 wollen wir durch Bürokratieabbau bei den bislang schwer umsetzbaren Hygienevorschriften
1257 unterstützen. Auch die Berliner Wochenmärkte sowie den Großmarkt wollen wir zu Zentren für
1258 frische und regionale Lebensmittel ausbauen.

1259 **Ein „Food-Campus“ für die Ernährungswende**

1260 Ein weiterer Schwerpunkt der Ernährungsstrategie ist der Ausbau der Lebensmittelbildung: Mit
1261 einem zentral gelegenen „Food-Campus“ wollen wir einen Ort schaffen, wo Wissenschaft,
1262 Praxis, Bildung und politische Diskussionen von und mit der Zivilgesellschaft die
1263 Ernährungswende in Berlin vorantreiben. Wir wollen es ermöglichen, dass alle Berliner*innen
1264 Zugang zu niedrigschwelligen Bildungsangeboten rund um die Themen Ernährung und
1265 Landwirtschaft haben. Ein Schwerpunkt wird dabei auf der pflanzlichen Ernährung liegen, denn
1266 der Konsum von Nahrungsmitteln tierischer Herkunft soll aus Klima- und Artenschutzgründen
1267 deutlich sinken. Auch in den Schulen soll das Thema einen größeren Stellenwert einnehmen:
1268 Wir wollen jeder Schule Zugang zu einer Lehrküche geben und wollen an jeder Schule einen
1269 Schulgarten etablieren, um allen Schüler*innen die Möglichkeit zu bieten, Basiswissen zu
1270 gesunder, pflanzlicher und nachhaltiger Ernährung zu erlangen und eine höhere Wertschätzung
1271 für Lebensmittel zu entwickeln. Nach dem Vorbild Kopenhagen wollen wir möglichst viele
1272 Schulen zu „Food Schools“ machen, in denen das Essen frisch gekocht wird und Schüler*innen
1273 an der Zubereitung beteiligt werden können.

1274 **Lebensmittelverschwendung beenden und Lebensmittelbetrug bekämpfen**

1275 Berlin soll Zero-Waste-Stadt werden und auch dafür ist die Ernährungswende ein zentraler
1276 Hebel. Wir wollen Strukturen unterstützen, durch die gerettete Lebensmittel besser verteilt
1277 werden können, Supermärkte sollen abgelaufene Lebensmittel nicht mehr wegwerfen dürfen,
1278 sondern beispielsweise an die Tafel oder Foodsharing spenden. Auch streben wir es weiterhin
1279 auf der Bundesebene an, „Containern“ (entsorgte Lebensmittel aus den Mülltonnen der
1280 Supermärkte zu entwenden) zu legalisieren. Verbraucher*innen stehen für uns im Mittelpunkt –
1281 und nicht die Agrar- und Lebensmittelindustrie. Wir wollen Lebensmittelbetrug einen Riegel
1282 vorschieben, dazu haben wir in der Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz bereits
1283 einen Runden Tisch gegen Lebensmittelbetrug eingerichtet. Und wir werden noch mehr tun: Wir
1284 wollen Polizei, Staatsanwaltschaft, die Lebensmittelaufsicht in Land und Bezirken und das
1285 Landeslabor Berlin-Brandenburg noch besser vernetzen und fördern. Denn das Ausmaß des
1286 Problems ist gewaltig – und jeder Betrug und jede Fälschung sind eine ganz reale
1287 Gesundheitsgefahr.

1288 Auch in der Gastronomie wollen wir für mehr Transparenz und barrierefreien Zugang zu
1289 Informationen sorgen. Dazu wollen wir den Verbraucher*innen Zugang zu Erkenntnissen der
1290 bezirklichen Lebensmittelüberwachung ermöglichen und die Ergebnisse der
1291 Lebensmittelkontrollen wie in anderen Ländern, zum Beispiel Dänemark, auch an den Türen
1292 aller Lebensmittelbetriebe für alle klar erkennbar veröffentlichen.

1293 **2.7 Tierschutz stärken – lebenswerte Stadt für jedes** 1294 **Lebewesen**

1295 Tiere bewohnen mit uns gemeinsam diese Stadt. Sie sind keine Gegenstände, sondern Lebewesen,
1296 deren Rechte es zu schützen gilt. Wir wollen, dass Menschen und Tiere in dieser wachsenden
1297 Stadt gut zusammenleben, und haben deshalb die Tierrechte in den vergangenen Jahren weiter
1298 gestärkt. Ein Verbandsklagerecht ermöglicht es nun Tierschutzorganisationen in Berlin, bei
1299 Verstößen gegen das Tierschutzgesetz stellvertretend für die Tiere zu klagen. Zudem haben
1300 wir das Amt der Landestierschutzbeauftragten erstmals hauptamtlich besetzt. Berlin hat damit
1301 endlich eine starke Stimme für Tierrechte erhalten. Wir streben an, dieses Amt mit
1302 zusätzlichen Kompetenzen auszustatten.

1303 **Tierschutz besser finanzieren, Heimtierhaltung besser regulieren**

1304 Die mit dem Tierschutz beauftragten Behörden des Landes Berlin wollen wir so ausstatten,
1305 dass sie ihrer Arbeit vollumfänglich nachkommen können. Zudem wollen wir Tierheime,
1306 Wildauffangstationen, Tierschutzorganisationen und -initiativen sowie Tiertafeln besser
1307 finanzieren und die Zusammenarbeit mit der Verwaltung verbindlicher gestalten. Wir stärken
1308 Tierschutzpädagogik, ergreifen Bildungsinitiativen für die artgerechte Haltung von
1309 Heimtieren und werden Werbung, die Heimtiere bzw. deren Haltung unangemessen darstellt,
1310 problematisieren. Für die private Tierhaltung wollen wir verbindliche Standards im Hinblick
1311 auf das Tierwohl festlegen und auf Bundesebene dazu hinwirken, dass Haltung, Zucht und
1312 Handel von Heimtieren in einer Tierschutz-Heimtierverordnung geregelt wird. Unser Ziel ist
1313 es, zu regeln, welche Arten unter Berücksichtigung von Tier-, Arten- und Naturschutz sowie
1314 von Gesundheits- und Sicherheitsaspekten für den Handel und die Privathaltung akzeptabel
1315 sind. Wir lehnen Reptilien- und Exotenbörsen ab und setzen uns für eine stärkere Kontrolle
1316 ein. Den illegalen Handel mit Welpen und allen anderen Tieren wollen wir durch bessere
1317 Behördenzusammenarbeit unterbinden.

1318 Um den Tierschutz in Privathaushalten besser durchsetzen zu können, wollen wir ein Haus- und
1319 Heimtierregister und eine Tier-Notrufnummer für alle Tierarten einführen. Ferner streben wir
1320 weitere Hundeauslaufflächen an, um in möglichst allen Bezirken ausreichend Platz für Hunde
1321 zu schaffen. Wir werden prüfen, mit welchen wirkungsvolleren Mitteln der Gefahrenabwehr wir
1322 die Rasselisten ersetzen können. Pferdehaltung soll tiergerechter und mit mehr
1323 Offenstallhaltung erfolgen. Wir vertreten die Überzeugung, dass Pferdekutschen nicht nach

1324 Berlin gehören und lehnen den Einsatz von Pferdestaffeln der Bundespolizei in Berlin ab. Wir
1325 werden ein berlinweites Taubenmanagement mit betreuten Taubenschlägen zur
1326 Populationskontrolle einrichten. Wir entwickeln effektive Strategien gegen Qualzuchten bei
1327 allen Tierarten.

1328 **Massentierhaltung beenden**

1329 Mit einem Normenkontrollantrag beim Bundesverfassungsgericht geht Berlin bereits gegen
1330 tierschutzwidrige Bestimmungen in der Schweinehaltung vor. Auf Bundesebene setzen wir uns
1331 dafür ein, dass die Anzahl der gehaltenen Tiere deutlich reduziert und jede Haltung im
1332 Agrarbereich auf einen tiergerechten, ökologischen und nachhaltigen Standard gehoben wird
1333 und dass Lebensmittel die aus Massentierhaltung stammen klar gekennzeichnet werden müssen.
1334 Auch so wollen wir erreichen, dass Produkte in Supermärkten, die in Teilen oder ganz aus
1335 Massentierhaltung stammen, immer weniger werden.

1336 **Jagdgesetz überarbeiten**

1337 Das Berliner Jagdgesetz wollen wir modernisieren. Durch ein ökologisches und
1338 wissenschaftlich begründetes Wildtiermanagement wollen wir die Jagdzeiten und die Anzahl der
1339 beliebig jagdbaren Arten reduzieren. Der Abschuss von Haustieren soll untersagt werden.
1340 Jäger*innen sollen darüber hinaus regelmäßig Fortbildungen und Schießprüfungen absolvieren
1341 müssen.

1342 **Keine Wildtiere im Zirkus**

1343 Wildtiere gehören nicht in den Zirkus. Wir haben deshalb in den vergangenen Jahren die
1344 landesrechtlichen Kompetenzen voll ausgeschöpft, um keine öffentlichen Flächen mehr an
1345 Zirkusse mit Wildtieren zu vergeben. Auf Bundesebene streben wir nach wie vor ein völliges
1346 Verbot von Wildtieren in Zirkussen an. Wir sehen Tiere in Zirkussen kritisch und setzen uns
1347 für höhere Tierhaltungsstandards, mindestens wie in Zoos, ein. Auch im Zoo und Tierpark
1348 wollen wir eine konsequente Ausrichtung auf tiergerechte Haltung und
1349 Beschäftigungsmöglichkeiten.

1350 **Tierversuche durch Alternativmethoden ersetzen**

1351 Die Zahl der wirtschaftlich und wissenschaftlich genutzten Tiere wollen wir stetig
1352 reduzieren und Tierversuche im Sinne der 3R (Reduce, Replace, Refine) so weit wie möglich
1353 durch alternative, tierversuchsfreie Methoden ersetzen. Berlin soll Forschungshauptstadt für
1354 alternative, tierversuchsfreie Methoden werden. Dabei ist es für uns selbstverständlich,
1355 dass es in Berlin keine Tierversuche mit Schweregrad „schwerst“ nach der EU
1356 Tierversuchsrichtlinie sowie Versuche an Primaten geben darf. Das Festhalten an gängiger
1357 Forschungspraxis oder wirtschaftlichen Interessen dürfen nicht länger über dem Tierschutz
1358 stehen. Dafür haben wir die Berliner Tierversuchskommission in einem ersten Schritt
1359 paritätisch mit Vertreter*innen aus der Wissenschaft und dem Tierschutz besetzt. In der
1360 Zukunft werden wir dabei die Rolle von unabhängigen Vertreter*innen des Tierschutzes
1361 stärken. Tierschützer*innen sollen die gleichen Rechte wie die Vertreter*innen der
1362 Wissenschaft haben. Wir fordern eine gesetzlich verankerte, verbindliche
1363 Dokumentationspflicht auf Bundesebene und werden den Aufbau von Datenbanken weiter fördern
1364 und auf die Vermeidung von Doppel- und Wiederholungsversuchen hinwirken. Verstärkte
1365 Kontrollen sollen Tiere in Versuchsvorhaben besser schützen.
1366 Gemeinsam mit der Forschung, der Landestierschutzbeauftragten, den Tierschutzorganisationen
1367 und forschenden Pharmaunternehmen werden wir konkrete Ausstiegsfahrpläne für Tierversuche
1368 entwickeln. Die Landesförderungen von Forschungsvorhaben knüpfen wir an die Bedingung,
1369 Alternativen zu nutzen, zu erarbeiten und weiterzuentwickeln. Dabei bevorzugen wir Projekte,
1370 die Tierversuche ersetzen helfen oder Alternativmethoden validieren.
1371 Wissen über alternative Methoden zu Tierversuchen soll bereits in grundständigen

1372 Studiengängen vermittelt werden und in der Lehre wo immer möglich auf Tierversuche
1373 verzichtet werden. Gegenüber dem Bund und der Europäischen Kommission setzen wir uns für ein
1374 Ausstiegsszenario aus der an Tierversuche gebundenen Forschung ein.

1375 **2.8 Berlins Tourismus ökologisch und nachhaltig** 1376 **weiterentwickeln**

1377 Berlin ist eine weltoffene, diverse und gastfreundliche Stadt. Viele von uns lieben und
1378 schätzen Berlin dafür. Die Clublandschaft, die Museen und Galerien, die Flaniermeilen und
1379 Flohmärkte sowie das reiche gastronomische und kulturelle Angebot – all dies macht Berlin
1380 auch für uns Berliner*innen so liebenswert und lebt auch in hohem Maße vom Tourismus. Die
1381 Corona-Krise, durch die Millionen von Tourist*innen nicht mehr nach Berlin kommen konnten,
1382 hat uns noch einmal vor Augen geführt, wie wichtig der Tourismus als Wirtschaftsfaktor für
1383 Berlin ist, doch ein „Weiter so“ wie bisher kann es in Berlin nicht geben. Deshalb wollen
1384 wir den nachhaltigen Tourismussektor weiter ausbauen und ökologische Hotels stärker
1385 unterstützen. Die Zeit jetzt muss genutzt werden, um die bestehenden Probleme anzugehen,
1386 damit auch in den belasteten Kiezen die Akzeptanz wieder steigt. Eine erfolgreiche
1387 Tourismuspolitik bemessen wir nicht anhand von immer höheren Besucher*innenrekorden, sondern
1388 sie bedeutet für uns auch eine aktive Stadtentwicklungspolitik, die lenkt und gestaltet.

1389 **Stadtverträglicher, ökologisch nachhaltiger Tourismus**

1390 Denn der Tourismus hat auch seine Schattenseiten. In vielen Kiezen der Innenstadt ist der
1391 Unmut über massiv steigende Tourist*innenzahlen sehr groß. Ferienwohnungen, Lärm, Müll und
1392 steigende Preise schaffen in Teilen der Stadt Herausforderungen. Für uns ist klar: Tourismus
1393 wird auch nach der Pandemie ein wichtiges wirtschaftliches Standbein unserer Stadt sein,
1394 aber wir brauchen einen stadtverträglichen Tourismus, der die Anwohnenden möglichst nicht
1395 belastet und sie mit ihren Bedürfnissen einbezieht sowie ökologisch sowie sozial nachhaltig
1396 ist. Mit dem Tourismuskonzept 2018+ für Berlin haben wir dafür konkrete Ziele festgelegt.
1397 Ströme von Tourist*innen sollen stärker entzerrt werden: von den Gärten der Welt in Marzahn-
1398 Hellersdorf oder dem Schloss Biesdorf bis zur Zitadelle Spandau – Berlin hat deutlich mehr
1399 zu bieten als „Kreuzberger Nächte“. Deswegen wollen wir die touristische Infrastruktur
1400 außerhalb des S-Bahn-Rings stärken und mehr Aufmerksamkeit für weniger beachtete
1401 Sehenswürdigkeiten schaffen. Berlin braucht für die Zeit nach der Corona-Pandemie einen
1402 neuen Aufschlag, um nachhaltig und zukunftsorientiert den Tourismus in Berlin zu gestalten.
1403 Wichtig dabei wird ein Hotelentwicklungsplan sein, mit dem wir die innerstädtischen Bezirke
1404 entlasten und eine stärkere Steuerung des Beherbergungswesens erreichen wollen. Dabei muss
1405 für neue Hotels auch die Umgebung mit betrachtet werden, um touristische und gastronomische
1406 Monostrukturen zu verhindern. Dies sollte auch für bereits geplante Hotels und Hostels
1407 gelten. Die illegale Umnutzung von Wohnraum als Ferienwohnung muss deutlich strenger
1408 kontrolliert werden. Die Attraktivität der Berufe soll durch bessere Arbeitsbedingungen, vor
1409 allem eine angemessene Bezahlung und effektivere Arbeitsschutzbestimmungen, gesteigert
1410 werden. Große Ziele verlangen ein beherztes Anpacken. Deswegen haben wir angefangen,
1411 VisitBerlin von einer Marketingagentur zu einer gestaltenden Akteur*in umzubauen, die
1412 Impulse für einen nachhaltigen und stadtverträglichen Tourismus setzt – und zwar in enger
1413 Zusammenarbeit mit den Bezirken. So haben wir einen Bürger*innenbeirat ins Leben gerufen, um
1414 die Berliner*innen aus den verschiedenen Bezirken besser bei der Umsetzung des neuen
1415 Tourismuskonzeptes einzubinden. Diese Beteiligung wollen wir weiter ausbauen. Außerdem
1416 wurden den Bezirken mehr finanzielle Mittel an die Hand gegeben, um vor Ort gezielt
1417 Maßnahmen umsetzen zu können – was wir nochmal deutlich verstärken wollen.

1418 **Stärkere Reinigung von Parks und Straßen**

1419 Beliebte Parks, Straßenzüge und Kieze leiden unter einem erhöhten Müllaufkommen. Deswegen
1420 haben wir die Parkpflege personell verstärkt und sichergestellt, dass die BSR viele Berliner

1421 Parks, wie zum Beispiel den Görlitzer Park, regelmäßig und stärker reinigt. Das kostet viel
1422 Geld, stößt aber auf sehr viel Zuspruch bei den Anwohnenden. Gerade Orte mit vielen
1423 Tourist*innen oder viel Durchgangsverkehr haben einen hohen Wert für die ganze Stadt – es
1424 ist nicht gerecht, die Anwohnenden mit den Mehrkosten dafür alleinzulassen, sie sollen
1425 stattdessen vom Land übernommen werden.

1426 **City-Tax und der Fonds „Ökologischer Tourismus“**

1427 Den Tourismus in Berlin wollen wir ökologischer und nachhaltiger gestalten. Dazu wollen wir
1428 den Fonds „Ökologischer Tourismus“ einrichten. Dieser soll Hotels, Restaurants und
1429 touristische Einrichtungen dabei unterstützen, ihren Ressourcenverbrauch zu verringern, ihre
1430 Energieeffizienz zu steigern und Barrierefreiheit zu ermöglichen. Mit der Förderung des
1431 ersten Solarschiffes – eines emissionsfreien Ausflugsdampfers auf der Spree – haben wir
1432 gezeigt, wie ökologischer Wassertourismus in Berlin aussehen kann. Wir wollen den Einsatz
1433 solcher Solarschiffe zukünftig noch stärker fördern. Auch die Hop-on-Hop-off-Busse sollen
1434 emissionsfrei werden und ein Konzept zur Entzerrung des Reisebusverkehrs Berlin entlasten
1435 Außerdem möchten wir die Einnahmen aus der Berliner City-Tax zu großen Teilen für die
1436 Gestaltung hin zu einem stadtverträglichen und ökologischen Tourismus nutzen.

1437 **Jetzt ganz konkret: Bündnisgrüne Projekte für die Zukunft Berlins**

1438 **1. Berlins Dächer werden Solarkraftwerke**

1439 Berlin kann 25 Prozent der hier verbrauchten Energie aus Solarenergie decken – wir wollen
1440 das bis 2035 schaffen. Auf Neubauten und bei wesentlichen Dachumbauten machen wir eine
1441 Solaranlage zur Pflicht. Bis 2025 sollen berlineigene Gebäude wie Schulen oder Ämter
1442 standardmäßig mit Solaranlagen ausgestattet und nachgerüstet werden. Mit der Solardachbörse
1443 wollen wir erreichen, dass Hauseigentümer*innen ihr Dach zur Verfügung stellen, um es in ein
1444 Solarkraftwerk umzuwandeln.

1445 **2. Eine Stadt ohne Müll**

1446 Ob Straßen, Parks oder Spielplätze – wir wollen eine saubere Stadt. Dazu wollen wir den
1447 Reinigungstakt in den besonders betroffenen Kiezen steigern, ohne dabei die Kosten für die
1448 Anwohnenden zu erhöhen. Wir werden mehr Sperrmüll-Abgabe-Stellen einrichten, um die Wege zu
1449 verkürzen. Besonders viel besuchte Parks und Spielplätze sollen regelmäßig von der BSR
1450 gereinigt werden. Am besten ist es aber, wenn Müll erst gar nicht entsteht, und ein langes
1451 Leben für Geräte schützt das Klima. Deshalb werden wir Pfandsysteme, zum Beispiel beim Essen
1452 to go, stärker fördern. Wir werden weiterhin dafür streiten, dass die bundesrechtlichen
1453 Vorgaben endlich Schluss machen mit dem Verpackungswahnsinn und die Ressourcenverschwendung
1454 gestoppt wird.

1455 **3. Ökologische Stadtquartiere der Zukunft – Bauwende umsetzen**

1456 Aus anderen Städten kennen wir leuchtende Beispiele des ökologischen Bauens und der
1457 nachhaltigen Stadtentwicklung – seien es auf Balkonen wachsende Bäume, Ökobaustoffe wie
1458 Holz, Lehm und Stroh, oder Sportflächen, die Versickerung von Regenwasser zulassen. Wir
1459 wollen die Bauwende umsetzen, die Verkehrswende Realität werden lassen, Berlin zur
1460 „Schwammstadt“ umbauen und multifunktionale Orte schaffen. Um Impulse dafür zu setzen,
1461 wollen wir eine Internationale Bauausstellung (IBA) mit und in allen Berliner Bezirken
1462 initiieren. Wir tun dies zusammen mit Brandenburg und setzen Impulse für eine ökologische
1463 und soziale Stadtplanung und schaffen klimaresilienten Wohn- und Gewerberaum mit der
1464 notwendigen sozialen, kulturellen und grünen Infrastruktur.

1465 **4. Autofreie Kieze in ganz Berlin**

1466 Wir wollen Autos aus Straßenzügen und Kiezen rausholen und Platz schaffen für das Leben –
1467 für Kinder, Kultur und Natur. Weniger Abgase und Lärm, mehr Platz zum Spielen und Flanieren.
1468 An der Friedrichstraße haben wir es vorgemacht und weitere Straßen werden folgen. Um Kieze
1469 vom Auto-Durchgangsverkehr zu befreien, wollen wir auch in der nächsten Legislatur viele
1470 neue Kiezblocks schaffen.

1471 **5. Die Taktzahl erhöhen –Bus und Bahn ausbauen**

1472 Alle Berliner*innen müssen die Gewissheit haben: Der Bus kommt sofort. Um das zu schaffen,
1473 wollen wir die Taktung von Bussen und Bahnen deutlich erhöhen. Unser Ziel ist es, in dicht
1474 besiedelten Quartieren, unabhängig davon, ob sie innerhalb oder außerhalb des S-Bahn-Ringes
1475 liegen, alle fünf Minuten einen Anschluss an den ÖPNV bereitzustellen. In weniger dicht
1476 besiedelten Gebieten soll den Berliner*innen mindestens alle zehn Minuten ein ÖPNV-Angebot
1477 zur Verfügung stehen.

Beschluss (vorläufig)

Kapitel 3: Zusammenhalt sichern – niemand bleibt zurück

Gremium: LDK
Beschlussdatum: 26.03.2021
Tagesordnungspunkt: K-3 Kapitel 3

1 3. Zusammenhalt sichern - niemand bleibt zurück

2 Berlin funktioniert nur zusammen. Wir haben viel vor mit dieser Stadt und niemand darf dabei
3 zurückbleiben. Insbesondere Alleinerziehende, People of Colour, Kinder, ältere Menschen,
4 prekär Beschäftigte, Soloselbständige, Erwerbssuchende, Menschen mit Behinderung und
5 geflüchtete Menschen sind von Armut, Verdrängung und Ausgrenzung bedroht. Die Corona-
6 Pandemie hat diesen Zustand weiter verschärft, viele haben ihre Erwerbsgrundlage verloren.
7 Sie alle suchen vergebens nach bezahlbaren Wohn- und Gewerberäumen. Auch Soziale Träger
8 werden mehr und mehr aus der Stadt verdrängt. Wir kämpfen für ein Berlin, in dem alle sicher
9 wohnen, teilhaben und ihren Platz in der Gesellschaft finden können. Auch in der kommenden
10 Legislaturperiode hat dies für uns höchste Priorität

11 Wohnen ist keine Ware – Gemeinwohlverpflichtung für Wohnraum durchsetzen!

12 Die Grundstückspreise und Mieten sind in den vergangenen 15 Jahren nach oben geschneit,
13 auch weil in einer Situation der Wohnungsknappheit und fehlender alternativer
14 Anlagemöglichkeiten hemmungslos mit dem spekuliert wird, was für Menschen das Zuhause ist.
15 Wohnen ist keine Ware, darum kämpfen wir für einen Wohnungsmarkt nach Wiener Vorbild, bei
16 dem mindestens 50 Prozent des Wohnraums gemeinwohlorientiert ausgerichtet werden. Dafür
17 wollen wir ein breites Bündnis schließen – von den landeseigenen Wohnungsunternehmen über
18 gemeinwohlorientierte Genossenschaften, Stiftungen und Hausprojekte bis zu
19 Privatvermietenden, die sich wie die öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften auf das
20 Gemeinwohl und somit dauerhaft auf leistbare Mieten für alle Schichten verpflichten.
21 Geschäftsmodelle, die auf schnelle, überhöhte Renditen setzen oder mit Wohnraum spekulieren,
22 lehnen wir ab. Die Bau-, Mieten- und Wohnungspolitik haben wir seit 2016 vom Kopf auf die
23 Füße gestellt – sowohl in der Landesregierung als auch in den Bezirken, in denen wir
24 Verantwortung tragen. Wir haben den sozialen Wohnungsbau vorangetrieben, das Vorkaufsrecht
25 genutzt, eine Genossenschaftsförderung erkämpft und den Mietendeckel eingeführt. Diesen Weg
26 wollen wir weitergehen: Wir bauen Berlin weiter gemeinwohlorientiert und nachhaltig um. Wir
27 erwerben die Stadt Stück für Stück zurück, um die Gemeinwohlorientierung zum zentralen
28 Merkmal des Berliner Mietmarktes zu machen. Dabei ist klar: Solange der Wohnungsmarkt
29 angespannt bleibt, kann der Mietendeckel 2025 nicht ersatzlos auslaufen, sondern muss auf
30 Grundlage eines Miet- und Wohnungskatasters weiterentwickelt werden..

31 Ein Berlin, in dem Armut und Ausgrenzung der Vergangenheit angehören

32 Seit 2016 haben wir auch bei der Bekämpfung von Armut wichtige Schritte geschafft. Das
33 kostenlose ÖPNV-Ticket für Schüler*innen, die beitragsfreie Kita, ein gesundes kostenloses
34 Essen mit hohem Bioanteil in den Grundschulen, all das sorgt dafür, dass Kinder aus
35 Familien, die weniger Geld haben, gleichberechtigter am Leben teilhaben können. Wir haben
36 den Landesmindestlohn auf 12,50 Euro angehoben und Mindesthonorare für Künstler*innen und
37 Freischaffende eingezogen. Auch auf Bundesebene wollen wir uns für eine deutliche Anhebung
38 des Mindestlohnes einsetzen. Wir haben Tarifreue bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen
39 garantiert und die Gehälter gerade der Beamt*innen angehoben, die kleinere Einkommen haben.

40 Sei das bei der Polizei, bei der Feuerwehr oder in der Verwaltung. Wir haben dafür gesorgt,
41 dass für Menschen, die Sozialleistungen beziehen, die Kosten der Unterkunft verlässlich
42 übernommen werden und Obdachlosigkeit so vermieden wird. Und wir haben damit begonnen, das
43 Dickicht an Sozialleistungen zu ordnen, damit Menschen Leistungen, die ihnen zustehen, auch
44 tatsächlich erhalten – gerade in den Bezirken sind wir an dieser Stelle Vorreiter. Der Weg
45 zu einem Berlin, in dem Armut und Ausgrenzung der Vergangenheit angehören, ist aber noch
46 weit. Wir setzen uns seit Jahren dafür ein, Familien- und Sozialleistungen auf Bundesebene
47 endlich neu zu sortieren, um das bestehende Chaos zu beenden. Solange das nicht passiert
48 ist, werden wir weiter in Berlin und in den Bezirken für Überblick sorgen. Dazu wollen wir
49 mit einem berlinweiten Sozialmanagement die besten Wege der Umsetzung aus allen Bezirken in
50 alle anderen Bezirke bringen und mit starken Netzwerken vor Ort im sozialen Umfeld
51 Unterstützung leisten. Wir gehen den Kampf gegen Armut ganzheitlich an. Denn gute
52 frühkindliche Bildung, gute Kitas und Schulen, bezahlbarer Wohnraum, gute Arbeit, ein
53 durchlässiges Bildungssystem, der Kampf gegen Ausgrenzung und Diskriminierung, all das ist
54 entscheidend, um Armut wirklich zu bekämpfen. Initiativen in all diesen Bereichen werden wir
55 aktiv unterstützen.

56 **Gute Gesundheitsversorgung und Pflege ist Daseinsvorsorge**

57 Für Gesundheit ist nicht alleine die Gesundheitspolitik verantwortlich, sondern jeder
58 einzelne Politikbereich hat Einfluss auf die Gesundheit, das Wohlbefinden und die
59 Lebensqualität der Berliner*innen, sei es bei Fragen der Mobilität bzw. der Verkehrswende,
60 bei der Ernährungswende, in der Wirtschafts- und Arbeitspolitik, im Bildungsbereich, in der
61 Gesundheitsforschung, in der Sozialpolitik, beim Klimaschutz oder in der Stadtentwicklung.
62 Dabei ist die gesundheitliche Chancengleichheit, unabhängig vom Geldbeutel, unser Ziel.
63 Gesundheit bedeutet für uns körperliches, psychisches und soziales Wohlbefinden mit Teilhabe
64 und Selbstbestimmung.

65
66 Die Corona-Pandemie hat schonungslos die Lücken des Gesundheitssystems aufgezeigt: Statt in
67 gute Vorsorge zu investieren, wurde der Öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD) über Jahrzehnte
68 kaputtgespart und Pandemiepläne sind in Schubladen verstaubt. Für uns gehören gute
69 Gesundheitsstrukturen zur Daseinsvorsorge und dürfen nicht der Profitmaximierung dienen.
70 Deswegen haben wir den ÖGD in den letzten Jahren besser ausgestattet und wir wollen diesen
71 Weg in den nächsten Jahren weitergehen. Wir wollen den ÖGD attraktiver machen und für mehr
72 Berufsgruppen öffnen sowie ihn befähigen, integrierte, im Kiez vernetzte Versorgungsangebote
73 zu entwickeln. Wir haben die Investitionspauschale für die Berliner Krankenhäuser erhöht,
74 zusätzliches Geld für Digitalisierung zur Verfügung gestellt und wollen bei der
75 Krankenhausplanung einen besonderen Fokus auf hohe Qualität und bedarfsgerechte Strukturen
76 legen. Die Vielfalt der Krankenhausversorgung in Berlin ist und bleibt ein bündnisgrünes
77 Anliegen. Wir wollen allen Berliner*innen bestmögliche Versorgung ermöglichen und setzen uns
78 nachhaltig auch für eine gerechtere Verteilung der Angebote in den Bezirken ein –
79 insbesondere auch bei den niedergelassenen Fachärzt*innen. Neben einer besseren Verteilung
80 wollen wir eine besser vernetzte und aufeinander abgestimmte Angebotsvielfalt erreichen;
81 dazu müssen wir das Gemeinsame Landesgremium (§ 90 a SGB V) stärken und erweitern.

82 Für uns ist klar: Gesundheit wird nicht primär von der Gesundheitspolitik gemacht, sondern
83 jeder einzelne Politikbereich hat Einfluss auf die Gesundheit, das Wohlbefinden und die
84 Lebensqualität der Berliner*innen, sei es bei der Ernährungswende, der Verkehrswende, im
85 Bildungsbereich, in der Gesundheitsforschung, in der Sozialpolitik oder in der
86 Stadtentwicklung. Dabei ist die gesundheitliche Chancengleichheit unser Ziel. Wir wollen
87 erreichen, dass alle Berliner*innen, unabhängig vom Geldbeutel, die gleichen
88 gesundheitsfördernden Lebensbedingungen haben. Gesundheit bedeutet für uns körperliches,
89 psychisches und soziales Wohlbefinden mit Teilhabe und Selbstbestimmung.

90 Zu guter Gesundheitsversorgung gehört gute Pflege im Krankenhaus, in der ambulanten Pflege,
91 in stationären Einrichtungen sowie zuhause. Es darf nicht sein, dass Pflegekräfte unter
92 schlechten Bedingungen für viel zu viele Patient*innen Verantwortung übernehmen müssen.
93 Darum haben wir gemeinsam mit dem Berliner Bündnis für Pflege in den vergangenen Jahren
94 intensiv an Verbesserungen gearbeitet. Wir unterstützen die Ziele des Volksentscheids
95 „Gesunde Krankenhäuser“ und möchten in den kommenden Jahren mit verbindlichen
96 Personalschlüsseln die Arbeitsbedingungen substantiell verbessern. Diese Personalschlüssel
97 sollen an dem ermitteltem Behandlungsbedarf orientiert sein und in allen Settings und
98 Fachbereichen gelten. Wir wollen eine Vielzahl von Pflege- und Wohnformen im Alter fördern,
99 um Menschen, solange es geht, ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Dafür möchten wir
100 parallel zu ambulanten Fachärzt*innenpraxen auch ambulante pflegerische Angebote mehr
101 unterstützen. Um pflegende Angehörige besser zu unterstützen, setzen wir uns auf Bundesebene
102 für die Einführung eines Familienpflegegeldes, ähnlich des Elterngeldes, ein.

103 Im Bund wollen wir uns außerdem für eine umfassende Reform der Pflegeversicherung sowie für
104 die grüne Bürger*innenversicherung einsetzen, um mehr Gerechtigkeit und Solidarität in der
105 Versorgung herzustellen.

106 Wir haben in Berlin bereits erfolgreich die Beihilferegelungen für Beamt*innen verändert, so
107 dass ihr Weg in die gesetzliche Krankenversicherung erleichtert wird. Das wollen wir
108 bundesweit umsetzen.

109 **Barrieren abbauen, Teilhabe ermöglichen**

110 Berlin wird zur barrierefreien Stadt. Damit ermöglichen wir es behinderten und älteren
111 Menschen sowie Familien mit kleinen Kindern, die Stadt in ihrer ganzen Vielfalt zu nutzen
112 und mit zu gestalten. Da ältere Menschen noch lange fit sind und aktiver Teil der
113 Gesellschaft bleiben wollen, wird die Zahl der Menschen, die auf eine Stadt ohne Hindernisse
114 angewiesen sind, immer größer. Das gilt in U- und S-Bahnhöfen genauso wie in
115 Verwaltungsgebäuden. Deswegen machen wir uns stark für die Absenkung von Bordsteinkanten,
116 längere Ampelschaltungen, eine barrierefreie Darstellung von Websites oder die Übersetzung
117 von Veranstaltungen in Gebärdensprache. Wir wollen, dass alle Kinder, ob mit oder ohne
118 Behinderung, gleichberechtigt in der Schule teilhaben und alle Erwachsenen die Chance
119 bekommen, Teil des ersten Arbeitsmarktes zu werden.

120 Unser Ziel ist eine inklusive Gesellschaft. Dafür werden wir immer wieder Wege für Menschen
121 zur Teilhabe öffnen, gehen entschieden gegen Verdrängung vor, bekämpfen Armut, sorgen dafür,
122 dass alle Zugang zu bester Grundversorgung haben und bauen Hürden im Alltag ab. Deshalb wird
123 die Politik für eine inklusiven Stadtgesellschaft noch stärker als bisher unter Beteiligung
124 der Expert*innen in eigener Sache gestaltet. Dazu stärken wir die Rollen von Landesbeirat
125 und Landesbeauftragter für behinderte Menschen sowie der bei den Senatsverwaltungen
126 bestehenden Arbeitsgruppen. Darüber hinaus beziehen wir Organisationen behinderter Menschen
127 und Angehörigenvereine stärker in die Politik ein und unterstützen das Berliner
128 Behindertenparlament.

129 **3.1 Bauen, Mieten, Wohnen: klimagerecht und sozial**

130 Wir haben 2016 den Politikwechsel in Berlins Bau-, Mieten- und Wohnungspolitik eingeläutet,
131 um der astronomischen Steigerung von Miet- und Grundstückspreisen Einhalt zu gebieten. Unser
132 Ziel war und ist, den Berliner Wohnungsmarkt gemeinwohlorientiert umzubauen, indem wir den
133 Anteil von Wohnungen in der Hand nicht renditeorientierter Akteure weiterhin konsequent
134 erhöhen. Mit unserem „Masterplan 50 Prozent Gemeinwohl“ wollen wir mindestens 50 Prozent
135 aller Wohnungen in Berlin in gemeinwohlorientierter Hand bringen.

136 **Masterplan „50 Prozent Gemeinwohl“**

138
 139 Die Verpflichtung auf das Gemeinwohl gilt für alle Akteur*innen auf dem Wohnungsmarkt.
 140 Fördern wollen wir aber insbesondere diejenigen, die Wohnraum der Spekulation entziehen,
 141 bezahlbare Wohnungen für alle gesellschaftlichen Schichten bereitstellen und bei
 142 Mietgestaltung und Belegung soziale Kriterien anwenden. Dazu zählen die landeseigenen
 143 Wohnungsunternehmen, gemeinwohlorientierte Genossenschaften, Träger sozialer Einrichtungen,
 144 Stiftungen und Hausprojekte sowie Privatvermietenden, die sich wie die öffentlichen
 145 Wohnungsbaugesellschaften auf das Gemeinwohl und somit dauerhaft auf leistbare Mieten für
 146 alle Schichten verpflichten. Wir schließen dabei auch Bündnisse mit den Menschen, die ihr
 147 Wohnschicksal in die eigenen Hände nehmen, wenn sie sich sozialen und ökologischen Kriterien
 148 verpflichtet fühlen. Dafür brauchen wir auch weiterhin einen breiten Maßnahmenmix.

149
 150 Wir setzen uns auch auf Bundesebene für die Einführung der Neuen Wohnungsgemeinnützigkeit
 151 (NWG) ein, um dauerhaft bezahlbaren Wohnraum zu schaffen - und nicht nur für 20 oder 30
 152 Jahre wie bisher. Dazu ist es auch nötig, die Berliner Finanzierung von Sozialbindungen beim
 153 Wohnen deutlich aufzustocken.

154 In den vergangenen Jahren haben wir den Neubau bedarfsgerechter gefördert und stärker auf
 155 das Gemeinwohl ausgerichtet. Gleichzeitig versuchen wir mit dem Mietendeckel Ruhe in den
 156 überhitzten Markt des Mietwohnungsbestandes zu bringen und Mietpreise zu stabilisieren.
 157 Damit haben wir juristisches Neuland betreten und sind stolz darauf, dass wir alles tun, um
 158 Wucher zu stoppen, trotz teilweise heftigen Gegenwindes. In den kommenden Jahren streiten
 159 wir weiter für einen gemeinwohlorientierten und sozialen Wohnungsmarkt für Berlin. Dazu
 160 gehört für uns auch die Verbindung mit dem Klimaschutz: Berlins Gebäude stoßen 40 Prozent
 161 des CO₂ in der Stadt aus, also sind energetische Modernisierung und die Bauwende eine
 162 zentrale Zukunftsaufgabe, um Berlin auf den 1,5-Grad-Pfad zu bringen. Wir verbinden soziale
 163 Gerechtigkeit und Klimaschutz.

164 **Das neue Berlin bauen – gemeinwohlorientiert und nachhaltig, sozial und ökologisch**

165 Unser Ziel sind Kieze, in denen neben Wohnen auch Gewerbe, Kultur und Erholung Platz haben.
 166 Zudem arbeiten wir für eine bunte Mischung von Eigentümer*innen – von Genossenschaften über
 167 landeseigene Wohnungsunternehmen bis zu Baugruppen und auch kleinen privaten
 168 Eigentümer*innen. Klar ist: Berlin braucht mehr niedrigpreisige Wohnungen. Bei fortdauernd
 169 hohem Bevölkerungszuwachs streben wir den Bau von jährlich 20.000 überwiegend
 170 sozialverträglichen Wohnungen an. Wir wollen vielfältige und lebendige Quartiere, gut
 171 erschlossen für nachhaltige Mobilität, mit guten Schulen und Kitas, Handel und Gewerbe,
 172 Spiel, Erholung und viel Grün. Das Bauen muss endlich klimaneutral werden. Neubauten im
 173 Hochpreissegment sollen vermieden werden, weil das weite Teile der Bevölkerung ausschließt.
 174 Wir setzen dabei auf intelligente Nachverdichtung und Geschosswohnungen statt auf
 175 Eigenheimsiedlungen. Zur Förderung des gemeinwohlorientierten Neubaus wollen wir einen
 176 dauerhaften Fonds auflegen, der Gelder bereitstellt und in den Rückzahlungen aus Darlehen
 177 direkt zurückfließen. Damit wird eine dauerhafte Finanzierung von Förderung des sozialen
 178 Wohnungsbaus ermöglicht. Wir wollen die Förderung pro Wohnung erhöhen und so ausgestalten,
 179 dass eine besonders hohe Förderung in dauerhaft sozialgebundene und möglichst CO₂-neutral
 180 errichtete Wohnungen fließt. Gemeinschaftliche und sozial integrative Wohnformen wollen wir
 181 ebenso fördern.

182 Wir wollen den großen Mangel an Sozialwohnungen zügig abbauen und dafür alle notwendigen
 183 Maßnahmen ergreifen. Ein wichtiger Schlüssel dafür sind die landeseigenen Flächen und
 184 landeseigene Wohnungsunternehmen. Dazu wollen wir über die bisherigen Quoten für den Anteil
 185 geförderter Wohnungen dort, wo es an preiswertem Wohnraum mangelt, deutlich hinausgehen.
 186 Zusätzlich erhöhen wir das zweite Fördersegment – für eine soziale Mischung in den
 187 Quartieren.

188 Die Genossenschaftsförderung - für Neubauten wie Bestandsankauf - wollen wir deutlich

189 erhöhen. Wir sorgen für faire Förderkonditionen und öffnen die Förderung auch für Projekte
190 wie das Mietshäuser-Syndikat. Linke Freiräume und queerfeministische Hausprojekte sind
191 wichtige Schutzräume und emanzipatorische Orte, die wir erhalten wollen. Doch immer mehr
192 sind sie von Verdrängung bedroht. Wir stellen uns diesem Trend entgegen und werden Lösungen
193 suchen, damit sie bleiben können. Ist eine Räumung nicht zu verhindern, ist es die Aufgabe
194 des Landes Berlin geeignete alternative Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen. Außerdem
195 wollen wir die Förderung so ausbauen oder Bürgschaften anbieten, damit auch Haushalte in
196 Transferbezug Genossenschaftsanteile zeichnen können.

197 Auch für den Klimaschutz ist es höchste Zeit, die Bauwende einzuläuten. Deshalb muss das,
198 was wir heute bauen klimafreundlich sein. Wir setzen uns deshalb für KfW 40 beim Neubau und
199 KfW 55-Standard im Bestand ein, damit Gebäude Energie möglichst effizient nutzen. Wir wollen
200 klimafreundliche Neubauten und Modernisierung mit ökologischen Dämm- und Baustoffen, wie
201 Hanf, Stroh, Holz, Lehm, Ziegel oder Baumaterial-Recycling. Schon heute entsteht das größte
202 Holzhochohaus Europas in Berlin. Diesen Weg müssen wir konsequent weiter gehen und wegkommen
203 von Beton und Stahl. Denn diese Baustoffe sind klimaschädlich und verbrauchen viel zu viele
204 Ressourcen. Sie sollen nur noch dort zum Einsatz kommen, wo wir wirklich darauf angewiesen
205 sind. Die Forschung an Recyclingbeton wollen wir ausbauen. Bei energetischen
206 Modernisierungen setzen wir uns auf Bundesebene dafür ein, die Modernisierungsumlage in
207 ihrer jetzigen Form abzuschaffen und durch ein neues faires System zu ersetzen. Die Kosten
208 müssen im Vorfeld transparent sein und wenn der Umbau bezahlt ist, muss auch die Umlage
209 enden. Die Kosten für die energetische Modernisierung wollen wir zwischen Vermieter*innen,
210 Mieter*innen und dem Staat in einem Drittelmodell fair verteilen. Dabei dürfen nur noch
211 energetisch sinnvolle und der Barrierefreiheit dienende Maßnahmen umgelegt werden und muss
212 insgesamt zu höchst möglichen Effizienz führen. Durch eine energetische Sanierung schützen
213 Vermieter*innen die Bausubstanz ihrer Immobilien und profitieren vom Werterhalt. Unser Ziel
214 ist es, dass die höhere Kaltmiete durch Energiekosteneinsparung aufgewogen wird, so dass die
215 Warmmiete nicht steigt. Einkommensschwache Mieter*innen werden zudem besonders
216 berücksichtigt. Die öffentliche Hand leistet mit der Übernahme eines weiteren Drittels einen
217 wichtigen Beitrag, um Berlin auf den 1,5-Grad-Pfad zu bringen und baut so die finanzielle
218 Unterstützung zur energetischen Sanierung erheblich aus. Gerade im Bausektor wollen wir die
219 Kreislaufwirtschaft umsetzen und modulares Bauen sowie flexible Grundrisse fördern.

220 Wir wollen Eigentümer*innen bei der Erstellung von Konzepten und Fahrplänen für eine
221 mieter*innen- und klimafreundliche, energetische Modernisierung ihrer Häuser neben der
222 Förderung auch eine intensive Unterstützung und Begleitung durch die Bauinformationszentren
223 des Landes Berlin anbieten. Um die energetische Modernisierung auch unabhängig von
224 begrenzten Handlungs- und Finanzierungsspielräumen einzelner Eigentümer*innen
225 voranzubringen, setzen wir sowohl auf Einspar-Contracting als auch auf energetische Block-
226 und Quartierskonzepte. Klimaschutz gibt es nicht umsonst, daher wird der Staat - und damit
227 auch Berlin - hierfür, auch im Sinne des oben beschriebenen Drittelmodells und einer
228 sozialen Abfederung, deutlich mehr Mittel zur Verfügung stellen müssen. (Zu Fragen der
229 Stadtentwicklung und des ökologischen Bauens vgl. das Kapitel 2.3.)

230 Um möglichst viele Baugrundstücke für gemeinwohlorientiertes Wohnen zu gewinnen, wollen wir
231 aktiv ankaufen und Mittel wie Vorkaufsrechtssatzungen, Baugebote und Entwicklungsmaßnahmen
232 nutzen. Um unsere gemeinwohlorientierten Ziele zu erreichen, wollen wir auch das Berliner
233 Modell der kooperativen Baulandentwicklung so weiterentwickeln, dass auf privaten Flächen
234 mindestens 50 Prozent der Wohnungen für Haushalte mit niedrigem und mittlerem Einkommen
235 gebaut werden und dauerhaft sozialgebunden sind. Wir wollen auch alle weiteren Möglichkeiten
236 nutzen, um Baurecht an die dauerhafte Gemeinwohlbindung eines möglichst hohen Anteils des
237 Neubaus zu knüpfen. Auf Bundesebene setzen wir uns für die Einführung der Neuen

238 Wohngemeinnützigkeit (NWG) ein. So können wir auch in Berlin dauerhaft gebundene bezahlbare
239 Wohnungen schaffen.

240 **Den Wohnungsmarkt besser regulieren – bezahlbare Mieten sichern**

241 Mit dem Mietendeckel, dem Milieuschutz, der Verschärfung des Zweckentfremdungsverbot und
242 der Reform des Wohnungsaufsichtsgesetzes sind wir in Berlin wichtige Schritte gegangen, um
243 Wohnen bezahlbar zu halten. Entscheidend ist nun, die Bezirke noch besser in die Lage zu
244 versetzen, die Gesetze auch effektiv umzusetzen. Dafür wollen wir die Wohnungsaufsicht
245 schlagkräftig machen und endlich mit der Bauaufsicht verbinden. Abrisse von Wohnraum sollten
246 konsequent untersagt, spekulativer Leerstand soll durch das Instrument der Treuhänder*in und
247 durch Beschlagnahmung abgestellt und wieder Wohnzwecken zugeführt werden. Darüber hinaus
248 prüfen wir die Schaffung eines Landesamtes für Wohnungswesen, um die Verwaltung bei der
249 Erfüllung ihrer Aufgaben wirksam zu unterstützen. Um mehr Transparenz auf dem
250 Immobilienmarkt zu schaffen und um die Vollzugsdefizite beim Wohnraumschutz zu beseitigen,
251 bauen wir ein Berliner Miet- und Wohnungskataster auf. Damit werden alle Miethöhen, die
252 Ausstattung und energetische Qualität der Wohnungen sowie die Eigentumsverhältnisse digital
253 erfasst und transparent gemacht. Durch dieses Instrument können auch nach dem Auslaufen des
254 jetzigen Mietendeckels dieser weiterentwickelt, Fehlentwicklungen auf dem Wohnungsmarkt
255 schneller festgestellt und der Schutz der Mieter*innen besser gesichert werden.

256
257 Wir fühlen uns dem Grundsatz verpflichtet, dass Mieter*innen grundsätzlich nicht mehr als 30
258 Prozent ihres Nettoeinkommens für ihre Miete ausgeben sollten. Dafür bedarf es aber endlich
259 mutiger Reformen auf Bundesebene. Sollten diese nicht kommen, werden wir auch im Anschluss
260 an den aktuellen Mietendeckel alle Maßnahmen ergreifen, um den Mietenanstieg in der Stadt
261 auch zukünftig zu begrenzen. Wir werden alle Möglichkeiten der Landeskompetenz für das
262 Wohnungswesen nutzen, um eine soziale Wohnraumversorgung zu gewährleisten. Ziel ist, in
263 Berlin dauerhaft bezahlbare Mieten zu sichern und ebenfalls sicherzustellen, dass
264 Gewerbemieten und Immobilienkaufpreise nicht durch die Decke gehen. Auf Landesebene werden
265 wir in der nächsten Wahlperiode versuchen, einen Gewerbemietendeckel zu entwickeln.

266 Die landeseigenen Wohnungsunternehmen sind zentral für die soziale Wohnraumversorgung in
267 Berlin und stehen besonders in der Pflicht, ausreichend Sozialwohnungen und bezahlbaren
268 Wohnraum für breite Schichten zur Verfügung zu stellen. Darum entwickeln wir das
269 Wohnraumversorgungsgesetz und die Kooperationsvereinbarung mit den landeseigenen
270 Wohnungsunternehmen weiter zu einem Wohnungsgemeinwohlgesetz. Die AöR "Wohnraumversorgung
271 Berlin", die aus dem Berliner Mietenvolksentscheid hervorgegangen ist, wollen wir in die
272 Lage versetzen, die Vermietungspraxis stärker zu kontrollieren und eine Ombudsstelle als
273 unabhängige Mieter*innen-Beschwerdestelle einrichten. Auch die Mieter*innenräte sowie
274 Mieter*innenbeiräte und selbstverwalteten Hausprojekte sollen in ihren Rechten gestärkt
275 werden. Wir sind der Überzeugung, dass landeseigene Wohnungsunternehmen als Anstalt
276 öffentlichen Rechts organisiert sein sollen. Beim landeseigenen Berlinovo-Konzern fordern
277 wir eine tiefgreifende Strukturreform, damit deren Wohnungen wie die der landeseigenen
278 Wohnungsunternehmen bewirtschaftet und vermietet werden.

279
280 Um die Mieter*innen in der Wahrnehmung ihrer Rechte zu unterstützen, haben wir in jedem
281 Bezirk kostenfreie Mieter*innenberatungsstellen eingerichtet bzw. ausgebaut. Das wollen wir
282 fortsetzen.

283
284 Um mieten- und stadtpolitische Initiativen zu unterstützen und um der Mieter*innenbewegung
285 größeres Gehör in der Landespolitik zu verschaffen, haben wir die Gründung des
286 "Initiativenforum Stadtpolitik" mit vorangetrieben, das wir ausbauen wollen. Um

287 Diskriminierungen auf dem Wohnungsmarkt zu verhindern, wollen wir die Landeseigenen
288 Wohnungsunternehmen in die Pflicht nehmen und Mitarbeiter*innen schulen.

289 Bei den ca. 90.000 Wohnungen des „alten“ Sozialen Wohnungsbaus senken wir die künstlich
290 überhöhten Kostenmieten, indem wir diese um fiktive Kosten, Entschuldungsgewinne“ sowie
291 sonstige dubiose Extra-Renditen bereinigen. Hierfür unverzichtbar ist auch eine wirksame
292 Kontrolle bei der Mietberechnung.

293 Eigentum verpflichtet.

294 Wir wollen mit einer Machbarkeitsstudie prüfen, ob neue finanzielle Instrumente – wie
295 beispielsweise die Weiterentwicklung der Grundsteuer in Richtung einer Bodenwertsteuer mit
296 Bezugnahme auf Bodennutzung und Flächenversiegelung – die Erreichung unserer
297 bodenpolitischen Ziele unterstützen können. Dabei setzen wir uns auf Bundesebene weiterhin
298 für ein Verbot der Überwälzung von Grundsteuern auf Mieter*innen ein.

299 Die Grunderwerbsteuer wollen wir progressiv ausgestalten: Wenn Wohnungskonzerne große
300 Immobilienbestände aufkaufen, soll eine höhere Grunderwerbsteuer fällig werden, als wenn
301 Privatpersonen ein Wohneigentum erwerben. Wir wollen das Steuerschlupfloch Share-Deals, mit
302 dem die Grunderwerbsteuer umgangen wird, schließen.

303 Das Recht auf Umwandlung von bestehenden Mietshäusern in einzelne Eigentumswohnungen ist ein
304 wesentlicher Treiber der Immobilienspekulation. Hinzu kommen Eigenbedarfskündigungen, gegen
305 die sich betroffene Mieter*innen kaum wehren können. Wir wollen, dass der Bund den Ländern
306 durch die Änderung des Baugesetzbuches ermöglicht, die Umwandlung von Miet- in
307 Eigentumswohnungen stadtweit und konsequent zu unterbinden und die Bildung von Wohneigentum
308 im Geschosswohnungsbau auf Neubauinvestitionen zu begrenzen. Zudem werden wir weitere
309 landespolitische Maßnahmen zum Schutz vor Eigenbedarfskündigungen prüfen.

310 **Die Stadt zurückerwerben**

311 Wir haben in den Bezirken schlummernde Instrumente der Gesetzgebung wiederbelebt: Durch das
312 Vorkaufsrecht verpflichten wir in den Milieuschutzgebieten potenzielle Käufer*innen mit
313 Abwendungsvereinbarungen dazu, soziale Bindungen für mindestens 20 Jahre einzugehen oder
314 veranlassen den Aufkauf der fraglichen Wohngebäude durch landeseigene Wohnungsunternehmen
315 oder Genossenschaften. Seit 2016 haben wir die Zahl der Milieuschutzgebiete mehr als
316 verdoppelt. Diesen Weg wollen wir weiter gehen. Auch den gezielten Ankauf bzw. die
317 Rekommunalisierung von Sozialwohnungen treiben wir weiter voran. Mit Genossenschaften,
318 Stiftungen oder Projekten wie dem Mietshäuser-Syndikat werden wir eine
319 Kooperationsvereinbarung schließen. Hierzu prüfen wir eine Ankaufagentur, die gezielte An-
320 und Vorkäufe strategisch koordiniert und alle relevanten Akteure vernetzt.

321
322 Um die Gewerbevielfalt und den kleinteiligen Einzelhandel in den Kiezen zu erhalten und zu
323 fördern, eröffnen wir landeseigene Gewerbehöfe und planen weitere. Wir drängen außerdem auf
324 Bundesebene darauf, einen rechtlich bindenden Gewerbemietpiegel und einen wirksamen
325 Kündigungsschutz einzuführen. Den Milieuschutz wollen wir auch für Gewerbemiet*innen
326 einführen, um lokales und kleinteiliges Gewerbe zu erhalten. Die landeseigenen
327 Wohnungsunternehmen sollen Gewerberäume kostengünstig anbieten, um vor Ort den
328 Gewerbetreibenden Räume anzubieten, die darauf besonders angewiesen sind.

329 Der Volksentscheid „Deutsche Wohnen und Co. Enteignen“ ist ein Weckruf an die Politik, dass
330 dem im Grundgesetz festgeschriebenen Leitsatz „Eigentum verpflichtet“ auch im Bereich Wohnen
331 und Boden Geltung verschafft werden muss. Wir unterstützen die Ziele des Volksbegehrens.
332 Zentral dabei ist, die Mieter*innen zu schützen, Spekulationen Einhalt zu gebieten und den
333 gemeinwohlorientierten Wohnungsbestand zu erhöhen.

334 Wir wollen, dass der Staat wieder auf Augenhöhe mit Wohnungsunternehmen verhandeln und
335 agieren kann. Wir würden uns wünschen, dass die Umstände uns nicht zwingen, die
336 Vergesellschaftung als letztes Mittel anzuwenden, um den verfassungsmäßigen Auftrag erfüllen
337 zu können. Wenn Wohnungsunternehmen sich jedoch weigern, ihrer sozialen Verantwortung
338 nachzukommen, wird die öffentliche Hand, auch durch ein Volksbegehren gestützt, die
339 angespannte Situation auf dem Wohnungsmarkt mit diesem Schritt entschärfen. Wenn es um die
340 Durchsetzung der Sozialpflichtigkeit des Eigentums geht, müssen qualitative Kriterien zur
341 Bewertung kommen, die Diskussion um rein quantitative Obergrenzen sehen wir kritisch. Da der
342 Artikel 15 im Grundgesetz noch nie praktisch angewandt wurde, ist es umso wichtiger eine
343 verfassungskonforme Ausgestaltung des Gesetzes zeitnah zu erarbeiten.

344 **Aktive, transparente und faire Bodenpolitik**

345 Doch es geht uns nicht nur um die Häuser: Wir wollen auch einen transparenten Umgang mit
346 öffentlichen Liegenschaften und eine aktive Bodenpolitik. Dazu werden wir ein transparentes
347 Flächenmanagement mit Hilfe eines öffentlichen Liegenschaftskatasters einführen. Seinen
348 Boden soll Berlin behalten, Bodenvermögen konsequent vermehren und eine
349 Erbbaurechtsstrategie implementieren, die zügige Konzeptverfahren zu sozialverträglichen
350 Konditionen ermöglicht. Landeseigene Grundstücke werden nicht mehr privatisiert. Das wollen
351 wir in einem Bodensicherungsgesetz festschreiben. Wir wollen eine Koordinierungsstelle im
352 Sinne einer "Taskforce" einrichten, die für bedrohte soziokulturelle Projekte und Nutzungen
353 Lösungen finden soll. Außerdem wollen wir den zivilgesellschaftlich organisierten Runden
354 Tisch Liegenschaftspolitik in seinen Kompetenzen weiter stärken.

355 Die strategische Ankaufspolitik, die mit der grünen Regierungsbeteiligung begonnen hat,
356 wollen wir fortsetzen. Diese Politik soll mithilfe der neu gegründeten Landesgesellschaft
357 „Berliner Bodenfonds“ ausgeweitet werden. Zur Baulandmobilisierung in den im
358 Stadtentwicklungsplan Wohnen (StEP Wohnen) vorgesehenen Quartierschwerpunkten soll Berlin
359 möglichst viele Grundstücke erwerben. Dafür sollen auch Vorkaufsrechte und das Instrument
360 der Entwicklungsmaßnahme aktiv eingesetzt werden.

361 Darüber hinaus wollen wir die Gründung einer genossenschaftlichen Ankaufagentur unterstützen
362 und die bürger*innenschaftliche und gemeinnützige Stadtbodenstiftung nach dem Vorbild von
363 Community Land Trusts stärken. Ein zentrales Problem beim Ankauf von Grundstücken und bei
364 der Ausübung des Vorkaufsrechts

365
366 sind die explodierten Bodenpreise, aus denen sich der Verkehrswert einer Immobilie
367 berechnet. Hier werden wir im Bundesrat für eine Neuregelung im Bundesbaugesetzbuch kämpfen.
368 Wir wollen, dass der nachhaltige Ertrag herangezogen wird, um den Wert einer Immobilie zu
369 bestimmen, und nicht die höchstmögliche Verwertung.

370
371 Wir wollen alles tun, um Zwangsräumungen zu verhindern und ihre Zahl in Berlin drastisch zu
372 senken. Die landeseigenen Wohnungsunternehmen gehen hier meist mit gutem Beispiel voran und
373 sind verpflichtet adäquaten Ersatzwohnraum anzubieten. Dieses Ziel verfolgen wir auch für
374 den freien Wohnungsmarkt und setzen uns auf der Bundesebene für eine entsprechende Regelung
375 ein. Zudem wollen wir Haushalte besser vor Strom- und Gassperren schützen, wenn sie
376 finanziell überfordert sind.

377 **3.2 Armut bekämpfen, Sicherheit geben und Perspektiven** 378 **schaffen**

379 Trotz guter wirtschaftlicher Entwicklung ist Berlin noch immer eine Stadt, in der viele
380 Menschen von Armut betroffen oder bedroht sind. Armut kann jede*n treffen. Besonders
381 gefährdet sind Frauen, ältere Menschen, Alleinerziehende, Menschen, die Arbeit suchen, oder
382 Menschen mit geringen oder plötzlich gar keinen Einkommen. Wir wollen ihnen soziale

383 Sicherheit garantieren und ihnen eine Perspektive geben. Um das zu erreichen, bedarf es
384 eines grundsätzlichen Umdenkens. Auf Bundesebene streiten wir für Garantiesicherungen in
385 allen Lebenslagen – für eine Kindergrundsicherung, eine Garantierente, die Überwindung des
386 Hartz-IV-Systems samt Abschaffung aller Sanktionen und einen deutlichen höheren ALG-II-
387 Regelsatz.

388 Bei der Umsetzung gesetzlicher Vorgaben haben wir in Berlin bereits wichtige Weichen neu
389 gestellt. Die Ausführungsvorschriften zur Übernahme von Kosten der Unterkunft haben wir so
390 verändert, dass Menschen ihre Wohnung nicht mehr verlieren, weil sie teuer wird.
391 Zehntausende Mieter*innen können so wieder ohne Angst vor Obdachlosigkeit leben. Und um
392 Menschen in Arbeit vor Armut zu schützen, haben wir den Landesmindestlohn auf 12,50 Euro
393 angehoben und Mindesthonorare für Künstler*innen und Freischaffende eingezogen. In all
394 diesen Feldern werden wir unseren Weg konsequent weitergehen.

395 **Familien- und Kinderarmut bekämpfen**

396 Wer Kinderarmut bekämpfen will, muss Familienarmut überwinden. Dabei geht es uns nicht nur
397 um die etwa 180.000 Kinder in Berlin, deren Eltern auf Transferleistungen angewiesen sind.
398 Wir kümmern uns um alle Kinder, die sozial, kulturell, finanziell oder durch strukturelle
399 Diskriminierung benachteiligt sind.

400 Seit wir 2016 Verantwortung übernommen haben, ist viel passiert. Von kostenfreier Kita- und
401 Hortbetreuung, dem kostenfreien Schulesen in der Grundschule oder dem kostenfreien ÖPNV-
402 Ticket für Schüler*innen profitieren insbesondere von Armut betroffene und bedrohte
403 Familien. Doch um diesen Familien nachhaltig zu helfen, müssen wir noch mehr tun. Deshalb
404 wollen wir die Familienpolitik auf Bundesebene vom Kopf auf die Füße stellen. Die ungerechte
405 Dreiklassenförderung von Freibeträgen, Kindergeld und Kinderregelsatz wollen wir mit einer
406 Kindergrundsicherung völlig neu und gerecht gestalten.

407 Doch auch in Berlin setzen wir vor Ort an: Um Familien und Kinder in allen Lebenslagen zu
408 erreichen, brauchen wir ein Netzwerk gegen Kinderarmut. Mit der Arbeit der „Landeskommission
409 zur Prävention von Kinder- und Familienarmut“, der Landesarmutskonferenz, des
410 Familienbeirates oder der LIGA sind Grundlagen erarbeitet worden. Jetzt geht es an die
411 Umsetzung. Wir wollen einen zentralen Informationsatlas mit allen Einrichtungen erstellen,
412 von den Tafeln über die Familienzentren bis zu Jugendfreizeiteinrichtungen. Das Netzwerk
413 soll so leistungsstark werden, dass der erste Schritt der Beratung auch der letzte ist, da
414 ein abgestimmtes Verfahren zur Unterstützung folgt. Prävention statt nachträgliches
415 Ausbügeln ist das Ziel. Starke Netzwerke brauchen starke Akteur*innen. Darum haben wir in
416 den vergangenen Jahren begonnen, gute Projekte auf Landesebene finanziell abzusichern. Die
417 Stadtteilmütter sind raus aus der unsicheren Projektförderung und sind mit festen Stellen in
418 den Bezirken gesichert. Gleiches gilt für die Babylots*innen, die Familien schon um die
419 Geburt eines Kindes betreuen. Es ist gelungen, die Arbeit der Lots*innen auf allen
420 Geburtsstationen in Berlin auszuweiten. Diesen Weg wollen wir fortsetzen.

421 Familien in schwierigen Situationen wie Alleinerziehende und einkommensschwächere Familien
422 brauchen besondere Unterstützung. Darum haben wir uns in den vergangenen
423 Haushaltsverhandlungen für ein „Flexibudget“ für die Bezirke eingesetzt. Dies wollen wir
424 nach der Wahl in allen Bezirken umsetzen. Die Sozialarbeiter*innen vor Ort sollen die
425 Möglichkeit bekommen, unkompliziert eine Familientherapie oder Jugendsozialarbeit zu
426 finanzieren, gerade dann, wenn Familien und Kinder zwischen den Paragraphen verloren zu
427 gehen drohen. Prävention stärken wir darüber hinaus, indem wir in den Familienbüros, die wir
428 etablieren wollen, nicht nur Leistungen der Ämter einfacher zugänglich machen, sondern die
429 Familienbüros auch mit Sozialarbeiter*innen ausstatten, die Eltern schnell und
430 unbürokratisch beraten können.

431 In einem Modellprojekt haben wir in den vergangenen Jahren im Bezirk Mitte eine besonders
432 intensive Betreuung von „Familien-Bedarfsgemeinschaften“, in denen kein Elternteil arbeitet,
433 getestet. Durch die Betreuung in einem eigenen Team ist es gelungen, mehr als 200 Personen
434 in Arbeit zu bringen. Ein Erfolg, den wir fortsetzen und auch in anderen Bezirken
435 wiederholen wollen.

436 **Das Dickicht der Sozialbürokratie lichten – Hilfe auf Augenhöhe organisieren**

437 Ein zentraler Hebel im Kampf gegen Armut ist, das Dickicht der Sozialleistungen so zu
438 ordnen, dass Menschen nicht länger im Unterholz der Sozialbürokratie verloren gehen.
439 Maßnahmen der Arbeitsmarktintegration, psychosoziale Betreuung, Schuldner- und Suchtberatung
440 oder Kinder- und Familienbetreuung sollen überall Hand in Hand gehen, innovative Ansätze aus
441 einzelnen Jobcentern sollen auf alle anderen übertragen werden. Auch Altersarmut braucht
442 Beachtung und zielgenaue Angebote. Die Rädchen müssen vor Ort ineinandergreifen. Damit
443 Menschen genau die Unterstützung bekommen, die sie benötigen. Dafür müssen die besten
444 Modelle aus allen Bezirken zusammengetragen und Vorbild für die ganze Stadt werden. In den
445 Berliner Jobcentern wird sehr kreativ an Lösungen für jeden Einzelfall gearbeitet. In
446 Lichtenberg werden Menschen zusätzlich psychologisch betreut. In Mitte war ein Projekt zur
447 Betreuung von „Familien-Bedarfsgemeinschaften“ erfolgreich. In Neukölln haben wir ein
448 Präventionsteam aufgebaut, um Obdachlosigkeit zu vermeiden und Wege aus der Krise zu zeigen.
449 Wir wollen diese Ansätze bündeln und mit allen Bezirksämtern und der Senatsverwaltung für
450 Soziales eine landesweite Koordinierung etablieren. Für uns ist klar, dass Betroffene in die
451 Entwicklung der Angebote einbezogen werden müssen.

452 **Orientierung am Sozialraum der Menschen**

453 Auch die Arbeit der Ämter und der sozialen Träger wollen wir um die Bedürfnisse von Menschen
454 in ihrem Lebensumfeld organisieren – nicht entlang bürokratischer und finanzieller Logiken.
455 Denn niedrigschwellige und umfassende Unterstützung und Mitbestimmung dort, wo man lebt,
456 baut Hürden für alle Berliner*innen ab. In diesem Sinne bedeutet Sozialraumorientierung das
457 konsequente Umsteuern auf Prävention.

458 Jugendhilfe funktioniert dort besonders gut, wo sozialraumorientiert und damit präventiv
459 gearbeitet wird. Andernorts explodieren die Fallkosten. Über das Familienfördergesetz wollen
460 wir Kiez-Teams aufbauen, die bei Meldungen Familien, Senior*innen und Einzelpersonen
461 aufsuchen und Unterstützung leisten. Dabei sollen „Frühe Hilfen“, die Stadtteilmütter,
462 Jugendeinrichtungen, Schulen, Sportvereine, die Jobcenter oder die Schuldnerberatung eng
463 miteinander kooperieren. Die sogenannten „67er-Hilfen“ in der Sozialhilfe, also Leistungen
464 zur Überwindung von sozialen Schwierigkeiten, wollen wir in den Bezirken einheitlich
465 anwenden.

466 Wir wollen in den bestehenden lebensweltlich orientierten Räumen für alle Bereiche
467 datenbasiert genau die Angebote schaffen, die benötigt werden, die Sozialeinrichtungen, die
468 Ämter und deren Angebote vernetzen und passgenau aufstellen.

469 Dazu wollen wir die Fachstruktur der Sozialraumorientierung in den Bezirken vereinheitlichen
470 und mit einer Lenkung auf Senatsebene flankieren. Die Qualitätssicherung soll systematisiert
471 und in ganz Berlin strukturiert werden, um Flexibilität und hohe Qualität zu verbinden.

472 **Armuts- und Sozialberichterstattung neu ordnen**

473 Grundlage einer ressortübergreifenden Strategie muss eine integrierte Armuts-, Sozial- und
474 Gesundheitsberichterstattung sein. In Berlin gibt es ein umfassendes Berichtswesen zu einer
475 Vielzahl relevanter Themen: die Gesundheits- und Sozialberichterstattung, die
476 Umweltgerechtigkeitskarte, den Umweltatlas, Lärmkarten, die Obdachlosenzählung und vieles
477 mehr. Wir wollen den Wildwuchs an Analysen und Berichten systematisieren und zusammenführen.
478 So können wir noch besser als bisher gegenseitige Abhängigkeiten identifizieren und in die
479 politische Steuerung einfließen lassen. Das gilt auch für die Erfassung der Lage von

480 Obdachlosen. Die bundesweit erste systematische Obdachlosenzählung im Februar 2020 war ein
 481 wichtiger, wenn auch methodisch stark verbesserungswürdiger Schritt. Nun muss eine
 482 Professionalisierung folgen, um Angebote noch gezielter ausbauen zu können. Dafür wollen wir
 483 stark mit Betroffenen-Organisationen und Trägern zusammenarbeiten.

484 **Das Konzept „Housing First“ ausbauen**

485 Es ist in der Regel ein Bündel an Problemlagen, das in die Obdachlosigkeit führt. Um die
 486 nötige Ruhe zu haben, das Bündel aufzuschnüren und zu lösen, braucht es einen geschützten
 487 Raum, ein Dach über dem Kopf. Wir machen uns das Ziel des Europäischen Parlaments zu eigen,
 488 die Obdachlosigkeit bis 2030 zu beenden. Deswegen vermitteln Projekte mit dem Ansatz
 489 „Housing First“ Menschen als Allererstes in neue Wohnungen – mit dauerhaftem Mietvertrag –
 490 und begleiten sie dann auf ihrem weiteren Weg. Dieses Konzept ist erfolgreich und deswegen
 491 wollen wir die Rahmenbedingungen verbessern: Sozialen Trägern und kleinen
 492 gemeinwohlorientierten Projekten, die für die spezifischen Gruppen selbst bauen wollen, soll
 493 es möglich sein, Bürgschaften auch über die Stadt zu erhalten. Vorbild ist das sogenannte
 494 Generalmietermodell der Degewo mit sozialen Trägern in Mitte, das wir landesweit durch alle
 495 landeseigenen Wohnungsunternehmen etablieren wollen. Um das Konzept in größerem Umfang
 496 umsetzen zu können, wollen wir Wohnungen anmieten, um sie, begleitet von sozialer und
 497 psychologischer Betreuung, Obdachlosen zur Verfügung zu stellen. Wir setzen uns für
 498 ausreichend Housing-First-Wohnungen bei landeseigenen Wohnungsunternehmen ein, werden diese
 499 deutlich ausbauen und wollen mittelfristig auch private Eigentümer*innen in die Pflicht
 500 nehmen, Housing-first-Plätze zur Verfügung zu stellen. Dabei stehen besonders verletzbare
 501 Gruppen wie Frauen, LGBTIQ* Personen, Sexarbeiter*innen, Menschen mit erschwertem Zugang zu
 502 eigenem Wohnraum, Alleinerziehende, Minderjährige oder Menschen mit Behinderung im
 503 Mittelpunkt.

504 Besonders kompliziert ist die Unterstützung von Menschen, wenn sie keine Ansprüche auf
 505 Sozialleistungen haben. Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, Leistungsausschlüsse für
 506 Unionsbürger*innen abzuschaffen. In Berlin werden wir auch Angebote für Menschen vorhalten,
 507 die keinen oder einen ungeklärten Sozialleistungsanspruch haben. Mit der geplanten
 508 Gesamtstädtischen Steuerung der Unterbringung (GSTU) schaffen wir für die Unterbringung nach
 509 Allgemeinem Sicherheits- und Ordnungsgesetz (ASOG) einheitliche Standards und stellen damit
 510 die Qualität von Unterbringung und Beratung sicher.

511 Die letzte Haltelinie sind Notunterkünfte. Die Zahl der Plätze konnten wir in den
 512 vergangenen Jahren deutlich ausbauen. Künftig wollen wir, dass mindestens 600 Plätze
 513 ganzjährig zur Verfügung stehen. In der kalten Jahreszeit sollen im Rahmen der Kältehilfe
 514 deutlich über 1.000 ganztägige Plätze vorgehalten werden, von denen ein Anteil für besonders
 515 schutzbedürftige Menschen reserviert wird. Die Sicherheit in den Unterkünften muss
 516 gewährleistet sein. Mit der Schaffung barrierefreier Notunterkünfte reagieren wir auf die
 517 große Zahl obdachloser Menschen mit Mobilitätseinschränkungen. Alle Plätze sollen stets mit
 518 Beratungsangeboten verbunden sein: Jede Übernachtung in einer Notunterkunft soll eine Chance
 519 auf einen Weg aus der Obdachlosigkeit bieten und neue Möglichkeiten aufzeigen. Außerdem
 520 sollen explizite Angebote geschaffen werden, die es Suchterkrankten ermöglichen, sicher zu
 521 konsumieren. Wohnungslosen Menschen wollen wir auf Augenhöhe begegnen. Um gewaltsame
 522 Räumungen von Obdachlosencamps zu vermeiden, wollen wir nach dem Konzept "Safe Places" auch
 523 in Berlin Schutzräume ermöglichen. Wir wollen gewaltsame Räumungen verhindern. Wir setzen
 524 uns dafür ein, dass das Fahren ohne Fahrschein keine Straftat mehr darstellt und Busgelder
 525 somit nicht zu Ersatzstrafen führen können.
 526 Obdachlose Menschen verbringen einen großen Teil ihrer Zeit im öffentlichen Raum. Wir
 527 wollen, dass sie dort auch Schutz finden und beispielsweise durch Trinkwasserbrunnen mit
 528 kostenlosem Wasser versorgt werden.

529 **Ein neues Landesamt für Unterbringung**

530 Menschen brauchen ein Dach über dem Kopf und eine Perspektive auf ein eigenständiges Leben –
531 egal ob Menschen geflüchtet sind, seit langem auf der Straße leben oder gerade die Wohnung
532 verloren haben. Bisher sind die Bezirke für die Unterbringung von obdachlosen Menschen
533 zuständig, das Land Berlin für die Unterbringung von Geflüchteten – konkret das Landesamt
534 für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF), das hier große Expertise aufgebaut hat. Diese
535 Kompetenzen wollen wir für alle Menschen in Berlin nutzen. Darum werden wir das LAF zu einem
536 neuen „Landesamt für Unterbringung“ weiterentwickeln. In diesem Zuge setzen wir uns für eine
537 schnelle, dezentrale Unterbringung geflüchteter Menschen ein und wirken auf Bundesebene
538 darauf hin, dass geflüchtete Menschen nicht mehr gezwungen werden in
539 Erstaufnahmeeinrichtungen zu wohnen. Zudem werden wir prüfen wie geflüchteten Menschen
540 unbürokratisch ein Wohnberechtigungsschein ausgestellt werden kann.

541 **3.3 Gesundheit ganzheitlich denken**

542 Gesundheitsversorgung ist öffentliche Daseinsvorsorge hiervon sind wir seit jeher überzeugt.
543 Während der Corona-Pandemie ist die Bedeutung dieses Grundsatzes mit besonderer Wucht zu
544 Tage getreten. Dabei heißt Vorsorge zu treffen oftmals auch in gute Strukturen zu
545 investieren, in der Hoffnung, dass sie nie gebraucht werden. Gesundheitsversorgung darf
546 dabei nicht der Profitmaximierung untergeordnet werden sondern muss sich am Wohl der
547 Menschen orientieren. Dabei geht es uns nicht nur um die Abwesenheit von Krankheit oder um
548 individuelles Gesundheitsverhalten. Es geht auch um gesunde Lebensbedingungen, um
549 körperliches, psychisches und soziales Wohlbefinden, Selbstbestimmung und Teilhabe.

550 Wir haben viel für eine gute Versorgung für die Berliner*innen getan. Gerade in der Corona-
551 Pandemie war dies eine Herausforderung. Die konsequente Umsetzung von Maßnahmen zum
552 Infektionsschutz – wie das Gebot zum Maskentragen und die zeitweise Einschränkung des
553 öffentlichen Lebens – war für die akute Bekämpfung der Pandemie erforderlich und hat
554 wichtige Erkenntnisse für eine womöglich nächste epidemische Lage geliefert. Zugleich kommt
555 es gerade in einer solchen Ausnahmesituation auch auf die Bereitstellung einer ausreichend
556 verfügbaren und qualitativ hochwertigen Gesundheitsinfrastruktur an. Wir haben daher
557 Kapazitäten aufgestockt, Personal in den Gesundheitsämtern aufgebaut und als Notfallreserve
558 ein Corona-Behandlungszentrum geschaffen. Die Arbeit für gute Gesundheitsversorgung haben
559 wir aber weit vor der Pandemie begonnen. Die Investitionen in die Krankenhäuser haben wir
560 auf den Bundesschnitt angehoben. Wir haben werden unseren Beitrag sukzessive weiter erhöhen.
561 Außerdem haben wir dafür gesorgt, dass Babylots*innen in allen Geburtsstationen der Berliner
562 Krankenhäuser Eltern beraten und begleiten. Wir haben dafür gesorgt, dass das Essen im
563 Krankenhaus besser und gesünder wird. Wir haben Stationsküchen finanziert und setzen auf
564 regionale, saisonale und nachhaltige Ernährung im Krankenhaus – am Bett und in der Kantine.
565 Die Qualität des Essens in den Krankenhäusern sollte mehr Beachtung finden und eine
566 individuelle Ernährungsberatung bei Bedarf als nachhaltiges Instrument ergänzend etabliert
567 werden. Hierfür werden wir gezielt mit der Kantine Zukunft zusammenarbeiten und als weiteres
568 Ziel wollen wir auch in der ambulanten und stationären Pflege die Essenversorgung
569 verbessern. Wir haben erreicht, dass alle Berliner*innen Zugang zur gesundheitlichen
570 Versorgung erhalten. Wir unterstützen Menschen ohne Krankenversicherung dabei, sich zu
571 versichern. Durch unseren Einsatz können sich endlich auch Menschen ohne gültigen
572 Aufenthaltstitel mit einem anonymen Krankenschein behandeln lassen. Damit ist Berlin das
573 einzige Bundesland, in dem der Zugang zur hausärztlichen Versorgung so umfassend möglich
574 ist. Wir wollen die Finanzierung der Clearing-Stelle durch das Land Berlin langfristig
575 sichern und den Fond, der die Behandlung von nicht versicherten Menschen ermöglicht,
576 ausbauen. Der neue und bislang einzigartige Checkpoint BLN am Hermannplatz bietet unter
577 einem Dach niedrigschwellig Beratung, Prävention (u. a. HIV-PrEP), Tests und Behandlung rund
578 um die sexuelle Gesundheit, insbesondere zu HIV/AIDS. Wir kämpfen für ein inklusives

579 Gesundheitssystem, das allen Menschen barriere- und diskriminierungsfrei zugänglich ist.
580 Insbesondere vulnerable Gruppen, darunter Menschen mit Behinderung oder trans* Menschen
581 müssen einen besseren Zugang zur umfassenden und bedarfsgerechten gesundheitlichen
582 Versorgung bekommen.

583 **Den öffentlichen Gesundheitsdienst und das Gesundheitssystem krisenfest machen**

584 Trotz dieser wichtigen Schritte bleibt vieles zu tun. Ein zentraler Baustein ist der
585 öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD), in den über Jahrzehnte zu wenig investiert wurde. In
586 der Corona-Pandemie wurde allen deutlich, dass sich Sparen an dieser Stelle rächt. Den Pakt
587 zur Stärkung des ÖGD werden wir nutzen und die Mittel dafür einsetzen Personal und
588 Ausstattung zu verbessern. So werden wir Schritte Richtung Mustergesundheitsamt gehen. Wir
589 werden die Berufsgruppe der Pflege bei Entscheidungen mehr einbeziehen und auch in
590 Krisenstäben mit an den Tisch holen. Wir brauchen einen starken ÖGD und wollen ihn darum mit
591 den nötigen Kompetenzen und Ressourcen ausstatten, um eine lokale, sozialraumorientierte
592 Vernetzung voranzutreiben. Wir wollen alle Berufsgruppen, die im ÖGD arbeiten, attraktiver
593 machen und setzen uns deshalb unter anderem dafür ein, dass Famulaturen im Medizinstudium
594 sowie das Praktische Jahr auch in den Gesundheitsämtern absolviert werden können. Der ÖGD
595 soll die Kompetenz erhalten, integrierte Versorgungsangebote zu entwickeln und sich stärker
596 forschungsorientiert auszurichten. Dabei fördern wir systematisch eine interdisziplinäre
597 Herangehensweise, bei der auch Berufsgruppen wie Gesundheitswissenschaftler*innen/Public-
598 Health-Absolvent*innen, Epidemiolog*innen oder Pflegewissenschaftler*innen in den ÖGD
599 einbezogen werden. Mit neuer Soft- und Hardware befähigen wir den ÖGD, die vielfältigen
600 Aufgaben zu erledigen. Um vor Ort erfolgreich aktiv sein zu können, wollen wir erreichen,
601 dass der ÖGD die Vielfalt unserer Gesellschaft widerspiegelt und im Rahmen seiner
602 Aufgabenwahrnehmung verstärkt diversitätssensible Konzepte und professionelle Sprachmittlung
603 anwendet.

604
605 Auch das Gesundheitssystem wird seine Verantwortung in der Klimakrise übernehmen. Die
606 landeseigenen Krankenhäuser haben bereits Schritte zur Verringerung des Verbrauchs an
607 Energie und anderen Ressourcen unternommen, brauchen aber unsere weitere Unterstützung, um
608 ihren ökologischen Fußabdruck rascher zu verkleinern. Neben baulichen Veränderungen geht es
609 hier u.a. auch um fossilfreie Wärme- und Kältesysteme, Gebäude-Wärme-Sanierung, aber auch
610 klimaschädliche Verbrauchsmaterialien wie bestimmte Narkosegase oder klimaschädliche
611 Treibgase in Inhalationsaerosolen.

612 Die Corona-Pandemie hat uns die Gefahr von Infektionskrankheiten nochmal vor Augen geführt.
613 Wir wollen deshalb den Berliner Pandemieplan überarbeiten, mehr Vorsorge treffen und durch
614 verbesserte Erinnerungssysteme die Impfquoten bei bekannten Infektionskrankheiten erhöhen.

615 **Gesundheits- und Pflegeberufe attraktiver machen und in die Infrastruktur investieren**

616 Therapeut*innen und Ärzt*innen, Pflegepersonal, Psycholog*innen, die Mitarbeiter*innen in
617 dem Öffentlichen Gesundheitsdienst, Apotheker*innen, PTA oder PKA - es gibt viele
618 Berufsgruppen, die für gute gesundheitliche Versorgung wichtig sind. Viele davon sind
619 Mangelberufe und ihre Ausbildung muss unterstützt und gefördert werden. Wir wollen die noch
620 nicht organisierten Gesundheits- und Pflegeberufe bei ihren jeweiligen
621 Professionalisierungsprozessen unterstützen, wenn möglich und gewollt auch in Berufskammern.
622 Damit auch zukünftig genügend Nachwuchs in diesen Berufen zur Verfügung steht, werden wir
623 die Arbeitsbedingungen verbessern, zum Beispiel mit festen Personalschlüsseln und einer
624 Senkung der Arbeitsstunden. Auch hier stehen wir für eine 35 Stunden-Woche ein. Auch die
625 Ausbildung muss attraktiver werden, etwa indem wir ermöglichen, alle Ausbildungs- und
626 Studiengänge auch in Teilzeit zu absolvieren. Auch im Gesundheitswesen kommt es immer wieder
627 zu diskriminierenden Vorfällen und sexualisierten Übergriffen. Deswegen wollen wir

628 Anlaufstellen für betroffene Patient*innen und Personal ausbauen und medizinische
629 Einrichtungen dabei unterstützen verbindliche Strategien gegen strukturelle
630 Diskriminierungen, Sexismus und für eine diversitätssensible Gesundheitsversorgung zu
631 entwickeln.

632 Trotz deutlicher Anhebung der Investitionen in die Berliner Krankenhäuser bleibt hoher
633 Investitionsbedarf. Wir werden die Investitionen weiter anheben, nicht nur, um den Status
634 quo zu halten und eine Verlagerung auf die Betriebskosten zu vermeiden, sondern auch, um
635 Zukunftsprojekte wie die Digitalisierung der Gesundheitsversorgung voranzubringen.
636 Finanziellen Druck zur Ausgründung von Tochterfirmen ohne Tarifbindung gilt es zu vermeiden.
637 Bei der Krankenhausplanung legen wir einen Fokus auf Versorgungsqualität und aufeinander
638 abgestimmte Strukturen, auch sektorenübergreifend. Nicht zuletzt in der Notfallversorgung
639 fördern wir eine enge Zusammenarbeit von Rettungsdienst, kassenärztlichem
640 Bereitschaftsdienst und Notaufnahmen der Krankenhäuser.

641 **Integrierte Gesundheitszentren vor Ort schaffen**

642 In unserem aktuellen Gesundheitssystem gibt es für alles Spezialist*innen – aber viel zu
643 selten werden die verschiedenen Bedingungen und die unterschiedlichen Fachdisziplinen
644 zusammengebracht und gleichzeitig die unterschiedlichen Lebenswelten der Menschen und ihre
645 spezifischen Bedürfnisse berücksichtigt. Das Gesundheitskollektiv (GeKo) im Rollbergkiez
646 macht es anders: Hier arbeiten verschiedene Berufsgruppen zusammen und treten gemeinsam mit
647 den Menschen im Kiez für die Gestaltung gesundheitsförderlicher Lebenswelten ein.
648 Behandlungen erfolgen disziplinübergreifend und auf Augenhöhe mit den Behandelten. Die
649 Bedürfnisse der Anwohner*innen im Kiez werden einbezogen, gleichzeitig unterliegt das
650 Projekt regelmäßiger Evaluation. Wir wollen nach dem Vorbild des GeKos mehr integrierte,
651 lokale, interprofessionelle und mehrsprachige Gesundheitszentren schaffen.

652 **Gesundheit in allen Politikbereichen mitdenken - Prävention ein Leben lang**

653 Gesundheit wird von vielen Faktoren beeinflusst, neben der physischen und der psychischen
654 Verfassung spielen auch die Wohnbedingungen, die Bildungschancen und die soziale Lage eine
655 wesentliche Rolle. Gesundheit ganzheitlich zu denken heißt, Gesundheitspolitik in allen
656 Politikfeldern zu verankern. Wir folgen dem „Health in All Policies“-Ansatz der WHO, denn
657 Gesundheit entsteht weder im Krankenhaus noch in der Arztpraxis, sondern im Alltag – dort,
658 wo Menschen leben, arbeiten, zur Kita oder zur Schule gehen und ihre Freizeit verbringen.
659 Daher ist Klimaschutz auch Gesundheitsschutz – denn Luftverschmutzung und Lärm machen krank.
660 Mit der Verkehrswende schützen wir die Gesundheit derer, die bisher an lauten und stickigen
661 Straßen leben müssen. Durch sichere Fuß- und Radwege lässt sich körperliche Bewegung gut in
662 den Alltag integrieren. Mehr Grünflächen im öffentlichen Raum erleichtern sportliche
663 Aktivitäten im Kiez. Der einfachere Zugang zu regionalen Bio-Lebensmitteln stellt eine
664 Grundlage für eine gesunde Ernährung und somit für den Klimaschutz dar. Wir wollen daher
665 künftig Gesetzesvorhaben in allen Politikbereichen auch auf ihre Auswirkungen auf die
666 Gesundheit prüfen.

667
668 Gesundheit ist eine wichtige Ressource, die gepflegt werden möchte. Aus diesem Grund sehen
669 wir die Förderung von Gesundheit und die Prävention von Erkrankungen in Berlin als wichtige
670 Bausteine einer nachhaltigen Gesundheitspolitik für alle Bürger*innen, egal in welcher
671 Lebensphase oder welchem Lebensalter. Die Möglichkeiten, die das Präventionsgesetz bietet,
672 sollen sich auch am Sozialraum unter Mitsprache der Expert*innen vor Ort - im Kiez, den
673 Bezirken und dem Land orientieren und dort wo notwendig durch weitere Maßnahmen flankiert
674 werden.

675 **HIV/Aids besiegen**

676 Berlin hat das Ziel der Vereinten übernommen, bis 2030 die Zahl der HIV-Neuinfektionen auf
677 null zu senken. Mit der Einführung der PrEP und den Erfolgen in der Gesundheitsversorgung in
678 den letzten Jahren konnten wir wichtige Schritte gehen. Unser Ziel für die kommenden Jahre
679 lautet „95-95-95-0“:

680 Mindestens 95 Prozent der HIV-Infizierten sollen von ihrer Infektion wissen, mindestens 95
681 Prozent davon Zugang zur Behandlung haben und mindestens 95 Prozent der Behandelten „unter
682 der Nachweisgrenze“ sein und 0 Prozent sollen aufgrund ihrer Infektion Diskriminierung
683 erfahren. Um das zu erreichen, wollen wir die Beratungs- und Versorgungsstrukturen weiter
684 verstärken, die bestehenden Präventionsangebote und -kampagnen zielgruppenorientiert
685 ausbauen, allen Berliner*innen unabhängig vom Geldbeutel Zugang zu Tests und Versorgung
686 ermöglichen und Aufklärungskampagnen durchführen.

687 **Gut versorgt von Anfang an – wir unterstützen Hebammen und Familienplanung für alle**

688 Zur Gesundheit gehört auch, Anfang und Ende des Lebens gut zu begleiten. Hebammen und
689 Geburtshelfer*innen begleiten den Weg ins Leben und sind für viele Menschen sowohl während
690 der Schwangerschaft als auch während und nach der Geburt wichtige Bezugspersonen. Dass
691 Schwangere in Berlin kaum noch eine Hebamme finden, die sie im Wochenbett betreuen kann, ist
692 ein unhaltbarer Zustand. Wir wollen aber allen weiterhin eine selbstbestimmte und sichere
693 Geburt ermöglichen. Am Runden Tisch Geburtshilfe haben wir deshalb vereinbart, die
694 Ausbildungskapazitäten für Hebammen zu erhöhen, es auch in ein Studium an der Charité und
695 der Evangelischen Hochschule zu überführen, Hebammen mit Service-Parkausweisen im Alltag zu
696 unterstützen und Frauen mit einer digitalen Plattform die Hebammensuche zu erleichtern.
697 Zusätzlich haben wir in Berlins Kreißsäle investiert und wir wollen die Arbeitsbedingungen
698 für Hebammen verbessern, indem wir mehr Hebammen in die Kreißsäle bringen. Auf Bundesebene
699 setzen wir uns dafür ein, dass die Vergütungen angehoben und Versicherungsbeiträge
700 übernommen werden und es dazu auch verbindliche Personalschlüssel in den Krankenhäusern
701 gibt.

702 Damit alle, die sich ein Kind wünschen, die bestmögliche Unterstützung bekommen, wollen wir
703 die Reproduktionsmedizin ausbauen und uns dafür einsetzen, dass sie allen - egal, ob sie
704 alleinstehend oder verpartnert sind - von der Krankenkasse finanziert wird. Dies sollte um
705 entsprechende Beratungsangebote insbesondere für Regenbogenfamilien erweitert werden.

706 Zur Familienplanung gehört aber auch, sich frei gegen ein Kind entscheiden zu können. Der
707 kostenfreie Zugang zu Verhütungsmitteln, insbesondere für Jugendliche und Heranwachsende,
708 soll daher durch das Land Berlin ausgebaut werden, beispielsweise in Form von freien
709 Ausgaben bei Beratungsstellen und Gesundheitsämtern. Beratung im Fall von
710 Schwangerschaftskonflikten muss niedrigschwellig und mehrsprachig zugänglich sein.
711 Informationen, wo Schwangerschaftsabbrüche durchgeführt werden, müssen vom Land Berlin auf
712 verschiedenen Plattformen leicht erreichbar und verständlich zur Verfügung gestellt werden.
713 Die medizinische Versorgung zum Abbruch von unerwünschten Schwangerschaften ist zukünftig
714 gefährdet. Sie muss zumindest von den landeseigenen Kliniken personell und strukturell
715 gewährleistet werden. Wir kämpfen auf Bundesebene weiterhin für die Legalisierung von und
716 Kostenübernahme für Schwangerschaftsabbrüche und die Abschaffung des sogenannten
717 Werbeverbots im Paragraphen 219a StGB sowie des Paragraphen 218, damit Ärzt*innen ohne
718 Restriktionen über die verschiedenen Methoden des Abbruchs informieren können und diese Teil
719 der medizinischen Ausbildung und Kassenleistung werden. Wir wollen, dass in Berlin mehr
720 Forschung zu Schwangerschaftsabbrüchen stattfindet. Bereits in der Schule müssen Jugendliche
721 über diese Thematik aufgeklärt werden.

722 **Selbstbestimmt und würdevoll bis zum Schluss**

723 Auch das Sterben gehört zu einem ganzheitlichen Blick auf die Gesundheitsversorgung: Wir
724 wollen, dass Menschen selbstbestimmt und gut versorgt ihre letzte Lebensphase verbringen
725 können. Doch insbesondere in dieser Lebensphase sind Menschen oft kaum oder gar nicht mehr
726 in der Lage, für ihre eigenen Bedürfnisse einzustehen. Umso wichtiger ist, dass vor dem
727 Auftreten von schweren Erkrankungen eine gute Aufklärung über Vorsorgevollmachten und
728 Patientenverfügungen stattfindet. Sind diese Dokumente nicht vorhanden, sind die Angehörigen
729 von schwer Erkrankten häufig nicht in der Lage entsprechend des mutmaßlichen Willens der
730 Betroffenen Aussagen zu Behandlungswünschen zu treffen. Gültige Vorsorgevollmachten und
731 Patientenverfügungen stellen sicher, dass die Wünsche von Betroffenen, insbesondere am
732 Lebensende, geachtet werden. Sie erleichtern außerdem dem medizinischen Personal die Arbeit.
733 Deshalb wollen wir die Aufklärungsstrukturen dafür ausbauen. Darüber hinaus wollen wir eine
734 Beratungsstelle für Palliativmedizin einrichten, die über die Möglichkeiten der Versorgung
735 im Hospiz oder zuhause transparent informiert. Palliativmedizin ist aufgrund
736 reformbedürftiger Anreize aus gesundheitsökonomischer Sicht oft unattraktiver als die
737 medizinische Behandlung durch Operationen und intensivmedizinische Maßnahmen, die von den
738 Betroffenen häufig als quälend empfunden werden. Umso wichtiger ist es, Ärzt*innen so aus-
739 und weiterzubilden, dass für sie die Wünsche der Behandelten im Fokus stehen und
740 lebensverlängernde Maßnahmen nicht um jeden Preis durchgeführt werden.

741 **Förderung psychischer Gesundheit und gute wohnortnahe Versorgungsangebote**

742 Mit seinem Grundsatz-Urteil vom 26.2.2020 hat das Bundesverfassungsgericht klargestellt,
743 dass auch beim Suizid in jeder Lebenslage eines Menschen die Selbstbestimmung umfassend
744 gilt. Der damalige Paragraph 217 StGB, der die Beihilfe kriminalisierte, wurde deshalb für
745 nichtig erklärt. Nun gilt: Menschen, die eine Entscheidung über das eigene Lebensende
746 treffen möchten, haben also einen Anspruch auf qualifizierte Aufklärung und Beratung, auch
747 zu lebensorientierten Alternativen zum Suizid. Wir wollen in Berlin ein entsprechendes
748 Modellprojekt mit ergebnisoffenen und einfühlsamen Gesprächsangeboten auf den Weg bringen.

749
750 Unser Gesundheitsverständnis umfasst ausdrücklich das psychische Wohlbefinden. Durch unsere
751 Politik wollen wir die Lebensbedingungen in Berlin so gestalten, dass sie einen positiven
752 Einfluss auf die psychische Gesundheit ausüben und die Resilienz stärken. Darüber hinaus
753 wollen wir – u. a. im Rahmen des Präventionsgesetzes – konkrete Angebote schaffen und
754 ausbauen, die dabei helfen, mit psychischen Belastungen umzugehen und Krisen besser zu
755 bewältigen.

756 Von der Gesundheitsförderung und Prävention über die Beratung bis hin zur Behandlung und
757 Rehabilitation setzen wir auf sozialraumorientierte und wohnortnahe, miteinander vernetzte
758 Angebote. Dabei fördern wir die Partizipation durch den Dialog und Peer-Ansätze sowie den
759 Abbau von Zwang. Auch hochstrukturierte Bereiche der psychiatrischen Versorgung wie z.B. das
760 Krankenhaus des Maßregelvollzugs wollen wir als integralen und wichtigen Bestandteil des
761 psychiatrischen Versorgungsnetzwerks weiterentwickeln. In der Versorgung gilt für uns die
762 Maxime: ambulant vor teilstationär vor stationär. Unser Plan ist, innovative Finanzierungs-
763 und Steuerungsmodelle sowie neue Angebotsformen zu fördern. In den Sozialpsychiatrischen und
764 Kinder- und Jugendpsychiatrischen Diensten wollen wir mehr aufsuchende Beratungs-,
765 Begleitungs- und Vernetzungsangebote für schwer psychisch beeinträchtigte Menschen mit und
766 ohne Obdach anbieten. Dafür braucht es auch mehr personelle Ressourcen. Wir wollen darüber
767 hinaus das psychosoziale Unterstützungsangebot für Geflüchtete bedarfsgerecht und
768 mehrsprachig ausbauen, sowohl in den Geflüchteten-Unterkünften als auch bei den aufsuchenden
769 psychosozialen Fachkräften als Teil der Angebote des Psychiatrieentwicklungsprogramms. Das
770 Psychiatrieentwicklungsprogramm wollen wir endlich weiterentwickeln und einen
771 datengestützten Landespsychiatrieplan etablieren.

772 Ein neues „Landesprogramm Psychische Gesundheit“ soll die vielfältigen Angebote zur

773 Förderung psychischer Gesundheit, zur psychosozialen und psychiatrischen Unterstützung und
774 Versorgung sowie ein neues Berliner Suchtkonzept unter einem Dach vereinen. Unter diesem
775 Dach werden Prävention, Intervention und Nachsorge bei sexualisierter Gewalt regelhafter
776 Bestandteil der psychosozialen Gesundheitsversorgung und eine konsequente Anschlussfähigkeit
777 zu bereits bestehenden Netzwerken in Berlin sichergestellt.

778 **3.4 Selbstbestimmt im Alter. Wir machen die Pflege** 779 **stark**

780 Wir Berliner*innen leben immer länger. Wir wollen, dass Menschen egal welchen Alters
781 selbstbestimmt und in Würde ihr eigenes Leben gestalten können, gleich woher sie kommen, wie
782 dick ihr Portemonnaie ist oder wie pflegebedürftig sie sind. Dafür wollen wir die richtigen
783 Rahmenbedingungen schaffen. Ältere, auch an Demenz erkrankte Menschen sollen weiter ihre
784 Fähigkeiten einbringen und ihr Umfeld mitgestalten, auch die Hilfs- und
785 Unterstützungsangebote oder den barrierefreien Umbau ihrer Wohnung und der Einrichtungen im
786 Kiez. Und wer Pflege benötigt, soll sie in bester Qualität erhalten. Dafür setzen wir uns
787 ein, auf Landes- wie Bundesebene und im Schulterchluss mit Pflegebedürftigen,
788 Pflegefachkräften und pflegenden Angehörigen.

789 **Im Kiez verortet**

790 Wir wollen die Lebensbedingungen Älterer in Berlin so gestalten, dass sie so lange wie
791 möglich in ihren eigenen vier Wänden leben und am gesellschaftlichen Leben im Kiez teilhaben
792 können. Wir denken sozialräumlich und haben in den letzten Jahren die Pflegestützpunkte
793 ausgebaut und mit mehr Ressourcen ausgestattet, um das zu ermöglichen. Darüber hinaus
794 fördern wir die Gesundheit im Alter und ermöglichen mit inklusiven,
795 generationenübergreifenden Projekten Begegnungen, bei denen wir Menschen über die eigene
796 Community hinaus zusammenbringen.

797

798 **Einsamkeit vorbeugen**

799

800 Immer mehr ältere Menschen leiden unter Einsamkeit. Dies trifft sehr häufig Pflegebedürftige
801 und Kranke, aber auch Menschen, die in ihrem bisherigen Leben von Ausgrenzung und
802 Diskriminierung betroffen waren. Menschen mit mobilitätsbedingten Einschränkungen und
803 ausgeprägten Sinnesbehinderungen können oft ohne Unterstützung nicht mehr die eigene Wohnung
804 verlassen. Sehr oft fehlen ihnen anregende zwischenmenschliche Kontakte. Die
805 Kontaktlosigkeit geht mit dem Verlust mentaler Fähigkeiten, eingeschränkter
806 Sprachkompetenzen und schlechterer körperlicher Gesundheit einher. Präventiv können hier
807 Angebote sozialer Aktivitäten wirken. Mit der Förderung von Hilfs- und Kontaktangeboten, wie
808 das Silbernetz gegen Einsamkeit im Alter, freiwillige Besuchsdienste und der Einführung von
809 präventiven Hausbesuchen wollen wir der Einsamkeit im Alter entgegenwirken.
810 Auch die Kompetenz zur Nutzung von digitalen Medien trägt dazu bei, den Kontakt zu anderen
811 aufrechtzuerhalten und auszubauen. Wer die Vielfalt der Nutzung der digitalen Angebote
812 kennen lernen will, benötigt Unterstützung durch vertrauensvolle Stellen und es muss die
813 Zuversicht vermittelt werden, auftretende Probleme nach und nach eigenständig lösen zu
814 können. Wir brauchen eine Bildungsoffensive zur digitalen Teilhabe, die auch Altersgruppen
815 jenseits des 75. Lebensjahres einschließt. Deshalb fordern wir kostenlose WLAN-Anschlüsse in
816 Pflegeheimen, Pflege-Wohngemeinschaften und Freizeiteinrichtungen für ältere Menschen. Dort
817 sollen auch Tablets und Smartphones als Leihgeräte zur Verfügung stehen.

818 **Vielfalt der Pflege- und Wohnformen**

819 Wir streben eine breite Mischung zielgruppengerechter, diversitäts- und
820 diskriminierungssensibler Pflege- und Wohnformen an und wollen alternative Wohn- und
821 Pflegeformen ausbauen. Perspektivisch sollen große Heimeinrichtungen abgelöst werden, wir

822 fördern kleine, in Quartieren angebundene und vernetzte Versorgungseinrichtungen. Sie bieten
823 quartiersnahe, sozialintegrative und inklusive Beratung, Pflege und Betreuung älterer
824 Menschen. Um eine gute Qualität sicherstellen und kontrollieren zu können, haben wir das
825 Wohnteilhabegesetz überarbeitet. Wir streben weiter das Ziel an, dass die Heimaufsicht
826 personell angemessen und qualifiziert besetzt ist. Wir wollen die Bewohner*innenbeiräte von
827 Pflegeheimen und Pflege-Wohngemeinschaften stärken und ihnen kostenlose Fortbildungen
828 anbieten. Besonders wichtig war uns dabei die Anbindung von Einrichtung und
829 Wohngemeinschaften an den jeweiligen Sozialraum. Wir werden die vorhandenen
830 Beschwerdestrukturen optimieren und die Einrichtung einer Beschwerdestelle im Bereich Pflege
831 prüfen.

832 Mit einem Kompetenzzentrum Pflegewohnformen wollen wir Menschen mit erhöhtem Pflegebedarf
833 beraten. Die Mitarbeiter*innen des Zentrums sollen auch Pflegeheime beraten, die ihr Angebot
834 in Richtung Quartier öffnen wollen. Darüber hinaus werden wir altersgerechtes und
835 barrierefreies Wohnen ausbauen, der Bedarf wächst stetig. Auch Pflegeeinrichtungen und
836 gerade Pflegewohngemeinschaften sind von Verdrängung bedroht. Wir brauchen in allen Kiezen
837 Pflegeeinrichtungen.

838 Gerade weil der Bedarf an Pflegeunterstützung wächst, werden wir eine
839 Stadtentwicklungsplanung für Pflege und Senior*innen anstoßen, die vorhandene Strukturen und
840 weitere Bedarfe aufschlüsselt und absichert. Da in den Bezirken ein großes Wissen über die
841 Bedarfe und Besonderheiten der einzelnen Kieze herrscht, sollen sie eng eingebunden werden.
842 Die Bezirke erhalten den Auftrag, gemeinsam mit den Netzwerken vor Ort regelmäßig eine
843 kontinuierliche Planung zur Weiterentwicklung von Versorgungsangeboten und der lokalen
844 Pflegeinfrastruktur vorzulegen. Die abgestimmte Bedarfsplanung ist Grundlage für die
845 Landesförderung zur Weiterentwicklung der Infrastruktur für ein selbstbestimmtes Altern. Für
846 uns ist klar, dass Pflege die vielfältigen Lebensentwürfe und -realitäten der Berliner*innen
847 abbilden muss. Wir setzen uns für diversitäts- und geschlechtersensible Pflege ein. Gerade
848 in einer Einwanderungsgesellschaft gilt es Diversity-Kompetenzen auszubauen, bei
849 Einstellungen auf Diversität zu achten und im Ausland erworbene Ausbildungsabschlüsse in
850 Pflege- und Gesundheitsberufen leichter anzuerkennen. Mit den Pflegestützpunkten der
851 interkulturellen Öffnung und der LSBTIQ*-sensiblen Beratung sind wir erste Schritte gegangen
852 – diesen Weg wollen wir weitergehen. Hierzu leisten die Interkulturellen Brückenbauer*innen
853 in der Pflege einen wesentlichen Beitrag, den es auszubauen und um die diversitätskritische
854 Hospiz- und Palliativversorgung in Berlin auszuweiten gilt.

855 **Gute Pflege braucht gute Arbeitsbedingungen**

856 Gute Pflege steht und fällt mit den Mitarbeiter*innen. In der Haus- und Familienpflege sowie
857 bei Berufen der Altenpflege sind das zu über 80 Prozent Frauen. Pflegekräfte sind
858 systemrelevant, das spiegelt sich aber bisher nicht ausreichend auf dem Gehaltszettel und in
859 den Arbeitsbedingungen wider. Das wollen wir ändern. Mit dem Berliner Bündnis für Pflege
860 wurden in den letzten Jahren bereits Handlungsfelder identifiziert, um Fachkräfte in der
861 Pflege zu halten. Jetzt kommt es auf die Umsetzung an, denn wir sind als Gesellschaft auf
862 gute Pflege angewiesen. Ein wichtiger Schritt ist eine gerechte, auskömmliche Bezahlung, die
863 im Job selbstverständlich sein muss und schon in der Ausbildung, wie bei Pflegepraktika,
864 Famulaturen, bei Praktika im Pflegestudium und für Ärzt*innen im praktischen Jahr erfolgen
865 muss. Wir wollen auch die Akademisierung der Pflege und Therapieberufe voranbringen und mehr
866 Studienangebote im Bereich der Gesundheitsberufe schaffen. Eine Pflegekammer, wenn sie
867 mehrheitlich von den Berliner Pflegenden gewünscht wird, unterstützen wir.

868 Wir wollen verbindliche Personalschlüssel statt Personaluntergrenzen, Mobilitätsangebote,
869 gerade für Nachtschichten und Beschwerdestellen, um Verstöße gegen den Arbeitsschutz zu
870 melden. Wir unterstützen die Selbstverwaltung der Pflegekräfte.

871 Eine Pflegekammer kann dafür einen Beitrag leisten, wenn sie mehrheitlich von den Berliner
872 Pflegenden unterstützt wird. Wir fordern mehr Plätze für Teilzeitausbildungen und
873 berufsbegleitende Ausbildungen. Auch die Ausbildung zur Pflegeassistenz muss vergütet
874 werden. Die Ausbildung zur Pflegeassistenz wollen wir auf Bundesebene regeln und bis dahin
875 schon in Berlin besser, generalistisch und über einen längeren Zeitraum ausbilden. Im
876 Ausland erworbene Ausbildungsabschlüsse von Pflege- und Gesundheitsberufen, ob innerhalb
877 oder außerhalb der EU erworben, sollen leichter anerkannt werden. Auch in der ambulanten
878 Versorgung müssen die Arbeitsbedingungen verbessert werden, damit zu pflegende Menschen
879 möglichst lange in ihrer eigenen Wohnung bleiben können. Viele ausgebildete Kräfte arbeiten
880 nicht mehr in ihrem Beruf – mithilfe von besseren Arbeitsbedingungen und einer besseren
881 Entlohnung von Beschäftigten in der ambulanten Pflege wollen wir sie zurückgewinnen.

882 **Pflegende Angehörige besserstellen**

883 Pflegende Angehörige bilden eine der tragenden Säulen der häuslichen Pflege. Rund 200.000
884 Berliner*innen betreuen und versorgen ihre pflegebedürftigen Angehörigen. Wir wollen sie
885 stärker ins Versorgungsnetz einbinden und ihre Leistungen besser würdigen. So wollen wir ihr
886 Recht auf Mitsprache ausbauen und sie besser informieren und entlasten. Das Kompetenzzentrum
887 Pflegeunterstützung zur Entlastung von pflegenden Angehörigen und anderen Bezugspersonen
888 soll ausgebaut und verstetigt werden. Besonders Kinder und Jugendliche als pflegende
889 Angehörige müssen dabei in Zukunft noch mehr bedacht werden. Das Kompetenzzentrum
890 Pflegeunterstützung wird durch einen Beirat bestehend aus Selbstvertretungsgruppen
891 Pflegender Angehöriger und den Kontaktstellen PflegeEngagement beraten. Als Berliner
892 Landesregierung haben wir bereits eine Bundesratsinitiative zur Einführung eines
893 Familienpflegegeldes gestartet, eine Lohnersatzleistung ähnlich dem Elterngeld. Hier werden
894 wir weiter Druck machen.

895 **3.5 Inklusives Berlin – Teilhabe für Menschen mit** 896 **Behinderung**

897 Menschen mit Lernschwierigkeiten oder Beeinträchtigung werden von der Gesellschaft
898 eingeschränkt, weil sie nicht als Norm gelten. Diesen Einschränkungen wollen wir
899 entgegenwirken und die Berliner Stadtgesellschaft inklusiver gestalten. Wir wollen eine
900 Gesellschaft, in der alle Menschen mit und ohne körperlichen, psychischen oder kognitiven
901 Behinderungen gleichberechtigt und selbstbestimmt teilhaben, ohne auf Barrieren zu stoßen.
902 In Berlin leben rund 350.000 Menschen mit einem Grad der Behinderung von mindestens 50, das
903 ist fast jede zehnte Person. Unsere Vorstellung einer inklusiven Gesellschaft ist aber für
904 noch viel mehr Menschen wichtig. Aufzüge an Bahnhöfen nutzen auch Eltern mit Kinderwagen,
905 auf barrierefreies Wohnen sind im Alter fast alle angewiesen. Für ganz Berlin ist es
906 zentral, dass wir Barrieren einreißen, wo immer sie noch stehen.

907 Seit dem 1. Januar 2020 ist das neue Bundesteilhabegesetz (BTHG) voll in Kraft. Wir
908 Bündnisgrüne mahnen auf Bundesebene tiefgreifende Nachbesserungen an. Gleichzeitig arbeiten
909 wir in Berlin an der Umsetzung, um das Beste herauszuholen. In allen Bezirken wird am Aufbau
910 sogenannter „Häuser der Teilhabe“ gearbeitet. Dort sollen Menschen mit Behinderung künftig
911 Beratung, Unterstützung und Begleitung rund um das Thema Eingliederungshilfe finden. Für den
912 Aufbau der Häuser und die fachliche Koordination werden jedem Bezirk seit 2020 zusätzlich
913 zwei Stellen von Seiten des Landes zur Verfügung gestellt. Auch beim barrierefreien Umbau
914 der Stadt haben wir wichtige Schritte gemacht, zum Beispiel bei Bus und Bahn. Unser
915 Mobilitätsgesetz schreibt den Anspruch auf barrierefreie Mobilität fest und wir investieren
916 jedes Jahr Millionen, um dem Ziel der Barrierefreiheit näher zu kommen.

917 **„Häuser der Teilhabe“ ermöglichen umfassende Beratung**

918 In den kommenden Jahren geht es um die konkrete Umsetzung vor Ort – diese wollen wir gezielt
919 vorantreiben. Wir wollen in den "Häusern der Teilhabe" multiprofessionelle Teams
920 zusammenbringen, um die Beratung so umfassend wie möglich zu gestalten. Den Rahmen für
921 einheitlich hohe Standards der Umsetzung sollen Zielvereinbarungen bilden, die wir zwischen
922 Land und Bezirken entwickeln und stetig weiterentwickeln wollen. Etikettenschwindel, also
923 ein neues Label und die Fortführung der bisherigen Praxis der Sozialhilfe, werden wir nicht
924 zulassen. Bei der Umsetzung werden wir darauf achten, dass die Bedarfsermittlung, wie durch
925 das „Teilhabeinstrument Berlin“ (TIB) vorgesehen, neben Gesundheitsaspekten auch den
926 Lebenskontext von Menschen berücksichtigt. Dabei stellen wir sicher, dass in allen „Häusern
927 der Teilhabe“ und auch in den Schulpsychologischen und Inklusionspädagogischen Beratungs-
928 und Unterstützungszentren (SIBUZ) aller Bezirke eine Beratung zu allen Rechtskreisen
929 erfolgen kann sowie alle erforderlichen Anträge an einem Ort zur Verfügung stehen.

930 **Für Inklusion in allen Lebensbereichen**

931 Der Arbeitsmarkt in Berlin muss inklusiver werden. Dabei gilt für uns die Prämisse:
932 Inklusion hat Vorrang. Daher wollen wir die sogenannten Werkstätten so weiterentwickeln,
933 dass sie nicht zur Endstation werden, sondern der Befähigung zur Arbeit auf dem ersten
934 Arbeitsmarkt dienen. Perspektivisch sollen Werkstätten überflüssig werden. Unternehmen mit
935 mehr als 20 Arbeitsplätzen sind gesetzlich verpflichtet, wenigstens auf fünf Prozent der
936 Arbeitsplätze Menschen mit Schwerbehinderung zu beschäftigen. Noch immer zahlen aber zu
937 viele Arbeitgeber*innen lieber die entsprechende Ausgleichsabgabe. Um das zu ändern, werden
938 wir Betriebe mit einer hohen Zahl von Mitarbeiter*innen mit Behinderung stärker fördern und
939 Aufträge der öffentlichen Hand vermehrt an diese, mindestens aber an „Inklusionsbetriebe“
940 vergeben.

941 Wir streben eine Erhöhung der Anzahl der sozialversicherungspflichtigen Jobs für Menschen
942 mit Behinderungen und psychischen Erkrankungen an. Wir unterstützen und fördern solche
943 Projekte, die es Menschen mit Behinderungen ermöglichen auf dem ersten Arbeitsmarkt eine
944 Zukunftsperspektive zu finden.

945 Auch Bus und Bahn müssen in Berlin barrierefrei werden. Den Umbau aller Bahnhöfe und
946 Haltestellen im Verkehrsverbund mit einem barrierefreien Zugang werden wir schnellstmöglich
947 abschließen. Gleichzeitig setzen wir uns dafür ein, die Anzahl der barrierefreien Taxen im
948 öffentlichen Raum deutlich zu erhöhen, um echte Mobilität für alle zu verwirklichen. Bei der
949 Konzessionsvergabe für private Anbieter von Mobilitätsdienstleistungen wollen wir Inklusion
950 zu einer Bedingung machen.

951 Barrierefreier Wohnraum ist nicht nur für Menschen mit Behinderung, sondern auch für ältere
952 Menschen wichtig. Unser Ziel für 2035 ist, dass 15 Prozent des gesamten Wohnraumes
953 barrierefrei zugänglich und nutzbar sind. Um hier zügig voranzukommen, wollen wir die
954 Umsetzung der Berliner Bauordnung konsequent prüfen, um sicherzustellen, dass die Vorgaben
955 zum barrierefreien Wohnen eingehalten werden. Beim Neubau wollen wir entsprechende Quoten
956 zur Steigerung der Anzahl barrierefreier Wohnungen einziehen.

957 Unser Ziel ist inklusive Bildung in einer inklusiven Gesellschaft - in Schule, Berufsschule
958 und Hochschule. Beides bedingt sich gegenseitig. Ein gegliedertes Schulsystem erschwert
959 dieses Ziel. Nach und nach wollen wir unsere Schulen so befähigen, dass alle Kinder
960 gemeinsam an Regelschulen lernen. Die Mitarbeiter*innen der Förderschulen brauchen wir an
961 den Regelschulen zur individuellen Betreuung der Kinder mit Behinderung weiterhin. Des
962 Weiteren setzen wir uns dafür ein, dass das Konzept der Schulgesundheitspflege umgesetzt
963 wird, um so die Gesundheit der Kinder zu verbessern.

964 Zur barrierefreien Sanierung von Nachbarschaftszentren und anderen sozialen Begegnungsräumen
965 werden wir ein Landesförderprogramm auflegen und mit den Sportvereinen Berlins werden wir

966 weiter daran arbeiten, auch die Vereine für Menschen mit Behinderung zu öffnen. In der
967 queeren Community sind wir mit einem Fördertopf für Barrierefreiheit vorangegangen. Diesen
968 werden wir fortsetzen, um auch für LSBTIQ* mit Beeinträchtigungen die Teilhabe an queerer
969 Infrastruktur zu sichern. In Zusammenarbeit mit der Clubkommission wollen wir zudem gezielt
970 eine barrierefreie Clubkultur in Berlin fördern.

971 Ein großer Teil des Lebens spielt sich online ab. Mit der gesetzlichen Umsetzung der EU-
972 Richtlinie zu barrierefreien Online-Angeboten öffentlicher Stellen hat Berlin einen
973 wichtigen Schritt getan. Das gilt zuallererst für die Seiten der Senatsverwaltungen und
974 Bezirksämter. Bei der Neukonzeption von www.berlin.de muss die digitale Barrierefreiheit
975 schon in der Planung umfassend mitgedacht werden.

976 Inklusion erfordert ein Umdenken von vielen. Aber es lohnt sich – am Ende ist eine inklusive
977 Gesellschaft eine bessere Gesellschaft für alle.

978 **3.6 Drogenpolitik – Prävention, Aufklärung, 979 Unterstützung und Selbstbestimmtheit**

980 Drogen sind Teil der Gesellschaft und der Substanzgebrauch ist weit verbreitet. Die Debatte
981 zum Umgang damit wird jedoch irrational geführt und ist von Verbotsdogmen und Tabus geprägt.
982 Wir Bündnisgrüne stehen für eine Neuausrichtung: Wir wollen einen vernünftigen,
983 evidenzbasierten Ansatz, der sich an Fakten orientiert, Menschen durch Prävention und
984 Aufklärung schützt und damit Verbraucherschutz überhaupt erst möglich macht, Abhängigen
985 unkompliziert Hilfe zukommen lässt und die Selbstbestimmung aller respektiert.

986 **Drogen nach Gefährdungspotential unterscheiden**

987 Die tödlichste Droge in Deutschland ist Tabak. Etwa 15 Millionen Menschen deutschlandweit
988 rauchen, rund 120.000 Menschen sterben jährlich an den Folgen des Rauchens, viele Millionen
989 sind schwer nikotinabhängig. Am gefährlichsten für Unbeteiligte ist Alkohol und Millionen
990 Menschen in Deutschland sind medikamentenabhängig. Tatsächlich ist die Unterscheidung
991 zwischen legalen Suchtmitteln auf der einen und illegalen Drogen auf der anderen Seite nicht
992 sinnvoll, wurde fachlich willkürlich getroffen und beruht bis heute auf zum Teil
993 rassistischen Motiven. Wir Bündnisgrüne stehen für eine Drogenpolitik, die auf Fakten, statt
994 auf ideologischen Debatten basiert. Sie ist vom Leitbild geprägt gesundheitliche Schäden zu
995 mindern und die Konsument*innen zu befähigen, aufgeklärt und selbstbestimmt zu konsumieren,
996 ohne dabei Dritte zu gefährden. Statt willkürlicher Kriterien wäre eine Regulierung nach
997 tatsächlichem Gefährdungs- und Suchtpotential ein wichtiger Schritt – hier ist die
998 Bundespolitik in Verantwortung. Einen großen Unterschied macht, wie Drogen konsumiert
999 werden: moderat, selbstbestimmt und aufgeklärt oder riskant und in kriminalisierten,
1000 ungeschützten Räumen. Politik muss sich an diesen Erkenntnissen orientieren. Ideologische
1001 Debatten lehnen wir ab.

1002 **In Berlin schon viel erreicht – was fehlt, sind andere Regelungen auf Bundesebene**

1003 In den vergangenen Jahren haben wir Schritte in die richtige Richtung gemacht. Wir haben ein
1004 Werbeverbot für Tabak und Alkohol immerhin auf kommunalen Werbeflächen erreicht. Mit einem
1005 Pilot-Projekt zum Drug-Checking in Clubs haben wir einen Weg eingeschlagen, der Menschen vor
1006 gefährlichen, gepanschten Drogen schützt, Drogenkonsumräume wurden in den Bezirken geplant
1007 und geschaffen. Dort sind neben risikoarmem Konsum vor allem Aufklärung, Beratung und
1008 Unterstützung möglich. Die „Null-Toleranz-Zonen“ für den Besitz von Cannabis haben wir
1009 abgeschafft, da sie kein Problem gelöst und den Handel nur in Hauseingänge und auf
1010 Spielplätze verlagert haben. Was fehlt, sind grundlegende Reformen auf Bundesebene.
1011 Gemeinsam mit der grünen Fraktion im Deutschen Bundestag wurde mit unserem
1012 „Cannabiskontrollgesetz“ ein sehr konkreter Weg zur regulierten Abgabe entwickelt, den wir

1013 auch weiter vorantreiben werden, sowie die Forschung auf dem Gebiet der psychoaktiven
1014 Substanzen.

1015 **Aufklärung und Prävention ausbauen**

1016 In Berlin werden wir weiterhin an unserer Linie einer evidenzbasierten, Drogenpolitik
1017 festhalten. Dazu werden wir Aufklärungs- und Präventionsmaßnahmen ausbauen. Der Jugend- und
1018 Gesundheitsschutz sowie die Aufklärung von Verbraucher*innen und damit der Verbraucherschutz
1019 haben dabei für uns höchste Priorität. Für Jugendliche und junge Erwachsene fördern wir
1020 präventive Angebote durch verbindliche Kooperationsstrukturen von Schule, Jugend- und
1021 Suchthilfe. Dabei nehmen wir nicht nur substanzbezogene Abhängigkeiten in den Blick, sondern
1022 werden auch Programme der Prävention vor nicht substanzgebundenen Süchten, beispielsweise
1023 von Glücksspiel oder Computerspielen, weiter ausbauen. Die Werbung für Tabak und Alkohol
1024 wollen wir in einem nächsten Schritt auf allen Werbeflächen in Berlin verbieten. Den
1025 Nichtraucherschutz wollen wir konsequent umsetzen, Kellner*innen und Barkeeper*innen
1026 schützen wir damit und halten das gesellschaftliche Leben auch für Menschen mit
1027 Vorerkrankungen offen. Für bestimmte Raucher*innen wollen wir Lizenzen vergeben, um hier
1028 mehr Klarheit für Betreiber*innen und Gäste zu schaffen.

1029 Wir nehmen die Sorgen und Ängste der Menschen rund um Drogenhotspots ernst und werden mit
1030 voller Kraft für eine Verbesserung kämpfen. Solange keine kontrollierte Abgabe diese
1031 Hotspots komplett verschwinden lässt, werden wir mit Programmen zur sicheren
1032 Spritzenentsorgung, mit häufigen Reinigungszyklen in Parks und auf Spielplätzen sowie mit
1033 gezielten Kontrollen die Situation vor Ort verbessern. Denn Spritzen und Drogen haben auf
1034 Spielplätzen nichts verloren. Bei der Lösung dieser Probleme beziehen wir die Betroffenen im
1035 Sinne partizipativer Handlungsansätze aktiv mit ein.

1036 **Beratung und Selbsthilfe stärken**

1037 Beratungs- und Selbsthilfeangebote wollen wir ausbauen, genau wie Drogenkonsumräume. Neben
1038 dem Ausbau von Drogenhilfeprogrammen wollen wir auch die bestehenden Strukturen verstetigen
1039 und die Zusammenarbeit in den verschiedenen Bereichen und Ebenen vernetzen. So schützen wir
1040 Konsument*innen am besten. Unser Ziel sind Drogenkonsumräume und Spritzentauschprogramme in
1041 allen Bezirken Berlins. Die Öffnungszeiten von bestehenden Drogenkonsumräumen sollen
1042 ausgeweitet werden und Schutzräume für Frauen, inter, nicht-binäre und trans Personen
1043 geschaffen werden. Mit einer stärkeren aufsuchenden Sozialarbeit wollen wir Menschen
1044 erreichen, die drogenabhängig und dringend auf Unterstützung angewiesen sind, den Weg in die
1045 Beratung aber nicht alleine schaffen. Das Drug-Checking werden wir weiter vorantreiben, so
1046 dass es sich zur anerkannten Normalität in Berlins Nachtleben entwickelt – immer kombiniert
1047 mit Angeboten zur Beratung und Hilfe zum Ausstieg aus dem riskanten Drogenkonsum. Für eine
1048 bessere Erreichbarkeit wollen wir mehr mobile Drug-Checking-Teams auf den Weg bringen. Die
1049 Sucht- und Präventionsarbeit im Strafvollzug soll weiter ausgebaut werden. Zentral ist dabei
1050 für uns, dass saubere Spritzen zur Verfügung stehen, die Möglichkeit der Opioid-Substitution
1051 und die Diamorphintherapie für Betroffene sowie eine nahtlose Anschlussversorgung und
1052 medizinisch-psychologische Betreuung nach der Haftentlassung sichergestellt sind.

1053 **Illegalen Markt austrocknen**

1054 Um den illegalen Markt auszutrocknen, arbeiten wir in einem nächsten Schritt weiter daran,
1055 Cannabis zu legalisieren. Solange es auf Bundesebene keine Reform gibt, halten wir an
1056 unserem Ziel eines Modellprojektes zur regulierten Abgabe von Cannabis an Erwachsene in
1057 Berlin fest. Die nicht verfolgbare geringe Menge für Cannabis zum Eigenbedarf wollen wir
1058 anheben und auch für andere illegale psychoaktive Substanzen entsprechende geringe Mengen
1059 festlegen, die strafverfolgungsfrei bleiben. Damit entlasten wir Polizei und Justiz massiv.
1060 Auch den Parks, die durch Dealertätigkeiten geprägt sind, wollen wir wieder zu mehr Ruhe und

1061 Sauberkeit verhelfen und auch die Lebensqualität der Anwohner*innen verbessern. Frei
1062 gewordene Kapazitäten wollen wir so weit möglich für die Bekämpfung der organisierten
1063 Kriminalität einsetzen, die maßgeblich durch den internationalen Drogenhandel begünstigt
1064 wird.

1065 **Drogenpolitik ist auch Friedenspolitik**

1066 Weltweit sorgen der Anbau und Handel von Drogen für Gewalt, Konflikte und Kriege. Anhand
1067 kaum eines anderen Politikfelds sind die weltweiten Auswirkungen und Zusammenhänge mit
1068 unseren politischen Entscheidungen so sichtbar. Um Leid und Tod infolge dieser Konflikte zu
1069 beenden, arbeiten wir daran, dem internationalen Drogenhandel seine finanziellen Wurzeln zu
1070 entziehen. Das gelingt nur durch einen rationalen Ansatz von Entkriminalisierung und
1071 Kontrolle. Es ist Zeit, dass wir diese Fragen bei uns lösen, nicht diese Konflikte auf dem
1072 Rücken von Menschen in anderen Teilen der Welt austragen.

1073 **3.7 Berlin bleibt in Bewegung – wir sind die Hauptstadt 1074 des Sportes**

1075 Sport und Bewegung halten gesund, ermöglichen Gemeinschaft, tragen maßgeblich zum
1076 körperlichen und psychischen Wohlbefinden bei. Sport ist integraler Bestandteil des sozialen
1077 und kulturellen Lebens und ebenso vielfältig. Wir wollen allen Berliner*innen ermöglichen
1078 sich sportlich zu betätigen. Egal in welchem Alter, egal ob organisiert und regelmäßig oder
1079 nur ab und zu, das Sportangebot in Berlin soll alle Bedürfnisse abdecken. Dabei ist unsere
1080 Vision für die Hauptstadt des Sportes, dass Sport und Bewegung selbstverständlich in allen
1081 Bereichen mitgedacht wird: sei es das Laufen im Park, eine Runde Tischtennis im Hof,
1082 Bouldern an der Einkaufscenter-Fassade oder Kicken auf dem Supermarkt-Dach. Dafür denken wir
1083 Sport und Bewegung auch in der Stadtplanung mit. Sport verbindet auch über Grenzen hinweg.
1084 Berlin profitiert von Sportgroßveranstaltungen, wenn sie ökologisch, ökonomisch und sozial
1085 nachhaltig sind und Bürger*innenbeteiligung und Transparenz über Kosten von der Bewerbung
1086 bis zur Durchführung und Nachnutzung sichergestellt werden.

1087 **Ehrenamtliche sind das Rückgrat der Vereine**

1088 Viele Berliner*innen sind in Sportvereinen ehrenamtlich aktiv. Sie übernehmen vielfältige,
1089 gesellschaftliche Aufgaben und sind unverzichtbar. Sie unterstützen das soziale und
1090 sportliche Miteinander im Breiten-, Freizeit- und Leistungssport als Trainer*innen,
1091 Schiedsrichter*innen oder im Vorstand. Fair Play gilt für uns nicht nur auf dem Platz,
1092 sondern auch bei der Bezahlung von Trainer*innen und Übungsleiter*innen. Deswegen haben wir
1093 die Finanzierung der Trainer*innen und Übungsleiter*innen verbessert. Uns ist wichtig ihre
1094 Leistung anzuerkennen und dafür Sorge zu tragen, dass kostenlose Fortbildungs- und
1095 Seminarangebote, auch im Bereich des Kinderschutzes zur Verfügung stehen. Dies ist ein
1096 wichtiger Bestandteil, um zu gewährleisten, dass Sportvereine sichere Orte für Kinder und
1097 Jugendliche, frei von jeglichen Formen physischer, psychischer sowie sexualisierter Gewalt,
1098 sind. Deshalb halten wir den Erwerb des Kinderschutzsiegels für Vereine für notwendig.

1099 **Institutionalisierten und frei organisierten Sport gleichstellen**

1100 Gleichzeitig machen immer mehr Berliner*innen alleine oder in sich frei organisierenden
1101 Gruppen Sport. Wir wollen den institutionalisierten und frei organisierten Sport
1102 gleichstellen und allen Bürger*innen den Zugang zu Sportanlagen ermöglichen. Deswegen werden
1103 wir das Sportfördergesetz und die Sportanlagen-Nutzungsvorschriften so anpassen, dass die
1104 Vergabe von Sportflächen auch an frei organisierte Sportgruppen ermöglicht wird. Auch der
1105 neu gestaltete Olympia-Park in Charlottenburg-Wilmersdorf und der inklusive Friedrich-
1106 Ludwig-Jahn-Sportpark in Pankow sowie der "Sport- und Bewegungspark Tegel" sollen Vorzeige-
1107 Projekte für das Nebeneinander von institutionalisiertem und frei organisiertem Sport
1108 werden. Hierfür wollen wir den Friedrich-Ludwig-Jahn-Sportpark modernisieren und zeigen, wie

1109 an einem historischen Ort in einer Naturlandschaft neben dem ehemaligen Grenzstreifen eine
1110 inklusive Sportstätte für alle Menschen entstehen kann.

1111 Um einen möglichst niedrigschwelligen Zugang zu Sport und Bewegung zu ermöglichen, haben wir
1112 das Programm „Sport im Park“ ins Leben gerufen, das in allen Berliner Bezirken kostenlose
1113 Sportangebote ermöglicht. Egal ob Teamsport, Workout oder Balance, bei mehr als 100
1114 Aktivitäten ist für jede*n was dabei. Dieses erfolgreiche Programm wollen wir auch in den
1115 kommenden Jahren weiterführen.

1116 Unabhängig davon, ob es als Medienphänomen oder als Sportart gesehen wird - E-Sport wird zum
1117 Bestandteil des Alltags vieler Berliner*innen. Wir wollen seine Entwicklung mit Gamer*innen,
1118 Eltern und Pädagog*innen gemeinsam gestalten und einen souveränen Umgang unterstützen. Dabei
1119 fördern wir insbesondere ehrenamtliches Engagement, Diversität und Geschlechtergerechtigkeit
1120 im E-Sport und setzen uns für einen nachhaltigen E-Sport-Standort ein.

1121 **Sportanlagen inklusiv und ökologisch**

1122 Als wir 2016 Regierungsverantwortung übernommen haben, waren die Sportanlagen in Berlin in
1123 schlechtem Zustand. Mit dem Sportstättensanierungsprogramm haben wir begonnen, Sportstätten
1124 wieder in Schuss zu bringen. Es ist aber auch klar: Bei der Vielzahl an Anlagen wird die
1125 Sanierung ein Marathon, kein Sprint. Für uns ist wichtig, dass die Sanierungen nach hohen
1126 ökologischen Standards mit transparenter Bürger*innenbeteiligung erfolgen müssen. Die
1127 Klimakrise erfordert, dass wir in allen Lebensbereichen Ressourcen schonen. Deswegen haben
1128 wir in den Sportanlagen-Nutzungsvorschriften auch Nachhaltigkeitskriterien verankert.

1129 Berliner Sportanlagen müssen nicht nur ökologisch, sondern auch barrierefrei werden.
1130 Multifunktionale und behindertengerechte Sportstätten versetzen alle Berliner*innen in die
1131 Lage, sich sportlich zu betätigen, und leisten somit einen Beitrag zur Gesellschaft der
1132 Vielen, die allen Menschen, auch in einer älter werdenden Gesellschaft, ein selbstbestimmtes
1133 Leben ermöglicht. Wir fördern inklusive Sportangebote, die allen Menschen offenstehen, egal
1134 welche körperlichen und psychischen Voraussetzungen, welche Herkunft, welches Geschlecht,
1135 welches Alter, welchen sozialen und finanziellen Hintergrund oder welche sexuelle
1136 Orientierung und sexuelle Identität der einzelne Mensch hat. Die Vielfalt aller
1137 Berliner*innen muss sich auch in den Führungspositionen der Vereine und Sportverbände
1138 widerspiegeln.

1139 Berlin wächst und damit auch der Bedarf an Sportstätten. Aus ökologischer Sicht ist es
1140 geboten, vorhandene Sportanlagen besser auszulasten, bevor wir mit Neubauten Flächen
1141 versiegeln. Wenn nicht bereits geschehen, können die Außengelände von beispielsweise Schulen
1142 umfassender genutzt werden, indem sie nach Schulschluss für die Allgemeinheit geöffnet
1143 werden. Wo nötig werden wir auch neue Sportanlagen bauen.

1144 **Bäder für die Berliner*innen – Schwimmen ist eine Überlebenstechnik und gut für die 1145 Gesundheit**

1146 Jedes Kind in Berlin soll Schwimmen lernen. Wir können nicht hinnehmen, dass immer wieder
1147 Menschen ertrinken, weil sie nicht schwimmen können. Wir wollen deshalb den
1148 Schulschwimmunterricht qualifizieren, indem wir die erfolgreichen "Schulschwimmzentren" auf
1149 ganz Berlin ausweiten. Zudem wollen wir die Öffnungszeiten der Berliner Bäderbetriebe
1150 verlängern, damit alle Schulklassen die Möglichkeit zum Schwimmunterricht bekommen und sich
1151 die Nutzung der Bäder besser verteilt. Darüber hinaus wollen wir prüfen, ob
1152 Kooperationsverträge mit anderen Schwimmhallen, etwa in Hotels oder Fitnessstudios,
1153 abgeschlossen werden können, um die vorhandenen Kapazitäten besser zu nutzen.

1154 Wir wollen die Berliner Bäderbetriebe zu einem modernen Dienstleistungsunternehmen
1155 umstrukturieren, das sich an den Bedürfnissen der Bürger*innen orientiert. Die Preisstruktur
1156 soll transparent sein und allen Berliner*innen die Nutzung der Schwimmbäder ermöglichen. Wir

1157 haben in den letzten Jahren viel Geld für die Sanierung der Bäder bereitgestellt, aber wie
1158 bei den Sportstätten ist auch bei den Bädern ein langer Atem nötig, bis alle Bäder wieder in
1159 Schuss sind. Bei Um- und Neubauten achten wir darauf, dass sie barrierefrei und ökologisch
1160 sind.

1161 Wir fördern inklusive Sportangebote, die allen Menschen offenstehen, egal welche
1162 körperlichen und psychischen Voraussetzungen, welche Herkunft, welches Geschlecht, welches
1163 Alter, welchen sozialen und finanziellen Hintergrund oder welche sexuelle Orientierung und
1164 geschlechtliche Identität der einzelne Mensch hat. Die Vielfalt aller Berliner*innen muss
1165 sich auch in den Führungspositionen der Vereine und Sportverbände widerspiegeln.

1166 **Jetzt ganz konkret: Bündnisgrüne Projekte für die Zukunft Berlins**

1167 **1. „Masterplan 50 Prozent Gemeinwohl“ – Wohnen ist keine Ware**

1168 Wir sagen Verdrängung und Immobilienspekulation den Kampf an. Schon jetzt nutzen wir
1169 Bündnisgrüne das Vorkaufsrecht wo immer möglich. Mit unserem „Masterplan 50 Prozent
1170 Gemeinwohl“ sollen mindestens 50 Prozent aller Wohnungen in Berlin in gemeinwohlorientierte
1171 Hände kommen. Um das Vorkaufsrecht effektiv nutzen zu können, treffen wir die notwendige
1172 finanzielle Vorsorge für die landeseigenen Wohnungsunternehmen. Mit gemeinwohlorientierten
1173 Genossenschaften, Stiftungen oder Projekten wie dem Mietshäuser-Syndikat werden wir eine
1174 Kooperationsvereinbarung abschließen. Dabei gilt es auch nötige Flächen in Erdgeschoss und
1175 gewerblichen Gebäuden zu sichern für Gemeinbedarfsflächen, Nachbarschaftstreffs, Stadtteil-
1176 und Familienzentren, Kleingewerbe und Kultur.

1177 **2. Förderung, die ankommt – Armut von Familien und Kindern beenden**

1178 180.000 Kinder in Berlin leben in Familien, die auf Transferleistungen angewiesen sind. Die
1179 Kinder- und Familienförderung des Bundes ist ein Chaos – die einzelnen Leistungen sind so
1180 unübersichtlich, dass sie nicht bei den Familien und Kindern vor Ort ankommen. Solange das
1181 Chaos an Familienleistungen auf Bundesebene nicht sortiert ist, lösen wir es in Berlin auf
1182 und schaffen „Familienservicebüros“ in allen Bezirken. Nicht Eltern sollen für Kindergeld,
1183 Elterngeld oder Wohnberechtigungsschein immer wieder Unterlagen einreichen müssen. Ein*e
1184 Sachbearbeiter*in soll für jede Familie alle notwendigen Unterlagen bereitstellen und
1185 verarbeiten. Auch unterschiedliche Leistungen aus Jugendamt und Sozialamt sollen
1186 zusammenfließen: ein Ort, alle Leistungen.

1187 **3. Ein neues Landesamt für Unterbringung – jeder Mensch braucht ein Zuhause**

1188 Menschen brauchen ein Dach über dem Kopf und eine Perspektive auf ein eigenständiges Leben –
1189 egal ob Menschen geflüchtet sind, seit langem auf der Straße leben oder gerade die Wohnung
1190 verloren haben. Bisher sind die Bezirke für die Unterbringung von obdachlosen Menschen
1191 zuständig, das Land Berlin für die Unterbringung von Geflüchteten – konkret das Landesamt
1192 für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF), das hier große Expertise aufgebaut hat. Diese
1193 Kompetenzen wollen wir für alle Menschen in Berlin nutzen. Darum werden wir das LAF zu einem
1194 neuen „Landesamt für Unterbringung“ weiterentwickeln. In diesem Zuge setzen wir uns für eine
1195 schnelle, dezentrale Unterbringung geflüchteter Menschen ein und wirken auf Bundesebene
1196 darauf hin, dass geflüchtete Menschen nicht mehr gezwungen werden in
1197 Erstaufnahmeeinrichtungen zu wohnen.

1198 **4. Pflege ist systemrelevant – Arbeitsbedingungen verbessern**

1199 Pflege ist systemrelevant, wir alle sind in Krankheitszeiten und im Alter darauf angewiesen.
1200 Das muss sich auch in den Arbeitsbedingungen widerspiegeln. Körperlich anstrengende Arbeit,
1201 Schichtsystem, Personalknappheit und geringe Bezahlung haben dazu geführt, dass viele
1202 ausgebildete Pflegekräfte diesem Beruf den Rücken gekehrt haben. Wir wollen ausgestiegene
1203 Fachkräfte in den Beruf zurückholen. Und wir wollen die Arbeitsbedingungen so verbessern,

1204 dass auch eine Vollzeitätigkeit attraktiv wird – hin zu mehr Flexibilität und Mitsprache
1205 bei den Dienstzeiten und einer deutlich besseren Vergütung ungünstiger Arbeitszeiten. Auch
1206 in vielen Care Berufen schrecken schon die Ausbildungsbedingungen ab. Auch hier wollen wir
1207 faire Bedingungen für Auszubildende und Studierende in diesen Berufen schaffen - dazu zählt
1208 eine angemessene Bezahlung bereits in der Ausbildung, angefangen von den Ärzt*innen im
1209 Praktikum bis hin zu den Pflegekräften, gerade mit Blick auf die Akademisierung der
1210 Pflegeausbildung.

1211 **5. Bezirkliche Gesundheitsämter aufwerten - bessere Personalausstattung**

1212 Den Pakt für Stärkung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes werden wir nutzen und für mehr
1213 Personal und bessere Ausstattung einsetzen. Dies flankieren wir mit einer
1214 Qualifizierungsoffensive und der Etablierung systematischer und berufsbegleitender
1215 Weiterbildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten. Mit bezahlter Freistellung und Kostenübernahmen
1216 wollen wir die Public Health-Expertise im ÖGD weiter ausbauen. Dazu gehören die
1217 Weiterbildungen zu Fachärzt*innen für den ÖGD genauso wie Abschlüsse in Public Health,
1218 Epidemiologie oder Health Professions Education. Dazu streben wir Kooperationen mit den
1219 Berliner Hochschulen an.

Beschluss (vorläufig)

Kapitel 3: Zusammenhalt sichern – niemand bleibt zurück

Gremium: LDK
Beschlussdatum: 20.03.2021
Tagesordnungspunkt: K-3 Kapitel 3

1 3. Zusammenhalt sichern - niemand bleibt zurück

2 Berlin funktioniert nur zusammen. Wir haben viel vor mit dieser Stadt und niemand darf dabei
3 zurückbleiben. Insbesondere Alleinerziehende, People of Colour, Kinder, ältere Menschen,
4 prekär Beschäftigte, Soloselbständige, Erwerbssuchende, Menschen mit Behinderung und
5 geflüchtete Menschen sind von Armut, Verdrängung und Ausgrenzung bedroht. Die Corona-
6 Pandemie hat diesen Zustand weiter verschärft, viele haben ihre Erwerbsgrundlage verloren.
7 Sie alle suchen vergebens nach bezahlbaren Wohn- und Gewerberäumen. Auch Soziale Träger
8 werden mehr und mehr aus der Stadt verdrängt. Wir kämpfen für ein Berlin, in dem alle sicher
9 wohnen, teilhaben und ihren Platz in der Gesellschaft finden können. Auch in der kommenden
10 Legislaturperiode hat dies für uns höchste Priorität

11 Wohnen ist keine Ware – Gemeinwohlverpflichtung für Wohnraum durchsetzen!

12 Die Grundstückspreise und Mieten sind in den vergangenen 15 Jahren nach oben geschneit,
13 auch weil in einer Situation der Wohnungsknappheit und fehlender alternativer
14 Anlagemöglichkeiten hemmungslos mit dem spekuliert wird, was für Menschen das Zuhause ist.
15 Wohnen ist keine Ware, darum kämpfen wir für einen Wohnungsmarkt nach Wiener Vorbild, bei
16 dem mindestens 50 Prozent des Wohnraums gemeinwohlorientiert ausgerichtet werden. Dafür
17 wollen wir ein breites Bündnis schließen – von den landeseigenen Wohnungsunternehmen über
18 gemeinwohlorientierte Genossenschaften, Stiftungen und Hausprojekte bis zu
19 Privatvermietenden, die sich wie die öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften auf das
20 Gemeinwohl und somit dauerhaft auf leistbare Mieten für alle Schichten verpflichten.
21 Geschäftsmodelle, die auf schnelle, überhöhte Renditen setzen oder mit Wohnraum spekulieren,
22 lehnen wir ab. Die Bau-, Mieten- und Wohnungspolitik haben wir seit 2016 vom Kopf auf die
23 Füße gestellt – sowohl in der Landesregierung als auch in den Bezirken, in denen wir
24 Verantwortung tragen. Wir haben den sozialen Wohnungsbau vorangetrieben, das Vorkaufsrecht
25 genutzt, eine Genossenschaftsförderung erkämpft und den Mietendeckel eingeführt. Diesen Weg
26 wollen wir weitergehen: Wir bauen Berlin weiter gemeinwohlorientiert und nachhaltig um. Wir
27 erwerben die Stadt Stück für Stück zurück, um die Gemeinwohlorientierung zum zentralen
28 Merkmal des Berliner Mietenmarktes zu machen. Dabei ist klar: Solange der Wohnungsmarkt
29 angespannt bleibt, kann der Mietendeckel 2025 nicht ersatzlos auslaufen, sondern muss auf
30 Grundlage eines Miet- und Wohnungskatasters weiterentwickelt werden..

31 Ein Berlin, in dem Armut und Ausgrenzung der Vergangenheit angehören

32 Seit 2016 haben wir auch bei der Bekämpfung von Armut wichtige Schritte geschafft. Das
33 kostenlose ÖPNV-Ticket für Schüler*innen, die beitragsfreie Kita, ein gesundes kostenloses
34 Essen mit hohem Bioanteil in den Grundschulen, all das sorgt dafür, dass Kinder aus
35 Familien, die weniger Geld haben, gleichberechtigter am Leben teilhaben können. Wir haben
36 den Landesmindestlohn auf 12,50 Euro angehoben und Mindesthonorare für Künstler*innen und
37 Freischaffende eingezogen. Auch auf Bundesebene wollen wir uns für eine deutliche Anhebung
38 des Mindestlohnes einsetzen. Wir haben Tariftreue bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen
39 garantiert und die Gehälter gerade der Beamt*innen angehoben, die kleinere Einkommen haben.

40 Sei das bei der Polizei, bei der Feuerwehr oder in der Verwaltung. Wir haben dafür gesorgt,
41 dass für Menschen, die Sozialleistungen beziehen, die Kosten der Unterkunft verlässlich
42 übernommen werden und Obdachlosigkeit so vermieden wird. Und wir haben damit begonnen, das
43 Dickicht an Sozialleistungen zu ordnen, damit Menschen Leistungen, die ihnen zustehen, auch
44 tatsächlich erhalten – gerade in den Bezirken sind wir an dieser Stelle Vorreiter. Der Weg
45 zu einem Berlin, in dem Armut und Ausgrenzung der Vergangenheit angehören, ist aber noch
46 weit. Wir setzen uns seit Jahren dafür ein, Familien- und Sozialleistungen auf Bundesebene
47 endlich neu zu sortieren, um das bestehende Chaos zu beenden. Solange das nicht passiert
48 ist, werden wir weiter in Berlin und in den Bezirken für Überblick sorgen. Dazu wollen wir
49 mit einem berlinweiten Sozialmanagement die besten Wege der Umsetzung aus allen Bezirken in
50 alle anderen Bezirke bringen und mit starken Netzwerken vor Ort im sozialen Umfeld
51 Unterstützung leisten. Wir gehen den Kampf gegen Armut ganzheitlich an. Denn gute
52 frühkindliche Bildung, gute Kitas und Schulen, bezahlbarer Wohnraum, gute Arbeit, ein
53 durchlässiges Bildungssystem, der Kampf gegen Ausgrenzung und Diskriminierung, all das ist
54 entscheidend, um Armut wirklich zu bekämpfen. Initiativen in all diesen Bereichen werden wir
55 aktiv unterstützen.

56 **Gute Gesundheitsversorgung und Pflege ist Daseinsvorsorge**

57 Für Gesundheit ist nicht alleine die Gesundheitspolitik verantwortlich, sondern jeder
58 einzelne Politikbereich hat Einfluss auf die Gesundheit, das Wohlbefinden und die
59 Lebensqualität der Berliner*innen, sei es bei Fragen der Mobilität bzw. der Verkehrswende,
60 bei der Ernährungswende, in der Wirtschafts- und Arbeitspolitik, im Bildungsbereich, in der
61 Gesundheitsforschung, in der Sozialpolitik, beim Klimaschutz oder in der Stadtentwicklung.
62 Dabei ist die gesundheitliche Chancengleichheit, unabhängig vom Geldbeutel, unser Ziel.
63 Gesundheit bedeutet für uns körperliches, psychisches und soziales Wohlbefinden mit Teilhabe
64 und Selbstbestimmung.

65
66 Die Corona-Pandemie hat schonungslos die Lücken des Gesundheitssystems aufgezeigt: Statt in
67 gute Vorsorge zu investieren, wurde der Öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD) über Jahrzehnte
68 kaputtgespart und Pandemiepläne sind in Schubladen verstaubt. Für uns gehören gute
69 Gesundheitsstrukturen zur Daseinsvorsorge und dürfen nicht der Profitmaximierung dienen.
70 Deswegen haben wir den ÖGD in den letzten Jahren besser ausgestattet und wir wollen diesen
71 Weg in den nächsten Jahren weitergehen. Wir wollen den ÖGD attraktiver machen und für mehr
72 Berufsgruppen öffnen sowie ihn befähigen, integrierte, im Kiez vernetzte Versorgungsangebote
73 zu entwickeln. Wir haben die Investitionspauschale für die Berliner Krankenhäuser erhöht,
74 zusätzliches Geld für Digitalisierung zur Verfügung gestellt und wollen bei der
75 Krankenhausplanung einen besonderen Fokus auf hohe Qualität und bedarfsgerechte Strukturen
76 legen. Die Vielfalt der Krankenhausversorgung in Berlin ist und bleibt ein bündnisgrünes
77 Anliegen. Wir wollen allen Berliner*innen bestmögliche Versorgung ermöglichen und setzen uns
78 nachhaltig auch für eine gerechtere Verteilung der Angebote in den Bezirken ein –
79 insbesondere auch bei den niedergelassenen Fachärzt*innen. Neben einer besseren Verteilung
80 wollen wir eine besser vernetzte und aufeinander abgestimmte Angebotsvielfalt erreichen;
81 dazu müssen wir das Gemeinsame Landesgremium (§ 90 a SGB V) stärken und erweitern.

82 Für uns ist klar: Gesundheit wird nicht primär von der Gesundheitspolitik gemacht, sondern
83 jeder einzelne Politikbereich hat Einfluss auf die Gesundheit, das Wohlbefinden und die
84 Lebensqualität der Berliner*innen, sei es bei der Ernährungswende, der Verkehrswende, im
85 Bildungsbereich, in der Gesundheitsforschung, in der Sozialpolitik oder in der
86 Stadtentwicklung. Dabei ist die gesundheitliche Chancengleichheit unser Ziel. Wir wollen
87 erreichen, dass alle Berliner*innen, unabhängig vom Geldbeutel, die gleichen
88 gesundheitsfördernden Lebensbedingungen haben. Gesundheit bedeutet für uns körperliches,
89 psychisches und soziales Wohlbefinden mit Teilhabe und Selbstbestimmung.

90 Zu guter Gesundheitsversorgung gehört gute Pflege im Krankenhaus, in der ambulanten Pflege,
91 in stationären Einrichtungen sowie zuhause. Es darf nicht sein, dass Pflegekräfte unter
92 schlechten Bedingungen für viel zu viele Patient*innen Verantwortung übernehmen müssen.
93 Darum haben wir gemeinsam mit dem Berliner Bündnis für Pflege in den vergangenen Jahren
94 intensiv an Verbesserungen gearbeitet. Wir unterstützen die Ziele des Volksentscheids
95 „Gesunde Krankenhäuser“ und möchten in den kommenden Jahren mit verbindlichen
96 Personalschlüsseln die Arbeitsbedingungen substantiell verbessern. Diese Personalschlüssel
97 sollen an dem ermitteltem Behandlungsbedarf orientiert sein und in allen Settings und
98 Fachbereichen gelten. Wir wollen eine Vielzahl von Pflege- und Wohnformen im Alter fördern,
99 um Menschen, solange es geht, ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Dafür möchten wir
100 parallel zu ambulanten Fachärzt*innenpraxen auch ambulante pflegerische Angebote mehr
101 unterstützen. Um pflegende Angehörige besser zu unterstützen, setzen wir uns auf Bundesebene
102 für die Einführung eines Familienpflegegeldes, ähnlich des Elterngeldes, ein.

103 Im Bund wollen wir uns außerdem für eine umfassende Reform der Pflegeversicherung sowie für
104 die grüne Bürger*innenversicherung einsetzen, um mehr Gerechtigkeit und Solidarität in der
105 Versorgung herzustellen.

106 Wir haben in Berlin bereits erfolgreich die Beihilferegelungen für Beamt*innen verändert, so
107 dass ihr Weg in die gesetzliche Krankenversicherung erleichtert wird. Das wollen wir
108 bundesweit umsetzen.

109 **Barrieren abbauen, Teilhabe ermöglichen**

110 Berlin wird zur barrierefreien Stadt. Damit ermöglichen wir es behinderten und älteren
111 Menschen sowie Familien mit kleinen Kindern, die Stadt in ihrer ganzen Vielfalt zu nutzen
112 und mit zu gestalten. Da ältere Menschen noch lange fit sind und aktiver Teil der
113 Gesellschaft bleiben wollen, wird die Zahl der Menschen, die auf eine Stadt ohne Hindernisse
114 angewiesen sind, immer größer. Das gilt in U- und S-Bahnhöfen genauso wie in
115 Verwaltungsgebäuden. Deswegen machen wir uns stark für die Absenkung von Bordsteinkanten,
116 längere Ampelschaltungen, eine barrierefreie Darstellung von Websites oder die Übersetzung
117 von Veranstaltungen in Gebärdensprache. Wir wollen, dass alle Kinder, ob mit oder ohne
118 Behinderung, gleichberechtigt in der Schule teilhaben und alle Erwachsenen die Chance
119 bekommen, Teil des ersten Arbeitsmarktes zu werden.

120 Unser Ziel ist eine inklusive Gesellschaft. Dafür werden wir immer wieder Wege für Menschen
121 zur Teilhabe öffnen, gehen entschieden gegen Verdrängung vor, bekämpfen Armut, sorgen dafür,
122 dass alle Zugang zu bester Grundversorgung haben und bauen Hürden im Alltag ab. Deshalb wird
123 die Politik für eine inklusiven Stadtgesellschaft noch stärker als bisher unter Beteiligung
124 der Expert*innen in eigener Sache gestaltet. Dazu stärken wir die Rollen von Landesbeirat
125 und Landesbeauftragter für behinderte Menschen sowie der bei den Senatsverwaltungen
126 bestehenden Arbeitsgruppen. Darüber hinaus beziehen wir Organisationen behinderter Menschen
127 und Angehörigenvereine stärker in die Politik ein und unterstützen das Berliner
128 Behindertenparlament.

129 **3.1 Bauen, Mieten, Wohnen: klimagerecht und sozial**

130 Wir haben 2016 den Politikwechsel in Berlins Bau-, Mieten- und Wohnungspolitik eingeläutet,
131 um der astronomischen Steigerung von Miet- und Grundstückspreisen Einhalt zu gebieten. Unser
132 Ziel war und ist, den Berliner Wohnungsmarkt gemeinwohlorientiert umzubauen, indem wir den
133 Anteil von Wohnungen in der Hand nicht renditeorientierter Akteure weiterhin konsequent
134 erhöhen. Mit unserem „Masterplan 50 Prozent Gemeinwohl“ wollen wir mindestens 50 Prozent
135 aller Wohnungen in Berlin in gemeinwohlorientierter Hand bringen.

136 **Masterplan „50 Prozent Gemeinwohl“**

138
 139 Die Verpflichtung auf das Gemeinwohl gilt für alle Akteur*innen auf dem Wohnungsmarkt.
 140 Fördern wollen wir aber insbesondere diejenigen, die Wohnraum der Spekulation entziehen,
 141 bezahlbare Wohnungen für alle gesellschaftlichen Schichten bereitstellen und bei
 142 Mietgestaltung und Belegung soziale Kriterien anwenden. Dazu zählen die landeseigenen
 143 Wohnungsunternehmen, gemeinwohlorientierte Genossenschaften, Träger sozialer Einrichtungen,
 144 Stiftungen und Hausprojekte sowie Privatvermietenden, die sich wie die öffentlichen
 145 Wohnungsbaugesellschaften auf das Gemeinwohl und somit dauerhaft auf leistbare Mieten für
 146 alle Schichten verpflichten. Wir schließen dabei auch Bündnisse mit den Menschen, die ihr
 147 Wohnschicksal in die eigenen Hände nehmen, wenn sie sich sozialen und ökologischen Kriterien
 148 verpflichtet fühlen. Dafür brauchen wir auch weiterhin einen breiten Maßnahmenmix.

149
 150 Wir setzen uns auch auf Bundesebene für die Einführung der Neuen Wohnungsgemeinnützigkeit
 151 (NWG) ein, um dauerhaft bezahlbaren Wohnraum zu schaffen - und nicht nur für 20 oder 30
 152 Jahre wie bisher. Dazu ist es auch nötig, die Berliner Finanzierung von Sozialbindungen beim
 153 Wohnen deutlich aufzustocken.

154 In den vergangenen Jahren haben wir den Neubau bedarfsgerechter gefördert und stärker auf
 155 das Gemeinwohl ausgerichtet. Gleichzeitig versuchen wir mit dem Mietendeckel Ruhe in den
 156 überhitzten Markt des Mietwohnungsbestandes zu bringen und Mietpreise zu stabilisieren.
 157 Damit haben wir juristisches Neuland betreten und sind stolz darauf, dass wir alles tun, um
 158 Wucher zu stoppen, trotz teilweise heftigen Gegenwindes. In den kommenden Jahren streiten
 159 wir weiter für einen gemeinwohlorientierten und sozialen Wohnungsmarkt für Berlin. Dazu
 160 gehört für uns auch die Verbindung mit dem Klimaschutz: Berlins Gebäude stoßen 40 Prozent
 161 des CO₂ in der Stadt aus, also sind energetische Modernisierung und die Bauwende eine
 162 zentrale Zukunftsaufgabe, um Berlin auf den 1,5-Grad-Pfad zu bringen. Wir verbinden soziale
 163 Gerechtigkeit und Klimaschutz.

164 **Das neue Berlin bauen – gemeinwohlorientiert und nachhaltig, sozial und ökologisch**

165 Unser Ziel sind Kieze, in denen neben Wohnen auch Gewerbe, Kultur und Erholung Platz haben.
 166 Zudem arbeiten wir für eine bunte Mischung von Eigentümer*innen – von Genossenschaften über
 167 landeseigene Wohnungsunternehmen bis zu Baugruppen und auch kleinen privaten
 168 Eigentümer*innen. Klar ist: Berlin braucht mehr niedrigpreisige Wohnungen. Bei fortdauernd
 169 hohem Bevölkerungszuwachs streben wir den Bau von jährlich 20.000 überwiegend
 170 sozialverträglichen Wohnungen an. Wir wollen vielfältige und lebendige Quartiere, gut
 171 erschlossen für nachhaltige Mobilität, mit guten Schulen und Kitas, Handel und Gewerbe,
 172 Spiel, Erholung und viel Grün. Das Bauen muss endlich klimaneutral werden. Neubauten im
 173 Hochpreissegment sollen vermieden werden, weil das weite Teile der Bevölkerung ausschließt.
 174 Wir setzen dabei auf intelligente Nachverdichtung und Geschosswohnungen statt auf
 175 Eigenheimsiedlungen. Zur Förderung des gemeinwohlorientierten Neubaus wollen wir einen
 176 dauerhaften Fonds auflegen, der Gelder bereitstellt und in den Rückzahlungen aus Darlehen
 177 direkt zurückfließen. Damit wird eine dauerhafte Finanzierung von Förderung des sozialen
 178 Wohnungsbaus ermöglicht. Wir wollen die Förderung pro Wohnung erhöhen und so ausgestalten,
 179 dass eine besonders hohe Förderung in dauerhaft sozialgebundene und möglichst CO₂-neutral
 180 errichtete Wohnungen fließt. Gemeinschaftliche und sozial integrative Wohnformen wollen wir
 181 ebenso fördern.

182 Wir wollen den großen Mangel an Sozialwohnungen zügig abbauen und dafür alle notwendigen
 183 Maßnahmen ergreifen. Ein wichtiger Schlüssel dafür sind die landeseigenen Flächen und
 184 landeseigene Wohnungsunternehmen. Dazu wollen wir über die bisherigen Quoten für den Anteil
 185 geförderter Wohnungen dort, wo es an preiswertem Wohnraum mangelt, deutlich hinausgehen.
 186 Zusätzlich erhöhen wir das zweite Fördersegment – für eine soziale Mischung in den
 187 Quartieren.

188 Die Genossenschaftsförderung - für Neubauten wie Bestandsankauf - wollen wir deutlich

189 erhöhen. Wir sorgen für faire Förderkonditionen und öffnen die Förderung auch für Projekte
190 wie das Mietshäuser-Syndikat. Linke Freiräume und queerfeministische Hausprojekte sind
191 wichtige Schutzräume und emanzipatorische Orte, die wir erhalten wollen. Doch immer mehr
192 sind sie von Verdrängung bedroht. Wir stellen uns diesem Trend entgegen und werden Lösungen
193 suchen, damit sie bleiben können. Ist eine Räumung nicht zu verhindern, ist es die Aufgabe
194 des Landes Berlin geeignete alternative Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen. Außerdem
195 wollen wir die Förderung so ausbauen oder Bürgschaften anbieten, damit auch Haushalte in
196 Transferbezug Genossenschaftsanteile zeichnen können.

197 Auch für den Klimaschutz ist es höchste Zeit, die Bauwende einzuläuten. Deshalb muss das,
198 was wir heute bauen klimafreundlich sein. Wir setzen uns deshalb für KfW 40 beim Neubau und
199 KfW 55-Standard im Bestand ein, damit Gebäude Energie möglichst effizient nutzen. Wir wollen
200 klimafreundliche Neubauten und Modernisierung mit ökologischen Dämm- und Baustoffen, wie
201 Hanf, Stroh, Holz, Lehm, Ziegel oder Baumaterial-Recycling. Schon heute entsteht das größte
202 Holzhochohaus Europas in Berlin. Diesen Weg müssen wir konsequent weiter gehen und wegkommen
203 von Beton und Stahl. Denn diese Baustoffe sind klimaschädlich und verbrauchen viel zu viele
204 Ressourcen. Sie sollen nur noch dort zum Einsatz kommen, wo wir wirklich darauf angewiesen
205 sind. Die Forschung an Recyclingbeton wollen wir ausbauen. Bei energetischen
206 Modernisierungen setzen wir uns auf Bundesebene dafür ein, die Modernisierungsumlage in
207 ihrer jetzigen Form abzuschaffen und durch ein neues faires System zu ersetzen. Die Kosten
208 müssen im Vorfeld transparent sein und wenn der Umbau bezahlt ist, muss auch die Umlage
209 enden. Die Kosten für die energetische Modernisierung wollen wir zwischen Vermieter*innen,
210 Mieter*innen und dem Staat in einem Drittelmodell fair verteilen. Dabei dürfen nur noch
211 energetisch sinnvolle und der Barrierefreiheit dienende Maßnahmen umgelegt werden und muss
212 insgesamt zu höchst möglichen Effizienz führen. Durch eine energetische Sanierung schützen
213 Vermieter*innen die Bausubstanz ihrer Immobilien und profitieren vom Werterhalt. Unser Ziel
214 ist es, dass die höhere Kaltmiete durch Energiekosteneinsparung aufgewogen wird, so dass die
215 Warmmiete nicht steigt. Einkommensschwache Mieter*innen werden zudem besonders
216 berücksichtigt. Die öffentliche Hand leistet mit der Übernahme eines weiteren Drittels einen
217 wichtigen Beitrag, um Berlin auf den 1,5-Grad-Pfad zu bringen und baut so die finanzielle
218 Unterstützung zur energetischen Sanierung erheblich aus. Gerade im Bausektor wollen wir die
219 Kreislaufwirtschaft umsetzen und modulares Bauen sowie flexible Grundrisse fördern.

220 Wir wollen Eigentümer*innen bei der Erstellung von Konzepten und Fahrplänen für eine
221 mieter*innen- und klimafreundliche, energetische Modernisierung ihrer Häuser neben der
222 Förderung auch eine intensive Unterstützung und Begleitung durch die Bauinformationszentren
223 des Landes Berlin anbieten. Um die energetische Modernisierung auch unabhängig von
224 begrenzten Handlungs- und Finanzierungsspielräumen einzelner Eigentümer*innen
225 voranzubringen, setzen wir sowohl auf Einspar-Contracting als auch auf energetische Block-
226 und Quartierskonzepte. Klimaschutz gibt es nicht umsonst, daher wird der Staat - und damit
227 auch Berlin - hierfür, auch im Sinne des oben beschriebenen Drittelmodells und einer
228 sozialen Abfederung, deutlich mehr Mittel zur Verfügung stellen müssen. (Zu Fragen der
229 Stadtentwicklung und des ökologischen Bauens vgl. das Kapitel 2.3.)

230 Um möglichst viele Baugrundstücke für gemeinwohlorientiertes Wohnen zu gewinnen, wollen wir
231 aktiv ankaufen und Mittel wie Vorkaufsrechtssatzungen, Baugebote und Entwicklungsmaßnahmen
232 nutzen. Um unsere gemeinwohlorientierten Ziele zu erreichen, wollen wir auch das Berliner
233 Modell der kooperativen Baulandentwicklung so weiterentwickeln, dass auf privaten Flächen
234 mindestens 50 Prozent der Wohnungen für Haushalte mit niedrigem und mittlerem Einkommen
235 gebaut werden und dauerhaft sozialgebunden sind. Wir wollen auch alle weiteren Möglichkeiten
236 nutzen, um Baurecht an die dauerhafte Gemeinwohlbindung eines möglichst hohen Anteils des
237 Neubaus zu knüpfen. Auf Bundesebene setzen wir uns für die Einführung der Neuen

238 Wohngemeinnützigkeit (NWG) ein. So können wir auch in Berlin dauerhaft gebundene bezahlbare
239 Wohnungen schaffen.

240 **Den Wohnungsmarkt besser regulieren – bezahlbare Mieten sichern**

241 Mit dem Mietendeckel, dem Milieuschutz, der Verschärfung des Zweckentfremdungsverbot und
242 der Reform des Wohnungsaufsichtsgesetzes sind wir in Berlin wichtige Schritte gegangen, um
243 Wohnen bezahlbar zu halten. Entscheidend ist nun, die Bezirke noch besser in die Lage zu
244 versetzen, die Gesetze auch effektiv umzusetzen. Dafür wollen wir die Wohnungsaufsicht
245 schlagkräftig machen und endlich mit der Bauaufsicht verbinden. Abrisse von Wohnraum sollten
246 konsequent untersagt, spekulativer Leerstand soll durch das Instrument der Treuhänder*in und
247 durch Beschlagnahmung abgestellt und wieder Wohnzwecken zugeführt werden. Darüber hinaus
248 prüfen wir die Schaffung eines Landesamtes für Wohnungswesen, um die Verwaltung bei der
249 Erfüllung ihrer Aufgaben wirksam zu unterstützen. Um mehr Transparenz auf dem
250 Immobilienmarkt zu schaffen und um die Vollzugsdefizite beim Wohnraumschutz zu beseitigen,
251 bauen wir ein Berliner Miet- und Wohnungskataster auf. Damit werden alle Miethöhen, die
252 Ausstattung und energetische Qualität der Wohnungen sowie die Eigentumsverhältnisse digital
253 erfasst und transparent gemacht. Durch dieses Instrument können auch nach dem Auslaufen des
254 jetzigen Mietendeckels dieser weiterentwickelt, Fehlentwicklungen auf dem Wohnungsmarkt
255 schneller festgestellt und der Schutz der Mieter*innen besser gesichert werden.

256
257 Wir fühlen uns dem Grundsatz verpflichtet, dass Mieter*innen grundsätzlich nicht mehr als 30
258 Prozent ihres Nettoeinkommens für ihre Miete ausgeben sollten. Dafür bedarf es aber endlich
259 mutiger Reformen auf Bundesebene. Sollten diese nicht kommen, werden wir auch im Anschluss
260 an den aktuellen Mietendeckel alle Maßnahmen ergreifen, um den Mietenanstieg in der Stadt
261 auch zukünftig zu begrenzen. Wir werden alle Möglichkeiten der Landeskompetenz für das
262 Wohnungswesen nutzen, um eine soziale Wohnraumversorgung zu gewährleisten. Ziel ist, in
263 Berlin dauerhaft bezahlbare Mieten zu sichern und ebenfalls sicherzustellen, dass
264 Gewerbemieten und Immobilienkaufpreise nicht durch die Decke gehen. Auf Landesebene werden
265 wir in der nächsten Wahlperiode versuchen, einen Gewerbemietendeckel zu entwickeln.

266 Die landeseigenen Wohnungsunternehmen sind zentral für die soziale Wohnraumversorgung in
267 Berlin und stehen besonders in der Pflicht, ausreichend Sozialwohnungen und bezahlbaren
268 Wohnraum für breite Schichten zur Verfügung zu stellen. Darum entwickeln wir das
269 Wohnraumversorgungsgesetz und die Kooperationsvereinbarung mit den landeseigenen
270 Wohnungsunternehmen weiter zu einem Wohnungsgemeinwohlgesetz. Die AöR "Wohnraumversorgung
271 Berlin", die aus dem Berliner Mietenvolksentscheid hervorgegangen ist, wollen wir in die
272 Lage versetzen, die Vermietungspraxis stärker zu kontrollieren und eine Ombudsstelle als
273 unabhängige Mieter*innen-Beschwerdestelle einrichten. Auch die Mieter*innenräte sowie
274 Mieter*innenbeiräte und selbstverwalteten Hausprojekte sollen in ihren Rechten gestärkt
275 werden. Wir sind der Überzeugung, dass landeseigene Wohnungsunternehmen als Anstalt
276 öffentlichen Rechts organisiert sein sollen. Beim landeseigenen Berlinovo-Konzern fordern
277 wir eine tiefgreifende Strukturreform, damit deren Wohnungen wie die der landeseigenen
278 Wohnungsunternehmen bewirtschaftet und vermietet werden.

279
280 Um die Mieter*innen in der Wahrnehmung ihrer Rechte zu unterstützen, haben wir in jedem
281 Bezirk kostenfreie Mieter*innenberatungsstellen eingerichtet bzw. ausgebaut. Das wollen wir
282 fortsetzen.

283
284 Um mieten- und stadtpolitische Initiativen zu unterstützen und um der Mieter*innenbewegung
285 größeres Gehör in der Landespolitik zu verschaffen, haben wir die Gründung des
286 "Initiativenforum Stadtpolitik" mit vorangetrieben, das wir ausbauen wollen. Um

287 Diskriminierungen auf dem Wohnungsmarkt zu verhindern, wollen wir die Landeseigenen
288 Wohnungsunternehmen in die Pflicht nehmen und Mitarbeiter*innen schulen.

289 Bei den ca. 90.000 Wohnungen des „alten“ Sozialen Wohnungsbaus senken wir die künstlich
290 überhöhten Kostenmieten, indem wir diese um fiktive Kosten, Entschuldungsgewinne“ sowie
291 sonstige dubiose Extra-Renditen bereinigen. Hierfür unverzichtbar ist auch eine wirksame
292 Kontrolle bei der Mietberechnung.

293 Eigentum verpflichtet.

294 Wir wollen mit einer Machbarkeitsstudie prüfen, ob neue finanzielle Instrumente – wie
295 beispielsweise die Weiterentwicklung der Grundsteuer in Richtung einer Bodenwertsteuer mit
296 Bezugnahme auf Bodennutzung und Flächenversiegelung – die Erreichung unserer
297 bodenpolitischen Ziele unterstützen können. Dabei setzen wir uns auf Bundesebene weiterhin
298 für ein Verbot der Überwälzung von Grundsteuern auf Mieter*innen ein.

299 Die Grunderwerbsteuer wollen wir progressiv ausgestalten: Wenn Wohnungskonzerne große
300 Immobilienbestände aufkaufen, soll eine höhere Grunderwerbsteuer fällig werden, als wenn
301 Privatpersonen ein Wohneigentum erwerben. Wir wollen das Steuerschlupfloch Share-Deals, mit
302 dem die Grunderwerbsteuer umgangen wird, schließen.

303 Das Recht auf Umwandlung von bestehenden Mietshäusern in einzelne Eigentumswohnungen ist ein
304 wesentlicher Treiber der Immobilienspekulation. Hinzu kommen Eigenbedarfskündigungen, gegen
305 die sich betroffene Mieter*innen kaum wehren können. Wir wollen, dass der Bund den Ländern
306 durch die Änderung des Baugesetzbuches ermöglicht, die Umwandlung von Miet- in
307 Eigentumswohnungen stadtweit und konsequent zu unterbinden und die Bildung von Wohneigentum
308 im Geschosswohnungsbau auf Neubauinvestitionen zu begrenzen. Zudem werden wir weitere
309 landespolitische Maßnahmen zum Schutz vor Eigenbedarfskündigungen prüfen.

310 **Die Stadt zurückerwerben**

311 Wir haben in den Bezirken schlummernde Instrumente der Gesetzgebung wiederbelebt: Durch das
312 Vorkaufsrecht verpflichten wir in den Milieuschutzgebieten potenzielle Käufer*innen mit
313 Abwendungsvereinbarungen dazu, soziale Bindungen für mindestens 20 Jahre einzugehen oder
314 veranlassen den Aufkauf der fraglichen Wohngebäude durch landeseigene Wohnungsunternehmen
315 oder Genossenschaften. Seit 2016 haben wir die Zahl der Milieuschutzgebiete mehr als
316 verdoppelt. Diesen Weg wollen wir weiter gehen. Auch den gezielten Ankauf bzw. die
317 Rekommunalisierung von Sozialwohnungen treiben wir weiter voran. Mit Genossenschaften,
318 Stiftungen oder Projekten wie dem Mietshäuser-Syndikat werden wir eine
319 Kooperationsvereinbarung schließen. Hierzu prüfen wir eine Ankaufagentur, die gezielte An-
320 und Vorkäufe strategisch koordiniert und alle relevanten Akteure vernetzt.

321
322 Um die Gewerbevielfalt und den kleinteiligen Einzelhandel in den Kiezen zu erhalten und zu
323 fördern, eröffnen wir landeseigene Gewerbehöfe und planen weitere. Wir drängen außerdem auf
324 Bundesebene darauf, einen rechtlich bindenden Gewerbemietpiegel und einen wirksamen
325 Kündigungsschutz einzuführen. Den Milieuschutz wollen wir auch für Gewerbemiet*innen
326 einführen, um lokales und kleinteiliges Gewerbe zu erhalten. Die landeseigenen
327 Wohnungsunternehmen sollen Gewerberäume kostengünstig anbieten, um vor Ort den
328 Gewerbetreibenden Räume anzubieten, die darauf besonders angewiesen sind.

329 Der Volksentscheid „Deutsche Wohnen und Co. Enteignen“ ist ein Weckruf an die Politik, dass
330 dem im Grundgesetz festgeschriebenen Leitsatz „Eigentum verpflichtet“ auch im Bereich Wohnen
331 und Boden Geltung verschafft werden muss. Wir unterstützen die Ziele des Volksbegehrens.
332 Zentral dabei ist, die Mieter*innen zu schützen, Spekulationen Einhalt zu gebieten und den
333 gemeinwohlorientierten Wohnungsbestand zu erhöhen.

334 Wir wollen, dass der Staat wieder auf Augenhöhe mit Wohnungsunternehmen verhandeln und
335 agieren kann. Wir würden uns wünschen, dass die Umstände uns nicht zwingen, die
336 Vergesellschaftung als letztes Mittel anzuwenden, um den verfassungsmäßigen Auftrag erfüllen
337 zu können. Wenn Wohnungsunternehmen sich jedoch weigern, ihrer sozialen Verantwortung
338 nachzukommen, wird die öffentliche Hand, auch durch ein Volksbegehren gestützt, die
339 angespannte Situation auf dem Wohnungsmarkt mit diesem Schritt entschärfen. Wenn es um die
340 Durchsetzung der Sozialpflichtigkeit des Eigentums geht, müssen qualitative Kriterien zur
341 Bewertung kommen, die Diskussion um rein quantitative Obergrenzen sehen wir kritisch. Da der
342 Artikel 15 im Grundgesetz noch nie praktisch angewandt wurde, ist es umso wichtiger eine
343 verfassungskonforme Ausgestaltung des Gesetzes zeitnah zu erarbeiten.

344 **Aktive, transparente und faire Bodenpolitik**

345 Doch es geht uns nicht nur um die Häuser: Wir wollen auch einen transparenten Umgang mit
346 öffentlichen Liegenschaften und eine aktive Bodenpolitik. Dazu werden wir ein transparentes
347 Flächenmanagement mit Hilfe eines öffentlichen Liegenschaftskatasters einführen. Seinen
348 Boden soll Berlin behalten, Bodenvermögen konsequent vermehren und eine
349 Erbbaurechtsstrategie implementieren, die zügige Konzeptverfahren zu sozialverträglichen
350 Konditionen ermöglicht. Landeseigene Grundstücke werden nicht mehr privatisiert. Das wollen
351 wir in einem Bodensicherungsgesetz festschreiben. Wir wollen eine Koordinierungsstelle im
352 Sinne einer "Taskforce" einrichten, die für bedrohte soziokulturelle Projekte und Nutzungen
353 Lösungen finden soll. Außerdem wollen wir den zivilgesellschaftlich organisierten Runden
354 Tisch Liegenschaftspolitik in seinen Kompetenzen weiter stärken.

355 Die strategische Ankaufspolitik, die mit der grünen Regierungsbeteiligung begonnen hat,
356 wollen wir fortsetzen. Diese Politik soll mithilfe der neu gegründeten Landesgesellschaft
357 „Berliner Bodenfonds“ ausgeweitet werden. Zur Baulandmobilisierung in den im
358 Stadtentwicklungsplan Wohnen (StEP Wohnen) vorgesehenen Quartierschwerpunkten soll Berlin
359 möglichst viele Grundstücke erwerben. Dafür sollen auch Vorkaufsrechte und das Instrument
360 der Entwicklungsmaßnahme aktiv eingesetzt werden.

361 Darüber hinaus wollen wir die Gründung einer genossenschaftlichen Ankaufagentur unterstützen
362 und die bürger*innenschaftliche und gemeinnützige Stadtbodenstiftung nach dem Vorbild von
363 Community Land Trusts stärken. Ein zentrales Problem beim Ankauf von Grundstücken und bei
364 der Ausübung des Vorkaufsrechts

365
366 sind die explodierten Bodenpreise, aus denen sich der Verkehrswert einer Immobilie
367 berechnet. Hier werden wir im Bundesrat für eine Neuregelung im Bundesbaugesetzbuch kämpfen.
368 Wir wollen, dass der nachhaltige Ertrag herangezogen wird, um den Wert einer Immobilie zu
369 bestimmen, und nicht die höchstmögliche Verwertung.

370
371 Wir wollen alles tun, um Zwangsräumungen zu verhindern und ihre Zahl in Berlin drastisch zu
372 senken. Die landeseigenen Wohnungsunternehmen gehen hier meist mit gutem Beispiel voran und
373 sind verpflichtet adäquaten Ersatzwohnraum anzubieten. Dieses Ziel verfolgen wir auch für
374 den freien Wohnungsmarkt und setzen uns auf der Bundesebene für eine entsprechende Regelung
375 ein. Zudem wollen wir Haushalte besser vor Strom- und Gassperren schützen, wenn sie
376 finanziell überfordert sind.

377 **3.2 Armut bekämpfen, Sicherheit geben und Perspektiven** 378 **schaffen**

379 Trotz guter wirtschaftlicher Entwicklung ist Berlin noch immer eine Stadt, in der viele
380 Menschen von Armut betroffen oder bedroht sind. Armut kann jede*n treffen. Besonders
381 gefährdet sind Frauen, ältere Menschen, Alleinerziehende, Menschen, die Arbeit suchen, oder
382 Menschen mit geringen oder plötzlich gar keinen Einkommen. Wir wollen ihnen soziale

383 Sicherheit garantieren und ihnen eine Perspektive geben. Um das zu erreichen, bedarf es
384 eines grundsätzlichen Umdenkens. Auf Bundesebene streiten wir für Garantiesicherungen in
385 allen Lebenslagen – für eine Kindergrundsicherung, eine Garantierente, die Überwindung des
386 Hartz-IV-Systems samt Abschaffung aller Sanktionen und einen deutlichen höheren ALG-II-
387 Regelsatz.

388 Bei der Umsetzung gesetzlicher Vorgaben haben wir in Berlin bereits wichtige Weichen neu
389 gestellt. Die Ausführungsvorschriften zur Übernahme von Kosten der Unterkunft haben wir so
390 verändert, dass Menschen ihre Wohnung nicht mehr verlieren, weil sie teuer wird.
391 Zehntausende Mieter*innen können so wieder ohne Angst vor Obdachlosigkeit leben. Und um
392 Menschen in Arbeit vor Armut zu schützen, haben wir den Landesmindestlohn auf 12,50 Euro
393 angehoben und Mindesthonorare für Künstler*innen und Freischaffende eingezogen. In all
394 diesen Feldern werden wir unseren Weg konsequent weitergehen.

395 **Familien- und Kinderarmut bekämpfen**

396 Wer Kinderarmut bekämpfen will, muss Familienarmut überwinden. Dabei geht es uns nicht nur
397 um die etwa 180.000 Kinder in Berlin, deren Eltern auf Transferleistungen angewiesen sind.
398 Wir kümmern uns um alle Kinder, die sozial, kulturell, finanziell oder durch strukturelle
399 Diskriminierung benachteiligt sind.

400 Seit wir 2016 Verantwortung übernommen haben, ist viel passiert. Von kostenfreier Kita- und
401 Hortbetreuung, dem kostenfreien Schulesen in der Grundschule oder dem kostenfreien ÖPNV-
402 Ticket für Schüler*innen profitieren insbesondere von Armut betroffene und bedrohte
403 Familien. Doch um diesen Familien nachhaltig zu helfen, müssen wir noch mehr tun. Deshalb
404 wollen wir die Familienpolitik auf Bundesebene vom Kopf auf die Füße stellen. Die ungerechte
405 Dreiklassenförderung von Freibeträgen, Kindergeld und Kinderregelsatz wollen wir mit einer
406 Kindergrundsicherung völlig neu und gerecht gestalten.

407 Doch auch in Berlin setzen wir vor Ort an: Um Familien und Kinder in allen Lebenslagen zu
408 erreichen, brauchen wir ein Netzwerk gegen Kinderarmut. Mit der Arbeit der „Landeskommission
409 zur Prävention von Kinder- und Familienarmut“, der Landesarmutskonferenz, des
410 Familienbeirates oder der LIGA sind Grundlagen erarbeitet worden. Jetzt geht es an die
411 Umsetzung. Wir wollen einen zentralen Informationsatlas mit allen Einrichtungen erstellen,
412 von den Tafeln über die Familienzentren bis zu Jugendfreizeiteinrichtungen. Das Netzwerk
413 soll so leistungsstark werden, dass der erste Schritt der Beratung auch der letzte ist, da
414 ein abgestimmtes Verfahren zur Unterstützung folgt. Prävention statt nachträgliches
415 Ausbügeln ist das Ziel. Starke Netzwerke brauchen starke Akteur*innen. Darum haben wir in
416 den vergangenen Jahren begonnen, gute Projekte auf Landesebene finanziell abzusichern. Die
417 Stadtteilmütter sind raus aus der unsicheren Projektförderung und sind mit festen Stellen in
418 den Bezirken gesichert. Gleiches gilt für die Babylots*innen, die Familien schon um die
419 Geburt eines Kindes betreuen. Es ist gelungen, die Arbeit der Lots*innen auf allen
420 Geburtsstationen in Berlin auszuweiten. Diesen Weg wollen wir fortsetzen.

421 Familien in schwierigen Situationen wie Alleinerziehende und einkommensschwächere Familien
422 brauchen besondere Unterstützung. Darum haben wir uns in den vergangenen
423 Haushaltsverhandlungen für ein „Flexibudget“ für die Bezirke eingesetzt. Dies wollen wir
424 nach der Wahl in allen Bezirken umsetzen. Die Sozialarbeiter*innen vor Ort sollen die
425 Möglichkeit bekommen, unkompliziert eine Familientherapie oder Jugendsozialarbeit zu
426 finanzieren, gerade dann, wenn Familien und Kinder zwischen den Paragraphen verloren zu
427 gehen drohen. Prävention stärken wir darüber hinaus, indem wir in den Familienbüros, die wir
428 etablieren wollen, nicht nur Leistungen der Ämter einfacher zugänglich machen, sondern die
429 Familienbüros auch mit Sozialarbeiter*innen ausstatten, die Eltern schnell und
430 unbürokratisch beraten können.

431 In einem Modellprojekt haben wir in den vergangenen Jahren im Bezirk Mitte eine besonders
432 intensive Betreuung von „Familien-Bedarfsgemeinschaften“, in denen kein Elternteil arbeitet,
433 getestet. Durch die Betreuung in einem eigenen Team ist es gelungen, mehr als 200 Personen
434 in Arbeit zu bringen. Ein Erfolg, den wir fortsetzen und auch in anderen Bezirken
435 wiederholen wollen.

436 **Das Dickicht der Sozialbürokratie lichten – Hilfe auf Augenhöhe organisieren**

437 Ein zentraler Hebel im Kampf gegen Armut ist, das Dickicht der Sozialleistungen so zu
438 ordnen, dass Menschen nicht länger im Unterholz der Sozialbürokratie verloren gehen.
439 Maßnahmen der Arbeitsmarktintegration, psychosoziale Betreuung, Schuldner- und Suchtberatung
440 oder Kinder- und Familienbetreuung sollen überall Hand in Hand gehen, innovative Ansätze aus
441 einzelnen Jobcentern sollen auf alle anderen übertragen werden. Auch Altersarmut braucht
442 Beachtung und zielgenaue Angebote. Die Rädchen müssen vor Ort ineinandergreifen. Damit
443 Menschen genau die Unterstützung bekommen, die sie benötigen. Dafür müssen die besten
444 Modelle aus allen Bezirken zusammengetragen und Vorbild für die ganze Stadt werden. In den
445 Berliner Jobcentern wird sehr kreativ an Lösungen für jeden Einzelfall gearbeitet. In
446 Lichtenberg werden Menschen zusätzlich psychologisch betreut. In Mitte war ein Projekt zur
447 Betreuung von „Familien-Bedarfsgemeinschaften“ erfolgreich. In Neukölln haben wir ein
448 Präventionsteam aufgebaut, um Obdachlosigkeit zu vermeiden und Wege aus der Krise zu zeigen.
449 Wir wollen diese Ansätze bündeln und mit allen Bezirksämtern und der Senatsverwaltung für
450 Soziales eine landesweite Koordinierung etablieren. Für uns ist klar, dass Betroffene in die
451 Entwicklung der Angebote einbezogen werden müssen.

452 **Orientierung am Sozialraum der Menschen**

453 Auch die Arbeit der Ämter und der sozialen Träger wollen wir um die Bedürfnisse von Menschen
454 in ihrem Lebensumfeld organisieren – nicht entlang bürokratischer und finanzieller Logiken.
455 Denn niedrigschwellige und umfassende Unterstützung und Mitbestimmung dort, wo man lebt,
456 baut Hürden für alle Berliner*innen ab. In diesem Sinne bedeutet Sozialraumorientierung das
457 konsequente Umsteuern auf Prävention.

458 Jugendhilfe funktioniert dort besonders gut, wo sozialraumorientiert und damit präventiv
459 gearbeitet wird. Andernorts explodieren die Fallkosten. Über das Familienfördergesetz wollen
460 wir Kiez-Teams aufbauen, die bei Meldungen Familien, Senior*innen und Einzelpersonen
461 aufsuchen und Unterstützung leisten. Dabei sollen „Frühe Hilfen“, die Stadtteilmütter,
462 Jugendeinrichtungen, Schulen, Sportvereine, die Jobcenter oder die Schuldnerberatung eng
463 miteinander kooperieren. Die sogenannten „67er-Hilfen“ in der Sozialhilfe, also Leistungen
464 zur Überwindung von sozialen Schwierigkeiten, wollen wir in den Bezirken einheitlich
465 anwenden.

466 Wir wollen in den bestehenden lebensweltlich orientierten Räumen für alle Bereiche
467 datenbasiert genau die Angebote schaffen, die benötigt werden, die Sozialeinrichtungen, die
468 Ämter und deren Angebote vernetzen und passgenau aufstellen.

469 Dazu wollen wir die Fachstruktur der Sozialraumorientierung in den Bezirken vereinheitlichen
470 und mit einer Lenkung auf Senatsebene flankieren. Die Qualitätssicherung soll systematisiert
471 und in ganz Berlin strukturiert werden, um Flexibilität und hohe Qualität zu verbinden.

472 **Armuts- und Sozialberichterstattung neu ordnen**

473 Grundlage einer ressortübergreifenden Strategie muss eine integrierte Armuts-, Sozial- und
474 Gesundheitsberichterstattung sein. In Berlin gibt es ein umfassendes Berichtswesen zu einer
475 Vielzahl relevanter Themen: die Gesundheits- und Sozialberichterstattung, die
476 Umweltgerechtigkeitskarte, den Umweltatlas, Lärmkarten, die Obdachlosenzählung und vieles
477 mehr. Wir wollen den Wildwuchs an Analysen und Berichten systematisieren und zusammenführen.
478 So können wir noch besser als bisher gegenseitige Abhängigkeiten identifizieren und in die
479 politische Steuerung einfließen lassen. Das gilt auch für die Erfassung der Lage von

480 Obdachlosen. Die bundesweit erste systematische Obdachlosenzählung im Februar 2020 war ein
481 wichtiger, wenn auch methodisch stark verbesserungswürdiger Schritt. Nun muss eine
482 Professionalisierung folgen, um Angebote noch gezielter ausbauen zu können. Dafür wollen wir
483 stark mit Betroffenen-Organisationen und Trägern zusammenarbeiten.

484 **Das Konzept „Housing First“ ausbauen**

485 Es ist in der Regel ein Bündel an Problemlagen, das in die Obdachlosigkeit führt. Um die
486 nötige Ruhe zu haben, das Bündel aufzuschnüren und zu lösen, braucht es einen geschützten
487 Raum, ein Dach über dem Kopf. Wir machen uns das Ziel des Europäischen Parlaments zu eigen,
488 die Obdachlosigkeit bis 2030 zu beenden. Deswegen vermitteln Projekte mit dem Ansatz
489 „Housing First“ Menschen als Allererstes in neue Wohnungen – mit dauerhaftem Mietvertrag –
490 und begleiten sie dann auf ihrem weiteren Weg. Dieses Konzept ist erfolgreich und deswegen
491 wollen wir die Rahmenbedingungen verbessern: Sozialen Trägern und kleinen
492 gemeinwohlorientierten Projekten, die für die spezifischen Gruppen selbst bauen wollen, soll
493 es möglich sein, Bürgschaften auch über die Stadt zu erhalten. Vorbild ist das sogenannte
494 Generalmietermodell der Degewo mit sozialen Trägern in Mitte, das wir landesweit durch alle
495 landeseigenen Wohnungsunternehmen etablieren wollen. Um das Konzept in größerem Umfang
496 umsetzen zu können, wollen wir Wohnungen anmieten, um sie, begleitet von sozialer und
497 psychologischer Betreuung, Obdachlosen zur Verfügung zu stellen. Wir setzen uns für
498 ausreichend Housing-First-Wohnungen bei landeseigenen Wohnungsunternehmen ein, werden diese
499 deutlich ausbauen und wollen mittelfristig auch private Eigentümer*innen in die Pflicht
500 nehmen, Housing-first-Plätze zur Verfügung zu stellen. Dabei stehen besonders verletzbare
501 Gruppen wie Frauen, LGBTIQ* Personen, Sexarbeiter*innen, Menschen mit erschwertem Zugang zu
502 eigenem Wohnraum, Alleinerziehende, Minderjährige oder Menschen mit Behinderung im
503 Mittelpunkt.

504 Besonders kompliziert ist die Unterstützung von Menschen, wenn sie keine Ansprüche auf
505 Sozialleistungen haben. Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, Leistungsausschlüsse für
506 Unionsbürger*innen abzuschaffen. In Berlin werden wir auch Angebote für Menschen vorhalten,
507 die keinen oder einen ungeklärten Sozialleistungsanspruch haben. Mit der geplanten
508 Gesamtstädtischen Steuerung der Unterbringung (GSTU) schaffen wir für die Unterbringung nach
509 Allgemeinem Sicherheits- und Ordnungsgesetz (ASOG) einheitliche Standards und stellen damit
510 die Qualität von Unterbringung und Beratung sicher.

511 Die letzte Haltelinie sind Notunterkünfte. Die Zahl der Plätze konnten wir in den
512 vergangenen Jahren deutlich ausbauen. Künftig wollen wir, dass mindestens 600 Plätze
513 ganzjährig zur Verfügung stehen. In der kalten Jahreszeit sollen im Rahmen der Kältehilfe
514 deutlich über 1.000 ganztägige Plätze vorgehalten werden, von denen ein Anteil für besonders
515 schutzbedürftige Menschen reserviert wird. Die Sicherheit in den Unterkünften muss
516 gewährleistet sein. Mit der Schaffung barrierefreier Notunterkünfte reagieren wir auf die
517 große Zahl obdachloser Menschen mit Mobilitätseinschränkungen. Alle Plätze sollen stets mit
518 Beratungsangeboten verbunden sein: Jede Übernachtung in einer Notunterkunft soll eine Chance
519 auf einen Weg aus der Obdachlosigkeit bieten und neue Möglichkeiten aufzeigen. Außerdem
520 sollen explizite Angebote geschaffen werden, die es Suchterkrankten ermöglichen, sicher zu
521 konsumieren. Wohnungslosen Menschen wollen wir auf Augenhöhe begegnen. Um gewaltsame
522 Räumungen von Obdachlosencamps zu vermeiden, wollen wir nach dem Konzept "Safe Places" auch
523 in Berlin Schutzräume ermöglichen. Wir wollen gewaltsame Räumungen verhindern. Wir setzen
524 uns dafür ein, dass das Fahren ohne Fahrschein keine Straftat mehr darstellt und Busgelder
525 somit nicht zu Ersatzstrafen führen können.
526 Obdachlose Menschen verbringen einen großen Teil ihrer Zeit im öffentlichen Raum. Wir
527 wollen, dass sie dort auch Schutz finden und beispielsweise durch Trinkwasserbrunnen mit
528 kostenlosem Wasser versorgt werden.

529 **Ein neues Landesamt für Unterbringung**

530 Menschen brauchen ein Dach über dem Kopf und eine Perspektive auf ein eigenständiges Leben –
531 egal ob Menschen geflüchtet sind, seit langem auf der Straße leben oder gerade die Wohnung
532 verloren haben. Bisher sind die Bezirke für die Unterbringung von obdachlosen Menschen
533 zuständig, das Land Berlin für die Unterbringung von Geflüchteten – konkret das Landesamt
534 für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF), das hier große Expertise aufgebaut hat. Diese
535 Kompetenzen wollen wir für alle Menschen in Berlin nutzen. Darum werden wir das LAF zu einem
536 neuen „Landesamt für Unterbringung“ weiterentwickeln. In diesem Zuge setzen wir uns für eine
537 schnelle, dezentrale Unterbringung geflüchteter Menschen ein und wirken auf Bundesebene
538 darauf hin, dass geflüchtete Menschen nicht mehr gezwungen werden in
539 Erstaufnahmeeinrichtungen zu wohnen. Zudem werden wir prüfen wie geflüchteten Menschen
540 unbürokratisch ein Wohnberechtigungsschein ausgestellt werden kann.

541 **3.3 Gesundheit ganzheitlich denken**

542 Gesundheitsversorgung ist öffentliche Daseinsvorsorge hiervon sind wir seit jeher überzeugt.
543 Während der Corona-Pandemie ist die Bedeutung dieses Grundsatzes mit besonderer Wucht zu
544 Tage getreten. Dabei heißt Vorsorge zu treffen oftmals auch in gute Strukturen zu
545 investieren, in der Hoffnung, dass sie nie gebraucht werden. Gesundheitsversorgung darf
546 dabei nicht der Profitmaximierung untergeordnet werden sondern muss sich am Wohl der
547 Menschen orientieren. Dabei geht es uns nicht nur um die Abwesenheit von Krankheit oder um
548 individuelles Gesundheitsverhalten. Es geht auch um gesunde Lebensbedingungen, um
549 körperliches, psychisches und soziales Wohlbefinden, Selbstbestimmung und Teilhabe.

550 Wir haben viel für eine gute Versorgung für die Berliner*innen getan. Gerade in der Corona-
551 Pandemie war dies eine Herausforderung. Die konsequente Umsetzung von Maßnahmen zum
552 Infektionsschutz – wie das Gebot zum Maskentragen und die zeitweise Einschränkung des
553 öffentlichen Lebens – war für die akute Bekämpfung der Pandemie erforderlich und hat
554 wichtige Erkenntnisse für eine womöglich nächste epidemische Lage geliefert. Zugleich kommt
555 es gerade in einer solchen Ausnahmesituation auch auf die Bereitstellung einer ausreichend
556 verfügbaren und qualitativ hochwertigen Gesundheitsinfrastruktur an. Wir haben daher
557 Kapazitäten aufgestockt, Personal in den Gesundheitsämtern aufgebaut und als Notfallreserve
558 ein Corona-Behandlungszentrum geschaffen. Die Arbeit für gute Gesundheitsversorgung haben
559 wir aber weit vor der Pandemie begonnen. Die Investitionen in die Krankenhäuser haben wir
560 auf den Bundesschnitt angehoben. Wir haben werden unseren Beitrag sukzessive weiter erhöhen.
561 Außerdem haben wir dafür gesorgt, dass Babylots*innen in allen Geburtsstationen der Berliner
562 Krankenhäuser Eltern beraten und begleiten. Wir haben dafür gesorgt, dass das Essen im
563 Krankenhaus besser und gesünder wird. Wir haben Stationsküchen finanziert und setzen auf
564 regionale, saisonale und nachhaltige Ernährung im Krankenhaus – am Bett und in der Kantine.
565 Die Qualität des Essens in den Krankenhäusern sollte mehr Beachtung finden und eine
566 individuelle Ernährungsberatung bei Bedarf als nachhaltiges Instrument ergänzend etabliert
567 werden. Hierfür werden wir gezielt mit der Kantine Zukunft zusammenarbeiten und als weiteres
568 Ziel wollen wir auch in der ambulanten und stationären Pflege die Essenversorgung
569 verbessern. Wir haben erreicht, dass alle Berliner*innen Zugang zur gesundheitlichen
570 Versorgung erhalten. Wir unterstützen Menschen ohne Krankenversicherung dabei, sich zu
571 versichern. Durch unseren Einsatz können sich endlich auch Menschen ohne gültigen
572 Aufenthaltstitel mit einem anonymen Krankenschein behandeln lassen. Damit ist Berlin das
573 einzige Bundesland, in dem der Zugang zur hausärztlichen Versorgung so umfassend möglich
574 ist. Wir wollen die Finanzierung der Clearing-Stelle durch das Land Berlin langfristig
575 sichern und den Fond, der die Behandlung von nicht versicherten Menschen ermöglicht,
576 ausbauen. Der neue und bislang einzigartige Checkpoint BLN am Hermannplatz bietet unter
577 einem Dach niedrigschwellig Beratung, Prävention (u. a. HIV-PrEP), Tests und Behandlung rund
578 um die sexuelle Gesundheit, insbesondere zu HIV/AIDS. Wir kämpfen für ein inklusives

579 Gesundheitssystem, das allen Menschen barriere- und diskriminierungsfrei zugänglich ist.
580 Insbesondere vulnerable Gruppen, darunter Menschen mit Behinderung oder trans* Menschen
581 müssen einen besseren Zugang zur umfassenden und bedarfsgerechten gesundheitlichen
582 Versorgung bekommen.

583 **Den öffentlichen Gesundheitsdienst und das Gesundheitssystem krisenfest machen**

584 Trotz dieser wichtigen Schritte bleibt vieles zu tun. Ein zentraler Baustein ist der
585 öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD), in den über Jahrzehnte zu wenig investiert wurde. In
586 der Corona-Pandemie wurde allen deutlich, dass sich Sparen an dieser Stelle rächt. Den Pakt
587 zur Stärkung des ÖGD werden wir nutzen und die Mittel dafür einsetzen Personal und
588 Ausstattung zu verbessern. So werden wir Schritte Richtung Mustergesundheitsamt gehen. Wir
589 werden die Berufsgruppe der Pflege bei Entscheidungen mehr einbeziehen und auch in
590 Krisenstäben mit an den Tisch holen. Wir brauchen einen starken ÖGD und wollen ihn darum mit
591 den nötigen Kompetenzen und Ressourcen ausstatten, um eine lokale, sozialraumorientierte
592 Vernetzung voranzutreiben. Wir wollen alle Berufsgruppen, die im ÖGD arbeiten, attraktiver
593 machen und setzen uns deshalb unter anderem dafür ein, dass Famulaturen im Medizinstudium
594 sowie das Praktische Jahr auch in den Gesundheitsämtern absolviert werden können. Der ÖGD
595 soll die Kompetenz erhalten, integrierte Versorgungsangebote zu entwickeln und sich stärker
596 forschungsorientiert auszurichten. Dabei fördern wir systematisch eine interdisziplinäre
597 Herangehensweise, bei der auch Berufsgruppen wie Gesundheitswissenschaftler*innen/Public-
598 Health-Absolvent*innen, Epidemiolog*innen oder Pflegewissenschaftler*innen in den ÖGD
599 einbezogen werden. Mit neuer Soft- und Hardware befähigen wir den ÖGD, die vielfältigen
600 Aufgaben zu erledigen. Um vor Ort erfolgreich aktiv sein zu können, wollen wir erreichen,
601 dass der ÖGD die Vielfalt unserer Gesellschaft widerspiegelt und im Rahmen seiner
602 Aufgabenwahrnehmung verstärkt diversitätssensible Konzepte und professionelle Sprachmittlung
603 anwendet.

604
605 Auch das Gesundheitssystem wird seine Verantwortung in der Klimakrise übernehmen. Die
606 landeseigenen Krankenhäuser haben bereits Schritte zur Verringerung des Verbrauchs an
607 Energie und anderen Ressourcen unternommen, brauchen aber unsere weitere Unterstützung, um
608 ihren ökologischen Fußabdruck rascher zu verkleinern. Neben baulichen Veränderungen geht es
609 hier u.a. auch um fossilfreie Wärme- und Kältesysteme, Gebäude-Wärme-Sanierung, aber auch
610 klimaschädliche Verbrauchsmaterialien wie bestimmte Narkosegase oder klimaschädliche
611 Treibgase in Inhalationsaerosolen.

612 Die Corona-Pandemie hat uns die Gefahr von Infektionskrankheiten nochmal vor Augen geführt.
613 Wir wollen deshalb den Berliner Pandemieplan überarbeiten, mehr Vorsorge treffen und durch
614 verbesserte Erinnerungssysteme die Impfquoten bei bekannten Infektionskrankheiten erhöhen.

615 **Gesundheits- und Pflegeberufe attraktiver machen und in die Infrastruktur investieren**

616 Therapeut*innen und Ärzt*innen, Pflegepersonal, Psycholog*innen, die Mitarbeiter*innen in
617 dem Öffentlichen Gesundheitsdienst, Apotheker*innen, PTA oder PKA - es gibt viele
618 Berufsgruppen, die für gute gesundheitliche Versorgung wichtig sind. Viele davon sind
619 Mangelberufe und ihre Ausbildung muss unterstützt und gefördert werden. Wir wollen die noch
620 nicht organisierten Gesundheits- und Pflegeberufe bei ihren jeweiligen
621 Professionalisierungsprozessen unterstützen, wenn möglich und gewollt auch in Berufskammern.
622 Damit auch zukünftig genügend Nachwuchs in diesen Berufen zur Verfügung steht, werden wir
623 die Arbeitsbedingungen verbessern, zum Beispiel mit festen Personalschlüsseln und einer
624 Senkung der Arbeitsstunden. Auch hier stehen wir für eine 35 Stunden-Woche ein. Auch die
625 Ausbildung muss attraktiver werden, etwa indem wir ermöglichen, alle Ausbildungs- und
626 Studiengänge auch in Teilzeit zu absolvieren. Auch im Gesundheitswesen kommt es immer wieder
627 zu diskriminierenden Vorfällen und sexualisierten Übergriffen. Deswegen wollen wir

628 Anlaufstellen für betroffene Patient*innen und Personal ausbauen und medizinische
629 Einrichtungen dabei unterstützen verbindliche Strategien gegen strukturelle
630 Diskriminierungen, Sexismus und für eine diversitätssensible Gesundheitsversorgung zu
631 entwickeln.

632 Trotz deutlicher Anhebung der Investitionen in die Berliner Krankenhäuser bleibt hoher
633 Investitionsbedarf. Wir werden die Investitionen weiter anheben, nicht nur, um den Status
634 quo zu halten und eine Verlagerung auf die Betriebskosten zu vermeiden, sondern auch, um
635 Zukunftsprojekte wie die Digitalisierung der Gesundheitsversorgung voranzubringen.
636 Finanziellen Druck zur Ausgründung von Tochterfirmen ohne Tarifbindung gilt es zu vermeiden.
637 Bei der Krankenhausplanung legen wir einen Fokus auf Versorgungsqualität und aufeinander
638 abgestimmte Strukturen, auch sektorenübergreifend. Nicht zuletzt in der Notfallversorgung
639 fördern wir eine enge Zusammenarbeit von Rettungsdienst, kassenärztlichem
640 Bereitschaftsdienst und Notaufnahmen der Krankenhäuser.

641 **Integrierte Gesundheitszentren vor Ort schaffen**

642 In unserem aktuellen Gesundheitssystem gibt es für alles Spezialist*innen – aber viel zu
643 selten werden die verschiedenen Bedingungen und die unterschiedlichen Fachdisziplinen
644 zusammengebracht und gleichzeitig die unterschiedlichen Lebenswelten der Menschen und ihre
645 spezifischen Bedürfnisse berücksichtigt. Das Gesundheitskollektiv (GeKo) im Rollbergkiez
646 macht es anders: Hier arbeiten verschiedene Berufsgruppen zusammen und treten gemeinsam mit
647 den Menschen im Kiez für die Gestaltung gesundheitsförderlicher Lebenswelten ein.
648 Behandlungen erfolgen disziplinübergreifend und auf Augenhöhe mit den Behandelten. Die
649 Bedürfnisse der Anwohner*innen im Kiez werden einbezogen, gleichzeitig unterliegt das
650 Projekt regelmäßiger Evaluation. Wir wollen nach dem Vorbild des GeKos mehr integrierte,
651 lokale, interprofessionelle und mehrsprachige Gesundheitszentren schaffen.

652 **Gesundheit in allen Politikbereichen mitdenken - Prävention ein Leben lang**

653 Gesundheit wird von vielen Faktoren beeinflusst, neben der physischen und der psychischen
654 Verfassung spielen auch die Wohnbedingungen, die Bildungschancen und die soziale Lage eine
655 wesentliche Rolle. Gesundheit ganzheitlich zu denken heißt, Gesundheitspolitik in allen
656 Politikfeldern zu verankern. Wir folgen dem „Health in All Policies“-Ansatz der WHO, denn
657 Gesundheit entsteht weder im Krankenhaus noch in der Arztpraxis, sondern im Alltag – dort,
658 wo Menschen leben, arbeiten, zur Kita oder zur Schule gehen und ihre Freizeit verbringen.
659 Daher ist Klimaschutz auch Gesundheitsschutz – denn Luftverschmutzung und Lärm machen krank.
660 Mit der Verkehrswende schützen wir die Gesundheit derer, die bisher an lauten und stickigen
661 Straßen leben müssen. Durch sichere Fuß- und Radwege lässt sich körperliche Bewegung gut in
662 den Alltag integrieren. Mehr Grünflächen im öffentlichen Raum erleichtern sportliche
663 Aktivitäten im Kiez. Der einfachere Zugang zu regionalen Bio-Lebensmitteln stellt eine
664 Grundlage für eine gesunde Ernährung und somit für den Klimaschutz dar. Wir wollen daher
665 künftig Gesetzesvorhaben in allen Politikbereichen auch auf ihre Auswirkungen auf die
666 Gesundheit prüfen.

667
668 Gesundheit ist eine wichtige Ressource, die gepflegt werden möchte. Aus diesem Grund sehen
669 wir die Förderung von Gesundheit und die Prävention von Erkrankungen in Berlin als wichtige
670 Bausteine einer nachhaltigen Gesundheitspolitik für alle Bürger*innen, egal in welcher
671 Lebensphase oder welchem Lebensalter. Die Möglichkeiten, die das Präventionsgesetz bietet,
672 sollen sich auch am Sozialraum unter Mitsprache der Expert*innen vor Ort - im Kiez, den
673 Bezirken und dem Land orientieren und dort wo notwendig durch weitere Maßnahmen flankiert
674 werden.

675 **HIV/Aids besiegen**

676 Berlin hat das Ziel der Vereinten übernommen, bis 2030 die Zahl der HIV-Neuinfektionen auf
677 null zu senken. Mit der Einführung der PrEP und den Erfolgen in der Gesundheitsversorgung in
678 den letzten Jahren konnten wir wichtige Schritte gehen. Unser Ziel für die kommenden Jahre
679 lautet „95-95-95-0“:

680 Mindestens 95 Prozent der HIV-Infizierten sollen von ihrer Infektion wissen, mindestens 95
681 Prozent davon Zugang zur Behandlung haben und mindestens 95 Prozent der Behandelten „unter
682 der Nachweisgrenze“ sein und 0 Prozent sollen aufgrund ihrer Infektion Diskriminierung
683 erfahren. Um das zu erreichen, wollen wir die Beratungs- und Versorgungsstrukturen weiter
684 verstärken, die bestehenden Präventionsangebote und -kampagnen zielgruppenorientiert
685 ausbauen, allen Berliner*innen unabhängig vom Geldbeutel Zugang zu Tests und Versorgung
686 ermöglichen und Aufklärungskampagnen durchführen.

687 **Gut versorgt von Anfang an – wir unterstützen Hebammen und Familienplanung für alle**

688 Zur Gesundheit gehört auch, Anfang und Ende des Lebens gut zu begleiten. Hebammen und
689 Geburtshelfer*innen begleiten den Weg ins Leben und sind für viele Menschen sowohl während
690 der Schwangerschaft als auch während und nach der Geburt wichtige Bezugspersonen. Dass
691 Schwangere in Berlin kaum noch eine Hebamme finden, die sie im Wochenbett betreuen kann, ist
692 ein unhaltbarer Zustand. Wir wollen aber allen weiterhin eine selbstbestimmte und sichere
693 Geburt ermöglichen. Am Runden Tisch Geburtshilfe haben wir deshalb vereinbart, die
694 Ausbildungskapazitäten für Hebammen zu erhöhen, es auch in ein Studium an der Charité und
695 der Evangelischen Hochschule zu überführen, Hebammen mit Service-Parkausweisen im Alltag zu
696 unterstützen und Frauen mit einer digitalen Plattform die Hebammensuche zu erleichtern.
697 Zusätzlich haben wir in Berlins Kreißsäle investiert und wir wollen die Arbeitsbedingungen
698 für Hebammen verbessern, indem wir mehr Hebammen in die Kreißsäle bringen. Auf Bundesebene
699 setzen wir uns dafür ein, dass die Vergütungen angehoben und Versicherungsbeiträge
700 übernommen werden und es dazu auch verbindliche Personalschlüssel in den Krankenhäusern
701 gibt.

702 Damit alle, die sich ein Kind wünschen, die bestmögliche Unterstützung bekommen, wollen wir
703 die Reproduktionsmedizin ausbauen und uns dafür einsetzen, dass sie allen - egal, ob sie
704 alleinstehend oder verpartnert sind - von der Krankenkasse finanziert wird. Dies sollte um
705 entsprechende Beratungsangebote insbesondere für Regenbogenfamilien erweitert werden.

706 Zur Familienplanung gehört aber auch, sich frei gegen ein Kind entscheiden zu können. Der
707 kostenfreie Zugang zu Verhütungsmitteln, insbesondere für Jugendliche und Heranwachsende,
708 soll daher durch das Land Berlin ausgebaut werden, beispielsweise in Form von freien
709 Ausgaben bei Beratungsstellen und Gesundheitsämtern. Beratung im Fall von
710 Schwangerschaftskonflikten muss niedrigschwellig und mehrsprachig zugänglich sein.
711 Informationen, wo Schwangerschaftsabbrüche durchgeführt werden, müssen vom Land Berlin auf
712 verschiedenen Plattformen leicht erreichbar und verständlich zur Verfügung gestellt werden.
713 Die medizinische Versorgung zum Abbruch von unerwünschten Schwangerschaften ist zukünftig
714 gefährdet. Sie muss zumindest von den landeseigenen Kliniken personell und strukturell
715 gewährleistet werden. Wir kämpfen auf Bundesebene weiterhin für die Legalisierung von und
716 Kostenübernahme für Schwangerschaftsabbrüche und die Abschaffung des sogenannten
717 Werbeverbots im Paragraphen 219a StGB sowie des Paragraphen 218, damit Ärzt*innen ohne
718 Restriktionen über die verschiedenen Methoden des Abbruchs informieren können und diese Teil
719 der medizinischen Ausbildung und Kassenleistung werden. Wir wollen, dass in Berlin mehr
720 Forschung zu Schwangerschaftsabbrüchen stattfindet. Bereits in der Schule müssen Jugendliche
721 über diese Thematik aufgeklärt werden.

722 **Selbstbestimmt und würdevoll bis zum Schluss**

723 Auch das Sterben gehört zu einem ganzheitlichen Blick auf die Gesundheitsversorgung: Wir
724 wollen, dass Menschen selbstbestimmt und gut versorgt ihre letzte Lebensphase verbringen
725 können. Doch insbesondere in dieser Lebensphase sind Menschen oft kaum oder gar nicht mehr
726 in der Lage, für ihre eigenen Bedürfnisse einzustehen. Umso wichtiger ist, dass vor dem
727 Auftreten von schweren Erkrankungen eine gute Aufklärung über Vorsorgevollmachten und
728 Patientenverfügungen stattfindet. Sind diese Dokumente nicht vorhanden, sind die Angehörigen
729 von schwer Erkrankten häufig nicht in der Lage entsprechend des mutmaßlichen Willens der
730 Betroffenen Aussagen zu Behandlungswünschen zu treffen. Gültige Vorsorgevollmachten und
731 Patientenverfügungen stellen sicher, dass die Wünsche von Betroffenen, insbesondere am
732 Lebensende, geachtet werden. Sie erleichtern außerdem dem medizinischen Personal die Arbeit.
733 Deshalb wollen wir die Aufklärungsstrukturen dafür ausbauen. Darüber hinaus wollen wir eine
734 Beratungsstelle für Palliativmedizin einrichten, die über die Möglichkeiten der Versorgung
735 im Hospiz oder zuhause transparent informiert. Palliativmedizin ist aufgrund
736 reformbedürftiger Anreize aus gesundheitsökonomischer Sicht oft unattraktiver als die
737 medizinische Behandlung durch Operationen und intensivmedizinische Maßnahmen, die von den
738 Betroffenen häufig als quälend empfunden werden. Umso wichtiger ist es, Ärzt*innen so aus-
739 und weiterzubilden, dass für sie die Wünsche der Behandelten im Fokus stehen und
740 lebensverlängernde Maßnahmen nicht um jeden Preis durchgeführt werden.

741 **Förderung psychischer Gesundheit und gute wohnortnahe Versorgungsangebote**

742 Mit seinem Grundsatz-Urteil vom 26.2.2020 hat das Bundesverfassungsgericht klargestellt,
743 dass auch beim Suizid in jeder Lebenslage eines Menschen die Selbstbestimmung umfassend
744 gilt. Der damalige Paragraph 217 StGB, der die Beihilfe kriminalisierte, wurde deshalb für
745 nichtig erklärt. Nun gilt: Menschen, die eine Entscheidung über das eigene Lebensende
746 treffen möchten, haben also einen Anspruch auf qualifizierte Aufklärung und Beratung, auch
747 zu lebensorientierten Alternativen zum Suizid. Wir wollen in Berlin ein entsprechendes
748 Modellprojekt mit ergebnisoffenen und einfühlsamen Gesprächsangeboten auf den Weg bringen.

749
750 Unser Gesundheitsverständnis umfasst ausdrücklich das psychische Wohlbefinden. Durch unsere
751 Politik wollen wir die Lebensbedingungen in Berlin so gestalten, dass sie einen positiven
752 Einfluss auf die psychische Gesundheit ausüben und die Resilienz stärken. Darüber hinaus
753 wollen wir – u. a. im Rahmen des Präventionsgesetzes – konkrete Angebote schaffen und
754 ausbauen, die dabei helfen, mit psychischen Belastungen umzugehen und Krisen besser zu
755 bewältigen.

756 Von der Gesundheitsförderung und Prävention über die Beratung bis hin zur Behandlung und
757 Rehabilitation setzen wir auf sozialraumorientierte und wohnortnahe, miteinander vernetzte
758 Angebote. Dabei fördern wir die Partizipation durch den Dialog und Peer-Ansätze sowie den
759 Abbau von Zwang. Auch hochstrukturierte Bereiche der psychiatrischen Versorgung wie z.B. das
760 Krankenhaus des Maßregelvollzugs wollen wir als integralen und wichtigen Bestandteil des
761 psychiatrischen Versorgungsnetzwerks weiterentwickeln. In der Versorgung gilt für uns die
762 Maxime: ambulant vor teilstationär vor stationär. Unser Plan ist, innovative Finanzierungs-
763 und Steuerungsmodelle sowie neue Angebotsformen zu fördern. In den Sozialpsychiatrischen und
764 Kinder- und Jugendpsychiatrischen Diensten wollen wir mehr aufsuchende Beratungs-,
765 Begleitungs- und Vernetzungsangebote für schwer psychisch beeinträchtigte Menschen mit und
766 ohne Obdach anbieten. Dafür braucht es auch mehr personelle Ressourcen. Wir wollen darüber
767 hinaus das psychosoziale Unterstützungsangebot für Geflüchtete bedarfsgerecht und
768 mehrsprachig ausbauen, sowohl in den Geflüchteten-Unterkünften als auch bei den aufsuchenden
769 psychosozialen Fachkräften als Teil der Angebote des Psychiatrieentwicklungsprogramms. Das
770 Psychiatrieentwicklungsprogramm wollen wir endlich weiterentwickeln und einen
771 datengestützten Landespsychiatrieplan etablieren.

772 Ein neues „Landesprogramm Psychische Gesundheit“ soll die vielfältigen Angebote zur

773 Förderung psychischer Gesundheit, zur psychosozialen und psychiatrischen Unterstützung und
774 Versorgung sowie ein neues Berliner Suchtkonzept unter einem Dach vereinen. Unter diesem
775 Dach werden Prävention, Intervention und Nachsorge bei sexualisierter Gewalt regelhafter
776 Bestandteil der psychosozialen Gesundheitsversorgung und eine konsequente Anschlussfähigkeit
777 zu bereits bestehenden Netzwerken in Berlin sichergestellt.

778 **3.4 Selbstbestimmt im Alter. Wir machen die Pflege** 779 **stark**

780 Wir Berliner*innen leben immer länger. Wir wollen, dass Menschen egal welchen Alters
781 selbstbestimmt und in Würde ihr eigenes Leben gestalten können, gleich woher sie kommen, wie
782 dick ihr Portemonnaie ist oder wie pflegebedürftig sie sind. Dafür wollen wir die richtigen
783 Rahmenbedingungen schaffen. Ältere, auch an Demenz erkrankte Menschen sollen weiter ihre
784 Fähigkeiten einbringen und ihr Umfeld mitgestalten, auch die Hilfs- und
785 Unterstützungsangebote oder den barrierefreien Umbau ihrer Wohnung und der Einrichtungen im
786 Kiez. Und wer Pflege benötigt, soll sie in bester Qualität erhalten. Dafür setzen wir uns
787 ein, auf Landes- wie Bundesebene und im Schulterchluss mit Pflegebedürftigen,
788 Pflegefachkräften und pflegenden Angehörigen.

789 **Im Kiez verortet**

790 Wir wollen die Lebensbedingungen Älterer in Berlin so gestalten, dass sie so lange wie
791 möglich in ihren eigenen vier Wänden leben und am gesellschaftlichen Leben im Kiez teilhaben
792 können. Wir denken sozialräumlich und haben in den letzten Jahren die Pflegestützpunkte
793 ausgebaut und mit mehr Ressourcen ausgestattet, um das zu ermöglichen. Darüber hinaus
794 fördern wir die Gesundheit im Alter und ermöglichen mit inklusiven,
795 generationenübergreifenden Projekten Begegnungen, bei denen wir Menschen über die eigene
796 Community hinaus zusammenbringen.

797

798 **Einsamkeit vorbeugen**

799

800 Immer mehr ältere Menschen leiden unter Einsamkeit. Dies trifft sehr häufig Pflegebedürftige
801 und Kranke, aber auch Menschen, die in ihrem bisherigen Leben von Ausgrenzung und
802 Diskriminierung betroffen waren. Menschen mit mobilitätsbedingten Einschränkungen und
803 ausgeprägten Sinnesbehinderungen können oft ohne Unterstützung nicht mehr die eigene Wohnung
804 verlassen. Sehr oft fehlen ihnen anregende zwischenmenschliche Kontakte. Die
805 Kontaktlosigkeit geht mit dem Verlust mentaler Fähigkeiten, eingeschränkter
806 Sprachkompetenzen und schlechterer körperlicher Gesundheit einher. Präventiv können hier
807 Angebote sozialer Aktivitäten wirken. Mit der Förderung von Hilfs- und Kontaktangeboten, wie
808 das Silbernetz gegen Einsamkeit im Alter, freiwillige Besuchsdienste und der Einführung von
809 präventiven Hausbesuchen wollen wir der Einsamkeit im Alter entgegenwirken.
810 Auch die Kompetenz zur Nutzung von digitalen Medien trägt dazu bei, den Kontakt zu anderen
811 aufrechtzuerhalten und auszubauen. Wer die Vielfalt der Nutzung der digitalen Angebote
812 kennen lernen will, benötigt Unterstützung durch vertrauensvolle Stellen und es muss die
813 Zuversicht vermittelt werden, auftretende Probleme nach und nach eigenständig lösen zu
814 können. Wir brauchen eine Bildungsoffensive zur digitalen Teilhabe, die auch Altersgruppen
815 jenseits des 75. Lebensjahres einschließt. Deshalb fordern wir kostenlose WLAN-Anschlüsse in
816 Pflegeheimen, Pflege-Wohngemeinschaften und Freizeiteinrichtungen für ältere Menschen. Dort
817 sollen auch Tablets und Smartphones als Leihgeräte zur Verfügung stehen.

818 **Vielfalt der Pflege- und Wohnformen**

819 Wir streben eine breite Mischung zielgruppengerechter, diversitäts- und
820 diskriminierungssensibler Pflege- und Wohnformen an und wollen alternative Wohn- und
821 Pflegeformen ausbauen. Perspektivisch sollen große Heimeinrichtungen abgelöst werden, wir

822 fördern kleine, in Quartieren angebundene und vernetzte Versorgungseinrichtungen. Sie bieten
823 quartiersnahe, sozialintegrative und inklusive Beratung, Pflege und Betreuung älterer
824 Menschen. Um eine gute Qualität sicherstellen und kontrollieren zu können, haben wir das
825 Wohnteilhabegesetz überarbeitet. Wir streben weiter das Ziel an, dass die Heimaufsicht
826 personell angemessen und qualifiziert besetzt ist. Wir wollen die Bewohner*innenbeiräte von
827 Pflegeheimen und Pflege-Wohngemeinschaften stärken und ihnen kostenlose Fortbildungen
828 anbieten. Besonders wichtig war uns dabei die Anbindung von Einrichtung und
829 Wohngemeinschaften an den jeweiligen Sozialraum. Wir werden die vorhandenen
830 Beschwerdestrukturen optimieren und die Einrichtung einer Beschwerdestelle im Bereich Pflege
831 prüfen.

832 Mit einem Kompetenzzentrum Pflegewohnformen wollen wir Menschen mit erhöhtem Pflegebedarf
833 beraten. Die Mitarbeiter*innen des Zentrums sollen auch Pflegeheime beraten, die ihr Angebot
834 in Richtung Quartier öffnen wollen. Darüber hinaus werden wir altersgerechtes und
835 barrierefreies Wohnen ausbauen, der Bedarf wächst stetig. Auch Pflegeeinrichtungen und
836 gerade Pflegewohngemeinschaften sind von Verdrängung bedroht. Wir brauchen in allen Kiezen
837 Pflegeeinrichtungen.

838 Gerade weil der Bedarf an Pflegeunterstützung wächst, werden wir eine
839 Stadtentwicklungsplanung für Pflege und Senior*innen anstoßen, die vorhandene Strukturen und
840 weitere Bedarfe aufschlüsselt und absichert. Da in den Bezirken ein großes Wissen über die
841 Bedarfe und Besonderheiten der einzelnen Kieze herrscht, sollen sie eng eingebunden werden.
842 Die Bezirke erhalten den Auftrag, gemeinsam mit den Netzwerken vor Ort regelmäßig eine
843 kontinuierliche Planung zur Weiterentwicklung von Versorgungsangeboten und der lokalen
844 Pflegeinfrastruktur vorzulegen. Die abgestimmte Bedarfsplanung ist Grundlage für die
845 Landesförderung zur Weiterentwicklung der Infrastruktur für ein selbstbestimmtes Altern. Für
846 uns ist klar, dass Pflege die vielfältigen Lebensentwürfe und -realitäten der Berliner*innen
847 abbilden muss. Wir setzen uns für diversitäts- und geschlechtersensible Pflege ein. Gerade
848 in einer Einwanderungsgesellschaft gilt es Diversity-Kompetenzen auszubauen, bei
849 Einstellungen auf Diversität zu achten und im Ausland erworbene Ausbildungsabschlüsse in
850 Pflege- und Gesundheitsberufen leichter anzuerkennen. Mit den Pflegestützpunkten der
851 interkulturellen Öffnung und der LSBTIQ*-sensiblen Beratung sind wir erste Schritte gegangen
852 – diesen Weg wollen wir weitergehen. Hierzu leisten die Interkulturellen Brückenbauer*innen
853 in der Pflege einen wesentlichen Beitrag, den es auszubauen und um die diversitätskritische
854 Hospiz- und Palliativversorgung in Berlin auszuweiten gilt.

855 **Gute Pflege braucht gute Arbeitsbedingungen**

856 Gute Pflege steht und fällt mit den Mitarbeiter*innen. In der Haus- und Familienpflege sowie
857 bei Berufen der Altenpflege sind das zu über 80 Prozent Frauen. Pflegekräfte sind
858 systemrelevant, das spiegelt sich aber bisher nicht ausreichend auf dem Gehaltszettel und in
859 den Arbeitsbedingungen wider. Das wollen wir ändern. Mit dem Berliner Bündnis für Pflege
860 wurden in den letzten Jahren bereits Handlungsfelder identifiziert, um Fachkräfte in der
861 Pflege zu halten. Jetzt kommt es auf die Umsetzung an, denn wir sind als Gesellschaft auf
862 gute Pflege angewiesen. Ein wichtiger Schritt ist eine gerechte, auskömmliche Bezahlung, die
863 im Job selbstverständlich sein muss und schon in der Ausbildung, wie bei Pflegepraktika,
864 Famulaturen, bei Praktika im Pflegestudium und für Ärzt*innen im praktischen Jahr erfolgen
865 muss. Wir wollen auch die Akademisierung der Pflege und Therapieberufe voranbringen und mehr
866 Studienangebote im Bereich der Gesundheitsberufe schaffen. Eine Pflegekammer, wenn sie
867 mehrheitlich von den Berliner Pflegenden gewünscht wird, unterstützen wir.

868 Wir wollen verbindliche Personalschlüssel statt Personaluntergrenzen, Mobilitätsangebote,
869 gerade für Nachtschichten und Beschwerdestellen, um Verstöße gegen den Arbeitsschutz zu
870 melden. Wir unterstützen die Selbstverwaltung der Pflegekräfte.

871 Eine Pflegekammer kann dafür einen Beitrag leisten, wenn sie mehrheitlich von den Berliner
872 Pflegenden unterstützt wird. Wir fordern mehr Plätze für Teilzeitausbildungen und
873 berufsbegleitende Ausbildungen. Auch die Ausbildung zur Pflegeassistenz muss vergütet
874 werden. Die Ausbildung zur Pflegeassistenz wollen wir auf Bundesebene regeln und bis dahin
875 schon in Berlin besser, generalistisch und über einen längeren Zeitraum ausbilden. Im
876 Ausland erworbene Ausbildungsabschlüsse von Pflege- und Gesundheitsberufen, ob innerhalb
877 oder außerhalb der EU erworben, sollen leichter anerkannt werden. Auch in der ambulanten
878 Versorgung müssen die Arbeitsbedingungen verbessert werden, damit zu pflegende Menschen
879 möglichst lange in ihrer eigenen Wohnung bleiben können. Viele ausgebildete Kräfte arbeiten
880 nicht mehr in ihrem Beruf – mithilfe von besseren Arbeitsbedingungen und einer besseren
881 Entlohnung von Beschäftigten in der ambulanten Pflege wollen wir sie zurückgewinnen.

882 **Pflegende Angehörige besserstellen**

883 Pflegende Angehörige bilden eine der tragenden Säulen der häuslichen Pflege. Rund 200.000
884 Berliner*innen betreuen und versorgen ihre pflegebedürftigen Angehörigen. Wir wollen sie
885 stärker ins Versorgungsnetz einbinden und ihre Leistungen besser würdigen. So wollen wir ihr
886 Recht auf Mitsprache ausbauen und sie besser informieren und entlasten. Das Kompetenzzentrum
887 Pflegeunterstützung zur Entlastung von pflegenden Angehörigen und anderen Bezugspersonen
888 soll ausgebaut und verstetigt werden. Besonders Kinder und Jugendliche als pflegende
889 Angehörige müssen dabei in Zukunft noch mehr bedacht werden. Das Kompetenzzentrum
890 Pflegeunterstützung wird durch einen Beirat bestehend aus Selbstvertretungsgruppen
891 Pflegender Angehöriger und den Kontaktstellen PflegeEngagement beraten. Als Berliner
892 Landesregierung haben wir bereits eine Bundesratsinitiative zur Einführung eines
893 Familienpflegegeldes gestartet, eine Lohnersatzleistung ähnlich dem Elterngeld. Hier werden
894 wir weiter Druck machen.

895 **3.5 Inklusives Berlin – Teilhabe für Menschen mit** 896 **Behinderung**

897 Menschen mit Lernschwierigkeiten oder Beeinträchtigung werden von der Gesellschaft
898 eingeschränkt, weil sie nicht als Norm gelten. Diesen Einschränkungen wollen wir
899 entgegenwirken und die Berliner Stadtgesellschaft inklusiver gestalten. Wir wollen eine
900 Gesellschaft, in der alle Menschen mit und ohne körperlichen, psychischen oder kognitiven
901 Behinderungen gleichberechtigt und selbstbestimmt teilhaben, ohne auf Barrieren zu stoßen.
902 In Berlin leben rund 350.000 Menschen mit einem Grad der Behinderung von mindestens 50, das
903 ist fast jede zehnte Person. Unsere Vorstellung einer inklusiven Gesellschaft ist aber für
904 noch viel mehr Menschen wichtig. Aufzüge an Bahnhöfen nutzen auch Eltern mit Kinderwagen,
905 auf barrierefreies Wohnen sind im Alter fast alle angewiesen. Für ganz Berlin ist es
906 zentral, dass wir Barrieren einreißen, wo immer sie noch stehen.

907 Seit dem 1. Januar 2020 ist das neue Bundesteilhabegesetz (BTHG) voll in Kraft. Wir
908 Bündnisgrüne mahnen auf Bundesebene tiefgreifende Nachbesserungen an. Gleichzeitig arbeiten
909 wir in Berlin an der Umsetzung, um das Beste herauszuholen. In allen Bezirken wird am Aufbau
910 sogenannter „Häuser der Teilhabe“ gearbeitet. Dort sollen Menschen mit Behinderung künftig
911 Beratung, Unterstützung und Begleitung rund um das Thema Eingliederungshilfe finden. Für den
912 Aufbau der Häuser und die fachliche Koordination werden jedem Bezirk seit 2020 zusätzlich
913 zwei Stellen von Seiten des Landes zur Verfügung gestellt. Auch beim barrierefreien Umbau
914 der Stadt haben wir wichtige Schritte gemacht, zum Beispiel bei Bus und Bahn. Unser
915 Mobilitätsgesetz schreibt den Anspruch auf barrierefreie Mobilität fest und wir investieren
916 jedes Jahr Millionen, um dem Ziel der Barrierefreiheit näher zu kommen.

917 **„Häuser der Teilhabe“ ermöglichen umfassende Beratung**

918 In den kommenden Jahren geht es um die konkrete Umsetzung vor Ort – diese wollen wir gezielt
919 vorantreiben. Wir wollen in den "Häusern der Teilhabe" multiprofessionelle Teams
920 zusammenbringen, um die Beratung so umfassend wie möglich zu gestalten. Den Rahmen für
921 einheitlich hohe Standards der Umsetzung sollen Zielvereinbarungen bilden, die wir zwischen
922 Land und Bezirken entwickeln und stetig weiterentwickeln wollen. Etikettenschwindel, also
923 ein neues Label und die Fortführung der bisherigen Praxis der Sozialhilfe, werden wir nicht
924 zulassen. Bei der Umsetzung werden wir darauf achten, dass die Bedarfsermittlung, wie durch
925 das „Teilhabeinstrument Berlin“ (TIB) vorgesehen, neben Gesundheitsaspekten auch den
926 Lebenskontext von Menschen berücksichtigt. Dabei stellen wir sicher, dass in allen „Häusern
927 der Teilhabe“ und auch in den Schulpsychologischen und Inklusionspädagogischen Beratungs-
928 und Unterstützungszentren (SIBUZ) aller Bezirke eine Beratung zu allen Rechtskreisen
929 erfolgen kann sowie alle erforderlichen Anträge an einem Ort zur Verfügung stehen.

930 **Für Inklusion in allen Lebensbereichen**

931 Der Arbeitsmarkt in Berlin muss inklusiver werden. Dabei gilt für uns die Prämisse:
932 Inklusion hat Vorrang. Daher wollen wir die sogenannten Werkstätten so weiterentwickeln,
933 dass sie nicht zur Endstation werden, sondern der Befähigung zur Arbeit auf dem ersten
934 Arbeitsmarkt dienen. Perspektivisch sollen Werkstätten überflüssig werden. Unternehmen mit
935 mehr als 20 Arbeitsplätzen sind gesetzlich verpflichtet, wenigstens auf fünf Prozent der
936 Arbeitsplätze Menschen mit Schwerbehinderung zu beschäftigen. Noch immer zahlen aber zu
937 viele Arbeitgeber*innen lieber die entsprechende Ausgleichsabgabe. Um das zu ändern, werden
938 wir Betriebe mit einer hohen Zahl von Mitarbeiter*innen mit Behinderung stärker fördern und
939 Aufträge der öffentlichen Hand vermehrt an diese, mindestens aber an „Inklusionsbetriebe“
940 vergeben.

941 Wir streben eine Erhöhung der Anzahl der sozialversicherungspflichtigen Jobs für Menschen
942 mit Behinderungen und psychischen Erkrankungen an. Wir unterstützen und fördern solche
943 Projekte, die es Menschen mit Behinderungen ermöglichen auf dem ersten Arbeitsmarkt eine
944 Zukunftsperspektive zu finden.

945 Auch Bus und Bahn müssen in Berlin barrierefrei werden. Den Umbau aller Bahnhöfe und
946 Haltestellen im Verkehrsverbund mit einem barrierefreien Zugang werden wir schnellstmöglich
947 abschließen. Gleichzeitig setzen wir uns dafür ein, die Anzahl der barrierefreien Taxen im
948 öffentlichen Raum deutlich zu erhöhen, um echte Mobilität für alle zu verwirklichen. Bei der
949 Konzessionsvergabe für private Anbieter von Mobilitätsdienstleistungen wollen wir Inklusion
950 zu einer Bedingung machen.

951 Barrierefreier Wohnraum ist nicht nur für Menschen mit Behinderung, sondern auch für ältere
952 Menschen wichtig. Unser Ziel für 2035 ist, dass 15 Prozent des gesamten Wohnraumes
953 barrierefrei zugänglich und nutzbar sind. Um hier zügig voranzukommen, wollen wir die
954 Umsetzung der Berliner Bauordnung konsequent prüfen, um sicherzustellen, dass die Vorgaben
955 zum barrierefreien Wohnen eingehalten werden. Beim Neubau wollen wir entsprechende Quoten
956 zur Steigerung der Anzahl barrierefreier Wohnungen einziehen.

957 Unser Ziel ist inklusive Bildung in einer inklusiven Gesellschaft - in Schule, Berufsschule
958 und Hochschule. Beides bedingt sich gegenseitig. Ein gegliedertes Schulsystem erschwert
959 dieses Ziel. Nach und nach wollen wir unsere Schulen so befähigen, dass alle Kinder
960 gemeinsam an Regelschulen lernen. Die Mitarbeiter*innen der Förderschulen brauchen wir an
961 den Regelschulen zur individuellen Betreuung der Kinder mit Behinderung weiterhin. Des
962 Weiteren setzen wir uns dafür ein, dass das Konzept der Schulgesundheitspflege umgesetzt
963 wird, um so die Gesundheit der Kinder zu verbessern.

964 Zur barrierefreien Sanierung von Nachbarschaftszentren und anderen sozialen Begegnungsräumen
965 werden wir ein Landesförderprogramm auflegen und mit den Sportvereinen Berlins werden wir

966 weiter daran arbeiten, auch die Vereine für Menschen mit Behinderung zu öffnen. In der
967 queeren Community sind wir mit einem Fördertopf für Barrierefreiheit vorangegangen. Diesen
968 werden wir fortsetzen, um auch für LSBTIQ* mit Beeinträchtigungen die Teilhabe an queerer
969 Infrastruktur zu sichern. In Zusammenarbeit mit der Clubkommission wollen wir zudem gezielt
970 eine barrierefreie Clubkultur in Berlin fördern.

971 Ein großer Teil des Lebens spielt sich online ab. Mit der gesetzlichen Umsetzung der EU-
972 Richtlinie zu barrierefreien Online-Angeboten öffentlicher Stellen hat Berlin einen
973 wichtigen Schritt getan. Das gilt zuallererst für die Seiten der Senatsverwaltungen und
974 Bezirksämter. Bei der Neukonzeption von www.berlin.de muss die digitale Barrierefreiheit
975 schon in der Planung umfassend mitgedacht werden.

976 Inklusion erfordert ein Umdenken von vielen. Aber es lohnt sich – am Ende ist eine inklusive
977 Gesellschaft eine bessere Gesellschaft für alle.

978 **3.6 Drogenpolitik – Prävention, Aufklärung, 979 Unterstützung und Selbstbestimmtheit**

980 Drogen sind Teil der Gesellschaft und der Substanzgebrauch ist weit verbreitet. Die Debatte
981 zum Umgang damit wird jedoch irrational geführt und ist von Verbotsdogmen und Tabus geprägt.
982 Wir Bündnisgrüne stehen für eine Neuausrichtung: Wir wollen einen vernünftigen,
983 evidenzbasierten Ansatz, der sich an Fakten orientiert, Menschen durch Prävention und
984 Aufklärung schützt und damit Verbraucherschutz überhaupt erst möglich macht, Abhängigen
985 unkompliziert Hilfe zukommen lässt und die Selbstbestimmung aller respektiert.

986 **Drogen nach Gefährdungspotential unterscheiden**

987 Die tödlichste Droge in Deutschland ist Tabak. Etwa 15 Millionen Menschen deutschlandweit
988 rauchen, rund 120.000 Menschen sterben jährlich an den Folgen des Rauchens, viele Millionen
989 sind schwer nikotinabhängig. Am gefährlichsten für Unbeteiligte ist Alkohol und Millionen
990 Menschen in Deutschland sind medikamentenabhängig. Tatsächlich ist die Unterscheidung
991 zwischen legalen Suchtmitteln auf der einen und illegalen Drogen auf der anderen Seite nicht
992 sinnvoll, wurde fachlich willkürlich getroffen und beruht bis heute auf zum Teil
993 rassistischen Motiven. Wir Bündnisgrüne stehen für eine Drogenpolitik, die auf Fakten, statt
994 auf ideologischen Debatten basiert. Sie ist vom Leitbild geprägt gesundheitliche Schäden zu
995 mindern und die Konsument*innen zu befähigen, aufgeklärt und selbstbestimmt zu konsumieren,
996 ohne dabei Dritte zu gefährden. Statt willkürlicher Kriterien wäre eine Regulierung nach
997 tatsächlichem Gefährdungs- und Suchtpotential ein wichtiger Schritt – hier ist die
998 Bundespolitik in Verantwortung. Einen großen Unterschied macht, wie Drogen konsumiert
999 werden: moderat, selbstbestimmt und aufgeklärt oder riskant und in kriminalisierten,
1000 ungeschützten Räumen. Politik muss sich an diesen Erkenntnissen orientieren. Ideologische
1001 Debatten lehnen wir ab.

1002 **In Berlin schon viel erreicht – was fehlt, sind andere Regelungen auf Bundesebene**

1003 In den vergangenen Jahren haben wir Schritte in die richtige Richtung gemacht. Wir haben ein
1004 Werbeverbot für Tabak und Alkohol immerhin auf kommunalen Werbeflächen erreicht. Mit einem
1005 Pilot-Projekt zum Drug-Checking in Clubs haben wir einen Weg eingeschlagen, der Menschen vor
1006 gefährlichen, gepanschten Drogen schützt, Drogenkonsumräume wurden in den Bezirken geplant
1007 und geschaffen. Dort sind neben risikoarmem Konsum vor allem Aufklärung, Beratung und
1008 Unterstützung möglich. Die „Null-Toleranz-Zonen“ für den Besitz von Cannabis haben wir
1009 abgeschafft, da sie kein Problem gelöst und den Handel nur in Hauseingänge und auf
1010 Spielplätze verlagert haben. Was fehlt, sind grundlegende Reformen auf Bundesebene.
1011 Gemeinsam mit der grünen Fraktion im Deutschen Bundestag wurde mit unserem
1012 „Cannabiskontrollgesetz“ ein sehr konkreter Weg zur regulierten Abgabe entwickelt, den wir

1013 auch weiter vorantreiben werden, sowie die Forschung auf dem Gebiet der psychoaktiven
1014 Substanzen.

1015 **Aufklärung und Prävention ausbauen**

1016 In Berlin werden wir weiterhin an unserer Linie einer evidenzbasierten, Drogenpolitik
1017 festhalten. Dazu werden wir Aufklärungs- und Präventionsmaßnahmen ausbauen. Der Jugend- und
1018 Gesundheitsschutz sowie die Aufklärung von Verbraucher*innen und damit der Verbraucherschutz
1019 haben dabei für uns höchste Priorität. Für Jugendliche und junge Erwachsene fördern wir
1020 präventive Angebote durch verbindliche Kooperationsstrukturen von Schule, Jugend- und
1021 Suchthilfe. Dabei nehmen wir nicht nur substanzbezogene Abhängigkeiten in den Blick, sondern
1022 werden auch Programme der Prävention vor nicht substanzgebundenen Süchten, beispielsweise
1023 von Glücksspiel oder Computerspielen, weiter ausbauen. Die Werbung für Tabak und Alkohol
1024 wollen wir in einem nächsten Schritt auf allen Werbeflächen in Berlin verbieten. Den
1025 Nichtraucherschutz wollen wir konsequent umsetzen, Kellner*innen und Barkeeper*innen
1026 schützen wir damit und halten das gesellschaftliche Leben auch für Menschen mit
1027 Vorerkrankungen offen. Für bestimmte Raucher*innen wollen wir Lizenzen vergeben, um hier
1028 mehr Klarheit für Betreiber*innen und Gäste zu schaffen.

1029 Wir nehmen die Sorgen und Ängste der Menschen rund um Drogenhotspots ernst und werden mit
1030 voller Kraft für eine Verbesserung kämpfen. Solange keine kontrollierte Abgabe diese
1031 Hotspots komplett verschwinden lässt, werden wir mit Programmen zur sicheren
1032 Spritzenentsorgung, mit häufigen Reinigungszyklen in Parks und auf Spielplätzen sowie mit
1033 gezielten Kontrollen die Situation vor Ort verbessern. Denn Spritzen und Drogen haben auf
1034 Spielplätzen nichts verloren. Bei der Lösung dieser Probleme beziehen wir die Betroffenen im
1035 Sinne partizipativer Handlungsansätze aktiv mit ein.

1036 **Beratung und Selbsthilfe stärken**

1037 Beratungs- und Selbsthilfeangebote wollen wir ausbauen, genau wie Drogenkonsumräume. Neben
1038 dem Ausbau von Drogenhilfeprogrammen wollen wir auch die bestehenden Strukturen verstetigen
1039 und die Zusammenarbeit in den verschiedenen Bereichen und Ebenen vernetzen. So schützen wir
1040 Konsument*innen am besten. Unser Ziel sind Drogenkonsumräume und Spritzentauschprogramme in
1041 allen Bezirken Berlins. Die Öffnungszeiten von bestehenden Drogenkonsumräumen sollen
1042 ausgeweitet werden und Schutzräume für Frauen, inter, nicht-binäre und trans Personen
1043 geschaffen werden. Mit einer stärkeren aufsuchenden Sozialarbeit wollen wir Menschen
1044 erreichen, die drogenabhängig und dringend auf Unterstützung angewiesen sind, den Weg in die
1045 Beratung aber nicht alleine schaffen. Das Drug-Checking werden wir weiter vorantreiben, so
1046 dass es sich zur anerkannten Normalität in Berlins Nachtleben entwickelt – immer kombiniert
1047 mit Angeboten zur Beratung und Hilfe zum Ausstieg aus dem riskanten Drogenkonsum. Für eine
1048 bessere Erreichbarkeit wollen wir mehr mobile Drug-Checking-Teams auf den Weg bringen. Die
1049 Sucht- und Präventionsarbeit im Strafvollzug soll weiter ausgebaut werden. Zentral ist dabei
1050 für uns, dass saubere Spritzen zur Verfügung stehen, die Möglichkeit der Opioid-Substitution
1051 und die Diamorphintherapie für Betroffene sowie eine nahtlose Anschlussversorgung und
1052 medizinisch-psychologische Betreuung nach der Haftentlassung sichergestellt sind.

1053 **Illegalen Markt austrocknen**

1054 Um den illegalen Markt auszutrocknen, arbeiten wir in einem nächsten Schritt weiter daran,
1055 Cannabis zu legalisieren. Solange es auf Bundesebene keine Reform gibt, halten wir an
1056 unserem Ziel eines Modellprojektes zur regulierten Abgabe von Cannabis an Erwachsene in
1057 Berlin fest. Die nicht verfolgbare geringe Menge für Cannabis zum Eigenbedarf wollen wir
1058 anheben und auch für andere illegale psychoaktive Substanzen entsprechende geringe Mengen
1059 festlegen, die strafverfolgungsfrei bleiben. Damit entlasten wir Polizei und Justiz massiv.
1060 Auch den Parks, die durch Dealertätigkeiten geprägt sind, wollen wir wieder zu mehr Ruhe und

1061 Sauberkeit verhelfen und auch die Lebensqualität der Anwohner*innen verbessern. Frei
1062 gewordene Kapazitäten wollen wir so weit möglich für die Bekämpfung der organisierten
1063 Kriminalität einsetzen, die maßgeblich durch den internationalen Drogenhandel begünstigt
1064 wird.

1065 **Drogenpolitik ist auch Friedenspolitik**

1066 Weltweit sorgen der Anbau und Handel von Drogen für Gewalt, Konflikte und Kriege. Anhand
1067 kaum eines anderen Politikfelds sind die weltweiten Auswirkungen und Zusammenhänge mit
1068 unseren politischen Entscheidungen so sichtbar. Um Leid und Tod infolge dieser Konflikte zu
1069 beenden, arbeiten wir daran, dem internationalen Drogenhandel seine finanziellen Wurzeln zu
1070 entziehen. Das gelingt nur durch einen rationalen Ansatz von Entkriminalisierung und
1071 Kontrolle. Es ist Zeit, dass wir diese Fragen bei uns lösen, nicht diese Konflikte auf dem
1072 Rücken von Menschen in anderen Teilen der Welt austragen.

1073 **3.7 Berlin bleibt in Bewegung – wir sind die Hauptstadt 1074 des Sportes**

1075 Sport und Bewegung halten gesund, ermöglichen Gemeinschaft, tragen maßgeblich zum
1076 körperlichen und psychischen Wohlbefinden bei. Sport ist integraler Bestandteil des sozialen
1077 und kulturellen Lebens und ebenso vielfältig. Wir wollen allen Berliner*innen ermöglichen
1078 sich sportlich zu betätigen. Egal in welchem Alter, egal ob organisiert und regelmäßig oder
1079 nur ab und zu, das Sportangebot in Berlin soll alle Bedürfnisse abdecken. Dabei ist unsere
1080 Vision für die Hauptstadt des Sportes, dass Sport und Bewegung selbstverständlich in allen
1081 Bereichen mitgedacht wird: sei es das Laufen im Park, eine Runde Tischtennis im Hof,
1082 Bouldern an der Einkaufscenter-Fassade oder Kicken auf dem Supermarkt-Dach. Dafür denken wir
1083 Sport und Bewegung auch in der Stadtplanung mit. Sport verbindet auch über Grenzen hinweg.
1084 Berlin profitiert von Sportgroßveranstaltungen, wenn sie ökologisch, ökonomisch und sozial
1085 nachhaltig sind und Bürger*innenbeteiligung und Transparenz über Kosten von der Bewerbung
1086 bis zur Durchführung und Nachnutzung sichergestellt werden.

1087 **Ehrenamtliche sind das Rückgrat der Vereine**

1088 Viele Berliner*innen sind in Sportvereinen ehrenamtlich aktiv. Sie übernehmen vielfältige,
1089 gesellschaftliche Aufgaben und sind unverzichtbar. Sie unterstützen das soziale und
1090 sportliche Miteinander im Breiten-, Freizeit- und Leistungssport als Trainer*innen,
1091 Schiedsrichter*innen oder im Vorstand. Fair Play gilt für uns nicht nur auf dem Platz,
1092 sondern auch bei der Bezahlung von Trainer*innen und Übungsleiter*innen. Deswegen haben wir
1093 die Finanzierung der Trainer*innen und Übungsleiter*innen verbessert. Uns ist wichtig ihre
1094 Leistung anzuerkennen und dafür Sorge zu tragen, dass kostenlose Fortbildungs- und
1095 Seminarangebote, auch im Bereich des Kinderschutzes zur Verfügung stehen. Dies ist ein
1096 wichtiger Bestandteil, um zu gewährleisten, dass Sportvereine sichere Orte für Kinder und
1097 Jugendliche, frei von jeglichen Formen physischer, psychischer sowie sexualisierter Gewalt,
1098 sind. Deshalb halten wir den Erwerb des Kinderschutzsiegels für Vereine für notwendig.

1099 **Institutionalisierten und frei organisierten Sport gleichstellen**

1100 Gleichzeitig machen immer mehr Berliner*innen alleine oder in sich frei organisierenden
1101 Gruppen Sport. Wir wollen den institutionalisierten und frei organisierten Sport
1102 gleichstellen und allen Bürger*innen den Zugang zu Sportanlagen ermöglichen. Deswegen werden
1103 wir das Sportfördergesetz und die Sportanlagen-Nutzungsvorschriften so anpassen, dass die
1104 Vergabe von Sportflächen auch an frei organisierte Sportgruppen ermöglicht wird. Auch der
1105 neu gestaltete Olympia-Park in Charlottenburg-Wilmersdorf und der inklusive Friedrich-
1106 Ludwig-Jahn-Sportpark in Pankow sowie der "Sport- und Bewegungspark Tegel" sollen Vorzeige-
1107 Projekte für das Nebeneinander von institutionalisiertem und frei organisiertem Sport
1108 werden. Hierfür wollen wir den Friedrich-Ludwig-Jahn-Sportpark modernisieren und zeigen, wie

1109 an einem historischen Ort in einer Naturlandschaft neben dem ehemaligen Grenzstreifen eine
1110 inklusive Sportstätte für alle Menschen entstehen kann.

1111 Um einen möglichst niedrighschwelligigen Zugang zu Sport und Bewegung zu ermöglichen, haben wir
1112 das Programm „Sport im Park“ ins Leben gerufen, das in allen Berliner Bezirken kostenlose
1113 Sportangebote ermöglicht. Egal ob Teamsport, Workout oder Balance, bei mehr als 100
1114 Aktivitäten ist für jede*n was dabei. Dieses erfolgreiche Programm wollen wir auch in den
1115 kommenden Jahren weiterführen.

1116 Unabhängig davon, ob es als Medienphänomen oder als Sportart gesehen wird - E-Sport wird zum
1117 Bestandteil des Alltags vieler Berliner*innen. Wir wollen seine Entwicklung mit Gamer*innen,
1118 Eltern und Pädagog*innen gemeinsam gestalten und einen souveränen Umgang unterstützen. Dabei
1119 fördern wir insbesondere ehrenamtliches Engagement, Diversität und Geschlechtergerechtigkeit
1120 im E-Sport und setzen uns für einen nachhaltigen E-Sport-Standort ein.

1121 **Sportanlagen inklusiv und ökologisch**

1122 Als wir 2016 Regierungsverantwortung übernommen haben, waren die Sportanlagen in Berlin in
1123 schlechtem Zustand. Mit dem Sportstättensanierungsprogramm haben wir begonnen, Sportstätten
1124 wieder in Schuss zu bringen. Es ist aber auch klar: Bei der Vielzahl an Anlagen wird die
1125 Sanierung ein Marathon, kein Sprint. Für uns ist wichtig, dass die Sanierungen nach hohen
1126 ökologischen Standards mit transparenter Bürger*innenbeteiligung erfolgen müssen. Die
1127 Klimakrise erfordert, dass wir in allen Lebensbereichen Ressourcen schonen. Deswegen haben
1128 wir in den Sportanlagen-Nutzungsvorschriften auch Nachhaltigkeitskriterien verankert.

1129 Berliner Sportanlagen müssen nicht nur ökologisch, sondern auch barrierefrei werden.
1130 Multifunktionale und behindertengerechte Sportstätten versetzen alle Berliner*innen in die
1131 Lage, sich sportlich zu betätigen, und leisten somit einen Beitrag zur Gesellschaft der
1132 Vielen, die allen Menschen, auch in einer älter werdenden Gesellschaft, ein selbstbestimmtes
1133 Leben ermöglicht. Wir fördern inklusive Sportangebote, die allen Menschen offenstehen, egal
1134 welche körperlichen und psychischen Voraussetzungen, welche Herkunft, welches Geschlecht,
1135 welches Alter, welchen sozialen und finanziellen Hintergrund oder welche sexuelle
1136 Orientierung und sexuelle Identität der einzelne Mensch hat. Die Vielfalt aller
1137 Berliner*innen muss sich auch in den Führungspositionen der Vereine und Sportverbände
1138 widerspiegeln.

1139 Berlin wächst und damit auch der Bedarf an Sportstätten. Aus ökologischer Sicht ist es
1140 geboten, vorhandene Sportanlagen besser auszulasten, bevor wir mit Neubauten Flächen
1141 versiegeln. Wenn nicht bereits geschehen, können die Außengelände von beispielsweise Schulen
1142 umfassender genutzt werden, indem sie nach Schulschluss für die Allgemeinheit geöffnet
1143 werden. Wo nötig werden wir auch neue Sportanlagen bauen.

1144 **Bäder für die Berliner*innen – Schwimmen ist eine Überlebenstechnik und gut für die 1145 Gesundheit**

1146 Jedes Kind in Berlin soll Schwimmen lernen. Wir können nicht hinnehmen, dass immer wieder
1147 Menschen ertrinken, weil sie nicht schwimmen können. Wir wollen deshalb den
1148 Schulschwimmunterricht qualifizieren, indem wir die erfolgreichen "Schulschwimmzentren" auf
1149 ganz Berlin ausweiten. Zudem wollen wir die Öffnungszeiten der Berliner Bäderbetriebe
1150 verlängern, damit alle Schulklassen die Möglichkeit zum Schwimmunterricht bekommen und sich
1151 die Nutzung der Bäder besser verteilt. Darüber hinaus wollen wir prüfen, ob
1152 Kooperationsverträge mit anderen Schwimmhallen, etwa in Hotels oder Fitnessstudios,
1153 abgeschlossen werden können, um die vorhandenen Kapazitäten besser zu nutzen.

1154 Wir wollen die Berliner Bäderbetriebe zu einem modernen Dienstleistungsunternehmen
1155 umstrukturieren, das sich an den Bedürfnissen der Bürger*innen orientiert. Die Preisstruktur
1156 soll transparent sein und allen Berliner*innen die Nutzung der Schwimmbäder ermöglichen. Wir

1157 haben in den letzten Jahren viel Geld für die Sanierung der Bäder bereitgestellt, aber wie
1158 bei den Sportstätten ist auch bei den Bädern ein langer Atem nötig, bis alle Bäder wieder in
1159 Schuss sind. Bei Um- und Neubauten achten wir darauf, dass sie barrierefrei und ökologisch
1160 sind.

1161 Wir fördern inklusive Sportangebote, die allen Menschen offenstehen, egal welche
1162 körperlichen und psychischen Voraussetzungen, welche Herkunft, welches Geschlecht, welches
1163 Alter, welchen sozialen und finanziellen Hintergrund oder welche sexuelle Orientierung und
1164 geschlechtliche Identität der einzelne Mensch hat. Die Vielfalt aller Berliner*innen muss
1165 sich auch in den Führungspositionen der Vereine und Sportverbände widerspiegeln.

1166 **Jetzt ganz konkret: Bündnisgrüne Projekte für die Zukunft Berlins**

1167 **1. „Masterplan 50 Prozent Gemeinwohl“ – Wohnen ist keine Ware**

1168 Wir sagen Verdrängung und Immobilienspekulation den Kampf an. Schon jetzt nutzen wir
1169 Bündnisgrüne das Vorkaufsrecht wo immer möglich. Mit unserem „Masterplan 50 Prozent
1170 Gemeinwohl“ sollen mindestens 50 Prozent aller Wohnungen in Berlin in gemeinwohlorientierte
1171 Hände kommen. Um das Vorkaufsrecht effektiv nutzen zu können, treffen wir die notwendige
1172 finanzielle Vorsorge für die landeseigenen Wohnungsunternehmen. Mit gemeinwohlorientierten
1173 Genossenschaften, Stiftungen oder Projekten wie dem Mietshäuser-Syndikat werden wir eine
1174 Kooperationsvereinbarung abschließen. Dabei gilt es auch nötige Flächen in Erdgeschoss und
1175 gewerblichen Gebäuden zu sichern für Gemeinbedarfsflächen, Nachbarschaftstreffs, Stadtteil-
1176 und Familienzentren, Kleingewerbe und Kultur.

1177 **2. Förderung, die ankommt – Armut von Familien und Kindern beenden**

1178 180.000 Kinder in Berlin leben in Familien, die auf Transferleistungen angewiesen sind. Die
1179 Kinder- und Familienförderung des Bundes ist ein Chaos – die einzelnen Leistungen sind so
1180 unübersichtlich, dass sie nicht bei den Familien und Kindern vor Ort ankommen. Solange das
1181 Chaos an Familienleistungen auf Bundesebene nicht sortiert ist, lösen wir es in Berlin auf
1182 und schaffen „Familienservicebüros“ in allen Bezirken. Nicht Eltern sollen für Kindergeld,
1183 Elterngeld oder Wohnberechtigungsschein immer wieder Unterlagen einreichen müssen. Ein*e
1184 Sachbearbeiter*in soll für jede Familie alle notwendigen Unterlagen bereitstellen und
1185 verarbeiten. Auch unterschiedliche Leistungen aus Jugendamt und Sozialamt sollen
1186 zusammenfließen: ein Ort, alle Leistungen.

1187 **3. Ein neues Landesamt für Unterbringung – jeder Mensch braucht ein Zuhause**

1188 Menschen brauchen ein Dach über dem Kopf und eine Perspektive auf ein eigenständiges Leben –
1189 egal ob Menschen geflüchtet sind, seit langem auf der Straße leben oder gerade die Wohnung
1190 verloren haben. Bisher sind die Bezirke für die Unterbringung von obdachlosen Menschen
1191 zuständig, das Land Berlin für die Unterbringung von Geflüchteten – konkret das Landesamt
1192 für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF), das hier große Expertise aufgebaut hat. Diese
1193 Kompetenzen wollen wir für alle Menschen in Berlin nutzen. Darum werden wir das LAF zu einem
1194 neuen „Landesamt für Unterbringung“ weiterentwickeln. In diesem Zuge setzen wir uns für eine
1195 schnelle, dezentrale Unterbringung geflüchteter Menschen ein und wirken auf Bundesebene
1196 darauf hin, dass geflüchtete Menschen nicht mehr gezwungen werden in
1197 Erstaufnahmeeinrichtungen zu wohnen.

1198 **4. Pflege ist systemrelevant – Arbeitsbedingungen verbessern**

1199 Pflege ist systemrelevant, wir alle sind in Krankheitszeiten und im Alter darauf angewiesen.
1200 Das muss sich auch in den Arbeitsbedingungen widerspiegeln. Körperlich anstrengende Arbeit,
1201 Schichtsystem, Personalknappheit und geringe Bezahlung haben dazu geführt, dass viele
1202 ausgebildete Pflegekräfte diesem Beruf den Rücken gekehrt haben. Wir wollen ausgestiegene
1203 Fachkräfte in den Beruf zurückholen. Und wir wollen die Arbeitsbedingungen so verbessern,

1204 dass auch eine Vollzeitätigkeit attraktiv wird – hin zu mehr Flexibilität und Mitsprache
1205 bei den Dienstzeiten und einer deutlich besseren Vergütung ungünstiger Arbeitszeiten. Auch
1206 in vielen Care Berufen schrecken schon die Ausbildungsbedingungen ab. Auch hier wollen wir
1207 faire Bedingungen für Auszubildende und Studierende in diesen Berufen schaffen - dazu zählt
1208 eine angemessene Bezahlung bereits in der Ausbildung, angefangen von den Ärzt*innen im
1209 Praktikum bis hin zu den Pflegekräften, gerade mit Blick auf die Akademisierung der
1210 Pflegeausbildung.

1211 **5. Bezirkliche Gesundheitsämter aufwerten - bessere Personalausstattung**

1212 Den Pakt für Stärkung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes werden wir nutzen und für mehr
1213 Personal und bessere Ausstattung einsetzen. Dies flankieren wir mit einer
1214 Qualifizierungsoffensive und der Etablierung systematischer und berufsbegleitender
1215 Weiterbildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten. Mit bezahlter Freistellung und Kostenübernahmen
1216 wollen wir die Public Health-Expertise im ÖGD weiter ausbauen. Dazu gehören die
1217 Weiterbildungen zu Fachärzt*innen für den ÖGD genauso wie Abschlüsse in Public Health,
1218 Epidemiologie oder Health Professions Education. Dazu streben wir Kooperationen mit den
1219 Berliner Hochschulen an.

Beschluss (vorläufig)

Kapitel 4: Zukunft schaffen – Innovationen und Chancen

Gremium: LDK
Beschlussdatum: 20.03.2021
Tagesordnungspunkt: K-4 Kapitel 4

1 4. Zukunft schaffen - Innovationen und Chancen

2 Wir stellen die Zukunft der Berliner*innen in den Mittelpunkt. Für uns beginnt das bei den
3 Kleinsten, in der Kita, gilt für Schulkinder und Jugendliche in Ausbildung, bis zu
4 Studierenden, Wissenschaftler*innen und in der Wirtschaft. Wir sind der festen Überzeugung:
5 Berlin muss Stadt des Wissens, der Innovation, Nachhaltigkeit und der Zukunft werden.
6 Deswegen haben wir uns 2016 mit großen Schritten in Richtung Zukunft aufgemacht und
7 investiert: in Bildung und Wissenschaft, in Innovation, in Klimaschutz und in mehr
8 Solidarität.

9 Mit Innovation und Nachhaltigkeit aus der Krise

10 Die Corona-Pandemie ist für viele ein herber Schlag, auch für die Berliner Wirtschaft. Von
11 heute auf morgen brachen allen voran der Tourismuswirtschaft, den Restaurants, der Kultur-
12 und Veranstaltungsbranche die Besucher*innen und Gäste und damit die Einnahmen weg. Uns war
13 es wichtig, den Tausenden Menschen, Solo-Selbstständigen und kleinen und mittleren
14 Unternehmen schnell und unbürokratisch Unterstützung zukommen zu lassen. Auf dem Weg aus der
15 Krise zahlt sich nun aus, dass wir schon vor Corona in die Zukunftsbranchen
16 Digitalwirtschaft, Gesundheit und neue Mobilität investiert haben – genau das werden wir
17 fortsetzen. Berlin ist Start-up-Hauptstadt mit einer starken Digitalwirtschaft, wir machen
18 Berlin zum Zentrum der Innovation und Nachhaltigkeit für ganz Deutschland. Unsere
19 Landesunternehmen sollen Vorreiter und Leuchttürme des nachhaltigen Wirtschaftens werden –
20 mit verbindlichen jährlichen Zielmarken.

21 Neue Chancen und Perspektiven in guter Arbeit

22 Eine gute Zukunft gibt es nur, wenn es für alle gut wird. Darum orientieren wir uns an
23 Gemeinwohl und Nachhaltigkeit. Gut ist, was gute Arbeit schafft. Während der gesetzliche
24 Mindestlohn unter 10 Euro liegt, haben wir den Berliner Landesmindestlohn auf 12,50 Euro
25 angehoben, bei Ausschreibungen gilt Tariftreue. Wir finden, von Arbeit muss man leben
26 können. Outsourcing haben wir zurückgedrängt und auch für kreative Honoraruntergrenzen
27 eingezogen. Diese Arbeit wollen wir fortsetzen. Menschen, die lange arbeitslos waren, wollen
28 wir eine neue Perspektive geben und dazu unser „Berliner Perspektiven Programm für
29 Langzeitarbeitslose“ auf den Weg bringen: neue Möglichkeiten, öffentlich gefördert und
30 verbunden mit Ausbildung und Qualifizierung.

31 Zukunft schaffen beginnt bei den Kleinsten

32 Die gute Entwicklung von Kindern hat bei uns höchste Priorität. Vor allem heißt das: mehr
33 Kitaplätze, mehr gutes Personal und mehr Qualität in der frühkindlichen Bildung. Fachkräfte
34 sollen sich individueller um die Entwicklung jedes einzelnen Kindes kümmern können. Das ist
35 unser Ziel und dazu werden wir den Beruf Erzieher*in attraktiver machen und Schule als Team
36 aus Lehrkräften, Erzieher*innen, IT-Support, Management sowie Verwaltung und vielem mehr
37 aufstellen. Den Schulalltag wollen wir stärker an den Bedürfnissen von Kindern orientieren.
38 Wir wollen eine Kultur des Lernens, die sich nicht an Defiziten orientiert, sondern

39 Fähigkeiten in den Mittelpunkt stellt. Damit Schule funktionieren kann, muss das Umfeld
40 stimmen – genug Platz in den Gebäuden und Räumen, ausreichend Personal, saubere Schulen und
41 gutes Bioessen aus der Kantine. Und wir wollen, dass Kinder mit ganz unterschiedlichen
42 Hintergründen so lange wie möglich zusammen in einer Schule lernen. Nur so schaffen wir ein
43 durchlässiges Schulsystem, das allen Kindern, unabhängig vom Elternhaus, immer wieder neue
44 Chancen bietet.

45 **Lebenslanges und lebensbegleitendes Lernen**

46 Das Lernen hört in der Schule nicht auf, sondern setzt sich lebenslang fort. Dafür leisten
47 unter anderem die Volkshochschulen in Berlin einen unverzichtbaren Beitrag. Sie stehen dabei
48 laufend vor der Herausforderung, die soziale Teilhabe zu gewährleisten, niedrigschwellige
49 Bildungsangebote zur Verfügung zu stellen und dem Wandel durch die Digitalisierung gerecht
50 zu werden. Wir haben diesen Weg zuletzt auch finanziell gefördert und weiter dafür arbeiten
51 die Volkshochschulen als zentralen Pfeiler in der Erwachsenenbildung weiter zu stärken.

52 **Wissen schafft Zukunft**

53 „Listen to the Science“ – hört auf die Wissenschaft – ist einer der wichtigsten Sätze der
54 Klimabewegung geworden. Für uns ist er ein Grundsatz unserer aufgeklärten Demokratie und
55 Gesellschaft und unserer Politik. Wir wollen in Zeiten von „Fake News“ den Dialog zwischen
56 Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft ausbauen und stehen fest an der Seite unabhängiger
57 Wissenschaftler*innen. Dafür braucht es an Berlins Hochschulen eine gute Finanzierung und
58 gute Arbeitsbedingungen. Diesen Anspruch haben wir schon 2016 in die Arbeit der Koalition
59 aufgenommen und von 2018 bis 2022 die Landesmittel jährlich um 3,5 Prozent erhöht. Unser
60 Ziel ist, dass mit zusätzlichem Geld vordringlich befristete und prekäre Beschäftigungen in
61 gute Arbeitsverhältnisse umgewandelt werden. Indem wir die demokratische Selbstverwaltung in
62 den Hochschulen stärken, den Zugang zu unseren Hochschulen weiter öffnen, flexibles
63 Studieren ermöglichen und Nachhaltigkeit noch stärker in unserer Wissenschaftslandschaft
64 verankern, schaffen wir Wissen für die Zukunft. Dass davon auch die Berliner Wirtschaft
65 profitiert, zeigen die elf Zukunftsorte Berlins – vom Wissenschafts- und Technologiepark
66 Adlershof über die geplante neue Urban Tech Republic am TXL bis zum CleanTech Business Park
67 in Marzahn – hier vereinen wir Wirtschaft und Wissenschaft bereits erfolgreich.

68 **Glasfaser und WLAN für die ganze Stadt**

69 Die Digitalwirtschaft ist ein zentraler Motor der wirtschaftlichen Entwicklung in Berlin.
70 Gleichzeitig nutzen Schulen Internetanschlüsse, die wir von zuhause kennen. Wir wissen um
71 diese Lücke und erarbeiten eine Digitalisierungsstrategie. Dafür braucht es zentrale
72 Zuständigkeiten, Glasfaser für alle in Berlin.

73 Wir sehen diese Entwicklung als große Chance für mehr Klimaschutz und Teilhabe. Darum wollen
74 wir bis 2025 WLAN für alle in der ganzen Stadt ermöglichen – in Berlins Rathäusern und
75 Schulen, auf Bahnhöfen, in Bussen und Bahnen, in Bibliotheken und Museen, auf öffentlichen
76 Plätzen und in Parks. Bei der Umsetzung wollen wir noch stärker Initiativen wie Freifunk
77 einbinden. Ein Rechtsanspruch auf einen schnellen Internetanschluss bis 2025 soll zudem
78 gesellschaftliche Teilhabe sichern.

79 Wir haben ein Berlin vor Augen, das mutig den Weg in die Zukunft weitergeht – eine Zukunft,
80 in der die Welt auf die Hauptstadt der Innovationen schaut und in der Menschen in jeder
81 Phase ihres Lebens wissen: Die nächste Chance wartet bereits auf mich.

82 **4.1 Wirtschaften für die Zukunft**

83 Berlin steht wie keine zweite Stadt in Deutschland für Innovation und Freiheit. Die Berliner
84 Wirtschaft ist im Um- und Aufbruch und bereit für die Zukunft. Der Erfindergeist ist zurück

87 in der Stadt: Als unumstrittene Start-up-Hauptstadt erlebt Berlin eine neue Gründerzeit. An
88 der Spree werden die Trends der Digitalisierung ersonnen und von uns gefördert. Auf dieser
89 Grundlage ist eine starke Digitalwirtschaft in der Stadt gewachsen, nahezu alle Dax- und
90 zahlreiche internationale Konzerne haben ihre Digitaltöchter in Berlinangesiedelt.

91 Bis zum Frühjahr 2020 stand Berlin an der Spitze der wirtschaftlichen Entwicklung in
92 Deutschland. Nirgends stiegen Löhne und sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen so
93 stark wie hier in Berlin. In den letzten Jahren sind rund 150.000 neue
94 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze entstanden. Gute Arbeit mit guten Löhnen – und
95 besonders erfreulich: all dies mit sinkenden CO₂-Emissionen.

96 Die Corona-Pandemie ist ein Einschnitt für die Berliner Wirtschaft. Selbstständige,
97 Gastronomie, Tourismuswirtschaft, Veranstaltungsbranche und viele Künstler*innen haben
98 erlebt, wie Einnahmen von einem auf den anderen Tag wegbrachen. Es war richtig und uns sehr
99 wichtig, in dieser Situation für Tausende Menschen schnell und unbürokratisch Hilfe zu
100 leisten. Nach dieser ersten Hilfe arbeiten wir nun daran, neue Impulse für die Konjunktur zu
101 setzen und Unternehmen krisenfest zu machen.

102 Und es gibt allen Grund anzunehmen, dass die Stadt nach der Pandemie an die Erfolge der
103 letzten fünf Jahr anknüpfen kann, wenn wir die richtigen Schlüsse ziehen: Krisenresilienz
104 stärken, Digitalisierung voranbringen und die Dekarbonisierung der Industrie zur Bekämpfung
105 der Klimakrise vorantreiben. Die Berliner Wirtschaft wird für den Rest des Landes und der
106 Welt Lösungen genau dafür anbieten können. Denn wir haben mit unserer Clusterstrategie und
107 dem Fokus auf Mobilität, Energietechnik, Gesundheits- und Digitalwirtschaft in den letzten
108 Jahren die Weichen für die Zukunft gestellt. Mit der Digitalagentur haben wir eine Akteurin
109 geschaffen, die nun tatkräftig die Unternehmen beim digitalisierten Neustart unterstützt.
110 Die bundesweit einmalige Berliner Mischung aus engagierter Zivilgesellschaft, Wissenschaft,
111 Forschung und Wirtschaft - nicht nur in den elf Zukunftsorten, sondern an vielen Stellen in
112 der Stadt - macht Berlin innovationsstark. Nirgends in Deutschland ist die Dichte von
113 Forschungs- und Entwicklungshubs höher als hier. All dies ist essentiell, um die Krise zu
114 überwinden und Lösungen für eine Zeit nach Corona zu bieten.

115
116 Den Neustart nach der Pandemie wollen wir dafür nutzen, bei Messen und Großveranstaltungen
117 ebenfalls auf Nachhaltigkeit und Innovation zu setzen. Das Land Berlin muss seinen Einfluss
118 bei der Messe Berlin nutzen, um deren Kongresse und Veranstaltungen, wie beispielsweise die
119 ILA oder die ITB, anhand klarer Kriterien auf Nachhaltigkeit und die Achtung der
120 Menschenrechte auszurichten. Hier darf der Profit nicht an erster Stelle stehen.

121 Wir bringen neue Industrie, Digitalisierung, Dekarbonisierung und emissionsfreie Produktion
122 zusammen. Lärm und Gestank sind längst nicht mehr notwendig für die Industrie von heute.
123 Wohnen, forschen, arbeiten und leben an einem Ort: Das ist für uns die Berliner Mischung.
124 Wir vernetzen Industrie, Forschung und Digitalwirtschaft in konkreten Verbundprojekten. Wir
125 verbinden Stadtentwicklung und industrielle Leuchtturmprojekte, um Berlin zur
126 Referenzplattform für Zukunftstechnologien auszubauen. Die Entscheidung von Siemens, hohe
127 dreistellige Millionenbeträge in die Siemensstadt zu investieren, ist Ausweis dafür. Die
128 Siemensstadt 2.0. zeigt, wie das Schlagwort der „urbanen Industrie“ mit Leben gefüllt werden
129 kann. Und mit der Urban Tech Republic und dem Schumacher Quartier am ehemaligen Flughafen
130 Tegel entsteht in den nächsten Jahren ein weiterer Zukunftsort im Norden unserer Stadt, der
131 Technologie, Forschung, Gewerbe, Industrie, Wohnen und Naherholung verbindet.

132 **Berlin für Fachkräfte attraktiv halten**

133 Standortentscheidungen werden längst auch nach der Verfügbarkeit von Fachkräften getroffen.
134 Und Fachkräfte kommen in Regionen und Städte, die aus beruflicher wie privater Perspektive
135 gleichermaßen attraktiv sind. Bezahlbare Mieten, eine hohe Lebensqualität, gute Bildung und

136 erleichterter Familiennachzug sind dafür die Voraussetzungen. Diese vermeintlichen
137 Wohlfühlthemen sind mittlerweile harte Standortfaktoren für unsere Stadt zur Bindung von
138 Fachkräften.

139 Berlin ist und bleibt eine internationale Stadt. Erst der internationale Zuzug von Talenten
140 macht Berlin wirtschaftlich erfolgreich. Mit dem Business Immigration Center unterstützen
141 wir Unternehmen aktiv, Arbeitskräfte zu gewinnen. Aber auch Nicht-Fachkräfte bereichern
142 unsere Stadt - Menschen bringen mehr mit als ihre reine Arbeitskraft. Deshalb setzen wir
143 uns auf Bundesebene für ein Einwanderungsgesetz ein, das neue Zugangswege für Bildungs- und
144 Arbeitsmigration auch im gering- und unqualifizierten Bereich schafft. Zugleich gilt es die
145 Anstrengungen zur Aus- und Weiterbildung zu verstärken und die Durchlässigkeit zwischen
146 akademischer und beruflicher Bildung zu stärken und die Gleichwertigkeit der Bildungswege
147 fördern. Wir wollen in den Ausbau der Verbundausbildung investieren und die Kooperation
148 zwischen Hochschulen und Weiterbildungszentren intensivieren.

149 Zentrale Voraussetzung für einen international attraktiven Standort für Studierenden und
150 Akademiker*innen sind diskriminierungssensible Hochschulen. Deswegen setzen wir uns dafür
151 ein, dass im Hochschulgesetz unabhängige Beauftragte für Diversität verankert werden. Die
152 Hochschulen Berlins sollen dabei in der Besetzung der Stellen sich abstimmen, um in den
153 Beauftragten möglichst vielfältige Diskriminierungsmerkmale persönlich vertreten und so
154 Betroffene besser ansprechen zu können.

155 **Verfügbare Gewerbeflächen und bezahlbare Gewerbemieten**

156 Eine der größten Hürden für Berlins kleine und mittelständische Unternehmen (KMUs) sind die
157 rasant steigenden Gewerbemieten und die zunehmende Flächenkonkurrenz. Um dieser Entwicklung
158 Einhalt zu gebieten, haben wir den Ausverkauf von Berliner Flächen grundsätzlich beendet und
159 Gewerbeimmobilien sukzessive angekauft und weiterentwickelt. Diesen Weg des Flächenankaufs
160 wollen wir ausbauen und dafür eintreten, dass Gewerbeflächen nicht in Wohnflächen
161 umgewandelt werden. Im Bundesrat setzen wir uns für eine Gewerbemietpreisbremse ein und
162 werden prüfen, inwieweit auch bei Gewerbemieten von Landesebene aus diese Mieten gedeckelt
163 werden können. Um die lokale Tischlerin oder den lokalen Schuster zu unterstützen, werden
164 landeseigene Gewerbehöfe entwickelt. Der neue Weg ist eingeschlagen, wir werden ihn
165 weitergehen und Druck machen.

166 **Die Berliner Wirtschaft wird zum Leuchtturm der Nachhaltigkeit**

167 Für uns Grüne sind gute Arbeit, gesellschaftlicher Mehrwert, Innovation und der Schutz der
168 natürlichen Lebensgrundlagen zentrale Leitplanken unserer Wirtschaftspolitik. Wir haben die
169 Berliner Wirtschaft in den vergangenen Jahren auch sozialer und ökologischer gemacht und die
170 Förderinstrumente der Wirtschaftspolitik auf Klimaschutz ausgerichtet. Gleichzeitig ist der
171 Energieverbrauch im verarbeitenden Gewerbe in den vergangenen Jahren stetig gesunken.
172 Nirgendwo sonst in Deutschland gibt es so viele Start-ups, die für Klimaschutz und die
173 Energiewende Lösungen entwickeln.

174 Auch Berlins Industrie ist im Umbruch, auf dem Weg hin in ein Kohle- und Öl-freies
175 Zeitalter. Das unterstützen wir: eine grüne Industrie ist in Berlin herzlich willkommen. Die
176 Perspektive von Beschäftigten, Betriebsrät*innen und Gewerkschaften einzubeziehen und ihre
177 Rolle zu stärken, ist für uns ein zentrales Element beim Aufbau einer gemeinwohlorientierten
178 Wirtschaftsordnung.

179 Mit dem Ziel „Berlin als Leuchtturm der Nachhaltigkeit“ wollen wir noch mehr Anreize setzen.
180 Mit einem umfassenden Beratungsangebot für Investor*innen wollen wir sicherstellen, dass
181 mehr Geld in Nachhaltigkeit angelegt und investiert wird. Gemeinsam mit Expert*innen aus
182 öko-sozialen Unternehmen, Fachexpertise und privaten Investor*innen wollen wir Kriterien
183 entwickeln, die sozial-nachhaltige Investments erleichtern.

184 Wachstum ist für uns kein Selbstzweck. Weil wir der Überzeugung sind, dass es sich innerhalb
185 der planetaren Grenzen bewegen muss, setzen wir auf alternative Wirtschaftsmodelle, die
186 Nachhaltigkeit und Gemeinwohl in den Mittelpunkt stellen. Dabei orientieren wir uns wie
187 beispielsweise Amsterdam an der Idee einer Donut-Ökonomie, die Ökologie und Soziales
188 vereint.

189 Wir haben zudem sichergestellt, dass soziale und gemeinwohlorientierte Unternehmen sowie die
190 solidarische Ökonomie Zugang zu den Förderprogrammen des Landes haben. Demokratisierte
191 Betriebe, in denen gleichberechtigt Arbeit und Lohn verteilt werden, wollen wir zukünftig
192 stärken und Fördermaßnahmen prüfen. Wir unterstützen sie mit festen Partner*innen in der
193 Wirtschaftsverwaltung und erarbeiten aktuell in Zusammenarbeit Strategien für ihre optimale
194 Förderung – von einem sozialen Innovationszentrum über Beratung bis hin zum Austausch. Damit
195 haben wir begonnen, diesen Wirtschaftszweig endlich aus der Nische zu holen! Diese Arbeit
196 wollen wir fortsetzen. Wir verstetigen die neu eingerichtete Informations-, Beratungs- und
197 Vernetzungsstelle, einschließlich einer speziellen Gründungsberatung und verbessern den
198 Zugang zu öffentlichen Aufträgen (Vergabe). Damit setzen wir ein Zeichen für nachhaltiges
199 und gemeinwohlorientiertes Wirtschaften.

200 **Klimaneutrale Landesunternehmen im Dienst der Berliner*innen**

201 Die landeseigenen Unternehmen sichern für die Berliner*innen ganz wesentliche Bereiche der
202 Grundversorgung: beim Wasser, bei der Stadtreinigung oder beim öffentlichen Nahverkehr. Wir
203 wollen bezahlbare, stabile Preise für die Berliner*innen sichern und die
204 Investitionsfähigkeit der Unternehmen erhöhen, zugleich sind diese Unternehmen Vorbilder für
205 gute Arbeit und Equal Pay in Berlin. Die Landesunternehmen sollen als Vorbilder des
206 ressourcenschonenden und klimafreundlichen Wirtschaftens voranschreiten. Dabei ist für uns
207 auch die Investitionsbank Berlin (IBB) eine wichtige Akteurin. Um das 1,5-Grad-Limit
208 einzuhalten, müssen unsere landeseigenen Unternehmen so schnell wie möglich klimaneutral
209 werden und einen Fahrplan dafür bis 2022 vorlegen. Wichtig sind uns verbindliche Ziele zu
210 Kreislaufwirtschaft und ökologischen Baustoffen, zur nachhaltigen IT und zur Umsetzung von
211 Klimaneutralität.

212 Die Nachhaltigkeitsberichterstattung der landeseigenen Unternehmen wollen wir
213 weiterentwickeln und lassen uns dabei vom UN Global Compact und der Gemeinwohl-Bilanz
214 inspirieren. Auch die Finanzanlagen des Landes und der landeseigenen Unternehmen sollen noch
215 stärker an Nachhaltigkeit ausgerichtet werden.

216 **Chancen stärken – Vielfalt als Kompetenz und Standortvorteil**

217 Nicht alle Berliner*innen haben die gleichen Chancen – das gilt leider auch in der
218 Wirtschaft. Weil Berlin nur dann wirtschaftlich stark ist, wenn alle hier ihre Ideen, ihren
219 unternehmerischen Mut und ihre Fähigkeiten einbringen können, haben wir Austausch und
220 Seminare für Gründer*innen of Color an der IBB eingeführt und verleihen seit 2019 den Preis
221 „Vielfalt unternimmt – Berlin würdigt migrantische Unternehmen“. Diese Unterstützung und
222 Sichtbarmachung wollen wir fortsetzen und mit anonymisierten Bewerbungen auf Förderprogramme
223 verstärken sowie Netzwerke zur Förderung von Menschen mit Migrationsgeschichte verstetigen
224 und weiterhin unterstützen. Darüber hinaus wollen wir die Ausschreibungspraxis sowohl im
225 öffentlichen Dienst als auch in der privaten Wirtschaft dahingehend verändern, dass sie den
226 Erfahrungen, die Menschen in einer Migrationsgesellschaft machen, entsprechen und zum
227 Beispiel Qualifikationen wie Mehrsprachigkeit die Vielfalt der Berliner Stadtgesellschaft
228 widerspiegeln.

229 Mit der Gründung der Unternehmerinnen-Akademie fördern wir Weiterbildung und Vernetzung von
230 Frauen. Gremien und Auswahlkommissionen für Gründungsförderungen wollen wir divers besetzen.
231 Stolz sind wir auf den bundesweit höchsten Anteil von Frauen in Aufsichtsräten und

232 Vorständen in landeseigenen Unternehmen: satte 51,5 Prozent. Damit dies so bleibt, wollen
233 wir die Weiterbildung von Frauen mit dem konkreten Ziel, eine Aufsichtsratsposition
234 einzunehmen, zur Hälfte bezuschussen. In der Privatwirtschaft sowie im öffentlichen Dienst
235 sind Frauen in Führungspositionen immer noch unterrepräsentiert. Dabei ist längst
236 nachgewiesen, dass Betriebe, in denen Frauen an der Unternehmensführung beteiligt sind,
237 nachhaltiger und innovativer sind. Wir stehen weiterhin zur Frauenquote und setzen uns auf
238 Bundesebene dafür ein, dass der Anteil von Frauen in Führungsfunktionen und Aufsichtsräten
239 auf mindestens 50 Prozent gesteigert wird. Außerdem wollen wir Frauen die Gründung von
240 Unternehmen erleichtern und Gründerinneninitiativen stärken. Deshalb setzen wir uns für
241 Stipendien und Fonds für weibliche Gründerinnen ein. An Hochschulen und
242 Forschungseinrichtungen wollen wir Mentorinnen-Programme fördern und in den Gründungszentren
243 die Gender- und Diversitykompetenz ausbauen. Landeseigene Betriebe sollen künftig eine noch
244 größere Vorbildfunktion für eine Unternehmenskultur einnehmen, die unserer diversen
245 Stadtgesellschaft entspricht. Gemeinsam mit ihnen werden wir daher verbindliche Standards
246 bezüglich einer diversitätsorientierten Organisations- und Personalentwicklung und eines
247 diskriminierungskritischen Beschwerdemanagements für Mitarbeiter*innen und Kund*innen
248 festlegen.

249 **4.2 Gute Arbeit für ein gutes Leben – wir ebnen neue** 250 **Wege**

251 Arbeit ist mehr als Broterwerb. Tätig zu sein bedeutet Sinn im Leben, Menschen wollen sich
252 einbringen. Das gilt im Job, für zivilgesellschaftliche Arbeit, für Erziehungs- und
253 Familienarbeit oder Arbeit in der Nachbarschaft, um den Kiez zu verschönern. Wir wollen all
254 das gleichermaßen ermöglichen. Voraussetzung ist, dass Jobs Zukunftsperspektiven bieten und
255 gute Arbeitsbedingungen Sicherheit geben und Freiräume schaffen. Wenn Menschen unter
256 prekären Verhältnissen arbeiten, wenn das Einkommen nicht für die Miete reicht, ist
257 gesellschaftliche Teilhabe in weiter Ferne. Berlin war in den letzten Jahrzehnten immer auch
258 Hauptstadt der prekären Beschäftigung. In den vergangenen Jahren sind wir die Missstände
259 angegangen.

260 Geschlechter- und Lohngerechtigkeit ist zentrales Anliegen unserer Politik. Wir kämpfen für
261 die gleiche Bezahlung von Frauen und Männern und unterstützen tarifliche Verbesserungen bei
262 sogenannten typischen Frauenberufen. Es braucht mehr Anstrengungen, um die strukturelle
263 Diskriminierung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt zu verringern. Wir wollen die
264 Frauenerwerbsquote erhöhen, indem wir unter anderem die Kinderbetreuung ausbauen und
265 Arbeitgeber*innen anhalten, Männern die Vereinbarkeit von Beruf- und Familien zu
266 erleichtern. Wir werden eine frauenpolitische Strategie für den Berliner Arbeitsmarkt
267 erarbeiten, die insbesondere die Situation von Alleinerziehenden berücksichtigt.

268 **Gute Arbeit im öffentlichen Auftrag**

269 Gute Bezahlung ist die Basis. Mit dem Landesmindestlohn und dem Vergabemindestlohn haben wir
270 große Schritte nach vorne gemacht. Während der allgemeine Mindestlohn unter der 10-Euro-
271 Schallmauer festhängt, sind in Berlin 12,50 Euro in Landesunternehmen und bei öffentlichen
272 Ausschreibungen die verlässliche Untergrenze – und mehr noch, Voraussetzung für einen
273 Auftrag ist nun Tariftreue. Wir arbeiten konsequent gegen Outsourcing und werden die
274 Landesmittel für die Hochschulen mit dem Thema „gute Arbeit in der Wissenschaft“ verknüpfen
275 und die Mittel dafür weiter anheben. In Musik- und Volkshochschulen haben wir die Honorare
276 spürbar erhöht. Zudem haben wir in Musikschulen einen Teil der Honorarlehrkräfte fest
277 angestellt. An den Volkshochschulen haben wir uns für eine bessere soziale Absicherung der
278 freiberuflichen Dozent*innen eingesetzt und werden dies auch weiterhin tun.
279 Tarifsteigerungen in Kultureinrichtungen haben wir als strukturellen Mehrbedarf anerkannt
280 und finanziell ausgeglichen. Bei Mindesthonoraren im Kulturbereich ist Berlin bundesweit
281 Vorreiterin. Bei der Polizei und der Feuerwehr haben wir neue Stellen geschaffen und viele

282 Kolleg*innen in der Besoldung hochgestuft. Und mit dem Ende der Legislaturperiode werden
283 Beamt*innen endlich den Durchschnitt der Besoldung anderer Bundesländer erreichen. Als es
284 darum ging, die Erzieher*innen besser zu bezahlen, haben wir Bündnisgrüne dafür gesorgt,
285 dass die Erhöhung über den gemeinsamen Tarifvertrag der Bundesländer erfolgte statt über
286 eine monatliche Zulage. Die Erhöhung der Stufen im Tarifvertrag ist doppelt sozial, denn
287 anders als die Zulage sind sie auch rentenwirksam und beugen somit Altersarmut vor.

288 Dabei nutzen wir alle Einflussmöglichkeiten und prüfen jeweils das beste Mittel – wir wollen
289 weitere Festanstellungen, höhere Mindesthonorare in der Kultur, eine strenge Durchsetzung
290 von Landesmindestlohn und Tariftreue in der Vergabe. Darüber hinaus wollen wir Tariftreue
291 und Tariftreue auch bei Zuwendungs- und entgeltfinanzierten Leistungen, beispielsweise in
292 der Jugendhilfe und der Eingliederungshilfe, befördern.

293 **Neue Wege in Arbeit ebnen**

294 Menschen neue Wege in die Arbeit und die Zukunft ebnen ist zentraler Anspruch grüner
295 Arbeitsmarktpolitik. Besonders schwierig ist die Lage für Menschen, die nicht jeden Job
296 bedingungslos annehmen können, wie Alleinerziehende, strukturell durch Alter oder Rassismus
297 Benachteiligte oder Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen. Auf diese wollen wir uns
298 besonders fokussieren.

299 Das Teilhabechancengesetz der Bundesregierung bietet Möglichkeiten, Menschen, die lange
300 keiner Erwerbsarbeit nachgegangen sind, den Wiedereinstieg zu ermöglichen – im öffentlich
301 geförderten Arbeitsmarkt, aber auch in Unternehmen, die zu ihrer sozialen Verantwortung
302 stehen. Wir wollen die neuen Bundesmittel nutzen und sie mit einem „Berliner Chancen-
303 Programm“ ergänzen. Derzeit werden 1.000 Stellen über ein Landesförderprogramm unterstützt,
304 leider nur im Rahmen zusätzlicher Tätigkeiten und ohne sinnvolle Verknüpfung zum
305 Teilhabechancengesetz und zu EU-Mitteln. Wir wollen das Engagement auf Landesebene
306 ausweiten, dabei aber die Mittel aus Europa, Bund und Land sinnvoll verschränken, statt
307 Doppelstrukturen aufzubauen. Ziel ist, einen substantiellen öffentlich geförderten
308 Beschäftigungssektor aufzubauen, aber auch dafür Sorge zu tragen, dass Unternehmen des
309 ersten Arbeitsmarkts zu ihrer sozialen Verantwortung stehen.

310

311 **Blick in die Zukunft: Ein Pilotprojekt für ein bedingungsloses Grundeinkommen**

312

313 Langfristig müssen wir der gerade in Berlin gut spürbaren Diversifikation der Arbeitswelt
314 Rechnung tragen und nach neuen Wegen suchen, die Menschen in den unterschiedlichsten
315 Lebenssituation bei Bedarf sicheren Halt und Unterstützung geben zu können. Aus den
316 Erfahrungen mit den Corona-Soforthilfen, dem Teilhabechancengesetz sowie dem Modellversuch
317 eines "solidarischen" Grundeinkommens wollen wir deswegen in Zusammenarbeit mit Berliner
318 Forschungseinrichtungen ein Pilotprojekt für ein bedingungsloses Grundeinkommen in Berlin
319 entwickeln.

320

321 Die derzeitige Debatte um das bedingungslose Grundeinkommen ist häufig geprägt von
322 persönlichen Meinungen oder Vermutungen und beruht selten auf fundiertem Wissen, da es
323 bisher keine verallgemeinerbaren wissenschaftlichen Untersuchungen in Deutschland dazu
324 gegeben hat. Studien in anderen Ländern wie Finnland liefern zwar erste Erkenntnisse, sind
325 allerdings häufig veraltet oder nur auf bestimmte Zielgruppen fokussiert. Das Pilotprojekt
326 soll das ändern, indem die die möglichen Auswirkungen eines Grundeinkommens u.a. auf Chancen
327 bei der Arbeitssuche, auf unternehmerische Aktivitäten, auf zivilgesellschaftliches
328 Engagement, auf körperliche und seelische Gesundheit, auf Integration sowie auf
329 gesellschaftliche Teilhabe erforscht werden.

330 **Alleinerziehende in der Arbeitswelt stärken**

331 Alleinerziehend zu sein, birgt noch immer ein Armutsrisiko. Darum wollen wir in allen
332 Jobcentern ein spezifisches Angebot machen, das individuelle Beratung, Ausbildung in
333 Teilzeit und ein Gutscheinsystem zur selbstbestimmten Vermittlung und eigenständigen
334 Weiterbildung umfasst. Ziel ist, daraus ein berlinweites Programm zu entwickeln,
335 vergleichbar mit dem Projekt „VIA – Vermittlung und Integration von Alleinerziehenden in
336 Arbeit“, das in Bremen erfolgreich ist. Die Einzelheiten des Programms wollen wir gemeinsam
337 entwickeln – mit Interessensvertretungen der Alleinerziehenden, Arbeitgeber*innen und
338 Gewerkschaften, den Jobcentern und Jobpoints sowie den Qualifizierungs- und
339 Beschäftigungsträgern unserer Stadt. Bei Erfolg könnten künftig weitere spezifische Angebote
340 für andere strukturell benachteiligte Gruppen folgen.

341 **Ausbeutung bekämpfen**

342 Ausbeutung ist Teil der Berliner Arbeitswelt – ein Zustand, den wir nicht akzeptieren.
343 Häufig sind Migrant*innen, aus Osteuropa oder auch von außerhalb der EU, Opfer dieser
344 Machenschaften. Sie schufteten auf Baustellen, in Hotels oder werden sexuell ausgebeutet,
345 häufig ohne Mindestlohn, ohne Urlaub, ohne Krankenversicherung oder Anspruch auf
346 Krankengeld. Diesem Treiben wollen wir Einhalt gebieten. Dazu wollen wir bestehende Angebote
347 zur Vermittlung sozialversicherungspflichtiger Arbeit in den Jobcentern und den Jobpoints
348 auch für Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit öffnen, um so zu vermeiden, dass sie in
349 ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen landen. Denn entscheidend ist, ihnen frühzeitig ein
350 sozialversicherungspflichtiges Jobangebot zu machen und sie über ihre Rechte als
351 Arbeitnehmer*innen aufzuklären, um Ausbeutung einzudämmen. Viele zivilgesellschaftliche
352 Organisationen leisten hier wertvolle Arbeit. Häufig sind es migrantische und
353 gewerkschaftliche Selbst-Organisationen, die Unterstützung geben und Missstände aufdecken.
354 Wir wollen diese Arbeit verstärken, indem wir Beratungsstellen dauerhaft sicher finanzieren
355 und vernetzen, auch mit der Berliner Justiz. Es geht um Perspektiven für die Ausgebeuteten
356 und Sanktionen gegen die, die von Ausbeutung profitieren.

357 **4.3 Kinder, Jugend und Familie: Verantwortung und** 358 **Mitsprache von klein auf**

359 Familien sind so vielfältig wie unsere Gesellschaft. Da sind Alleinerziehende, Großfamilien,
360 Ehepaare mit ihren Kindern, Allein- oder getrennt Erziehende, Patchwork-Familien in all
361 ihrer Vielfalt, Großeltern, die Verantwortung für Enkelkinder übernehmen oder selbst von
362 ihren Kindern gepflegt werden, Regenbogenfamilien, Verantwortungsgemeinschaften oder
363 geflüchtete Familien, die sich ein neues Leben aufbauen. Wer Gemeinschaft sichern und Kinder
364 für die Zukunft stark machen möchte, muss all diese Familien stark machen.

365 **Kinderrechte stärken: Wahlalter senken**

366 Kinder, ihre Entwicklung und Zukunft stehen für uns im Mittelpunkt. Kinder haben eigene,
367 gesetzlich verbrieft Rechte – doch viel zu häufig werden sie noch nicht ernst genommen.
368 Deshalb wollen wir gemeinsam mit den Bezirken Formate der Kinder- und Jugendbeteiligung
369 erproben – zum Beispiel um bei größeren Bauprojekten oder Klimaschutz- und
370 Anpassungsmaßnahmen Kinder- und Jugendbeteiligung gezielt einzubeziehen. Auf Bundesebene
371 setzen wir uns weiterhin dafür ein, dass Kinderrechte im Grundgesetz festgeschrieben werden.
372 Bei Projekten für Kinder und Jugendliche, wie beispielsweise Projekte der kulturellen oder
373 politischen Bildung, müssen diese auch in Jurys und anderen altersgerechten Auswahl-Formaten
374 mitentscheiden können, was gefördert wird.

375 Damit Jugendliche ihr Mitspracherecht wirklich umsetzen können, dürfen sie auch von Wahlen
376 nicht ausgeschlossen werden. Grundsätzlich vertreten wir die Auffassung, dass in einer
377 Demokratie alle das Recht auf Mitbestimmung haben. Deshalb muss in einem ersten Schritt das
378 Wahlrecht berlinweit auch für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus auf 14 Jahre abgesenkt werden.

379 Darüber hinaus wollen wir mit der Berliner Stadtgesellschaft diskutieren und prüfen, in
380 welcher Form das Recht auf Mitbestimmung auch für Menschen unter 14 Jahren im Rahmen des
381 Wahlrechts und durch ergänzende Maßnahmen gewährleistet werden kann. Genauso wichtig ist,
382 dass junge Menschen von klein auf lernen, dass ihre Stimme zählt. Im ganzen Bildungszyklus
383 vom Kindergarten bis zur Ausbildung und zum Studium muss dafür politische Bildung
384 altersgerecht Bestandteil sein. Dazu müssen auch Parlament, Verwaltung und Medien mehr
385 Inhalte kinder- und jugendgerecht darstellen.

386 **Jugend in Berlin – starke Perspektiven und Selbstverwaltung**

387
388 Jugendliche und junge Erwachsene sollen sich frei und selbstbestimmt entwickeln können. Wir
389 verbessern die Voraussetzungen dafür. Verantwortungsvolle, selbstbewusste und mündige
390 Jugendliche sollen über alle Angelegenheiten, die sie betreffen, mitentscheiden und sichere
391 Räume haben, die sie selbst gestalten. Wir wollen in der Stadtentwicklung, mit
392 Streetworker*innen in der offenen Jugendarbeit und mit selbstverwalteten
393 Jugendfreizeiteinrichtungen und –clubs die Möglichkeiten für Jugendliche dauerhaft
394 verbessern, sich selbst zu verwirklichen. Mit dem Jugendförder- und Beteiligungsgesetz haben
395 wir in dieser Legislatur eine hervorragende Grundlage dafür gelegt, insbesondere für eine
396 Finanzierung, die sich an der Zahl der Jugendlichen in unserer Stadt orientiert und zugleich
397 Qualität verbindlich ausbaut und sichert. Wir wollen die Angebote in den Sozialräumen
398 ausweiten und unterstützen die Arbeit der Jugendbildungsstätten, Jugendverbände und der
399 Jugendkulturzentren. Und wir sichern die Vielfalt des internationalen Jugendaustauschs.
400 Außerdem wollen wir die Jugendstädtepartnerschaften über Paris und Moskau hinaus ausweiten
401 und uns zudem stärker mit Ländern vernetzen, zu denen viele junge Berliner*innen eine
402 familiäre Beziehung haben.

403
404 Das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) und das Freiwillige Ökologische Jahr (FÖJ) bietet jungen
405 Menschen nach ihrer Schulzeit eine gute Gelegenheit, eigenständig ins Leben zu starten und
406 dabei Erfahrungen im Austausch mit anderen Jugendlichen, auch aus aller Welt, zu sammeln.
407 Die Möglichkeit, ein FSJ oder FÖJ zu machen, hängt jedoch noch viel zu sehr davon ab, ob
408 junge Menschen sich dies leisten können. Wir wollen Angebote dieser Art für alle jungen
409 Berliner*innen so gestalten, dass sich jede*r unabhängig vom Einkommen oder Elternhaus zu
410 einem freiwilligen Dienst entscheiden kann.

411 412 **Jugendarbeit ist mehr als Prävention.**

413
414 Sie eröffnet allen Jugendlichen und jungen Erwachsenen einen Raum zur Erfahrung von
415 Selbstwirksamkeit. Wir setzen auf die unmittelbare Ansprache von Jugendlichen.
416 Streetworker*innen leisten herausragende Arbeit, die wir auch in der aufsuchenden Arbeit
417 unterstützen. Jugendsozialarbeit trägt dazu bei, bestehende Benachteiligungen
418 diversitätssensibel auszugleichen. Jugendmigrationsarbeit sowie geschlechterspezifische und
419 diskriminierungskritische Angebote fördern wir als wichtigen und notwendigen Teil in allen
420 Bereichen, insbesondere in der Schulsozialarbeit und im Jugendwohnen.

421
422 Der Abenteuerspielplatz, der Bauwagen, der Stadtteilbauernhof, der Jugendclub – die
423 Jugendfreizeiteinrichtungen in Berlin sind viele Jahre lang weggespart worden oder
424 verschwinden nach Auslaufen von Projektfinanzierungen wieder. Steigende Mieten und
425 Verdrängung setzen insbesondere den freien Jugendclubs weiter zu. Wir steuern hier um und
426 stärken den Anspruch Jugendlicher auf sichere kulturelle Orte der Begegnung und auch der
427 politischen Bildung und Demokratieerfahrung. Wir wollen Jugendclubs sichern und neu bauen.
428 Neben einem Sanierungsprogramm für Jugendfreizeiteinrichtungen, auch um diese barrierearm zu
429 gestalten, wollen wir daher die Flächensicherung im Zusammenspiel mit den Bildungs- und

430 Sozialeinrichtungen vorantreiben

431 **Gleichberechtigung heißt neue Chancen für alle Geschlechter und Familienformen**

432 In vielen Familien übernehmen Frauen nach wie vor den größeren Anteil an Sorgearbeit,
433 stecken dafür bei der Karriere zurück, geraten in Abhängigkeit und Altersarmut. Für mehr
434 Gleichberechtigung und neue Freiräume für alle müssen auf Bundesebene strukturelle
435 Änderungen angestoßen werden: Das Ehegattensplitting muss abgeschafft, ein
436 Entgeltgleichheitsgesetz eingeführt und „typisch weibliche“ Berufe müssen finanziell
437 aufgewertet werden.

438 Gleichberechtigung ist auch bei Regenbogenfamilien noch lange nicht erreicht. Als Hauptstadt
439 der Regenbogenfamilien werden wir die Bundesregierung hier treiben und in die Pflicht
440 nehmen, die Vielfalt der Familien rechtlich gleichzustellen und zu unterstützen. Die
441 diskriminierende Stiefkindadoption für lesbische Paare muss endlich abgeschafft werden sowie
442 ein rechtliches Institut der elterlichen Mitverantwortung für bis zu zwei weitere Personen
443 neben den leiblichen Eltern geschaffen werden. In Berlin werden wir Beratungsangebote weiter
444 stärken und das Personal in Gerichten und Jugendämtern schulen, um Diskriminierung
445 abzubauen. Dies gilt insbesondere für Regenbogen-Pflegefamilien, die einen wichtigen Beitrag
446 zur Unterstützung von Kindern in Notlagen leisten.

447 Wenn man junge Eltern fragt, was sie am meisten brauchen, ist die Antwort häufig: Zeit.
448 Bereits mit dem Doppelhaushalt 2020/2021 haben wir einen Schwerpunkt mit dem Ausbau der
449 Online-Dienstleistungen im Berliner Servicekonto gesetzt. Das spart gerade Familien Zeit und
450 Nerven. Mit unserem Familienförderungsgesetz werden wir in jedem Bezirk ein Familienservicebüro
451 einrichten. Solange das Chaos an Familienleistungen auf Bundesebene nicht geordnet ist,
452 sollen hier alle Leistungen, die Familien zustehen, gebündelt beantragt werden können. Nicht
453 Eltern sollen für Elterngeld, Wohnberechtigungsschein oder Kindergeld immer wieder
454 Unterlagen einreichen müssen. Ein*e Sachbearbeiter*in soll für jede Familie alle notwendigen
455 Unterlagen bereitstellen und verarbeiten können. Auch unterschiedliche Leistungen aus
456 Jugendamt und Sozialamt sollen in den Familienbüros zusammenfließen.

457 **Die Berliner Verwaltung als familienfreundliche Arbeitgeberin**

458 Damit Beruf und Familie vereinbar sind, muss sich auch unsere Arbeitswelt ändern. Nicht
459 zuletzt die Corona-Pandemie hat uns vor Augen geführt: Kinder zu erziehen geht nicht
460 nebenbei im Homeoffice. Flexibilität ist hilfreich, wir wollen Arbeitgeber*innen ermutigen,
461 flexible Modelle auch nach der Pandemie fortzusetzen, aber gleichzeitig Tariftreue stärken
462 und Gewerkschaften und Arbeitgeber*innen ermutigen, gemeinsam Wege auszuhandeln, die
463 Flexibilität und Arbeitsschutz zusammen denken. Um zu zeigen, wie familienfreundliche
464 Arbeitgeber*innen agieren, wollen wir mit unserer Verwaltung und unseren landeseigenen
465 Betrieben Vorbild sein. Dazu zählen: Möglichkeiten zur Ausbildung in Teilzeit, begrenzte
466 Reduzierung von Arbeitsstunden und ein Recht auf Rückkehr zur Vollzeit. Homeoffice-
467 Möglichkeiten für die Mitarbeiter*innen der Berliner Verwaltung wollen wir ausbauen und auch
468 in Führungspositionen Jobsharing ermöglichen.

469 **Zukunft entsteht in Musikschulen, Nachbarschaftsheimen oder Familienzentren**

470 Um alle Eltern von Anfang an gut zu unterstützen, müssen Beratungs- und Hilfsangebote
471 bereits während der Schwangerschaft und von Geburt an ansetzen. Schon mit dem letzten
472 Doppelhaushalt haben wir die Ausweitung der Babylots*innen auf allen Geburtsstationen auf
473 den Weg gebracht. Aber auch der Ausbau von Begegnungsorten wie Stadtteilzentren und Kinder-,
474 Jugend- und Familienzentren sind ein wichtiger Baustein zur Stärkung der frühen Hilfen.

475 Es gibt in Berlin eine Vielzahl an großartigen Einrichtungen, die mit Kindern, Jugendlichen
476 und Familien arbeiten: Gartenarbeits-, Musik- und Jugendkunstschulen, genau wie

477 Familienzentren oder Nachbarschaftsheime. Viele der Familienzentren in Berlin beraten
478 bereits jetzt über die „typischen“ Themen rund um Familie und Erziehung hinaus, da der
479 Bedarf an Schuldner*innenberatung oder Mietrechtsberatung stetig wächst. Wir wollen die
480 Familienzentren finanziell in die Lage versetzen, diese Beratungen weiter anzubieten und
481 sich – ähnlich wie die Early Excellence Centres in England – hin zu Orten zu entwickeln, an
482 denen Familien eine ganzheitliche Beratung erfahren.

483 Die aufsuchende Familienarbeit wollen wir wieder ausbauen und mit ihr einen großen Schritt
484 Richtung präventiver Sozialarbeit tun. Ein Ausbau der Erstbesuche des Kinder- und
485 Jugendgesundheitsdienstes bei Familien mit Neugeborenen wäre dafür eine Möglichkeit.

486 **Gesundheit aller Kinder und Jugendlichen fördern**

487 Die körperliche, psychische und soziale Gesundheit von Kindern und Jugendlichen liegt uns
488 besonders am Herzen. Kinder mit Behinderung oder mit unheilbaren Krankheiten und ihre
489 Familien stehen vor mehr und größeren Herausforderungen als andere Familien ohnehin schon.
490 Pflegende Kinder und Jugendlichen, die sich neben ihrer schulischen Ausbildung um
491 Angehörigen kümmern und dabei sehr viel mehr Verantwortung als Gleichaltrigen übernehmen,
492 benötigen in ihrer persönlichen Entwicklung Unterstützung durch die Gesellschaft.

493
494 Wir werden sie daher in ihrer Teilhabe am außerfamiliären Leben unterstützen, ihren Alltag
495 entlasten und sie in ihrer persönlichen Entwicklung stärken. Wir wollen deshalb den
496 öffentlichen Gesundheitsdienst besser finanzieren sowie eine stärkere Vernetzung der Hilfe
497 für Menschen mit besonderen Einschränkungen und des Gesundheitswesens für von Behinderung
498 betroffene und bedrohte Kinder, Jugendliche und pflegende Angehörige.

499
500 Wir setzen uns für eine altersgerechte Gesundheitsförderung, die Schaffung von
501 Gesundheitskompetenzen und eine sozialraumorientierte Gesundheitsversorgung für alle Kinder
502 und Jugendlichen ein.

503 **Bessere Perspektiven und neue Chancen für Sozialarbeiter*innen**

504 Wer Familien gut unterstützen will, muss auch die im Blick haben, die ihnen helfen. Es ist
505 dringend nötig, den Sozialarbeiter*innen und anderem Fachpersonal sowohl eine langfristige
506 Perspektive zu bieten als auch ihre Arbeit besser zu entlohnen. Dass Sozialarbeiter*innen
507 wie Erzieher*innen nach den Tarifverhandlungen der Länder in Berlin mehr Geld bekommen, ist
508 richtig. Die Tatsache, dass viele Einrichtungen nur projektfinanziert sind, stellt viele der
509 hier Angestellten immer wieder vor Herausforderungen: Wer im Dezember oder gar im Januar
510 noch nicht weiß, ob er*sie weiterhin eine Arbeit hat, kann sich kaum auf die Probleme der
511 Kinder konzentrieren. Da Arbeit mit Kindern und Familien langfristige Beziehungsarbeit ist,
512 wollen wir mehr Einrichtungen dauerhaft finanzieren. Das Beispiel der Finanzierung der
513 Stadtteilmütter ist dabei für uns Vorbild. Sämtliche Angebote der Familienarbeit und
514 Familienförderung, die nach § 16 des Achten Sozialgesetzbuches vorgesehen sind, müssen
515 rechtlich umfassender abgesichert sowie an einwohnerbezogenen Richtwerten orientiert werden.
516 Das Angebot werden wir weiterentwickeln und mit qualitativen sowie quantitativen
517 Fachstandards verbindlich absichern. Das von uns eingebrachte Familienförderungsgesetz werden
518 wir dazu umsetzen.

519 **Schutz vor häuslicher Gewalt, Unterstützung von Kindern vor Gericht**

520 Frauen und Kinder müssen in ihrem Zuhause sicher sein. Prävention und Opferschutz stehen
521 dabei im Zentrum. Krisendienste, Beratungsstellen, Frauenhäuser und Zufluchtswohnungen
522 werden wir durch Ausbau von Online-Angeboten weiter stärken, die digitale Erreichbarkeit
523 verbessern und mehr Plätze in Frauenhäusern schaffen. Präventionsangebote für potentielle
524 Täter*innen werden wir ausbauen. Ein besonderes Augenmerk wollen wir dabei auf die

525 spezifischen Bedarfe von LSBTIQ* legen, die Maßnahmen an ihren Bedarfen ausrichten und
526 eigene Zufluchtsplätze insbesondere für queere Jugendliche und für Lesben aufbauen.

527 Die Rechte von Kindern bei strafrechtlichen Vernehmungen und familiengerichtlichen
528 Anhörungen müssen besser geschützt werden. Hierfür werden wir die beteiligten Fachkräfte
529 weiterbilden und Jugendämter personell so gut ausstatten, dass sie sich an den Verfahren
530 beteiligen können. Die Kinderschutzambulanz und die Gewaltschutzambulanz wollen wir
531 ausbauen. Die interdisziplinäre Zusammenarbeit werden wir durch einen weiteren Ausbau des
532 Childhood-Hauses an der Charité institutionalisieren.

533 **4.4 Beste frühkindliche Bildung – beste Startchancen** 534 **für alle Kinder**

535 Kinder sind unsere Zukunft und die Entwicklung unserer Kinder hat für uns höchste Priorität.
536 Wir wollen Kindern alles dafür mitgeben, ihren Weg zu gehen, sich individuell und
537 spielerisch zu entwickeln. Die frühen Jahre sind eine entscheidende Phase für die
538 Entwicklung, und gute frühkindliche Bildung ist Voraussetzung für Chancengerechtigkeit.

539 **Gute Arbeitsbedingungen für Erzieher*innen bedeuten gute Kitas für unsere Kinder**

540 Das multiprofessionelle Personal in den Kitas leistet Großartiges, und das unter häufig
541 schwierigen Rahmenbedingungen. Wir wissen: Qualität beginnt mit Menschen, die für Kinder da
542 sind. Dabei kommt es in den Kitas immer wieder zu personellen Engpässen, auch durch
543 Krankheit, Urlaub und Fort- und Weiterbildung. Denn in der gesetzlichen Personalausstattung
544 werden die Urlaubs- oder durchschnittlichen Krankheitstage nicht ausreichend eingerechnet.
545 Wir fordern deshalb, eine größere Personalausstattung, damit sich die differenziertere Kind-
546 Fachkraft-Relation verbessert und sich die Zeit der pädagogischen Fachkräfte mit den Kindern
547 erhöht. Bei der Berechnung soll sich die Fachkraft-Kind-Relation an wissenschaftlichen
548 Erkenntnissen orientieren. Die strukturellen Hilfen z. B. durch einen verbesserten
549 Leitungsschlüssel, mehr Fachberatung sowie Verwaltungskräfte wollen wir stützen und nach
550 Möglichkeit verbessern. Auch um alle offenen Stellen tatsächlich besetzen zu können,
551 brauchen wir mehr gut qualifiziertes Personal und um das zu gewinnen, muss der Beruf
552 attraktiver werden.

553 Deshalb ist gut, dass es in Tarifverhandlungen gelungen ist, die Bezahlung von
554 Erzieher*innen anzuheben. Wir werden uns darüber hinaus aber weiter für gute
555 Arbeitsbedingungen in den Kitas einsetzen, zum Beispiel indem wir auch die mittelbare
556 pädagogische Arbeit, wie etwa Dokumentation oder Elterngespräche, in der Berechnung des
557 Personalbedarfs erhöhen. Denn nur wenn Erzieher*innen und Kindheitspädagog*innen ausreichend
558 Zeit für ihre Arbeit haben, können sie diese wirklich gut und für Kinder und Eltern und
559 nicht zuletzt auch für sich selbst zufriedenstellend ausführen. Darüber hinaus wollen wir
560 den Quereinstieg in den Beruf der Erzieher*in weiter fördern – Quereinsteiger*innen leisten
561 schon jetzt in Kitas einen essentiellen Beitrag und bereichern mit ihren vielfältigen
562 Perspektiven den Kitaalltag. Doch wer als Quereinsteiger*in in die Kita kommt, braucht
563 selbst noch Anleitung und Unterstützung. Deshalb muss dem übrigen pädagogischen Personal in
564 den Kitas hierfür Zeit zur Verfügung gestellt werden: Die Ausbildung von
565 Quereinsteiger*innen muss sich bei der Berechnung der Personalstunden entsprechend
566 niederschlagen. Auch wollen wir qualifizierte ausländische Abschlüsse leichter und schneller
567 anerkennen.

568 **Ausbildung und Fortbildung ein Leben lang**

569 Eine gute Ausbildung und die Möglichkeit, sich immer wieder fortzubilden, sind Voraussetzung
570 für eine hohe Qualität in den Kitas. Wir haben in den vergangenen Jahren die
571 Ausbildungskapazitäten an den Fachschulen für Sozialpädagogik mehr als verdoppelt und das
572 Schulgeld abgeschafft. Wir wollen aber noch einen Schritt weitergehen und die vollschulische

573 Ausbildung endlich so verbessern, dass die Studierenden an den Fachschulen eine nicht
574 rückzahlbare Ausbildungsförderung erhalten können. Um die Fachschulen weiter zu verbessern,
575 wollen wir mit ihnen Qualitätsstandards vereinbaren und dabei die Vernetzung von Praxis und
576 Theorie stärken. Um Perspektiven für ein ganzes Berufsleben zu schaffen, wollen wir die
577 Ausbildung als Einstieg in einen Prozess des lebenslangen Lernens gestalten: Wir wollen
578 Erzieher*innen deshalb dabei unterstützen, sowohl pädagogische Zusatzqualifikationen zu
579 erlangen als auch Weiterbildungen zu betriebswirtschaftlichen Themen oder zur
580 Mitarbeiterführung zu belegen, denn nur mit diesen Qualifikationen können wir auch den
581 steigenden Bedarf an gut ausgebildeten Kitaleitungen decken.

582 **Mehr Qualität in Berlins Kitas**

583 Die Weiterentwicklung von Qualität in der frühkindlichen Bildung ist eine Daueraufgabe – es
584 geht um Vernetzung, voneinander im Alltag zu lernen, neue Konzepte, Monitoring und mehr
585 Elternzusammenarbeit und deren Empowerment. Dafür wollen wir zusätzliche Mittel für das
586 Berliner Kita-Institut für Qualitätsentwicklung (BeKi) zur Verfügung stellen. Auch das
587 Sozialpädagogische Fortbildungsinstitut Berlin-Brandenburg (SFBB) wollen wir besser
588 ausstatten. Ziel ist dabei auch, pädagogische Konzepte weiterzuentwickeln, zum Beispiel beim
589 Spracherwerb, bei der ökologischen Ausrichtung oder dem Einsatz von digitalen Medien in der
590 frühkindlichen Bildung.

591 **Mehr Räume, mehr Kitas und bessere Betreuungsmöglichkeiten in Randzeiten**

592 Das zweite Nadelöhr ist der Ausbau der Kindertagesbetreuung und dabei mangelnde
593 Räumlichkeiten. Die hohen Mieten und die stetige Verdrängung von Kitas und
594 Tagespflegeeinrichtungen sind ein zentrales Problem. Darum haben wir Grüne eine
595 Bundesratsinitiative zur Modernisierung des Gewerbemietrechts auf den Weg gebracht. Außerdem
596 wollen wir in Zukunft alle Träger vorrangig bei der Suche nach Flächen und Räumen
597 unterstützen, u. a. mit der Ausweitung von Erbbaupachtverträgen und einem
598 Neubauinvestitionsprogramm. Beim Flächenmanagement in der Stadt werden wir auf
599 Multifunktionalität, Mischnutzungen und der Erschließung von Flächen setzen, die Bildung,
600 Jugend, Soziales und Kultur möglichst an einem Standort vereinen. In Zusammenarbeit mit IHK,
601 HWK und den landeseigenen Betrieben wollen wir auch die Einrichtung von Betriebs-Kitas
602 gezielt angehen.

603 Eltern, die im Schichtdienst arbeiten, nutzt eine Kita, die um 17 Uhr schließt, wenig.
604 Berlin hat mit dem MoKiS („Mobiler Kinderbetreuungsservice für Eltern mit besonderen
605 Arbeitszeiten“) ein Angebot für genau diese Eltern – leider kennen es wenige und die Hürden
606 sind hoch. Wir wollen den MoKiS bekannter und leichter zugänglich machen und werden eine
607 Verzahnung dieses Angebots mit den Kitas und der Kindertagespflege entwickeln.

608 **Kindertagespflege - flexibel und gut bezahlt**

609 Der hohe Anteil von Kindertagespflege in Berlin zeigt, wie gut insbesondere für jüngste
610 Kinder die Betreuung und Bildung in kleinen Gruppen mit festen Bezugspersonen ist. Wir haben
611 eine bessere Bezahlung für die Kindertagespflege erreicht und werden weiter an der
612 Verbesserung der Rahmenbedingungen arbeiten.

613 Um für alle Kinder die Umsetzung ihres Rechts auf beste frühkindliche Bildung
614 sicherzustellen, wollen wir in der kommenden Legislatur allen Kindern über einem Jahr einen
615 Ganztagsplatz in der Kita ohne Bedarfsprüfung anbieten.

616 **Sprachförderung und Vielfalt in der Kita**

617 Kinder für die Gesellschaft stark machen beginnt mit Sprachförderung – sowohl in Deutsch als
618 auch in den jeweiligen Muttersprachen. Bewährte Modelle wie die „Sprachkitas“ und die vielen
619 bilingualen Kitas in Berlin wollen wir ausbauen und mit dem „Zentrum für Sprachbildung“

620 sowie Expert*innen für die Förderung der verschiedenen Herkunftssprachen systematisch die
621 Ausweitung der Sprachförderung und Mehrsprachigkeit in allen Kitas angehen. Stark in die
622 Gesellschaft starten heißt auch, dass Kinder ihre Rechte kennen. Die Verankerung der
623 Kinderrechte sowohl in der Verfassung Berlins als auch in der frühkindlichen Bildung ist uns
624 darum ein zentrales Anliegen. Das umfasst auch, auf den Abbau von Vorurteilen hinzuarbeiten
625 – denn auch Kinder haben Vorurteile; Verhaltensmuster erlernen sie jedoch erst. Doch bereits
626 Kinder im Kitaalter bringen gewisse eingeübte Rollen mit. Daher setzen wir uns dafür ein,
627 dass vorurteilsbewusste Bildung und Erziehung verstärkt ihren Platz in den pädagogischen
628 Einrichtungen findet, Erzieher*innen entsprechend aus- und fortgebildet werden und sich die
629 Vielfalt der Gesellschaft auch im pädagogischen Personal der Kita widerspiegelt.

630
631

632 **Gutes Essen und Ernährungsbildung von Kindesbeinen an**

633

634 Viele Ernährungsgewohnheiten werden bereits im Kleinkindalter geprägt, um so wichtiger ist
635 gutes und nachhaltiges Essen in der Kita und eine Kleinkind-gerechte Ernährungsbildung, auf
636 die später in den Schulen aufgebaut werden kann.

637 **Schutz von Kindern vor Gewalt**

638 Der Schutz von Kindern hat für uns einen besonderen Stellenwert – die vielen Fälle von
639 psychischer, körperlicher und sexualisierter Gewalt gegen Kinder zeigen den Handlungsbedarf.
640 Wir werden dafür sorgen, dass alle Bildungseinrichtungen für Kinder und Jugendliche
641 Kinderschutzkonzepte erstellen und umsetzen. Auch Vereine und freie Träger, die für ihre
642 Arbeit mit Kindern sowohl projektbezogen als auch institutionell Geld vom Land Berlin
643 bekommen, müssen Kinderschutzkonzepte vorlegen. Wichtig ist dabei, dass Akteur*innen eng
644 zusammenarbeiten, egal auf welcher gesetzlichen Grundlage ihre Finanzierung beruht. Um das
645 zu verbessern, wollen wir eine*n Landesbeauftragte*n für Fälle von psychischer, körperlicher
646 und sexualisierter Gewalt gegen Kinder einsetzen. Hier sollen die Fäden in den Bereichen
647 Prävention, Intervention und Aufarbeitung zusammenlaufen. Die Wahrung der Kinderrechte muss
648 bei dieser Arbeit selbstverständlich im Mittelpunkt stehen.

649 **Eine zentrale Plattform für die Kitaplatzsuche**

650 Wir wissen, wie schwierig es derzeit ist, einen Kitaplatz zu finden. Darum brauchen wir
651 erheblich mehr und ausreichend Plätze in Kitas und Tagespflegeeinrichtungen mit hoher
652 Betreuungsqualität. Ausreichend Kitaplätze zu schaffen und das Personal dafür auszubilden
653 muss deshalb eine hohe Priorität haben. Wir wollen darüber hinaus den Zugang zu einem
654 Kitaplatz erleichtern, indem wir den Kita-Navigator, der eine Übersicht über freie
655 Kitaplätze liefern soll, weiterentwickeln. Damit schaffen wir eine zentrale Plattform, auf
656 der Angebot und Nachfrage nach Kitaplätzen übersichtlich, einfach und transparent
657 dargestellt werden. Wir wollen, dass alle Eltern hier – ähnlich wie bei der Vergabe von
658 Plätzen für Oberschulen – zentral ihre Wunschkita sowie weitere Wunschkitas eintragen können
659 und auch über dieses Portal mitgeteilt bekommen, in welcher Kita sie einen Platz bekommen.
660 Die Kitas haben weiterhin die Möglichkeit, Eltern und deren Kinder kennen zu lernen und
661 aufgrund ihrer eigenen Kriterien zu entscheiden, welche Kinder sie aufnehmen – sie würden
662 lediglich nicht mehr selbst die Eltern informieren. Damit würden auch Kitas viel Zeit
663 sparen, da im jetzigen System viele Eltern noch auf ihren Listen stehen, obwohl sie woanders
664 schon einen Platz haben, und auch für die Eltern würde das Eintragen auf unzähligen Listen
665 damit endlich der Vergangenheit angehören.

666 Wir machen uns stark für Kitas, in denen Kinder aus ganz unterschiedlichen Familien
667 zusammenkommen und in denen eine lebendige, demokratische Kultur gelebt wird. All das
668 erreichen wir nur mit ausreichend und gut ausgebildetem und diversitätsgeschultem

669 pädagogischen Personal und guten Räumen. Es war ein richtiger Schritt, Kitas und
670 Kindertagespflege gebührenfrei zu machen. Bildung ist ein Grundrecht, hier darf es keine
671 Hürden geben. Wir haben gleichzeitig immer darauf gedrungen, mehr in Qualität zu investieren
672 – hier bleibt leider noch viel zu tun. Ausreichend Plätze und gute Qualität sind die
673 zentralen Aufgaben der nächsten Jahre.

674 Zur Unterstützung der Familien und der Träger werden wir eine Ombusstelle einrichten, damit
675 Beschwerden und Störungen gut und sachgerecht bearbeitet werden können. Dort, wo es Verstöße
676 gegen die vertraglichen Verpflichtungen der Kitaträger gibt, werden wir die Kontrolle
677 deutlich verstärken.

678 **4.5 Schule fürs Leben – mehr Qualität und gerechtere** 679 **Bildungschancen**

680 Bildung ist einer der wichtigsten Schlüssel zu einem selbstbestimmten Leben. Und für beste
681 Bildung braucht es ein Umdenken: Schule muss sich konsequent an den Bedürfnissen von Kindern
682 orientieren. Nicht erst seit Corona wissen wir, dass Kinder mehr benötigen als das
683 Vermitteln von Wissen. Sich selber und die eigenen Fähigkeiten gut zu entwickeln, soziales
684 Miteinander und Mitbestimmung zu erproben – all das soll Schule stärken. Wir wollen eine
685 neue Kultur des Lernens, in der nicht Defizite, sondern stärkenorientiertes Lernen und
686 kognitive sowie soziale Fähigkeiten im Mittelpunkt stehen. Körperliche und psychische
687 Gesundheit sind zentrale Ressourcen für Leistungsfähigkeit, Lebensqualität und soziale
688 Teilhabe die wir stärken wollen. Und wir wollen Klassen, die die Vielfalt unserer
689 Gesellschaft abbilden.

690 Dafür brauchen alle Berliner Schulen ausreichend und gut ausgebildetes Personal, eine
691 stärkende und Spaß machende Lernkultur und natürlich gute Bedingungen – das gilt für Gebäude
692 ebenso wie für gutes Essen am Mittag, eine Vernetzung in den Kiez und digitales Lernen.
693 Unsere Vorstellung von Schule lässt sich am besten umsetzen, wenn Kinder so lange wie
694 möglich zusammen lernen. Darum ist unser Ziel die „eine Schule für alle“ – langes
695 gemeinsames Lernen in vielfältigen Gemeinschaftsschulen in denen schnelllernende,
696 leistungsstarke Schüler*innen genauso gefördert werden wie Schüler*innen mit besonderen
697 Förderbedarfen.

698 **Für eine inklusive Gesellschaft braucht es eine inklusive und barrierefreie Schule**

700
701 Unser Ziel ist, dass Inklusion und Barrierefreiheit an jeder Schule zur
702 Selbstverständlichkeit wird. Um das Recht auf Teilhabe und diskriminierungsfreies Lernen für
703 alle Kinder und Jugendliche zu gewährleisten und gleichzeitig den individuellen
704 Förderbedarfen einzelner Kinder, die intensivere Betreuung bis hin zu einer 1:1-Betreuung
705 notwendig machen, gerecht zu werden, wollen wir bei der Weiterentwicklung der Berliner
706 Schulen zu inklusiven Schulen an die Entwicklung der letzten Legislaturperiode anknüpfen.
707 Die Einrichtung weiterer Schwerpunktschulen soll in Abstimmung mit den Bezirken zügig
708 vorgenommen werden, damit ein möglichst wohnortnahes Angebot für alle Kinder geschaffen
709 wird. Die Schwerpunktschulen sollen eine attraktive Alternative zu den sonderpädagogischen
710 Förderzentren sein und keinesfalls die inklusive Arbeit der übrigen Regelschulen
711 beeinträchtigen. Unser Ziel ist, langfristig alle Regelschulen so aufzustellen, dass sie
712 alle Kinder inklusiv beschulen – sowohl durch bauliche Anpassung als auch durch personelle
713 Weiterentwicklung. Deshalb wollen wir Schulbegleiter*innen finanziell weiter stärken, ihre
714 Ausbildung verbessern und sie in unbefristete Arbeitsverhältnisse an den Schulen bringen.
715 Ebenso sollen die Einzelfallhelfer*innen zur Sozialassistenz weiter qualifiziert werden.
716 Außerdem setzen wir uns für die verpflichtende Einrichtung eines Ruheraums ein. Dazu
717 brauchen vor allem Schulen mit großen Herausforderungen die Einbindung in ein gut
718 funktionierendes Netz der Jugend- und Familienhilfe.

719 **Mitsprache, Mitbestimmung und Mitverantwortung**

720 Kinderaugen leuchten, wenn sie voneinander, draußen im Kiez oder auch beim Experimentieren
 721 lernen. Deshalb wollen wir spielerisches und selbstbestimmtes Lernen zum Regelfall in allen
 722 Schulen machen. Nur so können wir der Vielfalt der Schüler*innen gerecht werden und sie auf
 723 die Anforderungen der Zukunft vorbereiten. Kooperation, kritisches Denken, Kommunikation und
 724 Kreativität müssen dabei die lange Tradition aus Leistungsdruck und starren Lehrinhalten
 725 ablösen. Ziffernoten suggerieren eine Vergleichbarkeit der Kinder und sind häufig weder
 726 motivierend, noch geben sie Auskunft über Lernerfolg oder Verbesserungsansätze.
 727 Perspektivisch streben wir an, von Noten zu einem kompetenzbasierten Lernfeedback
 728 überzugehen. Kinder und Jugendliche sollen beispielsweise durch eine stärkere Beteiligung in
 729 der Schulkonferenz, Qualifizierungsmaßnahmen für die Mitarbeit in der SV, einen
 730 flächendeckenden Klassenrat und Schüler*innenparlamente mehr Raum für Mitbestimmung
 731 erhalten. Wir wollen Formate entwickeln, damit dies bereits ab der ersten Klasse gelingen
 732 kann. Projekte wie Schüler*innen-Haushalte und Lernen durch Engagement tragen ebenso zur
 733 Demokratieförderung bei und sollen daher gefördert werden. Die Schulen sollen bei all diesen
 734 Maßnahmen angemessen unterstützt und begleitet werden.

735 **Mehr Personal, mehr Professionen – das Team Schule neu und breiter aufstellen**

736 Berlins Schulen brauchen mehr gut ausgebildetes Personal: von Lehrkräften über
 737 Erzieher*innen, IT-Unterstützung, Supervision, psychologische Betreuung, von Lehrkräften
 738 über Erzieher*innen, IT-Unterstützung, Supervision, psychologische Betreuung, Sekretariaten,
 739 Reinigungskräften und Hausmeisterei bis zu Quereinsteiger*innen aus verschiedensten
 740 Fachrichtungen. Schule so als Team vielfältiger Professionen auf Augenhöhe aufzustellen
 741 entlastet Lehrkräfte und stärkt die Qualität des Lernens. Sonderpädagog*innen,
 742 Sozialpädagogische Fachkräfte, Schulbegleiter*innen und zukünftig auch Krankenpfleger*innen
 743 leisten einen unerlässlichen Beitrag zum inklusiven Lernen. Diversität im Team Schule ist
 744 für uns ein wichtiges Ziel. Die breite Lebenserfahrung und diverse kulturelle Hintergründe
 745 von Quereinsteiger*innen sind hierbei ein Gewinn. Ihrer pädagogischen Qualifizierung und
 746 Ausbildung für die Arbeit mit Schüler*innen muss besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden.
 747 Sie unterscheidet sich von der Ausbildung von Lehramtsanwärter*innen mit einem 1.
 748 Staatsexamen oder vergleichbaren Abschlüssen. Um sie für unsere Schüler*innen nutzbar zu
 749 machen, verbessern wir den Zugang von Menschen aus anderen Fachrichtungen oder mit
 750 ausländischen Abschlüssen zum Schuldienst. Die Kernaufgabe von Lehrkräften ist guter
 751 Unterricht. Wir wollen die professionelle Vielfalt und das Spektrum der Perspektiven aber
 752 nicht nur in die Schulen holen, sondern sie für die Schüler*innen auch an außerschulischen
 753 Lernorten erlebbar machen. Daher sollen z.B. kulturelle Bildung, die Zusammenarbeit mit
 754 Künstler*innen und Besuche in Kulturorten fest im Rahmenlehrplan verankert werden.
 755 Die Arbeitszeiten von Lehrkräften sollten Platz für Elterngespräche, Teamsitzungen,
 756 Fortbildungen und Supervision lassen. Bei steigendem Personal und ausreichend Schulplätzen
 757 wollen wir zudem die Stundendeputate verringern und die Größe von Klassen verkleinern. Wir
 758 wollen Schulleitungen besser für ihre vielfältigen Aufgaben qualifizieren und entlasten,
 759 indem wir sie und ihre Kollegien bei Verwaltungs-, Vernetzungs-, und Entwicklungsaufgaben
 760 durch zusätzliche Verwaltungsstellen an allen Schulen unterstützen. Die Schulen sollen ein
 761 attraktiver Arbeitsplatz sein. Dazu zählt eine gute Ausstattung und moderne Technik, die
 762 funktioniert, wenn es darauf ankommt. Viele Verwaltungsaufgaben können durch neue Programme
 763 vereinfacht werden, sodass Lehrer*innen schneller sagen können: "Jetzt habe ich wieder Zeit
 764 für meine Schüler*innen."

765 Die Zahl der Lehramtsstudienplätze, vor allem im Grundschulbereich, wollen wir unter Wahrung
 766 der Studienqualität ausbauen, genau wie die berufsbegleitende Ausbildung von
 767 Quereinsteiger*innen, die genug Zeit für das Ankommen und Lernen in der Schule lässt und die
 768 mit einer 6-wöchigen Hospitation beginnt. Auch Absolvent*innen pädagogischer Studiengänge

769 wollen wir den Quereinstieg ins Lehramt ermöglichen. Die Wissensgesellschaft von morgen
770 braucht Lehrkräfte, die auf die vielfältigen Anforderungen dieser Zeit vorbereitet sind.
771 Daher müssen im Lehramtsstudium pädagogische Fragestellungen stärker in den Fokus gerückt
772 werden. Themen wie Inklusion, Vielfalt, Digitalisierung, Demokratiebildung und Bildung für
773 nachhaltige Entwicklung sollen wesentliche Bestandteile sein. Außerdem soll den Studierenden
774 genug Zeit eingeräumt werden, auch frühzeitig praktische Lehrerfahrung zu sammeln. Wir
775 brauchen darüber hinaus Lehrkräfte für Arabisch, Türkisch, Polnisch und weitere Sprachen,
776 damit Schüler*innen auch ihre Herkunftssprachen als zweite und dritte Fremdsprache wählen
777 können. Wir unterstützen den Vorschlag zur Einrichtung eines Berliner Landesinstitutes, in
778 dem die zweite Phase der Lehrerbildung sowie die Fort- und Weiterbildung zusammengefasst
779 werden. Bestehende Einrichtungen, wie das Zentrum für Sprachbildung und die iMint-Akademie,
780 sollen in das zukünftige Landesinstitut integriert werden. Durch diese Bündelung kann eine
781 bedarfsgerechte Steuerung und bessere Abstimmung unter Nutzung von Synergien erfolgen. Nur
782 durch kontinuierliche Fort- und Weiterbildung des pädagogischen Personals kann eine hohe
783 Unterrichtsqualität gesichert werden. Dazu müssen einerseits die Voraussetzungen geschaffen
784 werden, dass alle Lehrkräfte sich kontinuierlich fort- und weiterbilden können, zum anderen
785 muss diese Möglichkeit aber auch regelmäßig und nachvollziehbar wahrgenommen werden. Wir
786 wollen Pädagog*innen ermutigen, praktische Ideen zur Verbesserung des Schulsystems und der
787 Schulorganisation, Konzepte zur Unterrichtsentwicklung oder neue Unterrichtsmaterialien zu
788 entwickeln und der Allgemeinheit zur Verfügung zu stellen. Dafür wollen wir die nötigen
789 Voraussetzungen und Freiheiten schaffen.

790 Um im Wettbewerb um die Absolvent*innen von Lehramtsstudiengängen besser bestehen zu können,
791 wollen wir die Bezüge im Vorbereitungsdienst deutlich erhöhen. Damit gutes Personal auch
792 langfristig in Berlin bleibt, wollen wir für Absolvent*innen, die sich verpflichten, nach
793 dem Referendariat in Berlin zu bleiben, eine attraktive Zulage während des Referendariats
794 zahlen. Wir brauchen mehr junge Menschen, die Lehrer*innen im MINT- Bereich werden wollen
795 (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik). Das neue Stipendienprogramm
796 wollen wir weiter ausbauen und durch Programme zur direkten Ansprache ergänzen. Wir werden
797 den Einstieg von Quereinsteiger*innen und geflüchteten Lehrkräften erleichtern, in dem wir
798 den Schuldienst auch für Lehrkräfte mit nur einem Unterrichtsfach öffnen.

799 **Schulen bauen – am besten aus Holz**

800 Der bauliche Zustand vieler Berliner Schulen ist desolat, gleichzeitig müssen ungefähr 60
801 neue Schulen gebaut werden. Um aufs Tempo zu drücken, haben wir die HOWOGE als effiziente
802 Partnerin für die Umsetzung an Bord geholt. Holzbau steht schneller, ist umweltfreundlicher
803 und flexibler. Darauf setzen wir. Und für die innerstädtischen, oft schwierigen Grundstücke,
804 auf die die Prototypenentwürfe nicht passen, loben wir frühzeitig Wettbewerbe aus und suchen
805 mit Beteiligung der Betroffenen den besten Entwurf aus. Dabei setzen wir auf den
806 Einfallsreichtum der Architekt*innen, lassen auch einmal Schulen mit mehr als drei
807 Stockwerken oder kreativen Anordnungen zu. Wir wollen nach Hamburger Vorbild Schulen bauen,
808 die dem gesamten Kiez offenstehen: Nachmittags könnte die Mensa zum Kiez-Café werden, der
809 Schulgarten zum gemeinschaftlichen Urban Gardening einladen und die Lernräume könnten
810 Weiterbildung für alle im Kiez ermöglichen. Damit die Schulen wirklich allen offenstehen,
811 müssen sie inklusiv gebaut werden: Barrierefreiheit und Unisex-Toiletten werden zum
812 Standard. Das beinhaltet auch, dass Unisextoiletten als zusätzliche Option an allen Schulen
813 Standard werden. Während der Corona-Pandemie wurde deutlich, wie wenig Platz im öffentlichen
814 Raum für Kinder zur Verfügung steht. Um das zu ändern, sollen Schulhöfe oder Turnhallen auch
815 am Wochenende geöffnet sein und einen Ort der Begegnung und Bewegung im Kiez bieten. Dafür
816 soll mit Einrichtungen der Jugendhilfe sowie mit lokalen Nachbarschaftsakteuren kooperiert
817 werden. Es braucht großzügige und multifunktionale Schulen, mehr rechtliche Freiheit zur
818 Nutzung der Räume und finanzielle Mittel zur Anstellung von Hausmeister*innen und
819 organisatorischer Unterstützung.

820 Es ist gut, dass wir durch die Einführung des kostenlosen Mittagessens an Grundschulen viele
821 Familien entlasten konnten. Doch nun stehen viele Schulen vor dem Problem, dass die Räume
822 dafür fehlen. Um den Anspruch auf ein Mittagessen an allen Schulen gut umsetzen zu können,
823 wollen wir das Mensabauprogramm finanziell deutlich aufstocken und den Schnellbau von
824 Holzmodulmensen vereinfachen. Wir wollen Neubauten ganz den Bedürfnissen der Schüler*innen
825 anpassen. Anstatt Flurschulen große und helle Lernräume, bequeme Aufenthaltsorte, große
826 Mensen und eigene Schulküchen. Neue Schulen müssen inklusiv gebaut werden und bestehende
827 Gebäude barrierefrei umgerüstet werden.

828 Gebäude müssen nicht nur in gutem Zustand, sondern auch sauber sein. Darum setzen wir uns
829 schon lange dafür ein, dass sich die Situation der Schulreinigung verbessert, und freuen
830 uns, dass dieses Thema in vielen Bezirken durch eine aktive Zivilgesellschaft und durch BVV-
831 Beschlüsse Rückenwind bekommen hat. Gemeinsam mit vielen Eltern, Lehrkräften und
832 Schüler*innen kämpfen wir für eine saubere, angenehme und anregende Lernumgebung und gegen
833 prekäre Arbeitsverhältnisse. Wir haben die Schulreinigung grundlegend neu aufgestellt, in
834 einem ersten Schritt durch höhere Qualitäts- und Sozialstandards bei der Ausschreibung. In
835 einem zweiten Schritt prüfen wir umgehend, wie das Ziel der vollständigen Rekommunalisierung
836 der Schulreinigung in den Bezirken erreicht und bis 2026 umgesetzt werden kann.

837 **Schule for future!**

838 Mit dem 1,5-Grad-Limit vor Augen und der berechtigten Forderung nach Klimagerechtigkeit
839 müssen auch Schulen ökologisch und perspektivisch klimaneutral werden. Deswegen haben wir
840 damit begonnen, Schuldächer mit Solarpaneelen auszustatten, Fassaden zu begrünen und
841 Regenwasser aufzufangen. Wir haben es auch geschafft, dass der Bioanteil beim nun
842 kostenlosen Mittagessen in der Grundschule von unter 15 auf 50 Prozent gestiegen ist. Wir
843 wollen ein echtes 100-prozentiges regionales Bio-Essen und Gebäude mit hohen Öko-Standards.
844 Die Querschnittsthemen Nachhaltigkeit, globale Gerechtigkeit, fairer Handel und Fragen der
845 Umwelt-, Ernährungs- und Naturbildung sind zwar bereits in den Lehrplänen verankert, werden
846 aber dennoch häufig im Unterricht nicht ausreichend thematisiert. Das wollen wir ändern.
847 Kinder und Jugendliche werden von der Klimakrise am längsten betroffen sein und verdienen,
848 umfangreich darüber informiert zu werden. Wir wollen mehr Kooperationen zwischen Schulen und
849 Botanischem Garten und Naturkundemuseum fördern, um Natur- und Nachhaltigkeitsbildung an den
850 Schulen anschaulich zu verankern. Außerdem wollen wir an möglichst allen Schulen Schulgärten
851 etablieren.

852 **Vielfalt als Reichtum, Mehrsprachigkeit als Kompetenz**

853 Viele Kinder in Berlin wachsen bereits mehrsprachig auf und verfügen damit über eine
854 wichtige Ressource, die es zu fördern gilt.. Mehrsprachigkeit ist eine Qualifikation – das
855 wollen wir deutlicher anerkennen und Unterricht unter staatlicher Aufsicht in möglichst
856 vielen Familiensprachen bedarfsgerecht und ergänzt durch ein digitales Angebot ausbauen.
857 Hierzu ist es nötig, dass die Schulen und die Bildungsverwaltung die konkreten
858 Familiensprachen und den jeweiligen Sprachstand der Schüler*innen erfassen und als
859 notenrelevante Fremdsprachen etablieren. Das diskriminierende Merkmal "nichtdeutsche
860 Herkunftssprache" werden wir nicht mehr für Einzelschulen veröffentlichen. Damit
861 Schüler*innen Vielfalt und Unterschiedlichkeit positiv erleben, braucht es Vorbilder.
862 Deshalb wollen wir den Lehrkörper diverser aufstellen und deutlich mehr Schwarze Lehrkräfte,
863 Lehrkräfte of Color (BPoC), Lehrkräfte mit Behinderung sowie Lehrkräfte, deren
864 Familiensprache eine andere als Deutsch ist, gewinnen und fördern. In der
865 Lehrer*innenbildung müssen Deutsch als Zweitsprache sowie weitere Sprachen, z.B. Türkisch,
866 als Studienfächer etabliert werden. Wir setzen die Urteile des Bundesverfassungsgerichts um
867 und sind von der Prämisse der Antidiskriminierung geleitet. Daher kann das Neutralitätsgesetz
868 so keinen Bestand haben.

869 Den Diskriminierungsschutz von Berliner Schüler*innen werden wir systematisch ausbauen und
870 die Institution „Schule“ diskriminierungskritisch weiterentwickeln. Hierfür werden wir
871 verbindliche und niedrigschwellige Beschwerde- und Interventionsstrukturen etablieren, die
872 Schüler*innen und Eltern auch über ihre Rechte nach dem Landesantidiskriminierungsgesetz
873 aufklären und Sanktionen einleiten können. Wir wollen eine unabhängige Beschwerdestelle für
874 den Bildungsbereich einrichten, jeder Berliner Schule eine diskriminierungskritische
875 Organisationsentwicklung ermöglichen, verbindliche Fort- und Weiterbildungen für
876 pädagogisches Schulpersonal und Sozialarbeiter*innen anbieten. Wegen der besonderen
877 Verantwortung wollen wir Leitungspersonal mit besonderer Priorität schulen. Außerdem müssen
878 diese Inhalte im Studium und der Lehramtsausbildung stärker verankert werden. Wir wollen
879 Unterricht etablieren und Lehrmaterialien zur Verfügung stellen, womit unterschiedliche
880 Familienformen und Lebenskonzepte gleichermaßen abgebildet und gewürdigt werden und in denen
881 über alle Formen von Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus, Ableismus,
882 Queerfeindlichkeit, Sexismus und die Stigmatisierung psychischer Krankheiten aufgeklärt
883 wird. Im Lehrplan soll eine verbindliche, kritische Auseinandersetzung mit Kolonialismus und
884 rassistischen und anderen diskriminierenden Stereotypen verpflichtend verankert werden.
885 Sexuelle Bildung muss über biologische Aufklärung hinausgehen und gezielt auch weibliche
886 Sexualität behandeln. Queere Sexualität und die Aufklärung aller Geschlechter zu Themen der
887 Einvernehmlichkeit und Emanzipation müssen enttabuisiert und umfassend in den Unterricht
888 integriert werden.
889 Dafür werden wir die Fachstellen für queere Bildung und für intersektionale Bildung weiter
890 stärken. Wir wollen geschlechtersensible Pädagogik und Didaktik fördern, damit Kinder sich
891 frei von Rollenstereotypen entfalten können. Historische Leistungen von Frauen in
892 Naturwissenschaften und Technik, Politik und Gesellschaft finden im Unterricht bisher zu
893 wenig Beachtung. Das hat Auswirkungen auf die Berufswahl und das spätere Einkommen: Zu wenig
894 Mädchen entscheiden sich für MINT-Berufe und zu wenig Jungen für soziale Berufe. Deshalb
895 wollen wir bei der Jugendberufsagentur Berlin geschlechtersensible Berufsberatungsangebote
896 fördern.

897 **Willkommensklassen**

898 Auch geflüchteten Kindern wollen wir die besten Chancen bieten und setzen uns dafür ein,
899 Willkommensklassen gut auszustatten und hier eine sozial- und traumapädagogische Begleitung
900 zu ermöglichen. Unser Ziel ist es, geflüchtete Kinder und Jugendliche so schnell wie möglich
901 gemeinsam mit allen anderen Kindern in Berlins Regelklassen zu unterrichten. Dafür ist es
902 wichtig, den Sprachstand von geflüchteten Kindern und Jugendlichen zu erfassen und ihnen
903 passgenaue sprachliche Förderung zukommen zu lassen. Wir sind überzeugt davon, dass es das
904 Schulfach Deutsch als Fremd- oder Zweitsprache braucht – für Geflüchtete, Zugezogene und
905 alle mit Bedarf. Gleichzeitig brauchen wir deutlich mehr Sprachmittler*innen, die auch bei
906 Elternabenden, Post aus der Schule oder Elterngesprächen unterstützen können.

907 **Für längeres gemeinsames Lernen, für gleiche Chancen**

908 Die ersten Lernetappen sind oft riesige Schritte für die neuen Schüler*innen: das Abc,
909 Addieren, Dividieren, Schreibschrift und vieles mehr in einer komplett neuen Umgebung. Damit
910 das Ankommen spielerisch, individuell und gut gelingt, wollen wir an allen Berliner
911 Grundschulen für bessere Lernbedingungen und höhere Lernerfolge sorgen und insbesondere
912 dort, wo die Lage schwierig ist, zusätzliche Mittel, zum Beispiel für Funktionsstellen zur
913 Weiterentwicklung der Schule, und zusätzliche Verwaltungsstellen in die Hand nehmen und
914 Bewerbungen von Lehrkräfteteams ermöglichen.

915 Wichtig ist uns, dass kurze Beine kurze Wege haben. Damit kommen in vielfältigen Kiezen
916 Kinder aus ganz unterschiedlichen Familien in einer Grundschule zusammen, beeinflussen und
917 bereichern einander. Sechs Jahre gemeinsame Grundschulzeit wollen wir verbindlich für alle

918 Kinder gleichermaßen verankern. Unser Ziel ist, mit einer Qualitätsoffensive unsere
919 Grundschulen mindestens so attraktiv zu machen wie Schulen in nicht-öffentlicher
920 Trägerschaft oder die Gymnasien, die heute in der fünften Klasse beginnen. Grundschulen
921 wollen wir so unterstützen, dass sie auch in Klasse fünf und sechs alle Kinder
922 bestmöglichst fördern können. Wer sich in Berlin bei einer weiterführenden Schule bewirbt,
923 weiß, dass es eine große Konkurrenz um begehrte Schulplätze gibt. . Beherzter Schulneubau
924 und eine Personalplanung mit Reserven sollen dies in Zukunft abmildern. Rankings rücken
925 manche Schulen zu Unrecht in ein schlechtes Licht. Deshalb wollen wir so wenige Daten –
926 insbesondere leistungsbezogene – wie möglich veröffentlichen und veröffentlichte Daten so
927 aufbereiten, dass Rankings vermieden werden. Außerdem bleiben die freiwerdenden Kapazitäten
928 an den bislang grundständigen Gymnasien erhalten und dienen dem Aufbau weiterer Züge ab der
929 siebten Klasse. Um den Prozess der Schulwahl fairer zu gestalten und die soziale Mischung zu
930 stärken, wollen wir mindestens 50 Prozent der Plätze an Schulen mit Übernachtung im
931 Losverfahren vergeben und prüfen, wie durch die Bildung von Notenkohorten beim Losverfahren
932 die Heterogenität an weiterführenden Schulen verbessert und die Chancengerechtigkeit erhöht
933 werden kann. Damit stärken wir die freie Schulwahl gerade derer mit schlechterem
934 Notenschnitt.

935 Gerade Kinder und Jugendliche, die unter schwierigen Bedingungen aufwachsen, brauchen die
936 besten Angebote und eine hohe Qualität des Unterrichts. Den Anteil der Schüler*innen, die
937 Mindestkompetenzen in deutscher Sprache und in Mathematik nicht erreichen, wollen wir
938 deutlich reduzieren. Deshalb werden wir eine zielgenaue Unterstützung für Schulen in
939 schwieriger Lage entwickeln. Gute Bildung geht über Wissensvermittlung hinaus, unser
940 Verständnis von Schulqualität ist viel breiter: Schule soll nicht nur Wissen vermitteln,
941 sondern soziale Kompetenzen und das Miteinander fördern, sowie eine stärkere Verknüpfung
942 zwischen Lernen, Erfahren, Erforschen und Erproben gewährleisten. Um die Leistungsfähigkeit
943 der Berliner Schule zu stärken, die Qualität der Abschlüsse zu steigern und die Zahl der
944 Schulabgänger*innen deutlich zu senken, soll eine abgestimmte Gesamtstrategie zur
945 Qualitätssicherung entwickelt werden. In deren Mittelpunkt muss die Unterrichtsqualität in
946 allen Schulen aller Schulformen stehen. Die Schulform selbst sichert sie nicht, die zentrale
947 Rolle dafür kommt vielmehr den Pädagog*innen und Schulleitungen zu. Diese Förderung soll
948 Schulen eine nachhaltige Schulentwicklung ermöglichen, um ihr Profil und ihre Angebote an
949 den Bedarfen der Schüler*innen auszurichten. Erfolgreiche Schulkonzepte, die dies geschafft
950 haben, müssen in eine langfristige Finanzierung überführt und abgesichert werden. Wir wollen
951 prüfen, inwiefern - ähnlich wie im Hamburger Modell - eine Zuweisung von Ressourcen an
952 Schulen auf Basis mehrerer Indikatoren eine zielgenauere Unterstützung sicherstellt. Dazu
953 gehört auch guter Ganzttag, der mehr ist als Betreuung. Qualitätsentwicklung im Ganzttag und
954 die Entwicklung von Schulqualität gehören zusammen, deshalb müssen verbindliche
955 Qualitätsstandards für den Ganzttag an allen Berliner Schulen entwickelt werden. So können
956 gezielt soziale und kulturelle Benachteiligungen überwunden werden. Dafür wollen wir den
957 Ganzttag sozialräumlich im Kiez verankern und Kooperationen fördern, die Segregation zwischen
958 Schulen verringern sowie den Personalschlüssel im Ganzttag erhöhen, um ihn zu einer echten
959 Förderung und Stärkung von Kindern und Jugendlichen weiterzuentwickeln. Darüber hinaus
960 verstärken Hausaufgaben Chancenungleichheiten in besonderem Maße. Wir wollen deshalb darauf
961 hinwirken, dass Lehrpläne und Unterricht so aufgebaut sind, dass Hausaufgaben wirklich nur
962 noch zur Festigung erworbenen Wissens und zum Einüben gewisser Kompetenzen genutzt werden
963 und von Schüler*innen sicher ohne elterliche oder andere Hilfe erledigt werden können. Es
964 soll in allen Schulen die Möglichkeit geben, diese Hausaufgaben im Rahmen von
965 Ganztagsangeboten zu erledigen.

966 Für viele Kinder aus finanziell schwachen Familien sind gute Ganztagsangebote auch deshalb
967 wichtig, weil sie hier die einzige warme Mahlzeit des Tages bekommen. Es ist deshalb gut,
968 dass wir in der letzten Wahlperiode das kostenlose Schulessen an Grundschulen eingeführt

969 haben. Damit das Schulesen für alle Kinder und Jugendlichen bezahlbar ist, wollen wir es
970 auch in den oberen Klassen stärker subventionieren und für ausreichend Angebote sorgen.

971 Der hohen Fluktuation von Schulsozialarbeiter*innen und Häufung von Quereinsteiger*innen an
972 bestimmten Schulen wollen wir entgegenwirken und mit besseren Rahmenbedingungen die (Weiter-
973)Arbeit an diesen Schulen attraktiver gestalten.

974 Kooperationen mit Kultur, Handwerk, Sportvereinen und anderen Initiativen sowie durch die
975 Öffnung ihrer Räume für andere Nutzungen sollen Schulen sich in den Kiez öffnen. So werden
976 sie zum Ankerpunkt vor Ort - auch für Eltern, damit Lehrer*innen und anderes pädagogisches
977 Personal in engem Austausch mit ihnen stehen und ihre Perspektive einbinden sowie ihnen auf
978 der anderen Seite beratend zur Seite stehen.

979 Mit dem Ziel des längeren gemeinsamen Lernens vor Augen haben wir hart dafür gearbeitet,
980 dass mit der Neufassung des Schulgesetzes die Gemeinschaftsschule als eine der vier
981 Regelschulen definiert wurde. Gemeinschaftsschulen sind Schulen oder Schulverbünde, an denen
982 alle aufgenommen Kinder von der ersten bis mindestens zur zehnten Klasse gemeinsam lernen
983 und individuell gefördert werden. Gemeinschaftsschulen bieten entweder eine eigene
984 Oberstufen oder eine Oberstufe im Verbund an. Die Umwandlungen und Neugründungen von
985 qualitativ hochwertigen Gemeinschaftsschulen wollen wir gezielt unterstützen, zum Beispiel
986 mit Koordinations- und Unterstützungsstellen in der Senatsverwaltung,
987 Qualifizierungsmaßnahmen, Beratungsangeboten, verbesserter Ausstattung und finanziellen
988 Mitteln. für den Fusionsprozess oder beim Aufbau einer Oberstufe. Es ist unser erklärtes
989 Ziel, dass in der kommenden Legislaturperiode in allen Berliner Bezirken weitere
990 Gemeinschaftsschulen mit klaren Qualitätskriterien entstehen. Dies können entweder neu
991 gegründete Schulen sein oder fusionierte Grund- und Oberschulen. Dafür wollen wir mit allen
992 Bezirken Wege finden, wie dies umgesetzt werden kann.

993 Auch an Gymnasien sind viele Lehrkräfte hoch motiviert und übernehmen Verantwortung für alle
994 Kinder. Es liegt in der Logik eines Gymnasiums, sich exklusiv an bestimmte Schüler*innen zu
995 richten und andere auszuschließen. Dieser Tatsache wollen wir begegnen und Gymnasien
996 inklusiver machen, um auch dort alle Kinder und Jugendliche gut zu fördern. Wir wissen um
997 die Belastung für Kinder durch das Probejahr und das Abschulen. Deshalb werden wir beides
998 durch andere Maßnahmen ersetzen, die die Förderung des einzelnen Kindes im Blick haben, so
999 dass alle auf dem Gymnasium bleiben können. Unser Ziel ist, dass alle Kinder, die einmal auf
1000 einem Gymnasium sind, auch dort ihren Abschluss machen. Darum sollen Gymnasien künftig nicht
1001 nur alle Schulabschlüsse anbieten, sondern alle Schüler*innen an ihrer Schule so
1002 unterstützen und fördern, dass diese ihren Abschluss machen werden. Alle Gymnasien sollen
1003 nach denselben Regeln, die auch die Integrierte Sekundarschule oder die Gemeinschaftsschulen
1004 anwenden, Kinder mit Förderbedarfen aufnehmen. Da wir damit neue Anforderungen an Gymnasien
1005 stellen, wollen wir sie auch entsprechend besser ausstatten und befähigen. Alle Berliner
1006 Gymnasien ermöglichen verpflichtend den Jugendlichen ab Klasse 9 einen betriebspraktischen
1007 Einblick in mögliche Berufs- und Bildungswege; zudem werden die Schulen für vertiefte
1008 berufsorientierende Angebote entsprechend finanziell ausreichend ausgestattet.

1009 Grüne Bildungspolitik bedeutet, sich zuerst und vor allem für ein starkes öffentliches
1010 Bildungsangebot einzusetzen. Gleichzeitig leisten auch Schulen in nichtöffentlicher
1011 Trägerschaft in Berlin einen wichtigen Beitrag. Häufig probieren diese Schulen alternative
1012 und innovative Lernformen aus. Wir wollen erfolgreiche Konzepte von nichtöffentlichen und
1013 öffentlichen Schulen sammeln und stärker verbreiten. Um den Zugang für Kinder aus Familien
1014 mit Transferleistungen zu erleichtern, werden wir diese Familien von finanziellen Beiträgen
1015 befreien. Die Finanzierung von Schulen in nichtöffentlicher Trägerschaft soll künftig
1016 stärker die Übernahme sozialer Verantwortung widerspiegeln. Die Genehmigung
1017 nichtöffentlicher Schulen ist durch das Grundgesetz klar geregelt. Wir werden darauf achten,
1018 dass die grundgesetzlichen Regelungen zum Sonderungsverbot stärker befolgt werden, damit die

1019 Heterogenität unter den Schüler*innen künftig verbessert wird. Dazu wollen wir mit Schulen
1020 in nichtöffentlicher Trägerschaft zusammenarbeiten und sie auffordern, ein Konzept für mehr
1021 soziale Diversität zu erarbeiten.

1022 **Gute berufliche Bildung braucht neue Rahmenbedingungen**

1023 Wir wollen berufliche Bildung gleichwertig neben der Allgemeinbildung positionieren und so
1024 durchlässige, individuelle Bildungswege eröffnen. Als Meilenstein dafür wollen wir die
1025 Trennung zwischen beruflicher und allgemeiner Bildung in allen Klassenstufen auflösen, so
1026 dass in allen Klassenstufen theoretisches und praktisches Lernen eng verzahnt werden sollen.
1027 In der nächsten Wahlperiode wollen wir in diesem Sinne einen Schulversuch starten. Der
1028 Kernbereich der beruflichen Bildung ist die duale Ausbildung. Ihre Bedeutung soll auch an
1029 den Oberstufenzentren wieder gestärkt werden.

1030 Einem Mangel an dualen Ausbildungsplätzen wirken wir entgegen. Berlin profitiert weiterhin
1031 von der geförderten Verbundausbildung, bei der mehrere Betriebe die Ausbildung gemeinsam
1032 durchführen. Für Betriebe, die einen angemessenen Ausbildungsrahmen nicht finanzieren
1033 können, sind Verbundausbildungen gute Angebote. Hierdurch werden weitere Ausbildungsplätze
1034 geschaffen. Der Fokus liegt auf kleinen und mittleren Unternehmen.

1035 Von großer Bedeutung ist in diesem Zusammenhang eine gut funktionierende Lernortkooperation
1036 zwischen Berufsschule und Ausbildungsbetrieben. Angesichts der besonderen Chance, die das
1037 netzgestützte Lernen für die berufliche Bildung bietet, sollen die Möglichkeiten eines
1038 virtuellen Lernortverbundes erprobt werden. Ausbildungen sollen auch für Menschen mit Abitur
1039 attraktiver werden. Wir streben eine engere Verzahnung hochwertiger dualer Berufe mit der
1040 Hochschulbildung an. Dazu sollen mehr Leistungen aus der dualen Ausbildung für ein Studium
1041 anerkannt werden. Die Digitalisierung in der Berufsausbildung bietet eine große Chance, die
1042 Kooperation zwischen den Lernorten neu zu denken, Durchlässigkeit zu schaffen und die
1043 berufliche Bildung gegenüber der akademischen Bildung aufzuwerten. Dabei geht es auch -
1044 sowohl in der Allgemeinbildung als auch in der Berufsbildung - um ein neues Lernmanagement,
1045 eine neue Didaktik, wenn Digitales greifen soll. Digitale berufsbezogene Kompetenzen müssen
1046 an allen Lernorten übergreifend gefördert werden.

1047 Um den zahlreichen Erfordernissen an Modernisierung und Ökologisierung der Ausbildungsberufe
1048 gerecht werden zu können, werden branchenspezifische Runde Tische eingerichtet, an denen
1049 mindestens die beruflichen Schulen, Innungen und Kammern sowie die Verwaltung sowie ggf.
1050 Politik und Wissenschaft vertreten sind. Sie sollen zu krisenvorbeugenden Qualitätszyklen
1051 gerade auch im Kontext der zahlreichen Neuordnungsverfahren beitragen.

1052 Um Hürden für Menschen mit wenigen Deutschkenntnissen abzubauen, sollen Lehrkräfte
1053 ausgebildet werden, die in den Willkommensklassen der Oberstufenzentren den Unterricht in
1054 verschiedenen Sprachen anzubieten. Wir fordern ein Angebot für Auszubildende bei Bedarf
1055 während ihrer Arbeitszeit Sprachunterricht zu nehmen.

1056 Berlin muss sich wieder aktiv an Bundesinitiativen, der KMK-Gremien und an den Ländertreffen
1057 der Landesinstitute der beruflichen Bildung beteiligen. Für die vorhandenen Gelder der EU-
1058 Programme in Sachen beruflicher Bildung wollen wir eigene Berliner Programme aufstellen und
1059 in einem Programm für die Berliner OSZ bündeln.

1060 Wir werden in die Qualität des berufskundlichen Unterrichts investieren. Dazu soll im Rahmen
1061 der gebotenen grundlegenden Neuaufstellung des Fortbildungssystems in Berlin für den Bereich
1062 der Berufsbildung eine eigene Serviceeinheit aufgebaut werden. Die Rechtsform soll so
1063 gewählt sein, dass Projektmittel der EU oder sonstige Fördermittel eingeworben und verwendet
1064 werden können. Eine Verzahnung mit der Wissenschaft ist sicher zu stellen.

1065 Wir wollen die Kooperation mit der Arbeits- und mit der Wirtschaftsverwaltung stärken und
1066 deren Förderinstrumente für duale Berufe nutzen. Darüber hinaus wollen wir die vorhandene
1067 Förderung neu justieren, Schattenhaushalte analysieren und Programme modern ausrichten und
1068 aufstellen, Warteschleifen abbauen und gezielt in Berufsausbildung überführen. Wir streben
1069 einen neuen Ausbildungspakt für Berlin und die Region an.

1070 Um die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung noch stärker zu
1071 verwirklichen und durchlässige, individuelle Bildungswege zu eröffnen, wollen wir die
1072 Gleichwertigkeit dieser beiden Bildungswege auch in behördlichen Ausschreibungen stärker
1073 berücksichtigen.

1074 Kein*e Jugendliche*r soll mehr ohne Anschlussperspektive die Schule verlassen. Wir setzen
1075 uns deshalb für ein elftes Pflichtschuljahr für Schüler*innen ein, die noch keine
1076 Anschlussperspektive haben. Dieses Schuljahr wird in den Oberstufenzentren angeboten mit dem
1077 ausdrücklichen Ziel angeboten, dort einen qualifizierenden Abschluss zu erreichen, der in
1078 vorhandene Bildungsgänge überführt. Wer eine Ausbildung abbricht, soll einen Anspruch auf
1079 die Begleitung und Unterstützung des Weges durch die Jugendberufsagentur haben, bis eine
1080 neue Perspektive gefunden wurde, die den Wünschen und Fähigkeiten der Jugendlichen
1081 entspricht. Vor Abschluss einer Ausbildung sollen die Oberstufenzentren mit ihrem
1082 sozialpädagogischen Personal in Kooperation mit der Jugendberufsagentur den Jugendlichen
1083 eine Anschlussperspektive eröffnen, falls die Jugendlichen sich diese noch nicht
1084 eigenständig erschlossen haben.

1085
1086 Die Arbeit von Ausbildenden in den Betrieben und Organisationen ist ein unabdingbarer Garant
1087 für die Qualität der dualen Berufsbildung. Ihr oft ehrenamtliches Engagement in der Arbeit
1088 mit den Jugendlichen muss mehr gewürdigt und wertgeschätzt werden. Es wird zu oft als
1089 selbstverständlich hingegenommen. Auszubildende sind Mentor*innen der Jugendlichen und oft
1090 Helfer*innen in schwierigen Lebensphasen der Auszubildenden. Auszubildende in der
1091 Berufsbildung müssen faire und gute Ausbildungsbedingungen in den Unternehmen vorfinden. Sie
1092 dürfen nicht als billige Arbeitskräfte ausgebeutet werden; sondern sie sollen als künftige
1093 Fachkräfte einen adäquaten Platz in der Gesellschaft finden. Sie brauchen also die
1094 Ermutigung, dass ihr Beruf, den sie gewählt haben, auf eine gesellschaftliche Anerkennung
1095 trifft.

1096 **Den Kulturwandel zu nachhaltiger digitaler Bildung fördern!**

1097 Wir erleben, wie Corona den Schulalltag auf den Kopf stellt. Dabei wurde vor allem deutlich,
1098 wie überfällig die Digitalwende in Berlins Schulen ist: Digitales Lernen – von zuhause aus
1099 wie im Präsenzunterricht – müsste längst Alltag sein! Deshalb wollen wir nach der Pandemie
1100 kein „back to normal“, sondern die Krise als Anlass nutzen, den digitalen Kulturwandel auch
1101 an Berliner Schulen so umzusetzen, dass er auch einen pädagogischen Nutzen bringt. Wir
1102 wollen, dass unsere Kinder gesund in der digitalen Welt aufwachsen und diese aktiv
1103 mitgestalten können. Deshalb werden wir Schulen dabei unterstützen, einfach zu
1104 nutzende, datenschutzfreundliche und pädagogisch sinnvolle Programme, Apps und Lernsoftware
1105 mit dem Unterricht zu verzahnen. Digitale Medien sind nie Selbstzweck, sondern müssen immer
1106 auf ihre pädagogische Sinnhaftigkeit hin überprüft werden. Gleichzeitig ist klar: Digitale
1107 Herausforderungen werden sich für Schüler*innen durch ihr ganzes Leben ziehen. Daher ist
1108 wichtig, dass Kinder und Jugendliche frühzeitig verstehen, wie Rechner, Netze, Speicher,
1109 Algorithmen und künstliche Intelligenz funktionieren, wie programmieren funktioniert, welche
1110 Chancen, aber auch Gefahren sowie Möglichkeiten zur Manipulation und Verfolgung durch das
1111 Internet entstehen und welche Rechte und Pflichten sie als Internetnutzer*innen haben. Es
1112 ist zentral, in der Schule neben konkret-anwendungsbezogenen Fähigkeiten (Wie nutze ich
1113 das?), auch technologische Kenntnisse (Wie funktioniert das?) sowie die gesellschaftlichen
1114 Auswirkungen von Technik (Wie wirkt das?) zu vermitteln. Auch die Fähigkeit, zwischen

1115 geprüften Informationen und Fake News im Netz zu unterscheiden ist ein essentieller
1116 Bestandteil von Digital Literacy und Medienkompetenz. Auch soziale Regeln sind Teil des
1117 digitalen Raumes, deshalb wollen wir unsere Kinder dabei unterstützen die sozialen
1118 Kompetenzen im Netz umzusetzen. Die Themen Cyber-Mobbing und digitaler Hass sowie digitale
1119 Gewalt müssen in diesem Kontext thematisiert werden. Wichtig ist, Kinder und Jugendliche
1120 brauchen ein solides Fundament an Medienkompetenz und soziale Einbettung, um sicher, gesund
1121 und selbstständig digital zu lernen. Dafür wollen wir den Informatikunterricht stärken,
1122 gleichzeitig diese Fragen aber in allen Fächern mitdenken. Außerdem wollen wir ein
1123 umfassendes und gezieltes Programm zur technischen, rechtlichen, methodischen und (fach-
1124)didaktischen Fortbildung der Lehrkräfte entwickeln, das sie jeweils auf den neuesten Stand
1125 einer sich rasch verändernden digitalen Welt bringt.

1126
1127 Wir wollen, die IT-Unterstützung durch IT-Administrator*innen an allen Schulen ausbauen.
1128 Jede Schule soll schnellstmöglich einen leistungsfähigen Glasfaser-Netzanschluss, WLAN und
1129 ein leistungsstarkes, benutzerfreundliches und pädagogisch sinnvolles Open-Source-
1130 Lernmanagementsystem erhalten, das sowohl von Pädagog*innen als auch von Schüler*innen
1131 kritisch begleitet wird.

1132
1133 Jedoch soll die Vielfalt der in Berlin genutzten Lernplattformen durchaus bestehen bleiben.
1134 Alle Lehrer*innen und Schüler*innen sollen zügig Laptops oder andere, den jeweiligen
1135 pädagogischen Ansprüchen entsprechende Endgeräte zur Verfügung gestellt bekommen, um einen
1136 gerechten Zugang für alle zu ermöglichen. Eine wesentliche Voraussetzung dafür ist, dass die
1137 Gelder aus dem Digitalpakt effektiv und schnell in die digitale Ausstattung der Berliner
1138 Schulen fließen. Ein Medienportal, das wir am besten gemeinsam mit anderen Bundesländern
1139 betreiben, soll den kostenlosen und rechtlich einwandfreien Zugang zu qualitätsgeprüften,
1140 kommentierten und curricular eingeordneten elektronischen Bildungsmedien eröffnen und den
1141 Austausch der Lehrkräfte darüber ermöglichen.

1142
1143 Häufig scheitert die Digitalisierung der Schule nicht an Geld, sondern am Personal. Die IT-
1144 Expert*innen, die sich um die digitale Ausstattung der Schulen kümmern, wollen wir darum
1145 stärken, ihren Stundenumfang ausweiten und Schulen ein festes Schulentwicklungsbudget
1146 einräumen. Damit haben sie die Möglichkeit, sich gemeinsam mit allen Beteiligten mit
1147 digitalen Technologien auseinanderzusetzen und einen sinnvollen pädagogischen Umgang damit
1148 zu finden.

1149
1150 Eine neu einzurichtende, entsprechend ausgestattete Stabsstelle in der Senatsverwaltung soll
1151 die Digitalwende strategisch und organisatorisch durchführen und dabei sowohl den best
1152 practice-Austausch unter den Schulen organisieren als auch Unternehmen und
1153 Akteur*innenlandschaft aktivieren, sowie die Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte im Bereich
1154 Digitalisierung steuern. Datenschutz, digitale Teilhabe und Inklusion sowie Open-Source-
1155 Anwendungen und Offene Bildungsmaterialien (OER) sind uns dabei sehr wichtig.

1156
1157 Und es braucht mehr kritische Forschung: Wie verändert sich Bildung und Schule durch
1158 digitale Medien? Was ist gutes, gemeinsames digitales Lernen und Unterrichten? Was
1159 funktioniert in welcher Altersgruppe? Wie können pädagogischen Konzepte gelingen - analog
1160 und digital? Nur mit dieser Grundlage kann digitale Bildung der Zukunft gelingen.

1161 **4.6 Forschen und Studieren für die Zukunft - beste** 1162 **Bedingungen für unabhängige Wissenschaft in Berlin**

1163 Unabhängige Wissenschaft und Forschung schaffen Zukunft. Sie geben Antworten auf zentrale
1164 Herausforderungen unserer Stadt und helfen unsere Gesellschaft besser zu verstehen. Dafür
1165 stärken wir unsere vielfältige Berliner Wissenschaftslandschaft aus Universitäten mit

1166 Charité, Hochschulen für angewandte Wissenschaften, Kunsthochschulen, außeruniversitären und
1167 freien Forschungseinrichtungen sowie Forschungseinrichtungen der Wirtschaft und fördern den
1168 Dialog zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft. Die Öffnung zur Stadtgesellschaft
1169 wollen wir im Hochschulgesetz verankern und wissenschaftliche Bildung für alle als Teil des
1170 lebenslangen Lernens ermöglichen. Wir werden Mittel für neue Formate bereitstellen, die die
1171 Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Stadtgesellschaft fördern und Projekte wie ein
1172 zivilgesellschaftliches Forum aufbauen.

1173 **Wissenschaft unabhängig und solide finanzieren**

1174 Die Hochschulverträge als Finanzierungsgrundlage wollen wir fortführen, aber transparent und
1175 bedarfsgerecht unter Beteiligung der Hochschulgremien umgestalten. Der Sockelbetrag soll
1176 deutlich steigen, um Lehre und Forschung in hoher Qualität sicherzustellen. Mit einer
1177 berlinweiten Strukturplanung, welche die Diversität der Berliner Hochschullandschaft
1178 widerspiegelt, über alle Hochschultypen hinweg wollen wir Kooperationen stärken. Besonders
1179 werden wir darauf achten, den Weg zu besseren Arbeitsbedingungen fortzusetzen. Die
1180 Abhängigkeit vieler Wissenschaftler*innen, insbesondere der Promovierenden von den
1181 Professuren wollen wir aufbrechen, indem wir u.a. Begutachtung und arbeitsrechtliche
1182 Weisungsbefugnis während der Qualifizierungsphase entkoppeln. Anstelle der massiven
1183 Befristungspraxis wollen wir deutlich mehr Dauerstellen neben der Professur schaffen und den
1184 Teamcharakter moderner Wissenschaft stärken. Dabei wollen wir auch Tarifflicht verhindern
1185 und gute Bezahlung von freien Lehrbeauftragten sicherstellen. Entsprechende Ziele
1186 vereinbaren wir mit den Hochschulen und schreiben sie über die Hochschulverträge verbindlich
1187 fest. Für gute Leistungen in der Lehre entwickeln wir im Dialog mit den Hochschulen ein
1188 finanzielles Anreizsystem, um der Lehre und der Forschung gleichermaßen Rechnung zu tragen..
1189 Ergänzen wollen wir dies mit einem Transparenzregister für drittmittelfinanzierte Forschung,
1190 um Unabhängigkeit zu garantieren und ethische Ansprüche wie die Zivilklausel tatsächlich
1191 umsetzbar zu machen. Zu diesem Anspruch zählt auch, Tierversuche (im Sinne von 3R) durch
1192 Alternativmethoden weiter zu ersetzen.

1193 **Selbstverwaltung als Grundprinzip**

1194 Eine unabhängige und freie Hochschullandschaft erwächst aus der gleichberechtigten
1195 Selbstverwaltung von Professor*innen, wissenschaftlichen Mitarbeitenden, Studierenden und
1196 Mitarbeitenden in Technik, Verwaltung und Medizin. Wir wollen die
1197 Partizipationsmöglichkeiten aller Statusgruppen innerhalb der Hochschulen stärken und in
1198 einem modernen Hochschulgesetz festschreiben. Dabei soll auch die Erprobungsklausel
1199 wegfallen. Dafür verankern wir ein viertelparitätisches Grundordnungsgremium, das über die
1200 Zusammensetzungen und Aufgaben aller Gremien der Hochschule beschließt. Neu zu schaffende
1201 Gremienreferate unterstützen die qualifizierte Arbeit aller Gremienmitglieder. Fachbereiche
1202 und Fakultäten sollen die Möglichkeit bekommen, neue Modelle und Strukturen der
1203 fachbereichs- oder hochschulübergreifenden Zusammenarbeit zu entwickeln, für die wir
1204 demokratische Qualitätsstandards aufstellen werden.

1205 **Zugang zu Hochschulen öffnen**

1206 Wir finden: Egal woher du kommst oder wie viel Geld deine Eltern haben – Bildung an Berlins
1207 Hochschulen ist für alle da. Dafür werden wir neue Angebote schaffen. Wir werden Beratungen
1208 für Schüler*innen, Studierende und beruflich Qualifizierte ausbauen und den Service rund ums
1209 Studium, wie studentisches Wohnen und die Mensaversorgung, verbessern. Wir werden das Beste
1210 aus Präsenz- und digitaler Lehre fördern und Orientierungsphasen im Studium einführen sowie
1211 ein flexibles Teilzeitstudium, auch berufsbegleitend, verbindlich umsetzen. Wir kämpfen für
1212 eine Grundsicherung für Studierende und Auszubildende, die allen eine echte Wahlfreiheit für
1213 den eigenen Bildungsweg eröffnet. Deswegen muss das Bafög im Sinne des Grünen Zwei-Säulen-
1214 Modells elternunabhängig, schuldenfrei und losgelöst von der Regelstudienzeit

1215 weiterentwickelt werden. Studiengebühren und Studienkonten lehnen wir in jeder Form ab.
1216 Erfolgreiche Programme zur Gleichstellung der Geschlechter bauen wir weiter aus. Diese
1217 Strukturen müssen auf andere Diskriminierungsformen erweitert werden. Wir wollen mehrere
1218 Stellen schaffen, um verschiedene Diskriminierungsformen abzubilden. Mit neu zu schaffenden
1219 unabhängigen Antidiskriminierungsbeauftragten und Diversity-Beauftragten und der stärkeren
1220 Verankerung dieser Aufgabe in der akademischen Selbstverwaltung mit entsprechenden
1221 personellen und materiellen Ressourcen machen wir unsere Hochschulen noch vielfältiger und
1222 fit für die diverse Gesellschaft.

1223 **Berliner Wissenschaftslandschaft vernetzen**

1224 Die starke und vielfältige Berliner Hochschul- und Forschungslandschaft bietet
1225 Wissenschaftler*innen und Studierenden einzigartige Möglichkeiten. Neue Kooperationsformen
1226 wollen wir mit Leben füllen und weiterentwickeln. Die Hauptstadt der Gesundheitsforschung
1227 als zentrale Säule wollen wir weiter fördern und hierbei ein besonderes Augenmerk auf die
1228 Gendermedizin legen. Doch richtig zum Tragen kommt Berlins Potential erst, wenn wir die
1229 Hochschulen auch in der Lehre vermehrt zusammendenken und so Studierenden neue Möglichkeiten
1230 eröffnen, selbstbestimmt zu lernen. Wir setzen auf ein berlinweites Angebot von frei
1231 wählbaren und als Leistung anzurechnenden Lehrveranstaltungen. Das Promotionsrecht für
1232 Hochschulen für angewandte Wissenschaft soll verliehen werden, wenn diese ein entsprechendes
1233 Forschungsumfeld aufweisen, insbesondere durch vereinfachte Anrechnung von fachlichen und
1234 überfachlichen Leistungen aus anderen Studiengängen oder Hochschulen. Die Durchlässigkeit
1235 zwischen den Hochschultypen für Angewandte Wissenschaften und Universitäten wollen wir
1236 ausbauen egal ob in öffentlicher, kirchlicher oder privater Trägerschaft. Die damit
1237 einhergehende Flexibilität wollen wir nutzen, um ein für alle Biografien offenes,
1238 transparentes und durchlässiges Studium zu gestalten.

1239 **Nachhaltigkeit und Digitalisierung als Zukunftsthemen**

1240 Nachhaltigkeit und Digitalisierung sind zwei zentrale Zukunftsthemen. Wir denken sie
1241 zusammen – sowohl bei den Investitionen in die Gebäude als auch bei Forschung und Lehre. Wir
1242 wollen den Investitionsstau bei den Berliner Hochschulen auflösen und stellen dabei
1243 energetische Sanierung, Klimaneutralität und Digitalisierung ins Zentrum. Darüber hinaus
1244 werden wir in allen Hochschulen die Schaffung verbindlicher Nachhaltigkeitsstrategien durch
1245 die akademischen Gremien verankern. Die Innovationen der Berliner Nachhaltigkeitsforschung
1246 wollen wir mit den kreativen Potentialen der Stadtgesellschaft zusammenbringen. Dafür
1247 stärken wir den Forschungsverbund „Wissen.Wandel.Berlin“, initiieren ein
1248 Zivilgesellschaftliches Forum und entwickeln ein Berliner Förderprogramm für Sozial-
1249 ökologische Forschung. Forschungsprojekte, die ihre Ansätze und Daten transparent anderen
1250 Wissenschaftler*innen und der Gesellschaft zur Verfügung stellen, sollen sich daher im
1251 Rahmen unserer „Open Science Strategie“ ebenso wie digitale Lehr- und Lernformate positiv
1252 auf die Finanzierung der Hochschulen auswirken und landesweit durch die erforderliche
1253 Infrastruktur sowie beratendes und technisches Fachpersonal abgesichert werden. Mit einem
1254 eigenen Programm wollen wir die Digitalisierung der wissenschaftlichen Bibliotheken
1255 beschleunigen. Durch neue Kooperationen und Forschungskapazitäten an der Schnittstelle von
1256 Wissenschaft, Stadtgesellschaft und Digitalwirtschaft werden wir die
1257 Digitalisierungsforschung mit sozial-ökologischen Themen wie Klima-, Daten- und
1258 Verbraucherschutz, Gesundheit, Selbstbestimmung, gesellschaftlichem Zusammenhalt und
1259 Ressourcenverbrauch verbinden. Wo beispielsweise gegen Gender-, Queer- oder
1260 Diversityforschung gehetzt wird, treten wir für den Schutz der freien Wissenschaft ein.
1261 Zudem wollen wir Wissenschaftsbereiche wie die Plurale Ökonomik stärken, um Forschung und
1262 Lehre auf der Basis von vielfältigen Theorien zu ermöglichen. Wir wollen Hochschulen oder
1263 Forschungseinrichtungen unterstützen, die Initiativen für eine pluralere Ökonomik in Berlin
1264 ergreifen.

1265

1266

1267 **Der Campus als Vorreiter für den Klimaschutz**

1268 Die Wissenschaft spielt eine Schlüsselrolle im Kampf gegen die Klimakrise. Wir sind auf ihre
1269 Erkenntnisse angewiesen, um die globale Erderhitzung noch zu bremsen. Und vielerorts machen
1270 Hochschulen – oft angetrieben von Graswurzelbewegungen – ganz konkret vor, wie Klimaschutz
1271 und Nachhaltigkeit praktisch umgesetzt werden können: Von grüner Stromerzeugung auf dem Dach
1272 über nachhaltiges Bauen bis zur Versorgung mit regionalem Bioessen in den Mensen. Auf dem
1273 Campus wird gelehrt und gelernt, geforscht und entwickelt, gelebt und gearbeitet. Damit ist
1274 er das ideale Reallabor für praktischen Klimaschutz. Wir wollen Initiativen für den
1275 klimaneutralen Campus stärken und Hochschulen und Forschungseinrichtungen auf dem Weg zur
1276 Klimaneutralität stärker als bisher unterstützen.

1277 **4.7 Digitale Transformation aktiv gestalten**

1278 Berlin ist Hotspot der Digitalwirtschaft und Ort digitalpolitischer Debatten. Die
1279 Digitalwirtschaft mit ihren vielen Start-ups ist ein zentraler Motor der wirtschaftlichen
1280 Entwicklung und sichert Berlin als Standort mit Zukunft. Auch viele größere Unternehmen
1281 schätzen Berlin für die Forschungslandschaft und reiche Start-up-Szene, die ihnen Impulse
1282 zur Digitalisierung der eigenen Geschäftsmodelle geben.

1283

1284 Wir wollen die digitale Transformation klimafreundlich nach Maßgaben von Nachhaltigkeit,
1285 Teilhabe und wirtschaftlicher Entwicklung mitgestalten. Unser Ziel ist ein lebenswertes
1286 Berlin, das auch im digitalen Zeitalter Zugänge und Chancen für alle Berlinerinnen und
1287 Berliner sicherstellt.

1288 Spätestens seit Corona ist allen klar: Digitalisierung macht uns nicht nur innovationsstark,
1289 sie kann uns auch pandemiesicherer, krisenfester und ökologischer machen. Nirgends sonst in
1290 Deutschland gibt es so viele Start-ups, die Lösungen für gesellschaftliche Herausforderungen
1291 wie Klimaschutz und Energiewende entwickeln.

1292 Deswegen fördern wir seit 2016 die Digitalwirtschaft in Berlin. Wir haben zudem eine
1293 Digitalagentur gegründet, um Unternehmen bei der Digitalisierung zu unterstützen und die
1294 digitale Kluft zwischen den Hochdigitalisierten und dem Mittelfeld zu schließen. Wir
1295 erarbeiten aktuell eine neue Digitalisierungsstrategie, um die Chancen der Digitalisierung
1296 in und für die Stadt zu nutzen – für eine nachhaltige Entwicklung, mehr Teilhabe und
1297 wirtschaftliche Dynamik. Daten und KI-Anwendungen werden häufig von Männern erhoben und
1298 entwickelt, was Diskriminierungseffekte zur Folge haben kann. Wir wollen, dass
1299 Geschlechtergerechtigkeit bei der digitalen Transformation berücksichtigt wird. Dazu gehört,
1300 Aus- und Weiterbildungsangebote für digitale Kompetenzen für Frauen zu fördern und Frauen in
1301 der Digitalbranche sichtbarer machen.

1302 **Die Digitalwende der Berliner Verwaltung zentral steuern**

1303 Zentraler Baustein für eine erfolgreiche und effektive Digitalisierung der Verwaltung und
1304 der politischen Prozesse ist die Frage der Organisationsstruktur: Anstatt Verantwortung über
1305 mehrere Senatsverwaltungen zu verteilen, braucht Berlin – wie viele europäische Städte –
1306 eine zentrale Steuerungsstruktur mit Mandat, Ressourcen und Budgets. Sicherheit und
1307 Effizienz sind für uns die Leitprinzipien der Digitalisierung der öffentlichen
1308 Dienstleistungen. Ohne Daten- und Verbraucherschutz sowie IT-Sicherheit haben Bürger*innen
1309 und die Wirtschaft kein Vertrauen in digitale Dienste. Klare Verantwortlichkeiten, „privacy
1310 by design“, schnell reagierende Beschwerdestellen und ein*e gut ausgestattete IT-
1311 Sicherheitsbeauftragte*r sind für uns integraler Bestandteil aller Vorhaben. Gleiches gilt
1312 für die Effizienz: Mit zentralem Management der Hardware- und Softwarestrukturen und
1313 Beauftragten der Bezirke sowie der Fachbereiche – wie zum Beispiel Schulen – schaffen wir

1314 den richtigen Mix aus solider Struktur, einheitlichem Sicherheitsniveau und flexiblem
1315 Eingehen auf besondere Bedürfnisse.

1316 Als Europäische Start-up Metropole wollen wir die vorhandene digitale Kompetenz und
1317 Innovationskraft nutzen und den Wissenstransfer zwischen Stadt und Start-ups fördern. Um
1318 Berührungspunkte abzubauen sowie kulturelle und organisatorische Hindernisse zu überwinden,
1319 wollen wir den Einsatz von Technologie-Scouts als Schnittstelle zwischen Start-ups und
1320 Verwaltung prüfen. Sie sollen zielgerichtet bei der Entwicklung von Pilotprojekten und
1321 Vergabeprozessen unterstützen.

1322
1323 Mit CityLAB und InfraLab haben wir zudem Räume geschaffen, in denen Verwaltung und Berlins
1324 landeseigene Unternehmen Innovationen entwickeln. Im InfraLab bringen Landesunternehmen
1325 Nachhaltigkeit und digitale Vernetzung zusammen und setzen erste Smart-City-Projekte um.
1326 Essentiell ist es auch, im Bereich OpenSource-Coding und IT-Beratung eigene zentrale
1327 Kompetenzen des Landes Berlin aufzubauen, um passgenaue Lösungen zu bekommen, und nicht von
1328 teuren Berater*innen abhängig zu sein.

1329 **Leistungstarkes Breitband und freies WLAN jetzt**

1330 Mit Corona, Homeoffice und Homeschooling wurde einmal mehr deutlich, wie dringend Berlin
1331 flächendeckend ein schnelles Glasfasernetz braucht – und zwar noch bevor 2025 der Breitband-
1332 Rechtsanspruch greift. Der heutige Standard mag für private Nutzer*innen meistens reichen,
1333 für Schulen und die Digitalwirtschaft allerdings nicht. Wir wollen nicht auf den lahmenden
1334 Ausbau durch den Bund warten und haben im Breitband-Kompetenz-Team alle Akteur*innen
1335 vernetzt. Wir treiben den Ausbau durch Telekommunikationsanbieter*innen voran. Wenn in
1336 Sachen Wasser, Gas, Strom, Wärme, Telekommunikation oder Schienenausbau in die Tiefe gebaut
1337 wird, dann wird auch Glasfaser verlegt – das haben wir verabredet, um dem Ziel „Glasfaser-
1338 Hauptstadt“ näher zu kommen. Wir werden prüfen, ob mit einem landeseigenen Unternehmen der
1339 Ausbau des Glasfasernetzes schneller vorankommen kann.

1340 Wir wollen ein kostenloses, frei zugängliches WLAN für ganz Berlin – in Rathäusern, auf
1341 Bahnhöfen, in Bussen und Bahnen oder öffentlichen Einrichtungen wie Bibliotheken und Museen.

1342 **Open Data**

1343 Daten sind Grundlage und Gestaltungsmittel der digitalen Transformation. Voraussetzungen für
1344 eine effektive Nutzung von Daten sind gemeinsame Strukturen und Plattformen, Standards und
1345 gut definierte Schnittstellen (Datenplattformen) sowie Richtlinien für den
1346 verantwortungsvollen Umgang mit Daten (Daten-Governance).

1347 Berlin hat eine verbindliche Open-Data-Strategie, die von den Verwaltungen allerdings noch
1348 mit mehr Leben gefüllt werden muss. Daten sind wichtig als Forschungsgrundlage und als
1349 Antrieb der Wirtschaft und Wissenschaft im digitalen Zeitalter. Open Data ist aber nicht nur
1350 wirtschaftlicher Standortfaktor, sondern ein wichtiger Teil der Informationsfreiheit. In
1351 einer Gesellschaft, deren Zusammenleben von digitalen Infrastrukturen geprägt ist, stellen
1352 Daten eine zentrale Komponente dar. Wir wollen offene Daten als Prinzip verankern, um die
1353 Gesellschaft auch auf diesem Weg einer demokratischen und zivilgesellschaftlichen Gestaltung
1354 zugänglich zu machen.

1355
1356 Sie können dabei helfen, die Stadt besser zu verstehen, neue Dienste für Bürger*innen zu
1357 entwickeln und Geschäftsideen zu initiieren. Wir wollen dazu in allen Verwaltungen
1358 Datenlots*innen etablieren, die im Bereich Datenmanagement, Datennutzung und Open Data
1359 fortgebildet werden, und dass so das Wissen über zeitgemäßes Datenmanagement in allen Teilen
1360 der Verwaltung ausgebaut wird. Wir sind überzeugt: Offene Daten und mehr einheitliche
1361 Transparenz auf einer Plattform führen zu mehr wirtschaftlichem Nutzen und kreativen

1362 Lösungen für Alltagsprobleme der Stadt. Wir unterstützen ein Berliner Transparenzgesetz.
1363 Dort, wo es sich nicht um personenbezogene Daten handelt bzw. wo diese entsprechend
1364 anonymisiert und aggregiert werden können, fordern wir Daten „open-by-default“ Außerdem
1365 müssen wirtschaftliche Anreizmechanismen zur Datenteilung geschaffen werden. Ziel ist, alle
1366 nicht-personenbezogenen bzw. anonymisierbaren Daten, die in der Berliner Verwaltung
1367 vorhanden sind oder von der Zivilgesellschaft freiwillig geteilt werden, im Berliner Open
1368 Data Portal maschinenlesbar zur Verfügung zu stellen.

1369
1370 **Public Money, public Code: Zugang und Transparenz stärken**

1371 Alle Ergebnisse aus öffentlich geförderten Forschungsprojekten an Berliner
1372 Forschungseinrichtungen sollen der öffentlich zugänglich machen.
1373 Getreu dem Motto “Public Money for Public Code” arbeiten wir darauf hin, dass alle vom Land
1374 Berlin in Auftrag gegebenen Softwareprojekte als Open Source für andere Organisationen und
1375 alle Bürger*innen einsehbar sind. Das langfristige Ziel ist, dass alle öffentlichen
1376 Einrichtungen in Berlin open source Software nutzen.

1377 **Datenschutzberatung, Datenschutzfolgenabschätzung und IT-Sicherheit als Chance**

1378 Datenschutz bedingt Datensicherheit, welche wiederum hohe IT-Sicherheits-Standards
1379 voraussetzt. Deshalb wollen wir diese Themen ganzheitlich und konzeptionell angehen und
1380 setzen konsequent auf die Kombination aus Untersuchungen, Sensibilisierung,
1381 Wissensvermittlung, aktiver Beratung und rechtlichen Rahmenbedingungen. Dies richtet sich
1382 gleichermaßen an die Berliner Verwaltung, Wirtschaft und Bürger*innen. Konkret heißt das
1383 unter anderem:

1384 Wir wollen bei der Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit eine
1385 Servicestelle “Datenschutzberatung” schaffen, welche einerseits die Verwaltung, aber auch
1386 Selbstständige, Kleinunternehmer*innen und Einzelpersonen als Ansprechpartner*in beim Thema
1387 Rechte und Pflichten der Datenschutzbestimmungen beratend zur Seite steht. Für uns ist beim
1388 Datenschutz der Grundsatz der Datenminimierung essentiell. Zudem wollen wir in der Berliner
1389 Verwaltung die Grundsätze privacy by design and default stärker umsetzen, damit schon durch
1390 die Datenverarbeitungstechnologie ein effektiver Datenschutz sichergestellt wird.

1391 Wir wollen die Erkenntnisse aus 100 Datenschutzfolgenabschätzungen (DSFA) aus allen
1392 Senatsverwaltungen im Rahmen eines Pilotprojekts öffentlich zugänglich machen. Dadurch
1393 schaffen wir Transparenz und sorgen für Vertrauen, auch, dass die Sicherheit der Systeme
1394 dadurch nicht beeinträchtigt wird. Damit legen wir den Grundstein, um später alle DSFA
1395 öffentlich zugänglich zu machen und mit Expert*innen und (potenziell) Betroffenen aus der
1396 gesamten Gesellschaft den Datenschutz in der Verwaltung zu optimieren und neue Ideen für
1397 einen besseren Datenschutz zu entwickeln.

1398 Wir wollen eine zentrale IT-Sicherheitsstrategie für das Land Berlin erarbeiten, welche die
1399 Gefahren für Bürger*innen, Verwaltung, Wirtschaft und Infrastruktur durch steigende
1400 Cyberkriminalität gleichermaßen berücksichtigt. Dazu gehört auch der Aufbau eines neuen IT-
1401 Kompetenzzentrums als Informations-, Kooperations- und Koordinationsplattform und die
1402 Weiterentwicklung des/der Landesbeauftragten für Informationssicherheit bei der IKT-
1403 Steuerung und des Computer Emergency Response Team (CERT) beim ITDZ Berlin zu einer
1404 unabhängigen Stelle für IT-Sicherheit.

1405
1406 Wir wollen die Förderung diskriminierungsfreier algorithmischer Entscheidungssysteme (ADM)
1407 und KI-Technologien in der Berliner Digitalstrategie verankern. Ein Gremium aus Expert*innen
1408 soll Qualitätsstandards definieren, die ADM und KI auf ihre Diskriminierungsfreiheit hin
1409 bewertbar machen, Forschungsvorhaben und Start-Ups, die entsprechende Schwerpunkte haben,

1410 sollen besonders gefördert werden können. So machen wir Berlin zum Hotspot für demokratisch
1411 vorbildliche Kl.

1412 **Jetzt ganz konkret: Bündnisgrüne Projekte für die Zukunft Berlins**

1413 **1. Berlin wird Zentrum der Elektromobilität**

1414 Wir wollen Berlin zum Vorreiter der Elektromobilität machen – sowohl privat als auch im
1415 Wirtschaftsverkehr. Damit Menschen klimafreundliche Elektromobilität auch nutzen, braucht es
1416 eine flächendeckende Infrastruktur. Wir wollen deshalb bis 2022 über 2.000 zusätzliche
1417 Ladepunkte in der Stadt aufstellen. Wir fördern die Elektrifizierung der sogenannten letzten
1418 Meile im Wirtschaftsverkehr über lokale Hubs bis zur Haus- oder Ladentür und wollen den
1419 Ausbau von Elektroanlegern für Binnen- und Fahrgastschiffe voranbringen.

1420 **2. Klimafreundliche Landesunternehmen**

1421 Die landeseigenen Unternehmen sichern für die Berliner*innen ganz wesentliche Bereiche der
1422 Grundversorgung: beim Wasser, bei der Stadtreinigung oder dem öffentlichen Nahverkehr. Wir
1423 wollen stabile Preise für die Berliner*innen sichern und die Investitionsfähigkeit der
1424 Unternehmen erhöhen, zugleich sind diese Unternehmen Vorbilder für gute Arbeit und Equal Pay
1425 in Berlin. Die Landesunternehmen sollen als Vorbilder des ressourcenschonenden und
1426 klimafreundlichen Wirtschaftens voranschreiten. Um dies sicherzustellen, wollen wir
1427 Klimafreundlichkeit und Kreislaufwirtschaft in jährlichen Zielvereinbarungen mit konkreten
1428 Zielmarken verbindlich festhalten. Bis 2022 brauchen alle Berliner Landesunternehmen einen
1429 Fahrplan für die Klimaneutralität. Zudem wollen wir verbindliche Quoten für
1430 Kreislaufwirtschaft, den Ausbau der Solarenergie und Holzbau beim Neubau unserer
1431 landeseigenen Wohnungsunternehmen vereinbaren.

1432 **3. „Berliner Chancen-Programm“ – Perspektiven für Langzeitarbeitslose**

1433 Langzeitarbeitslose brauchen eine Perspektive, wir geben sie ihnen mit dem „Berliner
1434 Chancen-Programm“. Wir werden die bestehenden Angebote zusammenfassen – die Möglichkeiten
1435 aus dem Teilhabechancengesetz des Bundes, die Mittel aus dem europäischen Sozialfonds und
1436 die Mittel aus dem derzeitigen Landesförderprogramm, über das ca. 1.000 Stellen gefördert
1437 werden. Wir machen Schluss mit dem komplizierten Nebeneinander und stocken das
1438 Landesprogramm auf. Ziel ist, einen substantiellen öffentlich geförderten
1439 Beschäftigungssektor aufzubauen, aber auch dafür Sorge zu tragen, dass Unternehmen des
1440 ersten Arbeitsmarkts zu ihrer sozialen Verantwortung stehen.

1441 **4. Digitalisierung in Schulen vorantreiben**

1442 Schon vor Corona war klar: Digitales Lernen an Berlins Schulen zu integrieren, ist
1443 überfällig.
1444 Dafür brauchen sie nicht nur die nötige technische Ausstattung, zu der Glasfaseranschluss,
1445 funktionierendes WLAN, Endgeräte für Schüler*innen und Lehrkräfte sowie eine funktionierende
1446 Lernplattform gehören, sondern auch nachhaltige und pädagogisch sinnvolle Konzepte für die
1447 Digitalisierung, abgestimmt auf die Bedarfe vor Ort. Damit es schnell geht, soll das Land
1448 Berlin mit Hilfe eines landeseigenen Unternehmens den Netzausbau selbst vorantreiben. Eine
1449 neu einzurichtende Stabsstelle in der Bildungsverwaltung soll die organisatorische und
1450 strategische Steuerung der Digitalwende in Berlins Schulen übernehmen. Digitales Lernen und
1451 Lehren soll in den Unterricht systematisch integriert werden, damit Schüler*innen nicht nur
1452 den selbstständigen Umgang mit digitalen Tools und eigenständiges und zeitgemäßes Lernen
1453 einüben, sondern insgesamt fit gemacht werden für ein selbstbestimmtes Leben und Arbeiten in
1454 der digitalisierten Welt. Hierbei ist wichtig, dass alle Kinder ein kritisches Verständnis
1455 für die digitale (Daten-)Welt entwickeln, in der sie sich bewegen. Dafür brauchen wir
1456 pädagogische Konzepte, die Chancen und Risiken der Digitalisierung thematisieren und

1457 Schüler*innen zu digitaler Mündigkeit führen. Dafür bilden wir mehr Informatik-Lehrer*innen
1458 aus und fördern Data Literacy und die kritische Auseinandersetzung aller Lehrer*innen mit
1459 den Mechanismen und Logiken digitaler Bildungsmedien. Der digitale Kulturwandel in den
1460 Schulen, der "analoges" Lernen nicht überflüssig machen, aber zu veränderten Inhalten und
1461 Arbeitsformen führen wird, trägt damit einen entscheidenden Teil dazu bei, den Auftrag des
1462 Schulgesetzes, Kinder zu mündigen Bürger*innen zu erziehen, zu erfüllen.

1463 **5. Wissenschaft für alle - Hochschulen und Studium sozial öffnen!**

1464 Egal woher du kommst oder wie viel Geld deine Eltern haben, wissenschaftliche Bildung muss
1465 in einer Gesellschaft mit unterschiedlichen Startchancen unabhängig vom Elternhaus und dem
1466 sozialen Hintergrund allen offen stehen. Dafür werden wir neue Angebote schaffen. Wir werden
1467 Beratungen für Schüler*innen, Studierende und beruflich Qualifizierte ausbauen, und den
1468 Service rund ums Studium, wie studentisches Wohnen und Mensaversorgung, verbessern. Wir
1469 werden das Beste aus Präsenz- und digitaler Lehre fördern und Orientierungsphasen einführen,
1470 sowie flexibles Teilzeitstudium, auch berufsbegleitend, verbindlich umsetzen. Wir kämpfen
1471 für eine Grundsicherung für Studierende und Auszubildende, die allen eine echte Wahlfreiheit
1472 für den eigenen Bildungsweg eröffnet.

Beschluss (vorläufig)

Kapitel 5: Vielfalt leben – in Freiheit und Gleichheit

Gremium: LDK
Beschlussdatum: 20.03.2021
Tagesordnungspunkt: K-5 Kapitel 5

1 5. Vielfalt leben - in Freiheit und Gleichheit

2 Berlin ist die Stadt der Freiheit. Hier leben knapp vier Millionen Menschen mit den
3 unterschiedlichsten Biographien, Zielen und Träumen. Unsere Vision ist eine Stadt, die der
4 Vielfalt ihrer Bewohner*innen gerecht wird. Der Staat kann und soll das Zusammenleben von
5 Menschen nicht steuern und organisieren. Aber er ist in der Pflicht, das Versprechen des
6 Grundgesetzes auf Menschenwürde, Freiheit, Gleichberechtigung, Selbstbestimmung und
7 Diskriminierungsschutz für alle Wirklichkeit werden zu lassen. Wir werden dafür sorgen, dass
8 diskriminierende und rassistische Strukturen sowie jedwede Formen der Diskriminierung und
9 Ungleichmachung aufgebrochen werden, dass Hass und Spaltung keine Chance haben, dass niemand
10 Angst haben muss, das eigene Leben frei zu gestalten. Für uns sind Respekt und Anerkennung
11 die Leitprinzipien einer offenen Gesellschaft. Wo verschiedene Formen der Diskriminierung
12 und Ausgrenzung zusammenfallen, betrachten wir diese stets in ihrem Zusammenhang:
13 Beispielsweise müssen Frauen-, Queer- oder Inklusionspolitik immer auch antirassistisch
14 sein, so wie auch Antirassismus feministisch, queer und inklusiv sein soll. Unsere Politik
15 ist intersektional.

16 Wer die Gesellschaft ändern will, muss bei sich selbst beginnen. Deshalb haben wir uns als
17 Partei auf den Weg gemacht und damit begonnen, Diskriminierungen und Ausschlussmechanismen
18 in unseren Strukturen zu identifizieren und abzubauen. Unser Frauenstatut dient seit über 30
19 Jahren erfolgreich als Grundlage dafür, Macht und Teilhabe in unserer Partei
20 geschlechtergerecht zu verteilen. Darauf wollen wir aufbauen. Uns ist bewusst: Menschen, die
21 der *weißen* Mehrheitsgesellschaft angehören, müssen ihre eigenen Privilegien kritisch
22 reflektieren und aktiv Rassismus und Diskriminierung verlernen. Menschen, die in unserer
23 Gesellschaft von Rassismus betroffen sind, müssen sichtbar werden, nicht nur zu Wort kommen
24 und mitbestimmen können, sondern auch in die Entscheidungsprozesse einbezogen werden – in
25 der Politik genauso wie in allen anderen Lebensbereichen. Das ist ein erster wichtiger und
26 notwendiger Schritt, um Vielfalt in dieser Stadt leben zu können.

27 Um dies zu erreichen, braucht es auch eine differenzierte Auseinandersetzung mit
28 unterschiedlichen Formen von Rassismus, etwa Rassismus gegen Schwarze Menschen,
29 antimuslimischer Rassismus oder antiasiatischer Rassismus. So hat Berlin als erstes
30 Bundesland eine Expert*innen-Kommission zu antimuslimischem Rassismus einberufen, von der
31 wir uns wichtige Impulse und Maßnahmenvorschläge versprechen.

32 Schutz vor staatlicher Diskriminierung und Förderung einer vielfältigen Zivilgesellschaft

33 Wir haben mit dem Landesantidiskriminierungsgesetz als erstes Bundesland überhaupt wirksamen
34 Schutz vor staatlicher Diskriminierung geschaffen. Gemeinsam mit dem neuen „Diversity-
35 Landesprogramm“ treiben wir eine Kultur der Wertschätzung von Vielfalt in der Verwaltung
36 voran. Mit dem „Landesprogramm für Demokratie, Vielfalt, Respekt.“ unterstützen wir
37 zivilgesellschaftliche Organisationen in ihrer Arbeit gegen Rechtsextremismus, Rassismus,
38 Antiziganismus und Antisemitismus. Wir werden diese Programme in den kommenden Jahren weiter
39 ausbauen und mit einem Landesdemokratiefördergesetz einen stabilen Rechtsrahmen und eine
40 stabile Finanzierung der Zivilgesellschaft garantieren. Vor Ort wollen wir Menschen stärker

41 an politischen Entscheidungen beteiligen. Wir wollen neue niedrigschwellige und inklusive
42 Beteiligungsformate erproben und etablieren, die die Teilnahme von Menschen ermöglicht,
43 deren Stimmen aufgrund von Zugangsbarrieren bisher unsichtbar und unhörbar bleiben oder weil
44 sie sich nicht angesprochen gefühlt haben. Dazu wollen wir in allen Bezirken und auf
45 Landesebene Bürger*innenräte etablieren, die temporär zu bestimmten Themen gebildet werden
46 und die gewählten Repräsentant*innen beraten.

47 **Selbstbestimmung und 50 Prozent der Macht den Frauen**

48 Unsere Partei wurde durch die Frauenbewegung maßgeblich geprägt und ist mit aus ihr heraus
49 entstanden. Feministische Politik gehört zu unserer DNA - und wir sind erfolgreich. In der
50 grünen Fraktion im Abgeordnetenhaus sind 60 Prozent der Mandatsträger*innen weiblich.
51 Insgesamt liegt die Quote im Abgeordnetenhaus aber nur bei gerade mal einem Drittel. Mit der
52 intersektionalen Brille betrachtet ist das Defizit der Unterrepräsentation noch eklatanter:
53 Lesbische Frauen und Women of Color sind im Abgeordnetenhaus so gut wie kaum repräsentiert.
54 Das nehmen wir nicht hin! Wir prüfen, wie wir einen verfassungskonformen Weg für ein
55 Paritätsgesetz entwickeln können, damit alle Parteien verpflichtet sind, deutlich mehr
56 Frauen in die Parlamente zu schicken.

57 Freiheit und Selbstbestimmung funktionieren nur ohne Angst und Gewalt. Darum haben wir in
58 den vergangenen Jahren für mehr Plätze in Frauenhäusern gekämpft und das siebte Berliner
59 Frauenhaus eröffnen können. Jetzt kämpfen wir für ein achtes Frauenhaus, denn die
60 Schutzplätze reichen für eine Stadt wie Berlin nicht aus. Wir haben Unterstützung für Frauen
61 und die Anti-Stalking-Beratungsstelle finanziell besser ausgestattet, in den
62 Landesunternehmen Leitlinien gegen Sexismus und sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz
63 verabschiedet.

64 Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit ist für uns selbstverständlich – für viele
65 Unternehmen leider noch nicht. Darum setzen wir uns auf Bundesebene weiter für ein echtes
66 Entgelttransparenzgesetz und ein Ende des Ehegattensplittings ein.

67 **Die Regenbogenhauptstadt bleibt bunt**

68 Unsere Stadt ist so bunt wie der Regenbogen und eine vielfältige queere Community gehört zum
69 Herzen der Regenbogen-Hauptstadt Berlin. Hier sollen sich alle queeren Menschen willkommen,
70 sicher und zuhause fühlen - egal ob hier geboren, zugezogen oder zu Besuch. Wir unterstützen
71 queere Infrastruktur, die offen ist für alle, und das in der ganzen Stadt. Dafür braucht es
72 Freiräume, die wir schützen wollen. Den bestehenden Maßnahmenplan, die "Initiative
73 Geschlechtliche und Sexuelle Vielfalt" (IGSV), werden wir gemeinsam mit den lesbischen,
74 schwulen, bi-, trans*- und inter*-Communities weiter ausbauen und neue Handlungsfelder
75 erschließen, um quer durch alle Ressorts die vielfältige Beratungs-, Empowerment- und
76 Antidiskriminierungsarbeit für LSBTIQ* im Bildungs- und Gesundheitsbereich über den
77 Gewaltschutz bis hin zur Kultur- und Erinnerungspolitik zu stärken. Durch einen
78 ressortübergreifenden Maßnahmenplan, den der Senat gemeinsam mit den lesbischen, schwulen,
79 bi-, trans*- und inter*-Communities erarbeitet, entsteht eine dauerhafte Struktur für
80 Akzeptanzarbeit für LSBTIQ*. Gelingen kann dies nur, wenn möglichst viele Gruppen, Vereine
81 und Aktivist*innen zu Wort kommen und ihre vielfältigen, intersektionalen Perspektiven
82 einfließen. Diese gemeinsame Arbeit wollen wir fortsetzen und weiterentwickeln.

83 **Freiheit schützen und bewahren – wir setzen auf den Rechtsstaat**

84 Freiheit für alle erreichen wir nur, wenn sich Menschen in Berlin sicher fühlen können,
85 Angst hemmt Freiheit. Mit einem Freiheitsrechtstärkungspaket haben wir das größte
86 innenpolitische Reformprogramm in Berlin seit Jahrzehnten realisiert. Mit der Novelle des
87 Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes haben wir der Berliner Polizei bei konkretem
88 Verdacht auf terroristische Straftaten oder ähnlich schwere Verbrechen zusätzliche

89 Kompetenzen wie die Telekommunikationsüberwachung unter Richter*innenvorbehalt eingeräumt.

90
91 und gleichzeitig für mehr Bürger*innenrechte sowie Offenheit und Transparenz bei der Polizei
92 gesorgt. Wir haben unser innenpolitisches Versprechen umgesetzt und die Stelle eines
93 unabhängigen Beauftragten für Bürger*innen und Polizeiangelegenheiten geschaffen. Wir sind
94 der Überzeugung, die beste Sicherheitspolitik setzt auf Prävention – indem wir Menschen
95 Chancen im Leben geben und die Polizei vor Ort stärken. Wir wollen eine Polizei, die in den
96 Kiezen verwurzelt ist, die offen mit Fehlern umgeht, rechtsextreme Strukturen in den eigenen
97 Reihen schonungslos aufdeckt, sich die dafür notwendigen diskriminierungskritischen
98 Kompetenzen und das erforderliche Wissen systematisch und kontinuierlich aneignet und so
99 vielfältig und offen ist, wie unsere Stadt. Genau so entsteht Vertrauen. Gewalt und
100 Extremismus egal welcher Couleur haben keinen Platz in der offenen Gesellschaft. Dagegen
101 braucht es ein entschlossenes staatliches Handeln. Gewalt kann niemals ein legitimes Mittel
102 in der politischen Debatte sein. Sie disqualifiziert für jeglichen politischen Diskurs.
103 Rechtsextremismus ist dabei die größte Gefahr für die liberale Demokratie und die Sicherheit
104 in Deutschland und Berlin. Als Folge des Anschlags auf dem Breitscheidplatz haben wir die
105 Strukturen zur Bekämpfung von islamistischem Terror gestärkt. Wir errichten ein neues Anti-
106 Terror-Zentrum, um islamistischen und rechtsextremen Terror besser zu bekämpfen. Die
107 Bekämpfung rechtsextremistischer Strukturen – auch innerhalb der Sicherheitsbehörden – muss
108 Priorität für alle Sicherheitsorgane haben. Linksradikaler Gewalt treten wir wie jeder Form
109 von politisch motivierter Gewalt konsequent mit den Mitteln des Rechtsstaates entgegen.

110 Dafür errichten wir ein neues Anti-Terror-Zentrum, um islamistischen und rechtsextremen
111 Terror besser zu bekämpfen. Nach den Skandalen um vergiftete Schießstände haben wir
112 erkrankte Polizist*innen entschädigt und neue Einsatztrainingszentren gebaut, damit junge
113 Polizist*innen zeitgemäß ausgebildet werden. Die Zulagen für die Einsatzkräfte bei Feuerwehr
114 und Polizei wurden deutlich angehoben. Eine gemeinsame Leitstelle für Polizei und Feuerwehr
115 ist in der Planung, um Berlin für Notfälle sicherer zu machen. Diesen Weg, Ausstattung und
116 Arbeitsbedingungen für unsere Sicherheitskräfte zu verbessern, wollen wir weitergehen. Die
117 Ausweitung der Videoüberwachung im öffentlichen Raum sowie Gesichtserkennung zur
118 Gefahrenabwehr lehnen wir ab.

119 Alle Menschen müssen ihre Rechte durchsetzen können. Dafür brauchen wir eine unabhängige,
120 starke und moderne Justiz. In den vergangenen Jahren haben wir die Berliner Justiz in
121 riesigen Schritten besser aufgestellt. Wir haben nach vielen Jahren die Soll-Personalstärke
122 im Allgemeinen Vollzugsdienst in fast allen Justizvollzugsanstalten wieder erreicht,
123 Richter*innen und Staatsanwält*innen eingestellt und für die vielen neuen Stellen in der
124 Justiz zusätzliche Räumlichkeiten geschaffen. Um der organisierten Kriminalität den Geldhahn
125 abzudrehen und Vermögen einzuziehen, haben wir eine Spezialabteilung bei der Berliner
126 Staatsanwaltschaft gegründet. Gerade Verbraucher*innen müssen sich sicher sein können, dass
127 Lebensmittel nicht verunreinigt sind und digitale Angebote Standards des Datenschutzes
128 erfüllen. Um die Rechtsdurchsetzung für alle Menschen zu erleichtern, haben wir
129 Verbandsklagerechte ausgeweitet und sorgen so dafür, dass alle zu ihrem Recht kommen. Der
130 Rechtsstaat ist das Rückgrat unserer Gesellschaft, wir werden ihn weiter stärken.

131 **Freiräume erhalten und fördern**

132
133 Berlin lebt von Kreativität, Freiräumen und der Aufgeschlossenheit gegenüber Neuem. Gerade
134 in einer wachsenden Stadt geraten Freiräume unter Druck, deshalb darf das Bekenntnis zu
135 Freiräumen für Kunst, Kultur und alternativen Lebensmodellen nicht nur ein Werbespruch
136 bleiben. Wir brauchen deshalb auf Bundesebene eine Reform des Gewerbemietrechts, die es den
137 Kommunen ermöglicht, Räume zur Produktion von Kunst und Kultur, Bildungseinrichtungen und
138 Kulturorten zu schützen, etwa durch die Ausweitung des Milieuschutzes auf gewerbliche Räume.

139 Auch setzen wir uns für den Schutz von Freiräumen ein, die als Schutzräume für alternative
140 Lebensentwürfe und marginalisierte beziehungsweise von Diskriminierung betroffenen Gruppen
141 dienen. Wir wollen, dass alternative Freiräume langfristig Bestand haben, in ihren Räumen
142 bleiben können oder – falls nötig – neue Orte erhalten, wenn ihre Existenz bedroht ist.
143 Solange Land und Kommunen durch den Bund jegliche Kompetenz für den Erhalt von diesen
144 Freiräumen verwehrt bleibt, wollen wir im Fall von Besetzungen dem Berner Vorbild folgen,
145 damit nur und erst dann geräumt wird, wenn der Besitzer eine geplante Nutzung der
146 Räumlichkeit nachweisen kann. Generell haben bei Besetzungen für uns politische Lösungen
147 immer Vorrang.

148 **Kulturmetropole Berlin**

149 Berlin hat eine einzigartige Kunst- und Kulturszene. Wir wollen, dass alle Menschen in
150 dieser Stadt ungehindert und barrierefrei teilhaben können an Kultur und Künsten. Infolge
151 der Corona-Krise, durch Bodenspekulation und Verdrängung ist die Situation vieler
152 Kulturschaffender, Kreativer und privater Kulturorte heute prekärer denn je. Der Wert von
153 Kunst und Kultur steht für sich und bleibt unabhängig von seiner kommerziellen
154 Verwertbarkeit. Deshalb

155 kämpfen wir für eine bessere soziale Absicherung von Kulturschaffenden, die Schaffung und
156 den Erhalt künstlerischer Freiräume genauso wie für eine gute kulturelle Grundversorgung und
157 Teilhabe aller Berliner*innen. Wir werden dafür die bestehende Fördersystematik innovativ
158 weiterentwickeln: durch mehr Mittel für Berlins Freie Szene, junge Sparten und hybride
159 Kulturformen, eine Stärkung der Ankerinstitutionen und kulturellen Bildungsarbeit sowie eine
160 bessere Repräsentation der gesellschaftlichen Vielfalt – gerade auch in Jurys, Intendanten
161 und Aufsichtsgremien. Das gilt auch für die freien Medien, deren Unabhängigkeit wir gegen
162 alle Angriffe verteidigen..

163 Eine demokratische Gesellschaft wird auch von ihrer Erinnerungskultur zusammengehalten: Wir
164 halten das Gedenken an die Verbrechen des Nationalsozialismus wach und wollen, dass das Erbe
165 und die Orte der friedlichen Revolution im Berliner Stadtraum sichtbarer werden. Für die
166 überfällige Aufarbeitung und Erinnerung an die deutsche Kolonialvergangenheit werden wir in
167 Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft die Dekolonisierung der Kultureinrichtungen und -
168 förderung im Bildungsbereich und öffentlichen Raum weiter vorantreiben. Zur kollektiven
169 Erinnerungskultur gehört es auch, die Sichtbarkeit der ersten und zweiten Generationen der
170 Arbeitsmigrant*innen (West-Berlin) sowie Vertragsarbeiter*innen (Ost-Berlin) und ihrer
171 Errungenschaften im Straßenbild zu erhöhen. Erinnerungsstrategien sowie die Geschichten der
172 Aufbaugeneration wollen wir gemeinsam mit Menschen, die über das Anwerbeabkommen nach
173 Deutschland migriert sind, und ihren (Enkel-)Kindern entwickeln und umsetzen.

174 Antirassistische, feministische und queere Perspektiven in den Museen wollen wir weiter
175 stärken und die Geschichte(n) dieser emanzipatorischen Bewegungen in den Kultureinrichtungen
176 und im Stadtbild Berlins sichtbarer machen. Sammlungen, Archive und Museen, die von sozialen
177 Bewegungen selbst aufgebaut wurden, werden wir weiter unterstützen und ihren Bestand auch in
178 Zukunft gewährleisten.

179 **Freiheit und Gleichheit sind universelle Werte – und Berlin ist ein sicherer Hafen**

180 Wir sind glühende Verfechter*innen der europäischen Idee und der europäischen Einigung.
181 Viele Entwicklungen in Europa verfolgen wir derzeit aber mit großer Sorge. Das Erstarken von
182 rechtspopulistischen und rechtsextremen Kräften in Polen, Ungarn und anderen Ländern droht
183 die Europäische Union insgesamt zu zerstören. *Die sogenannten "LSBT*-freien Zonen" in Polen,*
184 *die Anti-LGBT Angriffe im russischen Tschetschenien sowie die Rücknahme von queeren Rechten*
185 *in Ungarn sind besorgniserregende Menschenrechtsverletzungen und müssen sichtbar*
186 *entgegengetreten werden.* Wir arbeiten über unsere Städtepartnerschaften für die Rechte
187 queerer Menschen in Polen und setzen uns im „Rainbow Cities Network“ in über 30 Städten auch

188 auf lokaler Ebene für die Stärkung der Belange von LSBTIQ* ein. Und Berlin soll ein sicherer
 189 Hafen für Menschen sein, die vor Krieg, Verfolgung, Elend, Armut oder der Klimakrise fliehen
 190 mussten. Alle Menschen, die in Berlin ankommen, müssen eine Chance erhalten, sich hier ein
 191 Leben aufbauen zu können. Wir machen Berlin zu einer guten Heimat für all diejenigen, die in
 192 Berlin Schutz suchen und leben wollen. Wir setzen uns für die gerechte Öffnung der
 193 Strukturen für Geflüchtete ein - vom gerechten Zugang zu (Aus)Bildung, Wohnung, Arbeit,
 194 ärztlicher Versorgung und sozialer Absicherung über Kunst und Kultur und bis hin zur
 195 politischen Teilhabe - nicht zuletzt in unserer eigenen Partei. Wir setzen uns dafür ein,
 196 dass Berlin zu einer starken Solidarity City wird.

197 **5.1 Ein Berlin für alle: für Vielfalt, gegen** 198 **Diskriminierung**

199 Berlin ist offen. Offen für neues, offen für Vielfalt, offen für neue Berliner*innen.
 200 Anerkennung und Wertschätzung sind es, die Berlin zusammenhalten und zur Metropole machen.
 201 Diskriminierung und das Absprechen von gleichen Rechten zerstören diese lebenswichtige
 202 Solidarität. Mit dem Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG) hat Berlin als erstes
 203 Bundesland wirksamen Schutz vor staatlicher Diskriminierung geschaffen und die Rechte der
 204 Betroffenen gestärkt. Das LADG setzt bundesweit Impulse für eine vielfältige Gesellschaft
 205 und gegen Stigmatisierung. Wir werden das LADG konsequent weiterentwickeln. Wir setzen uns
 206 dafür ein, Diskriminierung aufgrund des Gewichts in den Merkmalskatalog aufzunehmen.
 207 Gemeinsam mit dem ebenfalls in diesem Jahr eingeführten Diversity-Landesprogramm wird die
 208 Implementierung einer Kultur der Wertschätzung von Vielfalt in der Verwaltung
 209 vorangetrieben. Mit dem Landesamt für Einwanderung ist Berlin das erste Bundesland, das eine
 210 eigenständige Einwanderungsbehörde geschaffen und damit die Weichen in Richtung
 211 Weltoffenheit und Willkommenskultur gestellt hat.

212 Auch in den nächsten Jahren wollen wir an unserer Vision eines vielfältigen Berlins
 213 arbeiten, in der jede*r frei, selbstbestimmt, ohne Diskriminierung und Gewalt leben kann.
 214 Wir möchten allen hier lebenden Menschen gleichberechtigt und ohne strukturelle
 215 Benachteiligungen ermöglichen, die Gesellschaft mitzugestalten: Berliner*innen der ersten
 216 bis x-ten Generation, Ein-Eltern-Familien, Familien mit mehr Eltern oder andere
 217 Verantwortungsgemeinschaften, sozial benachteiligte Familien, Menschen aller Geschlechter,
 218 Menschen mit oder ohne Behinderung, Gläubige aller Glaubensrichtungen oder Nichtgläubige,
 219 Betroffene von Antisemitismus, LSBTIQ*, Schwarze Menschen, People of Color, Sintize* und
 220 Romnja* ebenso wie Kinder, Jugendliche und alte Menschen. Die Voraussetzungen dafür sind ein
 221 umfassender Schutz vor Diskriminierung und rechtlich garantierte Chancen auf Teilhabe,
 222 gerechte Repräsentation und Mitgestaltung in allen gesellschaftlichen Bereichen und
 223 staatlichen Institutionen. Das Beratungs- und Empowermentangebot werden wir im engen
 224 Austausch mit der Zivilgesellschaft weiterentwickeln. Dabei nehmen wir insbesondere den
 225 Umgang mit sozialer Ausgrenzung, Klassismus und Diskriminierung im digitalen Kontext, etwa
 226 im Zuge des Einsatzes von Algorithmen und Künstlicher Intelligenz, in den Blick und begegnen
 227 auch den (psycho)sozialen Auswirkungen von Diskriminierung systematisch.
 228 Hinzu kommen Programme, die besonders marginalisierte Gruppen stärken, wie der Aktionsplan
 229 zur Einbeziehung ausländischer Roma, den wir in ein Landesprogramm überführen wollen. Das
 230 Islamforum soll durch eine Geschäftsstelle gestärkt werden, um das Potential der
 231 muslimischen Gemeinden für Teilhabe und Partizipation zu nutzen.

232 **Verwaltung und staatliche Institutionen für Diversität öffnen**

233 Die Berliner Verwaltung wollen wir konsequent für die Diversität der Stadtgesellschaft
 234 öffnen und ihre Organisationsstrukturen diskriminierungskritisch weiterentwickeln.
 235 Teilhabehürden, institutioneller Rassismus und andere strukturelle Diskriminierung müssen
 236 identifiziert und abgebaut werden. Dazu gehört auch, die Verwaltung mehrsprachig

237 auszurichten. Deshalb wollen wir für Verwaltungsmitarbeiter*innen mit Kundenkontakt
238 verstärkt Sprachkurse anbieten. Damit das Landesantidiskriminierungsgesetz seine Wirkung
239 zeigen kann, werden wir die Mitarbeitenden des öffentlichen Dienstes im Hinblick auf dieses
240 Gesetz schulen und zu rassismus- und diskriminierungskritischen Kompetenzen fortbilden.
241 Aufbauend auf dem Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG) wollen wir Aktivitäten für
242 Vielfalt und Weltoffenheit und gegen Diskriminierung und Extremismus in der Berliner
243 Verwaltung umsetzen und das Berliner Diversity Landesprogramm stetig fortentwickeln und auf
244 eine gesetzliche Grundlage stellen. Wir wollen eine strukturelle und einheitliche
245 Verankerung von Antidiskriminierungsmaßnahmen im Verantwortungsbereich des Landes und der
246 Bezirke. Dazu gehören unabhängige diskriminierungskritische Untersuchungen der internen
247 Organisationsstrukturen und -abläufe, die Entwicklung von verbindlichen Beschwerdeverfahren
248 und -stellen bei Rassismus und Diskriminierung sowie die Implementierung von
249 Antidiskriminierungs- und Diversitätsstrategien in allen Verwaltungen. Wir wollen in den
250 Fokus nehmen, wenn Menschen gleich aus mehreren Gründen Diskriminierungserfahrungen machen.
251 Angelehnt an den sogenannten „Gender-Check“ wollen wir zukünftig einen „Diversitätscheck“
252 einführen. Im Sinne eines modernen Diversity-Mainstreamings sollen alle Maßnahmen des Senats
253 vorab auch auf potentiell diskriminierende bzw. diversitätsfördernde Wirkungen hin
254 untersucht werden.

255 In der Verwaltung der Stadt muss sich auch die Stadtgesellschaft abbilden: Diversität ist
256 die Stärke und der Reichtum Berlins. Dafür wollen wir die gerechte Repräsentation von
257 strukturell benachteiligten, insbesondere von rassistischen und antisemitischen
258 Zuschreibungen betroffenen Gruppen entsprechend der UN Antirassismuskonvention (ICERD), in
259 der Verwaltung erreichen und konsequent die Repräsentation von Schwarzen Menschen und People
260 of Color bzw. Menschen mit Rassismuserfahrung durch positive Maßnahmen durch verbindliche
261 Zielvorgaben wie z.B. eine Zielquote im öffentlichen Dienst fördern. Wir begrüßen die in der
262 Neufassung des Gesetzes zur Förderung der Partizipation in der Migrationsgesellschaft
263 (PartMigG) festgeschriebenen Berichtspflichten und regelmäßigen Mitarbeiter*innenbefragungen
264 zu Migrationshintergrund und Diskriminierungserfahrung, die die Personal-Entwicklungen in
265 den Berliner Verwaltungen nachvollziehbar machen und Grundlage für die regelmäßigen
266 Zielvereinbarungen auf allen Hierarchieebenen bilden.

267 Wir stehen zwar der Kategorie „Migrationshintergrund“ (rassismus)kritisch gegenüber, aber
268 sind auf deren Verwendung derzeit leider wegen der Vergleichbarkeit zur aktuellen
269 statistischen Bezugsgröße angewiesen; dieser Begriff ist derzeit die einzige vom Mikrozensus
270 statistisch erhobene Größe. Perspektivisch wollen wir, dass Gleichstellungsdaten von
271 Menschen mit Rassismuserfahrung erfasst werden. Wir setzen uns dafür ein, das
272 Personalvertretungsgesetz dahingehend zu novellieren, dass es analog zu Frauenvertretung
273 ebenso eine Vertretung von und für BIPOCs bzw. Menschen mit Migrationshintergrund im
274 öffentlichen Dienst gibt, um die Fördermaßnahmen und die Durchsetzung der verbindlichen
275 Zielvereinbarungen zu überwachen. Wir fordern die ersatzlose Streichung des Begriffs
276 „Integration“ aus dem neuen Gesetz zur Förderung der Partizipation in der
277 Migrationsgesellschaft (PartMigG), der Menschen mit Rassismuserfahrung demütigt und nichts
278 als eine leere Worthülse ist.

279
280
281
282
283 Dabei machen wir uns eine intersektionale Perspektive zu eigen, das heißt: insbesondere auf
284 die Förderung von Menschen zu achten, die in mehrfacher Hinsicht diskriminiert werden –
285 beispielsweise durch Sexismus, Behindertenfeindlichkeit oder LSBTIQ*-Feindlichkeit. Auch die
286 deutsche oder EU-Staatsbürger*innenschaft darf nur in Berufen als Voraussetzung verlangt
287 werden, in denen dies absolut notwendig ist.

288
289 Wir stärken die Rechte von trans*,inter* und nicht-binären Menschen, indem wir in allen
290 Behörden, Einrichtungen und Beteiligungen des Landes Berlin dafür sorgen, dass Geschlechts-
291 und/oder Namenseintrag sowie Anrede selbstbestimmt und unbürokratisch wählbar sind und
292 entsprechend in internen wie externen Dokumenten angepasst werden. Die Beratung hierzu
293 wollen wir ausweiten.

294 **Zivilgesellschaft fördern und einbeziehen**

295 Zivilgesellschaftliche Organisationen wollen wir in ihrer Arbeit zum Abbau von
296 Diskriminierungen in der Stadt weiter unterstützen, das „Landesprogramm für Demokratie.
297 Vielfalt. Respekt.“ weiter ausbauen und mit einem Landesdemokratiefördergesetz einen
298 stabilen Rechtsrahmen und eine stabile Finanzierung der Zivilgesellschaft schaffen. Berlin
299 wird sich weiterhin an der Umsetzung der „UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft“
300 beteiligen. In enger Abstimmung mit der Zivilgesellschaft sollen Maßnahmen gegen anti-
301 Schwarzen Rassismus umgesetzt werden, die im Kontext des Konsultationsprozesses erarbeitet
302 worden sind. Wir unterstützen die Einrichtung eines Schwarzen Community-Zentrums.

303 Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich. Die Grundrechte gelten für alle. Wir erleben aber,
304 dass die Realität staatlichen Handelns nicht immer diesen Idealen entspricht. Deshalb wollen
305 wir eine parlamentarische Enquete-Kommission für die Dauer der nächsten Legislaturperiode
306 einsetzen. Diese wird von allen Fraktionen mit Sachverständigen und Abgeordneten besetzt, um
307 systematisch Informationen aufzubereiten, auf deren Grundlage eine gut informierte
308 politische Entscheidung getroffen werden kann. Ziel ist, Diskriminierung und Rassismus, die
309 von der Berliner Verwaltung und den Sicherheitsbehörden ausgehen, systematisch zu erfassen,
310 Gegenstrategien zu entwickeln und diese gegebenenfalls mit den Maßnahmen im Diversity-
311 Landesprogramm zu verzahnen. Wir wollen rechtsextreme und diskriminierende Strukturen in
312 Berliner Verwaltung und Sicherheitsbehörden **und anderen Bereichen der Gesellschaft wie den**
313 **Bildungseinrichtungen des Landes** identifizieren, die Racial Profiling, Rassismus,
314 Antisemitismus, Transfeindlichkeit, Frauenfeindlichkeit und andere Formen der
315 gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit befördern. Bei der Untersuchung soll es aber nicht
316 bleiben: Die Kommission soll institutionelle und zivilgesellschaftliche
317 Handlungsempfehlungen erarbeiten, um diskriminierende Strukturen abzubauen. Ausbildung,
318 interne und externe Regeln und behördliche Organisationsstruktur wollen wir in den
319 Sicherheitsbehörden und der Justiz untersuchen und anhand dieser Ergebnisse
320 weiterentwickeln, das gilt besonders für die Ausbildung angehender Polizist*innen und
321 Jurist*innen. Es ist elementar für Prävention von und Schutz vor Diskriminierungen,
322 diskriminierungskritische Diversity-Seminare in diesen Ausbildungen fest zu verankern. Uns
323 ist es wichtig, explizit die Perspektiven und Expertisen von Menschen, die von Racial
324 Profiling betroffen sind – u. a. Schwarze Menschen, als türkei- und arabischstämmig
325 wahrgenommene Menschen, Sintize* und Romnja* –, bei der Entwicklung und Umsetzung von
326 Maßnahmen einzubeziehen und die Expertise aus den Communities angemessen zu vergüten

327 Wir begrüßen die Einrichtung eines Beirats für Roma und Sinti im Rahmen der Novelle des
328 Partizipations- und Integrationsgesetzes und wollen dessen Arbeit konstruktiv begleiten.

329 **Einbürgerung erleichtern und Wahlrecht ermöglichen**

330 Zu einer pluralen Gesellschaft gehört es auch, dass politische Partizipation auf Augenhöhe
331 und unabhängig von der Staatsangehörigkeit möglich sein muss. Dies wollen wir ermöglichen
332 und gleichzeitig auch die Hürden zur Einbürgerung senken und die Einbürgerungsquote erhöhen.
333 Einbürgerungen wollen wir in allen Bezirken einheitlich und im Sinne der Einbürgerung
334 gestalten. Die Möglichkeiten der Einbürgerung wollen wir aktiv und zielgruppengerecht
335 bewerben, etwa durch eine Neuauflage der Berliner Einbürgerungskampagne. Für Menschen, die
336 seit Jahren hier leben, dürfen weder Sprachtests noch Transferleistungsbezug ein

337 Ausschlusskriterium sein. Wir werden uns dafür einsetzen, die bürokratischen Hürden bei der
338 Antragsstellung abzubauen. Mit einer besseren technischen und bei Bedarf auch personellen
339 Ausstattung der Standesämter wollen wir darauf hinwirken, dass die derzeit teils langen
340 Bearbeitungszeiten signifikant verkürzt werden. Wer in Berlin gemeldet ist, soll hier auch
341 wählen dürfen: Wir werden weiterhin auch auf der Bundesebene dafür kämpfen, dass das
342 kommunale Wahlrecht und das Landeswahlrecht auf alle ausgeweitet wird, die ihren
343 Lebensmittelpunkt in Berlin haben und dass Einbürgerungen erleichtert werden: Wer in
344 Deutschland geboren wird, soll die Möglichkeit erhalten, deutsche*r Staatsbürger*in zu
345 werden, wenn ein Elternteil rechtmäßig seinen gewöhnlichen Aufenthalt in Deutschland hat.
346 Damit schaffen wir eine weitere wichtige Grundlage für unsere Migrationsgesellschaft.

347 **Religiöse und weltanschauliche Vielfalt stärken**

348 Zur Vielfalt Berlins gehört auch die religiöse und weltanschauliche Vielfalt.
349 Gemeindezentren sind häufig wichtige soziokulturelle Orte im Kiez, Anlaufstellen für
350 Menschen mit sozialen Problemen oder Beratungsbedarf, Orte der Vernetzung für Engagierte,
351 Sprachrohre für lokale Anliegen. Durch die rasant gestiegenen Mieten sind allerdings gerade
352 viele Moscheegemeinden und kleinere Gemeinschaften, die nicht von der Kirchensteuer
353 profitieren, zum Umzug gezwungen. Gleichzeitig werden neue Stadtquartiere geplant, ohne dass
354 dieser Aspekt des sozialen Zusammenhalts mitgedacht wird. Wir setzen uns für die Entstehung
355 von Gemeinwesenzentren ein, die grundsätzlich allen offenstehen und zu gleichen Bedingungen
356 genutzt und gemietet werden können. Wir wollen sie als soziokulturelle Orte im Kiez stärken
357 und ihren Bestand sichern. Dafür wollen wir Gewerbemieten deckeln und bezirkliche
358 Vorkaufsrechte wo möglich auch für religiöse und weltanschauliche Gemeinschaften ausüben.
359 Beispielsweise können Ausbau- und Umbaumaßnahmen von Gemeinderäumen von Kirchen, Moscheen,
360 alevitischen Cem-Häusern, Synagogen und anderer Religionsgemeinschaften, die ihre
361 Räumlichkeiten für Veranstaltungen oder Angebote für den Kiez öffnen, gefördert werden.

362 Wir stehen zur Religionsfreiheit in all ihren Dimensionen. Aber es gibt einige Sonderrechte
363 für anerkannte Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften, wo wir dringenden Reformbedarf
364 sehen. So wollen wir die rechtlichen und tatsächlichen historischen Vermögensverschiebungen
365 untersuchen, auf deren Grundlage heute Staatsleistungen im Land Berlin gewährt werden.
366 Darauf aufbauend wollen wir mit den christlichen Kirchen auf der Grundlage der
367 bundespolitischen Rahmengesetzgebung so rasch wie möglich in konkrete Verhandlungen über die
368 Ablösung der historischen Staatsleistungen treten. Für uns ist klar: Religion und
369 Religionsgemeinschaften sind eine Bereicherung für unsere Stadt. Gleichwohl gibt es einzelne
370 Gruppen, die in Abhängigkeit von autokratischen Regimen stehen und unsere Verfassung nicht
371 vollumfänglich anerkennen. Damit ein bereichernder Dialog entstehen kann, dürfen Grundrechte
372 – beispielsweise in Fragen der Geschlechtergerechtigkeit oder der Akzeptanz verschiedener
373 sexueller Orientierungen – nicht relativiert werden. Dies ist Voraussetzung für eine
374 Zusammenarbeit von öffentlichen Stellen mit Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften und
375 für deren öffentliche Unterstützung.

376 Wir wollen in Kooperation mit den Berliner karitativen und sozialen Einrichtungen in
377 kirchlicher Trägerschaft sowie den Gewerkschaften und Arbeitnehmer*innenvertretungen zu
378 Vereinbarungen gelangen, in denen diese Betriebe auf die Anwendung des Kirchlichen
379 Arbeitsrechts verzichten. Staatsakte und Veranstaltungen im Rahmen der Erinnerungskultur
380 sind noch immer geprägt von religiösen Gemeinschaften, insbesondere den beiden großen
381 christlichen Kirchen. Berlin sollte jedoch im Rahmen eines breiten zivilgesellschaftlichen
382 Dialogs neue Formen von Gedenkveranstaltungen entwickeln, die der kulturellen Vielfalt
383 unserer Stadt besser gerecht wird. Wir wollen das Kirchenaustrittsgesetz Berlin dahingehend
384 ändern, dass für die austretenden Kirchenmitglieder keine Kosten anfallen. Wir streben an,
385 dass künftig Kirchenaustritte auch im Online-Verfahren möglich sind.

386 Wir wollen erreichen, dass ab der kommenden Legislaturperiode die Zusammensetzung der

387 Mitglieder im ZDF-Fernsehrat und dem RBB-Rundfunkrat die Vielfalt in der Gesellschaft besser
388 abbildet und für die konfessions- bzw. religionsfreien Menschen jeweils ein Sitz
389 eingerichtet wird.

390 **5.2 Ungleichheit zwischen Geschlechtern beenden – die** 391 **Hälfte der Macht den Frauen**

392 Politik von und für Frauen gehört seit 40 Jahren zu unserer grünen DNA. Und unser Engagement
393 trägt Früchte: In Berlins landeseigenen Unternehmen sind über die Hälfte der Aufsichtsrats-
394 und Vorstandspositionen mittlerweile in Frauenhand. Damit führen wir im bundesweiten
395 Vergleich. Im Berliner Abgeordnetenhaus hingegen sind gerade mal ein Drittel aller 160
396 Abgeordneten Frauen. Wir Grüne sind stolz darauf, dass 60 Prozent unserer Abgeordneten
397 weiblich sind. Gemäß dem Grundsatz „die Hälfte der Macht den Frauen“ prüfen wir einen
398 verfassungskonformen Weg für ein Paritätsgesetz. Hierbei setzen wir uns für eine queer-
399 feministische Auslegung der Quote ein. Nur so erreichen wir langfristig gerechte Politik für
400 alle Geschlechter. Doch Parität im Abgeordnetenhaus ist nicht genug! Wir setzen uns auch
401 dafür ein, dass Parität in allen Bereichen Berlins – von Kultur über Wissenschaft, Medien,
402 Verwaltung, Start-Up Szene und Landeseigene Unternehmen – dort verbindlich festgeschrieben
403 und umgesetzt wird, wo es uns mit rechtlichen und politischen Mitteln möglich ist. Dafür
404 wollen wir das Landesgleichstellungsgesetz mit verbindlichen Zielgrößen und
405 Sanktionsmöglichkeiten weiterentwickeln.

406 **Die Corona-Pandemie – eine Krise zu Lasten von Frauen**

407 In der Corona-Krise haben wir erlebt, dass weibliche Expertise in Krisenstäben eine
408 Seltenheit war. Das führte dazu, dass die unterschiedlichen Lebenslagen von Frauen in den
409 Hintergrund rückten, während häusliche Gewalt in Berlin um 30 Prozent anstieg, während
410 Schulen und Kitas monatelang geschlossen waren, während Care- und Bildungsarbeit in weiten
411 Teilen privatisiert wurden und stillschweigend auf den „To-do-Listen“ von Frauen landeten.
412 Uns hat das darin bestärkt, weiterhin lautstark paritätische und diverse Besetzungen für
413 Krisenstäbe und alle anderen Gremien zu fordern.

414 **Eine ressortübergreifende Gleichstellungsstrategie für Berlin**

415 Berlin ist das erste Bundesland, das mit der Einführung von Gender-Budgeting in Senats- und
416 Bezirksverwaltungen begonnen hat. Nach vielen Jahren des Stillstands im Bereich Gender-
417 Budgeting, also der geschlechtergerechten Haushaltsführung, ist es durch eine grüne
418 Initiative im Abgeordnetenhaus gelungen, die Grundlagen des Gender-Budgetings in Berlin zu
419 novellieren und neu auszurichten. Eine deutliche Ausweitung der qualitativen und
420 quantitativen Gender-Budgeting-Daten ermöglichen nun wirkungsvolle Zielvorgaben und
421 Steuerungsmaßnahmen. Wir wollen mit dem nächsten Haushaltsplan ein Gender-Budgeting-
422 Controlling einziehen – das für alle Geschlechter gilt! Um die Umsetzung weiter
423 voranzutreiben, werden wir uns zudem für ein Gender-Budgeting-Referat in der
424 Finanzverwaltung einsetzen und einen Beirat einrichten, der externe Expertise aus
425 Zivilgesellschaft und Wissenschaft bündelt. Außerdem wollen wir flächendeckende Schulungen
426 zur Anwendung und Implementierung der neuen Gender-Budgeting-Ziele innerhalb der Verwaltung
427 einführen. Wir werden zudem prüfen, wie auch weitere Diversitätskriterien in Gender-
428 Budgeting integriert werden können. Auch mit der Gründung der Unternehmerinnenakademie und
429 dem Landesantidiskriminierungsgesetz sind wir wichtige Schritte gegangen, um Frauen zu
430 stärken. Um systematisch in allen Themen Politik für Frauen machen zu können, wollen wir nun
431 mit allen Verwaltungen eine verbindliche, datenbasierte und ressortübergreifende
432 Gleichstellungsstrategie erarbeiten und umsetzen. Die Strategie soll intersektional wirken,
433 das bedeutet, dass wir Mehrfachdiskriminierungen, etwa durch Rassismus oder
434 Queerfeindlichkeit, stets mitdenken. Außerdem wollen wir eine Gesetzesfolgenabschätzung
435 einführen, die die Gleichstellung von Frauen sicherstellt. Unser Ziel ist eine

436 emanzipatorische Verwaltung. Um das zu erreichen, werden wir die Mitarbeiter*innen
437 entsprechend schulen.

438 **Gewaltfrei und gleichberechtigt in Berlin leben**

439 Frauen und Kinder sind häufiger Opfer physischer und psychischer Gewalt. Besonders lesbische
440 Frauen, Muslimas, obdachlose Frauen, Frauen mit Behinderung, trans*, inter*, Schwarze Frauen
441 und Women of Color sind Gewalt ausgesetzt, was sowohl unmittelbare als auch langfristige
442 Folgen für deren Gesundheit hat.

443 Wir haben in den letzten Jahren für mehr Plätze in Frauenhäusern gekämpft und sind stolz,
444 dass wir das siebte Berliner Frauenhaus eröffnen konnten. Die Schutzplätze reichen für eine
445 Stadt wie Berlin nicht aus, darum fordern wir ein achttes Frauenhaus. Das Personal in
446 Frauenhäusern soll diskriminierungssensibel geschult sein, um so mehr Schutzräume für
447 besonders von Diskriminierung betroffenen Gruppen zu schaffen. Auch die Beratung von
448 Betroffenen haben wir ausgebaut, um Online-Angebote erweitert und die Anti-Stalking-
449 Beratungsstellen finanziell besser ausgestattet. Jetzt wollen wir zusätzlich besonders
450 vulnerable Gruppen, wie zum Beispiel Geflüchtete, Wohnungs- und Obdachlose, und andere
451 (mehrfach) marginalisierte Frauen und nichtbinäre Personen gezielt durch innovative
452 Wohnformen und Projekte mit intersektional angelegter Beratung unterstützen.

453 Berlins große Landesunternehmen sind mit gutem Beispiel vorangegangen und haben Leitlinien
454 gegen Sexismus und sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz verabschiedet. Wir haben dafür
455 gesorgt, dass sexistische und diskriminierende Werbung auf landeseigenen Werbeflächen
456 ausgeschlossen wird. Um sie auch auf privaten Flächen zu vermeiden, haben wir ein
457 Expert*innengremium eingesetzt, das bei Beschwerden Handlungsempfehlungen ausspricht und für
458 das Thema sensibilisiert.

459 Für Frauen, die selbst oder deren Töchter von Genitalverstümmelung betroffen oder bedroht
460 sind, wollen wir das Beratungs- und Behandlungsangebot durch den Einbezug der relevanten
461 Communities weiter ausbauen und durch Bildungsangebote auch für Männer die Prävention
462 stärken.

463
464 Hilfestrukturen für Frauen müssen dort gefestigt werden, wo der Bedarf besteht. Soziale
465 Träger dürfen nicht zu Opfern der Entwicklungen auf dem Immobilienmarkt werden. Deshalb
466 werden wir die Unterstützung bei der Findung und Finanzierung von Räumlichkeiten für diese
467 Träger als öffentliche Aufgabe definieren und strukturell verankern.

468 Wir wollen ein Berlin schaffen, in dem Frauen, trans*, inter* und nicht-binäre Personen
469 nicht mehr von physischer, psychischer und digitaler Gewalt betroffen sind. **Dabei sind die**
470 **Vorgaben der Istanbul-Konvention für uns maßgeblich.** Der erste Schritt ist, Gewalt gegen
471 Frauen als solche zu benennen. Um das Ausmaß des Problems zu verdeutlichen, wollen wir die
472 Kategorie „geschlechtsbezogene Gewalt“ in die Polizeikriminalstatistik aufnehmen. **Mit einer**
473 **regelmäßig berichtenden Monitoring-Stelle, wie auch in der Istanbul-Konvention festgelegt,**
474 **wollen wir Gewalt gegen Frauen, insbesondere Femizide, in Berlin erfassen, untersuchen und**
475 **mit den Ergebnissen die bereits existierende Präventionsarbeit stärken sowie langfristige**
476 **Maßnahmen gegen misogynen Gewalt entwickeln.** Gleichzeitig arbeiten wir daran, die Bandbreite
477 von niedrigschwelligen mehrsprachigen, analogen und digitalen Beratungsangeboten,
478 Frauenhäusern und Zufluchtswohnungen stetig auszuweiten. Die vertrauliche Spurensicherung
479 und Dokumentation nach Misshandlung und sexualisierter Gewalt wollen wir in allen Bezirken
480 etablieren.

481 In den letzten Jahren haben wir die Bekämpfung organisierter Kriminalität im Zusammenhang
482 mit sexueller Ausbeutung und Zwangsprostitution ausgeweitet und werden dies fortsetzen.
483 Schutzprogramme für Aussteiger*innen, die vor Gericht aussagen, wollen wir weiter ausbauen.
484 Hierbei ist ein sicheres Bleiberecht für alle Betroffenen von Menschenhandel zwingend nötig.

485 Polizist*innen, Staatsanwält*innen und Richter*innen wollen wir gezielt für das Thema
486 sensibilisieren und dafür weiterbilden.

487 **Selbstbestimmte Sexarbeit stärken.**

488 Wir setzen uns dafür ein, dass Sexarbeit in Berlin stärker als bisher selbstbestimmt, sicher
489 und unter guten Arbeitsbedingungen stattfinden kann. Hierfür wollen wir die Einstiegs- und
490 Umstiegsberatung und mehrsprachige Kontaktstellen ausbauen sowie bei der Gesundheitsberatung
491 und -versorgung nachbessern, dabei müssen auch die Rechte und Bedürfnisse von trans*, inter*
492 und nicht-binären Sexarbeiter*innen berücksichtigt werden. Wir setzen uns für einen
493 erleichterten Leistungsbezug bei den Jobcentern und Zugang zur Gesundheitsversorgung sowie
494 für die Abschaffung des stigmatisierenden "Prostituiertenschutzgesetzes" ein. Essentiell
495 ist, dass hierbei die Expertise und die Erfahrungen von Sexarbeiter*innen einbezogen werden.
496 Wohnungslose Sexarbeiter*innen benötigen zudem Zugang zu sicheren Unterkünften. Mit Blick
497 auf Straßenstriche ist es unerlässlich den Dialog zwischen Sexarbeiter*innen,
498 Beratungsstellen und Anwohnenden zu stärken, um Stigmatisierung und Diskriminierung von
499 Sexarbeiter*innen entgegenzuwirken. Der von uns unter rot-rot-grün einberufene Runde Tisch
500 Sexarbeit hat ein Handlungskonzept vorgelegt, dessen Umsetzung wir weiter vorantreiben,
501 evaluieren und nach Bedarf anpassen wollen, um die Rechte und Arbeitsbedingungen von
502 Sexarbeiter*innen zu verbessern. Wir wollen der Stigmatisierung von Sexarbeit entgegenwirken
503 und gesellschaftliche Vorurteile abbauen. Einsatzkräfte und Beamt*innen im Kontakt mit
504 Sexarbeiter*innen müssen Weiterbildungen zu diskriminierungssensiblem Umgang absolvieren.

505 **Gesundheit – endlich geschlechtergerecht**

506 Die Gesundheitsversorgung von Frauen und inter*, nicht-binären sowie trans* Personen werden
507 wir verbessern. Dazu gehört, das Angebot an Gynäkolog*innen in allen Bezirken zu sichern und
508 den Zugang zu sicheren Schwangerschaftsabbrüchen zu ermöglichen, gerade in Krisenzeiten.
509 Gleichzeitig haben wir die Bedingungen für sichere und gute Geburten verbessert, indem wir
510 in Kreißsäle investiert haben, indem wir die Ausbildungskapazitäten für Hebammen erhöht
511 haben und mit einer digitalen Plattform die Hebammensuche erleichtern.

512 Wir wollen gendersensible Sexuaufklärung, -beratung und Gesundheitsvorsorge und werden den
513 Zugang zu Reproduktionsmedizin und Familienplanung insbesondere für gleichgeschlechtliche
514 Paare und Singles ausbauen. Dazu wollen wir genderbezogene Gesundheitsforschung stärken und
515 gezielt sowohl Frauen, trans* Männer, inter* und nicht-binäre Personen und queere Personen
516 in der medizinischen Aus- und Weiterbildung fördern. Für Gynäkolog*innen und andere
517 Heilberufe wollen wir entsprechende Schulungen ausbauen, um sie für gesundheitliche Fragen
518 von Frauen, trans* Männern, inter* und nicht-binären Menschen sowie für spezifische Fragen
519 zur lesbischen Gesundheit zu sensibilisieren.

520 **Auftrag an die Bundesregierung**

521 Ein großes Hindernis auf dem Weg zum freien und selbstbestimmten Leben für alle Geschlechter
522 bleibt die ungleiche Aufteilung von Care-Arbeit zu Lasten von Frauen – mit dem ungerechten
523 Effekt der starken Lohn- und Rentenungleichheit zwischen Männern und Frauen. Gegen den
524 Gender Care Gap und den Gender Pay Gap, für ein echtes Entgeltgleichheitsgesetz und das Ende
525 des Ehegattensplittings sowie die (steuer-)rechtliche Gleichstellung von heterosexuellen,
526 gleichgeschlechtlichen und Ein-Eltern-Familienkämpfen wir auf Bundesebene.

527 **5.3 Die Regenbogenhauptstadt bleibt bunt**

528 Wir wollen, dass Berlin die Stadt wird, in der alle Menschen ihr Leben frei und
529 selbstbestimmt verwirklichen können. Niemand darf wegen der sexuellen Orientierung, der
530 sexuellen oder Geschlechtsidentität, wegen des Geschlechtsausdrucks oder vielfältiger
531 Geschlechtsmerkmale ausgegrenzt oder diskriminiert werden. Wir akzeptieren dies genauso

532 wenig wie Diskriminierung aufgrund des sozialen Status, der Hautfarbe, des Glaubens oder der
533 Herkunft. Besonders wichtig ist dies, wenn Menschen mehrfach diskriminiert werden. Darum
534 unterstützen wir die vielfältigen queeren Communities unserer Stadt dabei, sichere und
535 barrierefreie Räume in der ganzen Stadt zu finden, Teilhabehürden und Ausgrenzungen
536 abzubauen und gemeinsam mit anderen Gruppen für eine inklusivere und solidarische
537 Stadtgesellschaft zu streiten.

538 **Queere Infrastruktur in ganz Berlin sichern**

539 Wir haben die ganze Stadt im Blick. Der Zugang zu queerer Infrastruktur und insbesondere
540 Beratungs- und Empowermentangeboten darf nicht davon abhängen, wo LSBTIQ* in Berlin wohnen.
541 Gleiche Chancen, gleicher Zugang zu Unterstützungsangeboten, flächendeckende und
542 barrierefreie queere Infrastruktur muss es für alle überall geben. Wir haben in den letzten
543 Jahren dafür gesorgt, dass Angebote dazugekommen sind, sei es das erste queere
544 Jugendzentrum, generationenübergreifende Wohn- und Pflege-Gemeinschaften, die Fachstelle
545 queere Bildung oder seit 2018 der Preis für lesbische* Sichtbarkeit zur Würdigung des
546 Schaffens von Lesben für Berlin. Diese Infrastruktur werden wir weiter ausbauen. Wir
547 brauchen Anlaufstellen, soziale Treffpunkte und Beratungsstellen für queere Menschen,
548 insbesondere Jugendliche, Ältere und mehrfach diskriminierte Gruppen wie Geflüchtete. Dazu
549 gehören auch spezifische Betreuungsangebote und Safe Spaces für besonders marginalisierte
550 Gruppen wie trans, inter und nicht-binäre Personen. Gleichzeitig müssen die Bedürfnisse von
551 LSBTIQ* in allen bestehenden und neuen Einrichtungen berücksichtigt und ernstgenommen
552 werden. Egal ob Familienzentrum, Senior*innenheim oder Jugendclub – in all diesen
553 Einrichtungen muss es Angebote für LSBTIQ* geben. Queere Infrastruktur, darunter auch Safe
554 Spaces wie Bars und Clubs, vor Verdrängung zu schützen, ist dabei eine zentrale Aufgabe. Die
555 großen queeren Veranstaltungen im öffentlichen Straßenraum, die jedes Jahr viele Gäste aus
556 der ganzen Welt nach Berlin locken, wollen wir nach den harten Einschnitten der Pandemie
557 gezielt und dauerhaft unterstützen.

558 **Wir stärken Initiativen für geschlechtliche und sexuelle Vielfalt**

559 Leider ist unsere Stadt nicht so liberal, wie es oft scheint. Auch hier werden Menschen
560 aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder ihrer Geschlechtsidentität ausgegrenzt,
561 diskriminiert und tötlich angegriffen. Wir sagen Diskriminierung und Gewalt den Kampf an.
562 Wir werden die Präventions- und Antigewaltarbeit für LSBTIQ* weiter ausbauen und eigenes
563 Beratungsangebot für trans*, inter* und nicht-binäre Betroffene von Queerfeindlichkeit
564 einrichten. Wir haben eine Krisen- und Zufluchtswohnung eingerichtet, in der LSBTIQ* in
565 akuten Bedrohungssituationen eine anonyme, temporäre Unterbringung finden können. Der
566 bisherigen Initiative Sexuelle Vielfalt haben wir neuen Schwung verliehen und sie zur
567 „Initiative Geschlechtliche und Sexuelle Vielfalt“ (IGSV) erweitert.

568 , Durch eine kontinuierliche Weiterentwicklung und Stärkung dieses ressortübergreifenden
569 Maßnahmenplans, den der Senat gemeinsam mit den lesbischen, schwulen, bi-, trans*- und
570 inter* Communities erarbeitet, entsteht nun eine dauerhafte Struktur für Akzeptanzarbeit für
571 LSBTIQ*. Gelingen kann dies nur, wenn möglichst viele Gruppen, Vereine und Aktivist*innen zu
572 Wort kommen. Diese Arbeit werden wir fortsetzen. Die Bezirke spielen in der Umsetzung eine
573 wichtige Rolle, insbesondere die Außenbezirke sollen gestärkt werden, denn Zugang zu
574 Beratungs- und Unterstützungsstrukturen darf nicht vom Wohnort abhängen. Wir haben
575 verankert, dass jeder Bezirk eine Ansprechperson für LSBTIQ*-Angelegenheiten benennt, die
576 als Schnittstelle zwischen Senatsverwaltung, Bezirk und Akteur*innen fungiert. Auch an Kitas
577 und Schulen müssen Geschlechterstereotype hinterfragt und geschlechtliche und sexuelle
578 Vielfalt stärker anerkannt werden. Hierbei brauchen sie Unterstützung. Wir unterstützen die
579 die Fachstellen für queere und intersektionale Bildung, die Ansprechpersonen für LSBTIQ* an
580 allen Berliner Schulen und die Vielfaltsbroschüre für Kita-Fachkräfte.

581 **Lesbische Sichtbarkeit stärken**

582 In der Koalition haben wir das Ziel vorgegeben, die öffentliche Aufmerksamkeit für Lesben,
583 lesbisches Leben und lesbische Belange in Berlin zu erhöhen. Das gilt auch für die Zukunft.
584 Die neu gestarteten Projekte wollen wir fortsetzen, den Preis für Lesbische Sichtbarkeit
585 auch in den kommenden Jahren verleihen, die Antigewaltarbeit ausbauen und neue
586 Handlungsfelder erschließen, bei denen die besonderen Bedarfe von Lesben bislang zu wenig
587 Berücksichtigung finden, etwa bei der gesundheitlichen Versorgung. Die Verwirklichung des
588 ersten, inklusiven Frauen-/Lesbenwohnprojekts ist uns ein besonderes Anliegen. Zudem werden
589 wir eine wissenschaftliche Aufarbeitung des Sorgerechtsentzugs in Berlin in Auftrag geben.
590 Noch bis Ende der 1990er Jahre wurden vielen Frauen ihre Kinder gerichtlich entzogen, wenn
591 sie eine lesbische Beziehung führten. Dieses Unrecht ist bisher kaum bekannt. Wir wollen
592 dieses dunkle Kapitel der jüngeren Geschichte aufarbeiten.

593 **Die Bundesregierung muss handeln – wir nutzen jeden Spielraum in Berlin**

594 Viele nötige Gesetzesänderungen können nur auf Bundesebene umgesetzt werden. Darum haben wir
595 eine Bundesratsinitiative zur Erweiterung des Art. 3 Grundgesetz um das Merkmal der
596 sexuellen Identität gestartet. Wir wollen, dass trans*, inter* und nicht-binäre Menschen
597 ihren Vornamen und ihren Geschlechtseintrag möglichst einfach anpassen und ändern können.
598 Momentan gibt es hohe bürokratische Auflagen, die auf Bundesebene abgebaut werden müssen.

599 Solange sich das nicht ändert, wollen wir, dass Berlin schon in den Bereichen vorangeht, in
600 denen das Land Gestaltungsspielraum hat. In Schulen und staatlichen Hochschulen wollen wir
601 die selbstbestimmte Namensänderung und die Änderung des Geschlechtseintrages ermöglichen.
602 Wir setzen uns dafür ein, dass der Personenstand „divers“ konsequent und gleichberechtigt in
603 allen öffentlichen Einrichtungen und der Berliner Verwaltung berücksichtigt wird, inklusive
604 der Anpassung aller Formulare. Bestehende Hürden bei einer Änderung des Geschlechtseintrags
605 wollen wir weiter abbauen.

606 **Queere Rechte in Europa und weltweit**

607 Wir stehen für die Rechte queerer Menschen ein – in Berlin und weltweit. Queer-Feindlichkeit
608 verstößt gegen die Menschenrechte. Berlin und die Bezirke haben ein breites
609 Städtepartnerschaftsnetzwerk. Als Regenbogenhauptstadt hat Berlin die Verantwortung, auch
610 gegenüber den Partnerstädten für queere Rechte und Gleichstellung einzutreten. Die LSBTIQ*-
611 freien Zonen in Polen und anderen Ländern sind Menschenrechtsverletzungen und müssen
612 aufgelöst werden. Über das „Rainbow Cities Network“ setzen wir uns im Ausland in über 30
613 Städten auch auf lokaler Ebene für die Stärkung der Belange von LSBTIQ* ein.

614 **5.4 Freiheit schützen und bewahren**

615 Berlin ist eine Stadt der Freiheit. Hier leben Menschen mit den unterschiedlichsten
616 Biographien, Identitäten, Zielen und Träumen. Allen Berliner*innen ist gemeinsam, dass sie
617 selbstbestimmt ihre Freiheit genießen wollen. Das gelingt nur, wenn alle sich sicher sein
618 können, dass ihre Rechte und ihre Würde geachtet werden – von den anderen genauso wie von
619 staatlichen Stellen. Ohne ein Grundgefühl von Sicherheit ist das schwer möglich, denn Angst
620 hemmt die Freiheit. Es ist deswegen unser Ziel, Sicherheit zu schaffen, ohne Freiheit zu
621 beschränken. Das ist kein Widerspruch, im Gegenteil: Wer Sicherheit nur durch Maßnahmen
622 erreichen will, die Rechte und Freiheit schmälern, hat das Ziel der offenen Gesellschaft und
623 des Rechtsstaates aufgegeben.

624 Mit einem großen Freiheitsrechtstärkungspaket haben wir die größte innenpolitische Reform
625 in Berlin seit Jahrzehnten umgesetzt und eine*n unabhängige*n Polizei- und
626 Bürger*innenbeauftragte*n eingeführt. Das ist ein großer Erfolg. Uns ist gelungen, woran
627 andere Bundesländer gescheitert sind. Häufig waren dortige Änderungen an den

628 Sicherheitsgesetzen zu Recht begleitet von heftigen Protesten, nicht so in Berlin. Mit der
629 Novelle des Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes haben wir Befugnisse zur Abwehr
630 terroristischer Straftaten oder ähnlich schwerer Verbrechen neu in das Gesetz aufgenommen.
631 Die Veröffentlichung kriminalitätsbelasteter Orte, an denen ohne Verdacht kontrolliert
632 werden kann, haben wir gesetzlich geregelt, genau wie die individuelle Kennzeichnung von
633 Beamt*innen. So ist auch Fehlverhalten von Polizist*innen leichter aufzuklären. Der Einsatz
634 von Vertrauenspersonen und verdeckten Ermittler*innen muss in der Regel nun durch ein
635 Gericht angeordnet werden. Wir haben die Bürger*innenrechte gestärkt und gleichzeitig dem
636 Bedürfnis der Berliner*innen nach mehr Sicherheit Rechnung getragen. Diesen Weg gehen wir
637 weiter.

638 **Prävention ist der beste Weg**

639 Die beste Form der Kriminalitätsbekämpfung wirkt, bevor eine Straftat begangen wird. Wir
640 wollen Instrumente der Prävention deshalb weiter stärken. Dauerhaft abgesicherte und
641 aufsuchende Aufklärungs- und Beratungsangebote sind dabei genauso wichtig wie die enge und
642 klar strukturierte Zusammenarbeit von Ordnungsämtern und Polizei mit Jugendämtern oder
643 Sozialämtern. Ordnungs-, Jugend- und Sozialämter müssen angemessen ausgestattet werden,
644 damit sie ihre Aufgaben zuverlässig und flächendeckend wahrnehmen können. Prävention
645 bedeutet für uns nicht Überwachung und Kontrolle, um zu verhindern, dass Delikte begangen
646 werden. Uns geht es darum, sichere öffentliche Räume zu schaffen, gesellschaftliche
647 Konfliktlagen zu entschärfen, bevor sie entstehen und möglichen Täter*innen Alternativen zu
648 bieten, um so Kriminalität vorzubeugen.

649 **Polizei vor Ort stärken**

650 Die Berliner Polizei muss ansprechbar, erreichbar und vor Ort sein. Präsenz und Nähe
651 schaffen Transparenz und Vertrauen. Wir wollen Mobile Wachen und Brennpunktstreifen weiter
652 ausbauen, um vor Ort Konflikte zu lösen und Kriminalität verhindern zu können. In enger
653 Kooperation mit sozialer Arbeit, Präventionsträgern und Zivilgesellschaft kann so verhindert
654 werden, dass Orte zu Angsträumen und Kriminalitätsschwerpunkten werden. Wir haben die
655 Fahrradstaffel mit dem Ziel, sie auf die gesamte Stadt auszuweiten, deutlich ausgebaut. Wir
656 wollen noch mehr Polizist*innen zu Fuß und auf Fahrrädern, um alle Verkehrsteilnehmer*innen
657 auf Augenhöhe anzusprechen und für mehr Sicherheit auf Berlins Straßen zu sorgen.

658 **Die Berliner Polizei muss so divers sein wie unsere Stadt**

659 Vielfältig, tolerant, offen, freiheitlich – das sind Attribute, die nicht nur auf Berlin
660 zutreffen, sondern auch die Berliner Polizei beschreiben müssen. Um das zu erreichen, werden
661 wir die Polizei jünger, weiblicher, diverser sowie diskriminierungskritischer machen. Wir
662 werden intensiv um Menschen werben, die bisher in der Polizei keine Berufsperspektive für
663 sich sehen. Wir werden die Kompetenzen in diversitätssensibler Kommunikation stärken, in der
664 Aus- und Fortbildung ebenso wie im Polizeialltag durch Supervision. Diskriminierung,
665 rassistische Tendenzen oder Rechtsextremismus in der Polizei werden wir untersuchen und mit
666 allen Mitteln bekämpfen – sie haben in Berlin keinen Platz.

667 **Handeln zählt**

668 Diskriminierung und Racial Profiling dürfen kein Mittel der Polizeiarbeit sein. Wenn
669 Kontrollen und andere Maßnahmen an der vermeintlichen Herkunft, Sprache, am Glauben oder an
670 sexueller Orientierung anknüpfen, läuft etwas doppelt falsch: Grundrechte werden missachtet
671 und effektive Kriminalitätsbekämpfung wird verhindert – denn keine dieser Kategorien hat
672 etwas mit Kriminalität zu tun. Polizeiliches Handeln muss sich nach dem Handeln der
673 Verdächtigen richten, deswegen lehnen wir Kontrollen, bei denen nicht im Einzelfall eine
674 konkrete Gefahr vorliegt, ebenso ab wie Verdächtigungen aufgrund des Erscheinungsbildes oder
675 persönlicher Eigenschaften. Wir werden daher solche verdachtslosen Kontrollen abschaffen und

676 kritisch prüfen, ob diskriminierende Fahndungsmethoden in der Berliner Polizei vorhanden
677 sind. Auch ohne verdachtslose Kontrollen verfügt die Polizei über genügend Maßnahmen, um den
678 Schutz der Bevölkerung zu gewährleisten.

679 Polizeiliches Handeln muss weiterhin transparenter werden. Dazu werden wir weitere
680 Mechanismen in der Berliner Polizei etablieren. Wer beispielsweise Ziel einer polizeilichen
681 Maßnahme wird, etwa einer Personenkontrolle, fühlt sich oft bedrängt und unter
682 unberechtigtem Verdacht. Wir wollen unbürokratische Nachweis- und Aufklärungspflichten
683 einführen, so dass jede*r weiß, warum er*sie kontrolliert wurde und welche
684 Rechtsschutzmöglichkeiten es gibt. Dies betrifft auch die polizeiliche Datenverarbeitung.
685 Die kritische Aufarbeitung des Fehlverhaltens einzelner Polizist*innen schafft Vertrauen und
686 stärkt die Arbeit der gesamten Polizei. Auch können so Abläufe in der Polizei optimiert
687 werden.

688
689 Um strukturellen Problemen begegnen und Veränderung gezielt ermöglichen zu können, wollen
690 wir eine unabhängig konzipierte und durchgeführte Studie zu strukturellem Rassismus,
691 rechtsextremistischen, rassistischen und antisemitischen Einstellung und Racial Profiling in
692 den Berliner Sicherheitsbehörden, angelehnt an den Berlin Monitor. Überdies möchten wir,
693 dass als vertrauensbildende und präventive Maßnahme „Community Policing“-Konzepte entwickelt
694 und umgesetzt werden, die einen diskriminierungskritischen Austausch zwischen der Polizei
695 und potentiell von Racial Profiling betroffenen Communities fördert.

696 Die Ermittlungen rund um die rechtsextreme Terrorserie in Neukölln werden wir genau
697 untersuchen und dazu direkt nach dem Beginn der neuen Legislaturperiode einen
698 parlamentarischen Untersuchungsausschuss einsetzen.

699 **Sicherheitsbehörden stärken**

700 Wir erwarten von unserer Polizei und Feuerwehr gute Arbeit. Dafür sind wir ihnen aber auch
701 die richtigen Bedingungen schuldig. Wir haben die Arbeitsbedingungen bereits durch
702 Neueinstellungen verbessert und viele profitieren von höherer Bezahlung. Die Arbeitszeiten
703 werden wir familienfreundlicher machen, zum Beispiel durch die Ermöglichung von Homeoffice,
704 die Gesundheit der Beamt*innen besser und nachhaltiger schützen, Millionen von Überstunden
705 abbauen und die Ausstattung verbessern. Polizist*innen und Feuerwehrleute, die im Dienst
706 angegriffen werden, werden wir unsere Unterstützung geben. Nach solchen Übergriffen braucht
707 es verbindliche, destigmatisierende Hilfsangebote, die bei Bedarf in Anspruch genommen
708 werden können. Dazu gehört auch, dass wir unkontrolliertes und rücksichtsloses Böllern an
709 Silvester aufgrund der Auswirkungen auf Mensch und Tier verbieten. Wir wollen daher die
710 Einrichtung von mehr öffentlichen professionellen Feuerwerken in der Silvesternacht sowie
711 die Ausweitung böllerfreier Zonen.

712 713 **Flexible Hilfsangebote für komplexe Lagen**

714
715 Wir brauchen multiprofessionelle Kriseninterventionsteams, die nach einem Notruf statt oder
716 ergänzend zur Polizei losgeschickt werden können. Die Polizei ist oft nicht die richtige
717 Antwort auf soziale Probleme in unserer Stadt. Wer sich in einer akuten psychischen Krise
718 befindet, marginalisiert ist, durch obdachlosigkeit in eine Notlage gerät oder Opfer
719 häuslicher Gewalt wurde, sollte keine Angst haben müssen, den Notruf zu wählen. Komplexe
720 Lagen erfordern flexible Antwortmöglichkeiten, die zur tatsächlichen Hilfe bei Betroffenen
721 beitragen können. Angebote wie Storchenmobile wollen wir stärken, auch um den Rettungsdienst
722 zu entlasten.

723 **Keine Grundrechtseingriffe auf Vorrat**

724 Der Tendenz der letzten Jahre und Jahrzehnte im Bund und in den meisten Bundesländern, immer
 725 weitere Kompetenzen der Sicherheitsbehörden auf immerschwammigerer rechtlicher Grundlage zu
 726 schaffen, erteilen wir eine klare Absage. Auch Geflüchtete und Migrant*innen besitzen ein
 727 Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung. Gesetzesinitiativen zur polizeilichen und
 728 sicherheitspolitischen Zusammenarbeit in der EU wollen wir als Land Berlin kritisch und
 729 unter Ausnutzung der uns zur Verfügung stehenden Mitwirkungsrechte begleiten. Sicherheit
 730 entsteht nicht durch Überwachung und Vorratsdatenspeicherung auf Kosten der Freiheit und
 731 Privatsphäre aller. Wir wollen die Videoüberwachung in öffentlich zugänglichen Räumen auf das
 732 unbedingt erforderliche Maß begrenzen, einem Missbrauch durch technische und
 733 organisatorische Vorkehrungen verhindern und bestehende Befugnisse in diesem Sinne
 734 überprüfen. Den Einsatz biometrischer Überwachungssysteme in öffentlich zugänglichen Räumen
 735 und Fahrzeugen des öffentlichen Verkehrs lehnen wir ab. Wir lehnen Eingriffe in die intimste
 736 Privatsphäre ab und sprechen uns daher gegen den Einsatz von Staatstrojanern und Online
 737 Durchsuchungen zur Gefahrenabwehr aus. Die Sicherheitsbehörden brauchen effektive und
 738 wirksame Mittel im Kampf gegen Verbrechen und Terrorismus, aber diese müssen
 739 klar definiert, rechtsstaatlich eingegegelt und an entsprechende Verdachtsmomente gebunden
 740 sein.

741 Weitreichende Überwachungs- und Eingriffsrechte führen nicht zu Sicherheit,
 742 sondern zerstören das essentielle Vertrauen in staatliche Institutionen. Zu viele,
 743 unsystematisch erhobene Daten können dazu führen, dass aufgrund der schieren Menge wichtige
 744 Anhaltspunkte übersehen werden, wodurch die Strafverfolgung oder die Gefahrenabwehr
 745 erschwert werden kann.

746 Wir brauchen ein funktionierendes Frühwarnsystem gegenüber Verfassungsfeinden,
 747 staatszersetzenden und demokratiegefährdenden extremistischen Personen, Strukturen und
 748 Bestrebungen. Dieses benötigt eine hohe demokratische Legitimation und eine umfangreiche
 749 parlamentarische Kontrolle, die wir auch zukünftig weiter stärken wollen.

750
 751 Der Berliner Verfassungsschutz musste sich in den letzten Jahren wichtigen Herausforderungen
 752 stellen, hat aber dabei bewiesen, dass er in seiner jetzigen Systematik nicht dafür
 753 aufgestellt ist, den Herausforderungen einer wachsenden abstrakten und konkreten Bedrohung
 754 durch diverse demokratiegefährdende Bestrebungen zu begegnen. Durch den islamistischen
 755 Terroranschlag auf dem Breitscheidplatz, im Kontext der rechtsextremen Anschlagsserie in
 756 Neukölln oder durch die illegale Datenweitergabe aus dem Verfassungsschutz hat der Berliner
 757 Verfassungsschutz weiter an Vertrauen verloren und ist seiner Aufgabenerfüllung nicht
 758 gerecht geworden. Er hat sich in Bund und Ländern nicht als Teil der Lösung, sondern als
 759 Teil des Problems bewiesen.

760
 761 Um eine Alternative für diesen Verfassungsschutz zu schaffen, wollen wir den
 762 Verfassungsschutz in seiner jetzigen Form mittelfristig abschaffen. Hierfür erstellen wir in
 763 der kommenden Legislaturperiode im Rahmen einer wissenschaftlichen Evaluation einen
 764 konkreten Fahrplan zur Erneuerung der Berliner und bundesweiten Sicherheitsarchitektur.
 765 Zusätzliche Befugnisse oder Mittel für den Verfassungsschutz in seiner jetzigen Form lehnen
 766 wir ab. Das System der V-Leute muss abgeschafft werden.

767 **5.5 Wir setzen auf den Rechtsstaat**

768 Der Rechtsstaat ist das Rückgrat unserer offenen Gesellschaft und unserer Freiheit. Alle
 769 Menschen müssen ihre Rechte durchsetzen können und ohne Willkür und Diskriminierung
 770 behandelt werden. Dafür brauchen wir eine unabhängige, starke und moderne Justiz. In den
 771 vergangenen Jahren haben wir die Berliner Justiz in großen Schritten besser aufgestellt.
 772 Erstmals seit vielen Jahren ist im Allgemeinen Vollzugsdienst in fast allen
 773 Justizvollzugsanstalten die Soll-Personalstärke wieder erreicht. Nach jahrzehntelangem

774 Stillstand haben wir ein Raumkonzept erarbeitet und mit dessen Umsetzung begonnen: Mit dem
775 Kathreiner-Haus am Kleistpark hat die Berliner Justiz – erstmals seit 2005 – wieder ein
776 zusätzliches Gerichtsgebäude erhalten, in das das Verwaltungsgericht einziehen soll. Mit
777 einem umfassenden Sanierungsprogramm haben wir insbesondere begonnen die
778 Justizvollzugsanstalten in Tegel und Moabit grundzusanieren. Wir sind dabei, Richter*innen
779 mit mobilen Arbeitsgeräten auszustatten, haben für den Jugendarrest eine gesetzliche
780 Grundlage erarbeitet und die alte Jugendarrestanstalt saniert. Es ist viel geschafft, um die
781 Berliner Justiz besser aufzustellen. Und noch viel haben wir vor.

782 **Organisierte Kriminalität bekämpfen**

783 Organisierte Kriminalität sorgt für schwere Schäden, untergräbt die Gesellschaft und schadet
784 der Wirtschaft. Deshalb haben wir eine neue Spezialabteilung bei der Berliner
785 Staatsanwaltschaft gegründet, die der organisierten Kriminalität den Geldhahn zudreht, indem
786 die gesetzlichen Möglichkeiten der Einziehung von Vermögen voll ausgeschöpft werden.
787 Mithilfe einer besseren Schulung und Ausstattung der Polizei und enger Kooperation mit
788 anderen Bundesländern und europäischen Partner*innen werden wir weiter konsequent gegen
789 organisierte Kriminalität vorgehen. Um Geldwäsche einzudämmen, haben wir eine Taskforce zur
790 intensiveren Überwachung der Pflichten der Notar*innen eingerichtet. Ein Immobilienregister,
791 das die wirtschaftlich Berechtigten offenlegt und die Verschleierung von Besitzverhältnissen
792 über Briefkastenfirmen beendet, kann das hohe Risiko der Geldwäsche in diesem Bereich
793 absenken. Generell sollen Immobilienkäufe nur noch unbar abgewickelt werden dürfen. Auch die
794 Bauaufsichten sollen bei unklaren Eigentumsverhältnissen berechtigt werden, vor Erteilung
795 einer Baugenehmigung Auskunft über die wirtschaftlich berechtigten Eigentümer zu verlangen.
796 Den eingeschlagenen Weg, das Vermögen aus der organisierten Kriminalität einzuziehen, wollen
797 wir weitergehen und wo möglich dafür nutzen, Opfergruppen zu unterstützen. Diese Arbeit
798 wollen wir weiter stärken.

799 **Wirtschafts- und Umweltkriminalität stoppen**

800 Wirtschaftskriminalität ist Teil der organisierten Kriminalität und auch ihre Bekämpfung
801 wollen wir weiter voranbringen. Im Alltag wird diese Kriminalität fälschlicherweise nicht
802 als direkte Bedrohung wahrgenommen, sie bedeutet aber Gewinne für die Täter*innen zum
803 immensen Schaden der Allgemeinheit. Wir wollen den Verfolgungsdruck konsequent erhöhen – die
804 Erfahrung zeigt, dass hier mit relativ wenig Mitteln große Erfolge erzielt werden können.
805 Deswegen wollen wir die entsprechenden Abteilungen der Polizei stärken und durch einen
806 Ausbau der Steuerfahndung verhindern, dass sich einige wenige zu Lasten aller bereichern.
807 Bei der Bekämpfung der Lebensmittelkriminalität, zum Beispiel der Fälschung von vermeintlich
808 hochwertigem Olivenöl, hat sich Berlin in den vergangenen Jahren an die Spitze der
809 Bundesländer gesetzt und sich für eine bessere Zusammenarbeit der beteiligten Behörden
810 eingesetzt, von der Lebensmittelüberwachung bis zum Zoll. Dies wollen wir weiter
811 vorantreiben.

812 **Opfer stärken**

813 Opfer von Straftaten stärker in den Blick nehmen ist uns in der Rechts- und
814 Sicherheitspolitik ein großes Anliegen. Nach dem islamistischen Anschlag auf dem
815 Breitscheidplatz haben wir eine zentrale Anlaufstelle für Betroffene von Terroranschlägen
816 und deren Angehörige eingerichtet. Wir wollen die Beratungs- und Betreuungsangebote ausbauen
817 und aktiv auf die Opfer von Straftaten zugehen, statt sie allzu oft alleinzulassen. Auch die
818 psychosoziale Betreuung von Opfern muss weiter deutlich verbessert werden, damit
819 traumatische Folgen möglichst verhindert werden. Der Täter-Opfer-Ausgleich soll in Zukunft
820 eine wichtigere Rolle spielen. Um ausuferndem Hass und Hetze insbesondere im Internet
821 entgegenzutreten, haben wir bei der Staatsanwaltschaft eine Zentralstelle Hasskriminalität
822 gegründet und wollen in einem Modellprojekt eine digitale Gewaltschutzambulanz einrichten.

823 Sie soll psychologische Unterstützung, technische Hilfe und Beratung beim Stellen einer
824 Anzeige bieten.

825 **Rechtsstaat braucht Richter*innen und Vollzugsbeamt*innen**

826 In den letzten Jahren haben wir die Rahmenbedingungen für eine leistungsstarke und
827 bürgernahe Justiz geschaffen. Aber noch sind wir nicht am Ziel. Ganz besonders liegt uns am
828 Herzen, die Arbeitsbedingungen zu verbessern und familienfreundlicher zu machen,
829 Quereinstiege und Wechsel zu erleichtern. So wollen wir ermöglichen, dass Anwält*innen mit
830 spezifischer Facherfahrung bei einem Wechsel in die Justiz auch in dieser Fachmaterie
831 eingesetzt werden können. Vorerfahrungszeiten wollen wir großzügig anrechnen. Im
832 Justizvollzug werden wir den Gesundheitsschutz weiterentwickeln, um vor allem die negativen
833 Folgen der Schichtarbeit abzumildern. In der Justiz und auch in anderen Bereichen brauchen
834 wir Jurist*innen, die gesellschaftliche Machtverhältnisse und ihre Rolle darin bewusst
835 wahrnehmen, Empathie gegenüber Rechtssuchenden aufbringen und die Vielfalt der Gesellschaft
836 widerspiegeln. Deshalb wollen wir in der juristischen Ausbildung die Grundlagenfächer
837 stärken, kritische Rechtswissenschaft fördern und Diversity-Kompetenz als juristische
838 Kernkompetenz anerkennen. Wir wollen die Prüfungsbedingungen der Staatsexamina verbessern
839 und lehnen eine Schwächung des universitären Schwerpunkts ab. Wir werden möglichst schnell
840 das elektronische Examen sowie die Möglichkeit eines Teilzeit-Referendariats einführen.
841 Auch die Förderung von Frauen werden wir weiter stärken: mit einem transparenten
842 Bewertungssystem, Frauenvertretungen, paritätisch besetzten Gremien und Vorschlagslisten für
843 den Richterwahlausschuss.

844 Wir wollen, dass unsere Justiz so divers wird wie Berlin. Besonders bei den Richter*innen
845 und Staatsanwält*innen haben wir noch einen langen Weg vor uns, bis die Richterbank so
846 divers wie die Stadt ist. Daher wollen wir dies langfristig bei Einstellungen und
847 Beförderungen ändern. Insbesondere sind BIPOCs unterrepräsentiert. Es ist daher notwendig,
848 diese Gruppen vermehrt für das Jura-Studium zu gewinnen und auf ihrer weiteren Laufbahn zu
849 fördern. Wir setzen uns dafür ein, dass Menschenrechtsbildung sowie Fortbildungen zu
850 Rassismus, Sexismus und Trans- und Homosexuellenfeindlichkeit fester Bestandteil des Jura-
851 Studiums, des Referendariats und der verbindlichen Qualifizierungsmaßnahmen für
852 Rechtsanwält*innen, Staatsanwaltschaft und Richter*innen werden mit dem Ziel, Jurist*innen
853 dazu zu befähigen, rassistische, trans-/homosexuellenfeindliche und sexistische Straftaten
854 als solche zu erkennen, diese effektiv zu verfolgen und mit den Opfern solcher Taten
855 angemessen umzugehen.

856 **Rechtsstaat braucht Infrastruktur**

857 Unsere Platz-Offensive für die Justiz werden wir fortsetzen. Den Justiz-Campus in Moabit
858 wollen wir weiterentwickeln und ein 12. Amtsgericht in Marzahn-Hellersdorf einsetzen, damit
859 die Justiz überall in Berlin einfach zu erreichen ist. Die vorhandenen Justizgebäude werden
860 wir energetisch sanieren und den bereits begonnen Bau von Solaranlagen und
861 Blockheizkraftwerk forcieren.

862 **Digitalisierung voranbringen**

863 Wir digitalisieren die Berliner Justiz. Der elektronische Rechtsverkehr und die
864 elektronische Akte (E-Justice) sollen bis zum Jahr 2026 kommen. Die Mehrheit der Berliner
865 Richter*innen wurde bereits mit mobilen Arbeitsgeräten ausgestattet, wir wollen, dass das
866 künftig für alle möglich wird, die in Gerichten arbeiten. Dabei gilt: Sicherheit und
867 Datenschutz stehen an oberster Stelle, kein Effizienzgewinn rechtfertigt die Beschränkung
868 der Prozessgrundsätze.

869 **Rechtsstaat für alle**

870 Wer in unserer Stadt lebt, muss seine Rechte auch durchsetzen können. Es darf nicht sein,
871 dass Armut, fehlende Bildung oder Diskriminierung dazu führen, dass Menschen nicht in vollem
872 Umfang ihre Rechte kennen und wahrnehmen. Mit niedrigschwelligem Zugang zur Justiz und zu
873 Beratungsangeboten sorgen wir dafür, dass das Recht wirklich für alle gleich ist!
874 Möglichkeiten kollektiver Rechtsdurchsetzung wie das Verbandsklagerecht wollen wir
875 ausweiten. Das Projekt „Wir im Rechtsstaat“, ein Rechtsbildungsprogramm für Geflüchtete,
876 werden wir weiterführen.

877 **Gefangene werden Nachbar*innen**

878 Ein Rechtsstaat beweist sich ganz besonders darin, wie er mit Straffälligen umgeht.
879 „Wegsperrern!“ kann niemals das Prinzip des Strafvollzugs sein. Strafvollzug soll dazu
880 dienen, dass straffällig Gewordene nach ihrer Haft wieder voll in die Gesellschaft eintreten
881 können und nicht rückfällig werden. Denn die Resozialisierung der Gefangenen ist ein guter
882 und nachhaltiger Schutz der Gesellschaft vor Straftaten. Der Strafvollzug ist außerdem der
883 eingriffsintensivste Bereich des Staates, weshalb wir den Grundrechtsschutz für Gefangenen
884 und ihre Familien weiter verbessern werden.

885 Der offene Vollzug ist am besten geeignet, um die Gefangenen zu resozialisieren und die
886 schädlichen Folgen der Haft zu minimieren. Gerade im Jugendstrafvollzug wollen wir den
887 offenen Vollzug daher weiter stärken und daneben weitere freie Formen des Vollzugs erproben.
888 Den Anteil der vorzeitigen Entlassungen in Berlin wollen wir mindestens auf den
889 Bundesdurchschnitt erhöhen. Projekte wie „Arbeit statt Strafe“, bei dem Menschen
890 gemeinnützige Arbeit verrichten, statt eine Freiheitsstrafe zu verbüßen, haben wir
891 finanziell besser ausgestattet. Wo immer es zu verantworten ist, setzen wir auf offenen
892 Vollzug, um den Weg zurück in die Gesellschaft zu erleichtern. Die besondere Situation von
893 LSBTIQ* und für Menschen mit HIV im Strafvollzug werden wir weiterhin besonders
894 berücksichtigen und treten für einen diskriminierungsfreien Umgang ein.

895 Strafgefangene brauchen mehr und zeitgemäße Möglichkeiten zur Weiterbildung und eine bessere
896 Betreuung vor und nach der Entlassung, besonders substituierte Gefangene. Wir haben daher
897 das bundesweit einzigartige Projekt „Resozialisierung durch Digitalisierung“ gestartet. In
898 den kommenden Jahren werden alle Gefangenen, bei denen dies zu verantworten ist, Zugang zu
899 Internet und E-Mail erhalten – um den Kontakt mit ihren Familien zu verbessern, digitale
900 Bildungsangebote zu nutzen und sich am Ende der Haft um einen Job zu bewerben. Nur so
901 funktioniert Resozialisierung und wird die „zweite Chance“ auch eine echte
902 Chance. Resozialisierung gelingt nur mit engagierten und gut ausgebildeten Bediensteten. Wir
903 werdendaher die Attraktivität des Allgemeinen Vollzugsdienstes weiter steigern und flexibler
904 gestalten, vor allem durch eine neue Laufbahn im gehobenen Dienst.

905 Im Bereich des Jugendstrafrechts und des Jugendstrafvollzugs stehen der Erziehungsgedanke
906 und die Prävention für uns im Mittelpunkt. Jugendgerichte, Polizei und Jugendgerichtshilfe
907 arbeiten bereits ortsbezogen. Daher war es nur konsequent, auch die Jugendstaatsanwaltschaft
908 zu regionalisieren. Verfahrensabläufe „vor Ort“ zu vereinfachen und zu beschleunigen werden
909 wir fortsetzen.

910 **Strafrecht als „Ultima Ratio“**

911 Strafrecht darf immer nur das letzte Mittel sein. Darum haben wir in den vergangenen Jahren
912 Initiativen ergriffen, um zum Beispiel die Majestätsbeleidigung, das Informieren über
913 Schwangerschaftsabbrüche und das Fahren ohne Fahrschein zu entkriminalisieren. Auch den
914 Besitz von Drogen wollen wir entkriminalisieren. Elemente aus der NS-Zeit wollen wir endlich
915 aus dem Strafgesetzbuch verbannen. Entkriminalisierung muss überwiegend auf Bundesebene
916 geregelt und umgesetzt werden. Unseren Handlungsspielraum auf Landesebene werden wir unter
917 anderem nutzen, um die geringe, nicht verfolgbare Menge von Drogen heraufzusetzen.

918 **5.6 Demokratie braucht Engagement: Partizipation,**
919 **Vielfalt und Transparenz stärken**

920 Berlin ist seit Jahrzehnten ein Ort, an dem das Ringen um Demokratie eine ganz besondere
921 Rolle spielt. Unzählige Ost-Berliner*innen haben 1989 mit ihrem Mut und mit ihrem Einstehen
922 für demokratische Werte die Mauer zwischen Ost- und West-Teil der Stadt zum Einsturz
923 gebracht und für alle Menschen in der Stadt die Demokratie erkämpft.

924 Berlin war und bleibt ein Ort, an dem eine lebendige Zivilgesellschaft immer wieder
925 Missstände benennt und dagegen aufsteht, an dem Demokratie gelebt und mit Engagement und
926 Widerstandsgeist verbessert wird. Diese aktive Vielfalt ist – gemeinsam mit unserem
927 Grundgesetz und unserer Landesverfassung – die Basis unseres demokratischen Zusammenlebens.
928 Wir wollen sie schützen und fördern, denn ohne diese Grundlage gibt es auf Dauer kein Leben
929 in Freiheit. Deshalb haben wir in dieser Wahlperiode die direkte Demokratie gestärkt, indem
930 wir das Abstimmungsgesetz geändert und dadurch die Durchführung von Volksinitiativen,
931 Volksbegehren und Volksentscheiden erleichtert haben. Dadurch wurde mehr Mitbestimmung für
932 die Berliner*innen möglich.

933 **Demokratie heißt Vielfalt**

934 Grundlage jeder Demokratie ist das Prinzip der Gleichheit der Menschen. Wir erleben in einer
935 vielfältigen Stadt wie Berlin aber allzu oft, dass dieses Prinzip mit Füßen getreten, mit
936 Hassparolen angegriffen und mit Verächtlichmachung ganzer Gruppen untergraben wird. Eine
937 Demokratie ist nur so gut wie der Schutz, die Rechte und die Freiheit, die Minderheiten
938 genießen. Wir stellen uns allen Tendenzen entgegen, die die Gleichheit aller Menschen
939 infrage stellen.

940 **Friedliches und freiheitliches Demonstrationsrecht**

941 Berlin ist mit über 5.000 politischen Versammlungen jährlich die Hauptstadt der
942 Demonstrationen. Wir haben das Versammlungsgesetz an die Realität der Tausenden
943 weitestgehend friedlichen Demonstrationen angepasst und damit Versammlungsfreiheit und
944 Deeskalation gestärkt. Die Bewertung der Gefahrenprognose unterschiedlicher Demonstrationen
945 ist in der Vergangenheit jedoch nicht immer gelungen. Hier wollen wir in Zukunft anhand
946 objektiv nachvollziehbarer Kriterien eine bessere Abwägung gewährleisten. Um Spannungen und
947 damit Konfliktpotential zu minimieren, setzen wir uns für eine einheitliche, deeskalative
948 Berliner Strategie für die Versammlungsfreiheit ein. Unser Anspruch bleibt es, das
949 progressivste Versammlungsrecht der Bundesrepublik zu verwirklichen.

950 **Mehr Transparenz von politischen Entscheidungen**

951 Die Nachvollziehbarkeit von politischen Entscheidungen ist eine zentrale Voraussetzung für
952 das Vertrauen in demokratische Strukturen und die Landesverwaltungen. Wir wollen das
953 Transparenz- und Informationsfreiheitsgesetz weiterentwickeln und damit die
954 Veröffentlichungspflicht der Verwaltung und das Recht auf Akteneinsicht erweitern. Diese
955 Veröffentlichungspflicht soll sowohl für die Verwaltung als auch für die landeseigenen
956 Betriebe gelten. Die Kontrolle des Gesetzes soll durch eine*n Beauftragte*n für Datenschutz,
957 Transparenz und Informationsfreiheit erfolgen. Außerdem setzen wir uns für die Einführung
958 eines Lobbyregisters im Land Berlin ein.

959 **Bürger*innenräte in Berlin einführen**

960 Wir wollen unsere Demokratie weiterentwickeln und stärken. Dazu wollen wir mit einem Gesetz
961 zur Durchführung von Bürger*innenräten diese auf Bezirks- und Landesebene etablieren. Diese
962 sollen zu bestimmten Themen mit einem spezifischen Auftrag und den notwendigen Ressourcen
963 temporär gebildet werden und die Institutionen repräsentativer Demokratie ebenso wie die
964 Instrumente der direkten Demokratie ergänzen. Die Teilnehmer*innen an den Räten werden durch

965 das Zufallsprinzip gelöst - aus allen betroffenen Einwohner*innen ungeachtet ihrer
966 Staatsangehörigkeit - um die gesamte Breite der Gesellschaft in einem Kiez abbilden zu
967 können. Die Losverfahren sind so aufzusetzen, dass immer benachteiligte und/oder sogenannte
968 "stille" gesellschaftliche Gruppen in den Bürger*innenräten vertreten sind und mitarbeiten
969 können. Gemeinsam mit Expert*innen und der Verwaltung können damit Lösungen für konkrete
970 Probleme für Berlin oder ganz konkret im Kiez erarbeitet werden. Dadurch wollen wir die
971 demokratischen Entscheidungsprozesse stärker vor Ort verankern und die Akzeptanz politischer
972 Entscheidungen erhöhen. Dies digital wie analog zu fördern, darf weder nur privilegierten
973 sozialen Schichten zu Gute kommen noch nur für sie attraktiv zu nutzen sein.

974 **Stadtvertrag für Beteiligung**

975 Wir wollen unsere Demokratie weiterentwickeln und stärken. Repräsentative,
976 direktdemokratische und dialogische Elemente gehören zusammen. Sie eröffnen auch
977 Einwohner*innen ohne Wahlrecht, sich an konkreten Projekten in der Stadt zu beteiligen, sie
978 machen eine Mitsprache zwischen den Wahlen und unabhängig von Parteien möglich, sie binden
979 Engagement und Sachverstand der Bürger*innen ein in eine gemeinwohlorientierte
980 Stadtentwicklung. Dazu wollen wir einen "Stadtvertrag Beteiligung" erarbeiten: weitere
981 Stärkung der direkten Demokratie, transparente Verwaltung und Zugang zu Verwaltungswissen,
982 Ausbau der Beteiligungsbüros in der ganzen Stadt, das neue Instrument der Bürger*innenräte,
983 Bürger*innenentscheide auf Bezirksebene verbindlich machen, eine*n Beauftragte*n einsetzen,
984 um diese Prozesse zu begleiten und voranzutreiben.

985
986 Wir wollen die Infrastruktur digitaler Beteiligung, wie sie derzeit etwa mit meinBerlin
987 besteht, ausweiten und damit das Prinzip offener Daten flankieren. Sie soll die
988 Möglichkeiten voranbringen, unter datenschutzfreundlichen Bedingungen eine Informations-,
989 Diskussions- und Beteiligungsgrundlage für Bürger*innen zu schaffen.

990 **Demokratische Initiativen stärken**

991 Engagement ist das Rückgrat unserer Demokratie, deshalb braucht es unsere Förderung. Wir
992 haben mit dem Landesprogramm „Demokratie. Vielfalt. Respekt. Gegen Rechtsextremismus,
993 Rassismus und Antisemitismus“, der Initiative Geschlechtliche und Sexuelle Vielfalt (IGSV)
994 und zahlreichen anderen Programmen schon vieles getan. Aber wir wollen mehr: Wir wollen das
995 Engagement von zivilgesellschaftlichen Projekten und Initiativen – gerade im Bereich der
996 Antidiskriminierungsarbeit, Demokratieförderung und des Empowerments – absichern und stärken
997 – und zwar verlässlich, langfristig und mit weniger bürokratischem Aufwand. Deshalb wollen
998 wir ein Demokratiefördergesetz für Berlin und eine Overhead- bzw. Gemeinkostenpauschale für
999 alle Zuwendungsprojekte einführen. Die Tarifangleichungen für das Personal von NGOs und
1000 freien Trägern werden wir fortsetzen und die Eingruppierung von Projektstellen
1001 systematisieren und erhöhen. Auf Bundesebene werden wir uns zudem dafür einsetzen, dass das
1002 politische Engagement von Vereinen als gemeinnützig anerkannt wird. Zivilgesellschaftliches
1003 Engagement braucht Räume, um sich entfalten zu können und für alle leicht erreichbar zu
1004 sein. Angesichts weiterhin steigender Konkurrenz um bezahlbaren Raum in der Stadt wollen wir
1005 zivilgesellschaftliche Räume vor Verdrängung schützen. Auch gewerbliche Räume wie Bars oder
1006 Clubs können wichtige Freiräume für demokratisches Engagement darstellen. Um sie zu
1007 schützen, wollen wir die Einführung eines Gewerbemietendeckels prüfen.

1008 **Wissen schaffen, Demokratiebildung ausweiten**

1009 Wir wollen den Berlin Monitor fortführen. Er hat die Erfahrungen der Berliner*innen im
1010 Zusammenleben wissenschaftlich untersucht und wertvolle Hinweise gegeben, um gezielt
1011 Probleme anzugehen. Er legt rechtsextremistischen, antisemitischen, rassistischen oder
1012 andere menschenverachtende Haltungen offen und erfasst die Erfahrungen von diskriminierten
1013 Berliner*innen. Damit ist er eine wichtige Grundlage für ganz gezielte Maßnahmen.

1014 Um das demokratische Bewusstsein zu stärken, sind historische und politische Bildung
1015 unerlässlich. Wir wollen die Landeszentrale für politische Bildung stärken, sie insbesondere
1016 für junge Menschen zugänglicher machen und ihre Arbeit an Schulen und
1017 Jugendfreizeiteinrichtungen ausweiten. Denn hier wird die Grundlage für die Zukunft unserer
1018 Demokratie gelegt. Das ehemalige Stasigelände in Lichtenberg soll zu einem „Campus der
1019 Demokratie“ und das ehemalige Polizeigefängnis in der Keibelstraße zu einer Gedenkstätte
1020 entwickelt werden. Die Auseinandersetzung mit Rassismus, Antisemitismus und anderen Formen
1021 gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit gehört ebenso dazu wie das Wissen um deutsche
1022 Kolonialgeschichte.

1023 **Hilfe und Beratung verbessern, Bewusstsein stärken**

1024 Viele Menschen erleben Diskriminierung und Hass, sei es wegen ihrer Herkunft, ihres
1025 Glaubens, ihres Geschlechts oder ihrer sexuellen Orientierung . Die Betroffenen fühlen sich
1026 oft isoliert und ausgeschlossen und brauchen deswegen Anlaufstellen, denen sie vertrauen
1027 können. Wir wollen solche Stellen mit der Zivilgesellschaft schaffen und stärken. Ebenso
1028 werden wir in der öffentlichen Verwaltung und in Schulen regelmäßige Fortbildungen
1029 einführen, um Rassismus und Diskriminierung entgegenzuwirken.

1030 **Hass und politische Gewalt bekämpfen - gegen jeden Antisemitismus**

1031 Wir haben bereits eine Schwerpunktabteilung bei der Staatsanwaltschaft geschaffen, um gegen
1032 politisch motivierte und Hasskriminalität vorzugehen, und werden sie weiter stärken. Wir
1033 wollen damit insbesondere Hassbotschaften im Internet Einhalt gebieten und der Bedrohung
1034 jüdischen Lebens durch den wachsenden Antisemitismus entgegenzutreten. Daher haben wir auch
1035 eine Antisemitismusbeauftragte bei der Generalstaatsanwaltschaft berufen, einen
1036 Ansprechpartner des Landes Berlin zu Antisemitismus benannt und eine senatsübergreifende
1037 Landeskonzeption zur Weiterentwicklung der Antisemitismus-Prävention vorgelegt. Diesen
1038 klaren Kurs werden wir auch künftig fortsetzen und entschieden gegen jeden Antisemitismus
1039 vorgehen!

1040 **5.7 Berlin - Stadt der Kultur und der Künste**

1041 Die Kunst- und Kulturmetropole Berlin ist unter Druck. Kaum eine andere Stadt hat ein so
1042 reichhaltiges Angebot an Theatern, Museen, Orchestern und Chören, eine so vibrierende Film-,
1043 Literatur-, Musik- und Clubszene, mit der Künstler*innen und Kreative Berlin spannend und
1044 lebenswert machen. Doch der übergroße Teil von ihnen gehört immer noch zu den
1045 Geringverdienenden in unserer Gesellschaft. Bodenspekulation, steigende Mieten und
1046 Lebenshaltungskosten haben soziale Verdrängung und den Verlust künstlerischer Freiräume mit
1047 sich gebracht. Darüber hinaus haben durch den Lockdown in der Corona-Pandemie zahllose
1048 freischaffende Künstler*innen und private Kulturorte von heute auf morgen ihre
1049 Existenzgrundlage verloren.

1050 Wir geben Berlins einmaliger Kulturlandschaft Sicherheit und stehen für ihren Erhalt und
1051 Ausbau: Wir haben mit Mindesthonoraren und neuen Förderprogrammen für eine Besserstellung
1052 von Künstler*innen gesorgt, durch die Sicherung öffentlicher Liegenschaften sowie gezielte
1053 Immobilienankäufe neue Kulturräume geschaffen und die kulturelle Grundversorgung in den
1054 Bezirken ausgebaut. Nun wollen wir den nächsten Schritt machen, indem wir die Kulturraum-
1055 Frage ins Zentrum der Stadtentwicklungspolitik rücken, die Fördersystematik zugunsten von
1056 mehr Gerechtigkeit, Transparenz und Diversität reformieren und die Dekolonisierung Berlins
1057 weiter vorantreiben.

1058 **Kultur und die Künste brauchen mehr Raum in Berlin – und zwar dringend**

1059 Berlins vielfältiges Kulturleben hat einen bedeutenden Anteil an der Attraktivität und
1060 internationalen Ausstrahlung der Stadt. Deshalb wollen wir zur Sicherung der kulturellen

1061 Infrastruktur bei der Neubau- und Ankaufspolitik des Landes wie in der Berliner
1062 Stadtentwicklungspolitik kulturelle Nutzungen und Bedarfe stärker in den Vordergrund
1063 stellen. So wie wir die Alte Münze als einen Kunst- und Kulturstandort mit dem Schwerpunkt
1064 Musik gesichert haben und unter Beteiligung der Akteur*innen und mit hoher Transparenz
1065 weiterentwickeln, werden wir weitere öffentliche Liegenschaften als künstlerische
1066 Produktions- und Präsentationsorte erschließen. Der Verdrängung und Mietenexplosion wollen
1067 wir Schutzmaßnahmen entgegenstellen. Wir werden weiterhin private Immobilien für diesen
1068 Zweck gezielt ankaufen und das sogenannte Arbeitsraumprogramm im Dialog mit der Freien Szene
1069 und den Spartenverbänden kontinuierlich weiterentwickeln. Bei Planung und Bau neuer
1070 Stadtquartiere müssen künstlerische Nutzungen und die Schaffung kultureller Orte von
1071 vornherein mit einem möglichst hohen Raumanteil berücksichtigt werden. Und statt Leerstand
1072 sollen Flächen und Räume übergangsweise für kulturelle Nutzungen zur Verfügung stehen.
1073 Außerdem wollen wir sonstige öffentliche Liegenschaften und Bauprojekte zugunsten einer
1074 Kulturnutzung öffnen: Bildungseinrichtungen, Gerichte und Dienstgebäude der Berliner
1075 Verwaltung können geeignet sein, außerhalb ihrer normalen Öffnungszeiten, als Probe- und
1076 Aufführungsorte zu fungieren – und beim Neubau einer Schule können im Idealfall auch gleich
1077 neue Räume für die bezirkliche Musikschule, Ateliers, Proberäume, Orte der Erinnerungskultur
1078 oder die Jugendkunstschule entstehen.

1079 **Förderung der Freien Szene neu justieren**

1080 Berlins Freie Szene war schon immer ein Laboratorium für neue künstlerische Ausdrucks- und
1081 Arbeitsformen und trägt durch ihre Innovationen erheblich zu der internationalen
1082 Ausnahmestellung der Stadt bei. Die Förderstrukturen, die dies ermöglicht haben, werden den
1083 neueren Entwicklungen hinsichtlich der Bandbreite und Ausdifferenzierung von Sparten und
1084 Formaten sowie der künstlerischen Qualität und Professionalität dieser Szene allerdings
1085 schon lange nicht mehr gerecht. Wir wollen die vorhandenen Förderinstrumente und -strukturen
1086 zusammen mit Vertreter*innen der freien Verbänden und Kulturorte einer vorbehaltlosen und
1087 kritischen Evaluation unterziehen und gemeinsam weiterentwickeln. Zudem wollen wir gegen die
1088 bisherige Unwucht in der Kulturförderung zu Lasten der Freien Szene angehen und deren
1089 Finanzierung verbessern. Dabei wollen wir das fortsetzen, was wir in dieser Legislatur mit
1090 dem Runden Tisch Tanz und den neuen Stipendien, der Einrichtung eines Festivalfonds, der
1091 Ausweitung der Kinder- und Jugendtheater-Förderung und der Stärkung der Ankerinstitutionen
1092 der Freien Szene begonnen haben. Auch die Arbeit und Strukturen der freien Spartenverbände
1093 selbst wollen wir kontinuierlich unterstützen. Ein Berliner Kulturfördergesetz kann die
1094 notwendigen Rahmenbedingungen gesetzlich verankern, den gesellschaftlichen Stellenwert von
1095 Kultur und den Künsten in unserer Stadt stärken und die bestehende Fördersystematik
1096 innovativ weiterentwickeln. Wesentliche Kriterien hierbei sind ökologische sowie soziale
1097 Nachhaltigkeit und Diversität.

1098 **Zeit für eine diverse und feministische Kulturpolitik**

1099 Berlin ist eine vielfältige Metropole mit Menschen unterschiedlichster Migrationsgeschichte.
1100 Diese gesellschaftliche und kulturelle Vielfalt spiegelt sich in den städtischen
1101 Kultureinrichtungen bislang nur unzureichend wider. Dies ist für uns eine Frage der
1102 gerechten Teilhabe und Repräsentanz, aber auch eine Chance für künstlerische Entwicklungen,
1103 die postmigrantische, transkulturelle Innovationen aufgreift. Die gesellschaftliche Vielfalt
1104 muss endlich besser in den Angeboten der öffentlichen Kultureinrichtungen, ihren
1105 Leitungspositionen und Aufsichtsgremien, bei der Besetzung von Jurys und in der
1106 Kulturförderung als solcher zum Ausdruck kommen. Mit der Einrichtung eines Diversitätsfonds
1107 und dem Berliner Projektbüro für Diversitätsentwicklung (Diversity Arts Culture) haben wir
1108 einen Anfang gemacht. Wir wollen Diversität in der institutionellen und Projektförderung zu
1109 einem wesentlichen Kriterium machen und das sowohl mit Blick auf die öffentlichen
1110 Kultureinrichtungen und sonstige Geförderte als auch die kulturellen Angebote selbst. Auch

1111 die Repräsentation queerer Menschen und Perspektiven in der Berliner Kunst- und Kulturszene
1112 muss verbessert werden. Queere künstlerische Positionen sind besonders zu fördern,
1113 bestehende Hürden für queere Künstler*innen abzubauen und queere Sichtweisen auch in Jurys
1114 und Auswahlgremien zu stärken. Weil diskriminierungssensible Personalverantwortliche und
1115 Einstellungspraktiken Grundlage für einen vielfältigen Kulturbetrieb sind, wollen wir, dass
1116 Personalverantwortliche in Kultureinrichtungen entsprechend geschult werden.

1117 Bei der Besetzung von Intendanzen und anderen Spitzenpositionen im Kulturbereich müssen auch
1118 endlich Frauen stärker berücksichtigt werden. Doppelspitzen und Intendant*innen-Kollektive
1119 sollten nicht länger eine Ausnahme, sondern Normalität auch in großen Kulturinstitutionen
1120 sein. Wir werden dem sogenannten Gender-Show-Gap und der Unterrepräsentanz von Frauen in
1121 Regiepositionen entgegenwirken – dort, wo es sich wie beim Berliner Theatertreffen
1122 realisieren lässt, gegebenenfalls auch in Form einer Quote. Insbesondere Frauen mit Kindern
1123 sind in leitenden Funktionen unterrepräsentiert, weil sie den familienunfreundlichen
1124 Erwartungen an Führungskräfte häufig nicht gerecht werden können. Deshalb setzen wir uns
1125 weiterhin für eine bessere Vereinbarkeit für Familie und Beruf im Kulturbereich ein.

1126 **Kulturelle Bildung und Bibliotheken**

1127 Damit möglichst viele Berliner*innen einen Zugang zu Kulturangeboten finden, wollen wir die
1128 Kulturelle Bildung und Kunstvermittlung stärken. Wir streben eine niedrighschwellige,
1129 inklusive und aufsuchende Kulturelle Bildung an, die Kindern und Jugendlichen auch
1130 selbstorganisierte Projekte ermöglicht. Schule und außerschulische Lernorte sollen mehr
1131 zusammenwachsen. Auch Bibliotheken müssen als Dritte Orte offen und barrierearm zugänglich
1132 sein, denn sie sind nicht nur Bücherverleihstellen, sondern wichtige Kiezorte der sozialen
1133 Begegnung, des kulturellen Austauschs und des interaktiven Lernens. Wir brauchen eine
1134 Bibliotheksentwicklungsplanung, die dafür die nötigen finanziellen Mittel einplant.

1135 Die Kreativwirtschaft ist schon seit Langem zu einem der wichtigsten Wirtschaftsfaktoren
1136 dieser Stadt geworden. Wir werden kreative Innovationen, speziell von Kleinstunternehmen,
1137 Solo-Selbstständigen und freien Gruppen, gezielt und unmittelbar fördern. Prekäre Arbeits-
1138 und Abhängigkeitsverhältnisse werden wir nicht dulden und ein entsprechendes Paket von
1139 Maßnahmen auf den Weg bringen. Als digitale Ergänzung werden wir eine landeseigene,
1140 virtuelle „Plattform Berlin“ aufbauen, in der sich alle Branchen der Berliner
1141 Kreativwirtschaft unter dem Signum „made in berlin“ sammeln.

1142 **Ein Zentrum der Kunst und Kreativwirtschaft – auch im Flughafen Tempelhof**

1143
1144 Das Gebäude des Flughafens Tempelhof wird zu einem Zentrum für Kultur und Kreativwirtschaft,
1145 in dem Ateliers, Studios, Galerien, Proberäume und freie Spielorte ebenso wie Ausbildungs-,
1146 Produktions- und Präsentationsräume für Film, Design, Mode, Architektur und Games Platz
1147 finden. Auch im ehemaligen Flughafen Tegel werden wir Raum für Kultur und Kreativwirtschaft
1148 schaffen.

1149
1150 Mit dem Campus für Demokratie Zivilgesellschaft und (Erinnerungs-) Kultur stärken
1151
1152 Erinnerungskultur und Stadtentwicklung gehören zusammen. Deshalb setzen wir uns in
1153 Zusammenarbeit mit Bund und Bezirk für die Entwicklung des „Campus für Demokratie“ auf dem
1154 Areal des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit ein. Das entwickeln wir zu einem
1155 lebendigen Erinnerungsort, der das Stasi-Unterlagen-Archiv mit Räumen für Kunst, und
1156 kulturelle Bildung und Projekten der demokratischen Stadtgesellschaft verbindet. So stärken
1157 wir auch nachhaltigen Tourismus im Außenbezirk Lichtenberg und das umliegende Stadtquartier.
1158 Wir wollen, dass das Land Berlin diesen Prozess durch weiteres Engagement und eine aktive
1159 Grundstückspolitik vor Ort in der nächsten Legislatur vorantreibt.

1160 **Freiheit der Medien garantieren**

1161 Die Medien erfüllen durch Information und Unterhaltung eine wichtige gesellschaftliche
1162 Funktion. Freie Medien sind Grundlage für Demokratie. Mit großer Sorge verfolgen wir die
1163 Angriffe, denen freie Medien verstärkt ausgesetzt sind. Wir stehen ein für Pressefreiheit
1164 und werden die Unabhängigkeit von Journalist*innen wahren und sichern. Gerade der
1165 öffentlich-rechtliche Rundfunk hat die Aufgaben, die Breite der Gesellschaft abzubilden und
1166 Ort der offenen Debatte der Gesellschaft zu sein. Deshalb ist es wichtig, dass die
1167 jeweiligen Medienformate in ihrer Darstellung auch die Diversität der Gesellschaft
1168 widerspiegeln und adressieren. Um die Vielfalt und Teilhabe von unterrepräsentierten Gruppen
1169 im rbb zu erhöhen, wollen wir den Rundfunk-Staatsvertrag zusammen mit Brandenburg
1170 weiterentwickeln. Hier wollen wir einen Reformprozess im öffentlich-rechtlichen Rundfunk
1171 anstoßen, der letztlich auch die Akzeptanz der Bevölkerung zur Zahlung der Rundfunkabgabe
1172 weiter hoch halten könnte. Hatespeech, Sexismus und Rassismus, ebenso wie die Verbreitung
1173 von illegalen und demokratiefeindlichen Inhalten, dürfen nicht außerhalb der Verantwortung
1174 der Plattformen durch dies begünstigende Algorithmen automatisiert vorangetrieben werden.
1175 Wir werden die Möglichkeiten und Spielräume des Medienrechts nutzen, um die
1176 Plattformregulierung durch die Landesmedienanstalten weiterzuentwickeln.

1177 **„Berlin-Jahr“ für Absolvent*innen der Filmhochschulen**

1178 Die Produktion von Filmen für Kinos, Plattformen und Sender stellt einen wichtigen Teil der
1179 Berliner Wertschöpfung dar und zählt mit knapp 200.000 direkt oder indirekt Beschäftigten zu
1180 den größten Branchen Berlins. Um die durch Corona unter Druck geratene Branche zu sichern
1181 und Berlin zu einem noch stärkeren, kreativen, internationalen Spitzenplatz des Films zu
1182 entwickeln, werden wir das Filmfördersystem des Medienboards Berlin Brandenburg (MBB)
1183 optimieren. Wir werden den Zugang zu Filmfördermitteln transparenter und unabhängiger von
1184 eingefahrenen Strukturen und gewachsenen Abhängigkeiten ermöglichen. Dazu werden wir neue
1185 Förderinstrumente umsetzen und Vergaben in qualifizierten Losverfahren, im Patenverfahren
1186 und mit automatischer Referenzförderung einführen.

1187
1188 Für Erstlings- und Folgewerke werden wir einen neuen Fördertopf schaffen, der einen
1189 breiteren Zugang und nachhaltigeren Berufsstart ermöglicht. Das MBB wird zu einer
1190 Überprüfung der Einhaltung von Sozial- und Nachhaltigkeitsstandards geförderter Produktionen
1191 verpflichtet, um den untragbaren Zustand des Unterlaufens von sozialen und tariflichen
1192 Mindeststandards zu beenden.

1193 **Green Culture - Kultur und Nachhaltigkeit**

1194
1195 Wir denken Kultur und Klimaschutz zusammen: Auch der Kulturbereich kann durch die Einsparung
1196 von CO₂-Emissionen einen Beitrag zur klimaneutralen Stadt erbringen. Das gilt insbesondere
1197 für die Museen sowie den Gastspiel- und Festivalbetrieb, da hier am meisten Treibhausgas-
1198 Emissionen im Kulturbereich anfallen. Wir unterstützen die bereits vorhandenen Bestrebungen
1199 und Umsetzungen bei vielen kulturellen Akteur*innen und Einrichtungen. Gleiches gilt für
1200 Konzepte wie die Einrichtung eines „Green Culture Desk“ und Fonds auf Bundesebene. In der
1201 Kulturförderung muss die künstlerische Auseinandersetzung mit dem Thema Nachhaltigkeit und
1202 die Transformation zu einem nachhaltigeren Kulturbetrieb eine stärkere Rolle spielen.

1203 **Clubkultur erhalten**

1204 Wir wollen Berlins lebendige Clubkultur erhalten und dazu Standorte sichern. Um
1205 Nutzungskonflikte mit Anwohnenden zu entschärfen, haben wir 2018 einen „Lärmschutzfonds für
1206 Berliner Clubs“ ins Leben gerufen und mit einer Million Euro ausgestattet. Diesen Weg wollen
1207 wir fortsetzen. Das „Agent of Change“-Prinzip wollen wir in ganz Berlin etablieren. Um Clubs
1208 bauplanungsrechtlich besser abzusichern und ihnen einen einfacheren Zugang zu Fördermitteln

1209 zu verschaffen, haben wir diese Clubs auch offiziell als Kulturstätten anerkannt. Darüber
 1210 hinaus setzen wir uns für eine Änderung des Baugesetzbuchs auf Bundesebene ein, damit die
 1211 Kommunen Kulturerhaltungsgebiete einführen können, und wollen Clubs auch durch Änderungen im
 1212 Gewerbemietrecht besser schützen. Clubs sind auch Kreativlabore der Subkultur. Gerade die
 1213 kleinen Clubs dürfen nicht durchs Raster fallen, wir wollen sie retten und mit gezielten
 1214 Programmen unterstützen. Uns ist wichtig, Clubs in ihrer Funktion als Orte der
 1215 gesellschaftlichen Begegnung und „Safer Spaces“, zum Beispiel für queere Menschen, zu
 1216 stärken und gleichzeitig gemeinsam mit den Betreiber*innen und der Clubkommission gegen
 1217 Diskriminierung an der Tür und im Clubleben vorzugehen.
 1218 In den letzten Jahren sind auch Open Air Tanz- und Liveveranstaltungen immer stärker besucht
 1219 worden. Momentan stehen die Veranstalter*innen aber oft vor rechtlichen Risiken und
 1220 Unsicherheiten. Darum wollen wir die Einführung eines Open-Air-Gesetzes wie in Bremen
 1221 prüfen. Das gesellschaftliche Engagement der Clubs tut Berlin gut, weshalb wir sie, z.B. bei
 1222 ökologischen Maßnahmen, weiterhin finanziell unterstützen wollen.

1223 **Decolonize!**

1224 Mit dem von uns initiierten gesamtstädtischen Konzept für die Aufarbeitung und Erinnerung
 1225 der deutschen Kolonialvergangenheit ist Berlin vom Nachzügler zum Vorreiter bei der
 1226 Dekolonisierung geworden. Doch die ist ein Prozess, der nur im engen Dialog mit den
 1227 postmigrantisch-diasporischen Communities und den Nachkommen der Menschen in den ehemaligen
 1228 Kolonien gelingen kann. Wir wollen die Dekolonisierung der Berliner Kultureinrichtungen und
 1229 deren Arbeit im Bildungsbereich und öffentlichen Raum weiter vorantreiben. Dafür wollen wir
 1230 die in dieser Legislatur eingerichtete Koordinationsstelle und die Zusammenarbeit mit
 1231 Initiativen wie „Decolonize Berlin e.V.“ verstetigen. Die Berliner Bezirke und
 1232 Stadtteilinitiativen wollen wir bei der Umbenennung von Straßen und Plätzen, die noch heute
 1233 den Kolonialismus und Kolonialverbrechen ehren, bestmöglich unterstützen, etwa indem wir auf
 1234 Landesebene Ressourcen für die wissenschaftliche Erforschung dieser Straßenhistorie und für
 1235 die Errichtung von dezentralen Lernorten zur Verfügung stellen. An den Berliner Hochschulen
 1236 sollen endlich Postcolonial und Black Studies angeboten werden, wie es im angelsächsischen
 1237 Raum längst der Fall ist. Und wir fordern weiterhin die Errichtung eines Lern- und
 1238 Erinnerungsortes gemeinsam mit dem Bund als zentrale Gedenkstätte für die Opfer des
 1239 deutschen Kolonialismus. Als ehemalige Hauptstadt des deutschen Kolonialreichs und Ort
 1240 zahlreicher kolonialer Sammlungen und Institutionen steht Berlin ganz besonders in der
 1241 Pflicht, deren Geschichte aufzuarbeiten: Wir setzen uns für eine systematische und
 1242 transparente Provenienzforschung und die Offenlegung der Inventarlisten der Berliner Museen
 1243 und Sammlungsbestände ein. Provenienzforschung ist ein langer und aufwändiger Prozess. Die
 1244 bislang zur Verfügung stehenden Personalmittel reichen nicht aus. Deshalb wollen wir in der
 1245 kommenden Legislaturperiode die wissenschaftliche Erforschung ausbauen. Koloniale Raubkunst
 1246 und menschliche Überreste müssen den Herkunftsgesellschaften zurückgegeben werden, und das
 1247 proaktiv. Wir wollen außerdem Berlins Städtepartnerschaft mit Windhoek, Namibia, dafür
 1248 nutzen, eine Wiedergutmachung der Bundesrepublik für den Genozid an den Nama und Herero und
 1249 die Aussöhnung mit deren Nachkommen zu erreichen.

1250 **5.8 Berlin ist solidarisch: Europa und die Welt im** 1251 **Blick**

1252 Wir wollen Berlin zu einer Stadt machen, die keinen zurücklässt. Berlin soll ein sicherer
 1253 Hafen für Menschensein, die vor Krieg, Verfolgung, Elend, Armut oder der Klimakrise fliehen
 1254 mussten und soll eine gute Heimat für all diejenigen bieten, die in einer weltoffenen,
 1255 demokratischen und solidarischen Stadt leben wollen. Alle Menschen, die in Berlin ankommen,
 1256 müssen eine Chance erhalten, sich in unserer Stadt ein selbstbestimmtes Leben aufzubauen.

1257 **Berlin ist sicherer Hafen**

1258 Wir bekennen uns zu den europäischen Werten von Frieden, Demokratie, Menschenrechten und
 1259 Solidarität. Die Abschottungspolitik an den europäischen Außengrenzen steht diesen Werten
 1260 entgegen und ist eine Schande für Europa. Die Unterbringung von Geflüchteten in
 1261 menschenunwürdigen Lagern, wie in Moria auf Lesbos, zeigt das Scheitern der bisherigen
 1262 europäischen Asyl- und Migrationspolitik. Wir fordern stattdessen eine solidarische und
 1263 menschenrechtsbasierte europäische Flüchtlingspolitik, die allen Asylsuchenden ein faires
 1264 Asylverfahren zusichert. Hierzu gehört auch, dass wir den gesetzlichen Spielraum ausschöpfen,
 1265 damit sich Landesbeamt*innen nicht länger an menschenrechtswidrigen Fronteinsätzen
 1266 beteiligen.

1267 Wir bekennen uns zu den europäischen Werten von Frieden, Demokratie, Menschenrechten und
 1268 Solidarität. Die Abschottungspolitik an den europäischen Außengrenzen steht diesen Werten
 1269 entgegen und ist eine Schande für Europa. Die Unterbringung von Geflüchteten in
 1270 menschenunwürdigen Lagern, wie in Moria auf Lesbos, zeigt das Scheitern der bisherigen
 1271 europäischen Asyl- und Migrationspolitik. Wir fordern stattdessen eine solidarische und
 1272 menschenrechtsbasierte europäische Flüchtlingspolitik, die allen Asylsuchenden ein faires
 1273 Asylverfahren zusichert. Berlin hat bereits gezeigt, dass es bereit ist, Solidarität zu
 1274 zeigen und Menschen aufzunehmen. Bislang sind wir mit unserem Landesaufnahmeprogramm immer
 1275 wieder am Nein des Bundesinnenministers gescheitert. Diese Ablehnung ist für uns Ansporn.
 1276 Wir werden uns weiterhin für ein Landesaufnahmeprogramm für Geflüchtete aus den griechischen
 1277 Lagern einsetzen und haben erreicht, dass Berlin dafür sogar gegen das
 1278 Bundesinnenministerium klagt. Intensiv bemühen wir uns um besonders schutzbedürftige
 1279 Geflüchtete. Das entsprechende Aufnahmeprogramm wollen wir verlängern und dafür sorgen, dass
 1280 alleinreisende Frauen, Traumatisierte, Geflüchtete mit Behinderungen, LSBTIQ* und Familien
 1281 unmittelbar nach ihrer Ankunft die Beratung und Betreuung bekommen, die sie benötigen.

1282 **Eine echte Willkommensbehörde für Berlin**

1283 Berlin profitiert seit Jahrhunderten davon, dass Menschen aus anderen Ländern hier ein neues
 1284 Zuhause finden - egal ob freiwillig in der Hoffnung auf ein besseres Leben, auf der Suche
 1285 nach neuen Herausforderungen oder unfreiwillig die alte Heimat aufgebend. Sie bringen neue
 1286 Ideen mit, bereichern die Stadt mit ihren einzigartigen Erfahrungen und sorgen für soziale
 1287 wie technologische Innovationen. Hier ist die postmigrantische Einwanderungsgesellschaft
 1288 schon lange Realität und in den kommenden Jahren wird sie noch pluraler werden, als sie es
 1289 jetzt schon ist: Etwa drei von zehn Berliner*innen haben einen Migrationshintergrund, etwa
 1290 die Hälfte davon besitzt den Pass eines anderen EU-Landes. Nun gilt es, diese Realitäten in
 1291 Politik und Verwaltung abzubilden. Es muss unser Ziel sein, ein friedliches, gerechtes und
 1292 freies Leben für alle Berliner*innen zu ermöglichen. Dafür werden wir das Berliner Landesamt
 1293 für Einwanderung zu einer echten Willkommensbehörde weiterentwickeln und alle nötigen
 1294 Kompetenzen für eine gelingende Einwanderung – vom Aufenthaltsrecht über die Versorgung und
 1295 Unterbringung bis zum Integrationskurs – bündeln. Zudem werden die neuen Einwohner*innen der
 1296 Stadt bei dieser Behörde alle Amtsgeschäfte mit Landes- und Bezirksbehörden nach dem Prinzip
 1297 des einzelnen Schalters auch in Fremdsprachen anstoßen können. Menschen ohne ausreichende
 1298 Deutschkenntnisse werden von der Behörde im Umgang mit der Verwaltung unterstützt.
 1299 Die Willkommensbehörde soll der für Integration zuständigen Senatsverwaltung unterstellt
 1300 werden. Ebenso soll die Zuständigkeit für das Aufenthaltsrecht nicht länger im Innenressort
 1301 angesiedelt bleiben. Neuen Berliner*innen soll dadurch das Ankommen erleichtert und Teilhabe
 1302 soll ihnen ermöglicht werden. Die gesetzlichen Spielräume wollen wir konsequent zugunsten
 1303 der Betroffenen nutzen. Berlin setzt sich beim Bund dafür ein, dass Geflüchtete mit
 1304 subsidiärem Schutz Reisedokumente mit ihrem Aufenthaltstitel erhalten, damit auch diese
 1305 niemand einen nationalen Pass in dem Land beantragen muss, aus dem er/sie geflüchtet ist.
 1306 Darüberhinaus wollen wir die in Berlin bis 2018 geltende Sonderregelung, die eine solche
 1307 Passbeschaffung nicht zwingend machte, wieder einführen.

1308 Ein prekärer Aufenthaltsstatus darf nicht länger die Aufnahme einer Ausbildung,
1309 berufsvorbereitende Maßnahmen oder den Abschluss eines angebotenen Arbeitsvertrages
1310 verhindern. Berlin kann nur all seine Potentiale ausschöpfen, wenn die Anerkennung von im
1311 Ausland erworbenen Berufsqualifikationen, von Ausbildung und Studium, vereinfacht wird.
1312 Abschiebungen während Ausbildungsvorbereitung oder Ausbildung – dazu zählt auch die
1313 Schulzeit oder der Besuch einer Hochschule – müssen für die gesamte Familie konsequent
1314 ausgeschlossen sein. Abschiebungen dürfen generell nur in Ausnahmefällen erfolgen. Die
1315 Abschiebung in Krisen- und Konfliktregionen, wie nach Afghanistan oder Syrien, sind
1316 inakzeptabel und müssen beendet werden. Kein Mensch ist illegal – das bedeutet für uns
1317 Berliner Bündnisgrüne, dass wir Abschiebehaft und Abschiebegewahrsam für grundsätzlich
1318 unangemessene Maßnahmen halten und uns auch auf Bundesebene für deren Abschaffung einsetzen.

1319 **Programm zum Schutz von Menschenrechtsverteidiger*innen**

1320 Auch politisch Verfolgten wollen wir in Berlin eine sichere Anlaufstelle geben. Besonders
1321 Menschenrechtsverteidiger*innen sind in autoritären Regimen - selbst innerhalb der
1322 Europäischen Union - immer wieder massiver Repression ausgesetzt. Wir haben in dieser
1323 Legislatur mehrere Programme zur Unterstützung von Menschen aufgelegt, die in ihrer Heimat
1324 politisch verfolgt werden. Dadurch haben Betroffene aus Journalismus, Kultur, Wissenschaft
1325 und Unternehmen die Möglichkeit, für eine gewisse Zeit in Berlin in Sicherheit zu leben.
1326 Diese Programme wollen wir verstetigen und unter einem gemeinsamen institutionellen Dach,
1327 einem Haus des Exils, ansiedeln. Berlin setzt dadurch ein starkes Signal für den Schutz von
1328 Menschenrechten weltweit. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass in Berlin ein
1329 „Friedensforum“ entsteht, das als Begegnungsraum für zivile Konfliktbearbeitung und
1330 gewaltfreie Konfliktlösung Friedensarbeit praktisch erfahrbar macht.

1331 **Berlin ist Fair Trade Town – das verpflichtet zu Verantwortung**

1332 Viele Produkte auf dem deutschen Markt werden in anderen Ländern oft unter katastrophalen
1333 Bedingungen hergestellt: Umweltzerstörungen, Menschenrechtsverletzungen und ausbeuterische
1334 Arbeitsverhältnisse werden für Profite in Kauf genommen. Für uns ist klar: Unternehmen und
1335 Importeure müssen Verantwortung für ihre gesamte Lieferkette übernehmen. Die Auszeichnung
1336 Berlins als Fair-Trade-Town im Jahr 2018 und die Gründung des Eine-Welt-Hauses waren dafür
1337 erste wichtige Schritte. Wir wollen diesen Weg weitergehen und schrittweise eine faire und
1338 ökologische Beschaffung in der Berliner Verwaltung umsetzen. Von Kaffee über Computer und
1339 Kleidung bis zu Baumaterial – Berlin muss fair, sozial und nachhaltig einkaufen. Auf Bundes-
1340 und EU-Ebene setzen wir uns für ein wirksames Lieferkettengesetz mit verbindlicher
1341 Haftungsregelung ein, damit Unternehmen weltweit menschenrechtliche und umweltbezogene
1342 Sorgfaltspflichten einhalten müssen, Betroffene Zugang zu Gerichten in Deutschland bekommen
1343 und Verbraucher*innen Transparenz erhalten.

1344 **Mit Europa im Herzen – engagiert und verantwortungsbewusst**

1345
1346
1347 Für uns als größte Stadt der Europäischen Union ist es unser Selbstanspruch, eine
1348 verantwortungsbewusste und global-solidarische Politik der EU aktiv mitzuprägen. Dazu wollen
1349 wir die Mitwirkungsmöglichkeiten des Landes vollumfänglich nutzen. In Berlin leben rund
1350 420000 Bürger*innen aus anderen EU-Ländern – Europa ist Teil unseres Alltags, unsere
1351 Herausforderung und unsere historische Chance zugleich. Um diese Vielschichtigkeit Europas
1352 besser zu vermitteln, wollen wir Europabildung einschließlich Kolonialgeschichte in
1353 Bildungseinrichtungen anbieten und dazu mit möglichst vielen verschiedenen Berliner Trägern
1354 und Verbänden kooperieren. Um der wachsenden Rolle von Kommunen und Metropolen in der EU
1355 gerecht zu werden, setzen wir uns zusammen mit unseren europäischen Partnerstädten für eine
1356 direkte Vergabe von EU-Mitteln an Kommunen ein.

1357 **Soziales Europa statt Ausbeutung**

1358 Ausbeutung von Arbeitskräften aus Europa ist in Berlin leider an der Tagesordnung – auf
1359 Baustellen, in Hotels, im Bereich der Prostitution. Gegen diesen Missbrauch europäischer
1360 Freizügigkeit gehen wir mit aller Kraft vor. Wir unterstützen entsprechende Kontrollen des
1361 Zolls, zum Beispiel um die Missachtung des Mindestlohns auf Baustellen zu verhindern. Und
1362 wir stärken zivilgesellschaftliche Organisationen, die wertvolle Arbeit leisten, um für
1363 Transparenz zu sorgen und betroffene Menschen zu beraten, häufig sind dies Migrant*innen-
1364 Selbst-Organisationen. Wir wollen diese sicher finanzieren und bei der Vernetzung
1365 unterstützen, zum Beispiel mit Gewerkschaften und der Berliner Justiz. Häufig entsteht das
1366 Problem, dass EU-Bürger*innen keine Ansprüche auf Sozialleistungen geltend machen können.
1367 Auf Bundes- und EU-Ebene arbeiten wir darum dafür, dass Leistungsausschlüsse abgeschafft
1368 werden. In Berlin wollen wir mit einer Clearing-Stelle dafür sorgen, dass zentral alle
1369 Möglichkeiten geprüft werden können. Wenn nötig werden wir Menschen auch auf Basis des
1370 Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes unterbringen. Ein Dach über dem Kopf zu haben
1371 ist ein Grundrecht, dafür stehen wir ein, ausnahmslos.

1372 **Partnerschaften in der Europäischen Union**

1373 Es ist der historische Verdienst der Europäischen Union, einen Kontinent, der jahrzehntelang
1374 von Krieg und Zerstörung gezeichnet war, in einen stabilen Frieden geführt zu haben. Der
1375 Blick in unsere europäische Nachbarschaft zeigt, dass dies keine Selbstverständlichkeit ist.
1376 Wir müssen das europäische Projekt aktiv am Leben halten, Brücken bauen und den europäischen
1377 Austausch fördern. Deshalb wollen wir zukünftig vor allem mit denjenigen Städten – vor allem
1378 in Osteuropa – gezielt Kooperationen und Partnerschaften eingehen, die unsere Werte teilen,
1379 und Austauschprojekte von Schulen und Vereinen im Rahmen dieser Partnerschaft unterstützen.
1380 Auch die Mitgliedschaft in bestehenden Städtenetzwerke, die sich für Klimaschutz, den
1381 humanen Umgang mit Geflüchteten und gegen Rassismus und Queerfeindlichkeit einsetzen, wollen
1382 wir weiter ausbauen und stärken. Wir werden daher auch Berlins Mitgliedschaft im „Klima-
1383 Bündnis – Europäische Kommunen in Partnerschaft mit indigenen Völkern“ mit konkreten
1384 Aktivitäten beleben und unterstützen. Auf EU-Ebene wollen wir die EU-Städteagenda nutzen, um
1385 noch stärker den Austausch und die Kooperation, besonders im Bereich des Klimaschutzes, der
1386 Kreislaufwirtschaft und der Energiewende, zu suchen.

1387 **Europa in die Berliner Landesverfassung**

1388 In der Stadt wollen wir Europa sichtbarer machen. Deshalb fordern wir, ein Bekenntnis zur
1389 Europäischen Union auch in die Berliner Landesverfassung aufzunehmen, wie es in vielen
1390 anderen Bundesländern der Fall ist. Darüber hinaus sollen die Bezirke über den Rat der
1391 Bürgermeister besser in die Programmplanung des Landes Berlin für den Europäischen
1392 Sozialfond (ESF) und den Europäischen Fond für regionale Entwicklung (EFRE) eingebunden
1393 werden. Außerdem wollen wir das europäische Programm „NextGenerationEU“ nutzen, um dem
1394 Klimawandel und der digitalen Transformation mit Zukunftsinvestitionen zu begegnen. Die
1395 Europabeauftragten auf Bezirksebene sollen gestärkt werden und regelmäßig über ihre Arbeit
1396 berichten. Auch das Abrufen von EU-Geldern durch die Bezirksverwaltungen wollen wir
1397 vereinfachen, indem diese Koordinierungsstelle bei der Antragstellung unterstützt. Kleinen
1398 und mittleren Unternehmen, Vereinen und Initiativen wollen wir den Zugang zu Fördermitteln
1399 durch niedrigschwellige Beratungsangebote erleichtern.

1400 **Jetzt ganz konkret: Bündnisgrüne Projekte für die Zukunft Berlins**

1401 **1. Gleichstellung in allen Gesellschaftsbereichen**

1402 Wir kämpfen für die Gleichstellung der Geschlechter in allen Gesellschaftsbereichen – nicht
1403 erst seit Corona, aber seit der Pandemie umso mehr: Krisenstäbe und alle anderen Gremien
1404 müssen divers und geschlechterparitätisch besetzt sein. Um alle Haushaltsmittel

1405 geschlechtergerecht zu verteilen, wollen wir das Gender-Budgeting weiter vorantreiben: durch
1406 ein effektives Controlling, ein Gender-Budgeting-Referat in der Finanzverwaltung, einen
1407 zivilgesellschaftlichen und wissenschaftlichen Beirat sowie durch Weiterbildungen innerhalb
1408 der Verwaltung. Und damit feministische Politik endlich als Querschnittsthema in allen
1409 Bereichen mitgedacht wird, wollen wir mit allen Verwaltungen eine verbindliche,
1410 datenbasierte und ressortübergreifende Gleichstellungsstrategie erarbeiten und umsetzen und
1411 eine Gesetzesfolgenabschätzung einführen, die die Gleichstellung von Frauen sicherstellt.

1412 **2. Rechtsextremen Terror aufklären – parlamentarischer Untersuchungsausschuss zur** 1413 **Terrorserie in Neukölln**

1414 Die rechtsextreme Terrorserie in Neukölln steht in einer Linie mit Hanau und den NSU-
1415 Morden. Es wurden Verbindungen der Berliner Polizei zur Polizeibehörde in Hessen bekannt,
1416 aus der Todesdrohungen mit der Kennung NSU 2.0 verschickt wurden. Es mussten zwei
1417 Staatsanwälte in der Berliner Justiz umgesetzt werden. Betroffene fühlen sich vom Staat
1418 nicht mehr geschützt und noch immer ist kaum etwas aufgeklärt – weder Brandanschläge noch
1419 Bedrohungen und auch nicht der Mord an Burak Bektas aus dem Jahr 2012. Wir brauchen Klarheit
1420 über die Fälle, aber auch darüber, welche Rolle Berliner Polizist*innen und
1421 Staatsanwält*innen spielen. Darum werden wir direkt zu Beginn der neuen Legislaturperiode
1422 einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss einsetzen. Aufklärung schafft Vertrauen.
1423 Genau das braucht die Berliner Polizei.
1424 Bis zur Aufklärung der rechtsextremen Terrorserie und darüber hinaus stehen wir den
1425 Angegriffenen solidarisch beharrlich zur Seite, auch weil es sich dabei um einen Angriff auf
1426 unsere Gesellschaft als Ganzes handelt. Wir setzen uns dafür ein, dass der
1427 Sicherheitsapparat die Betroffenen rechter Gewalt wirklich schützt.

1428 **3. Bürger*innenräte in Berlin einführen**

1429 Wir wollen unsere Demokratie weiterentwickeln und stärken. Dazu wollen wir auf Bezirks- und
1430 Landesebene Bürger*innenräte etablieren, die zu bestimmten Themen mit einem spezifischen
1431 Auftrag und den notwendigen Ressourcen temporär gebildet werden und die Institutionen
1432 repräsentativer Demokratie ergänzen. Die Teilnehmer*innen an den Räten werden durch das
1433 Zufallsprinzip gelost, um die Bandbreite der Gesellschaft in einem Kiez abbilden zu können.
1434 Gemeinsam mit mit Experten und der Verwaltung können dort Lösungen für konkrete Probleme im
1435 Kiez oder im Bezirk erarbeitet werden. Dadurch wollen wir die demokratischen
1436 Entscheidungsprozesse stärker vor Ort verankern und die Akzeptanz politischer Entscheidungen
1437 auf lokaler Ebene erhöhen.

1438 **4. Kulturförderung gerechter, transparenter und diverser gestalten**

1439 Wir wollen die Berliner Kulturförderung angesichts neuer Entwicklungen und
1440 gesellschaftlicher Realitäten umgestalten: Die gesellschaftliche Diversität muss sich besser
1441 in den kulturellen Angeboten und – nach New Yorker Vorbild – auch in der Besetzung von
1442 Leitungsfunktionen und Förderstrukturen widerspiegeln. Mit innovativen Programmen und neuen
1443 Kooperationsformen wollen wir mehr Fördergerechtigkeit für diejenigen erreichen, die bislang
1444 durchs Raster fallen und sich von einem unterfinanzierten Projekt zum nächsten hangeln
1445 müssen. Dies erreichen wir nur gemeinsam mit Vertreter*innen der freien Verbände und
1446 Institutionen sowie mehr Partizipation und Transparenz bei kulturpolitischen Entscheidungen.

1447 **5. Eine Willkommensbehörde für Berlin**

1448 Berlin soll eine Willkommensbehörde bekommen. Wir haben bereits aus der „Ausländerbehörde“
1449 das „Landesamt für Einwanderung“ gemacht. Jetzt kommt der nächste Schritt. In einer
1450 Willkommensbehörde sollen alle Kompetenzen für eine gelingende Einwanderung gebündelt werden
1451 – vom Aufenthaltsrecht über den Integrationskurs und die Verweisberatung zu Deutschkursen
1452 bis zur Arbeitserlaubnis. Die Willkommensbehörde soll im Kompetenzbereich der für

1453 Integration zuständigen Senatsverwaltung liegen. Auch die Zuständigkeit für das
1454 Aufenthaltsrecht soll vom Innenressort an die Integrationsverwaltung übertragen werden.
1455 Gesetzliche Spielräume wollen wir konsequent zugunsten der Betroffenen nutzen.

Begründung

Beschluss (vorläufig)

Kapitel 6: Fundament stärken – die zukunftsfeste Stadt

Gremium: LDK
 Beschlussdatum: 23.03.2021
 Tagesordnungspunkt: K-6 Kapitel 6

1 **6. Fundament stärken – die zukunftsfeste Stadt**

2 Wir haben die vergangenen Jahre genutzt, das „Jahrzehnt der Investitionen“ ausgerufen und
 3 kräftig in die Zukunft der Stadt investiert. Wir haben U- und S-Bahn-Wagen in Milliardenhöhe
 4 bestellt, haben Milliarden für Schulbau und -sanierung ausgegeben, Tausende neue Stellen in
 5 der öffentlichen Verwaltung geschaffen und Gehälter auf den Durchschnitt der anderen
 6 Bundesländer angehoben, massiv in den Wohnungsbau investiert, genau wie in Energieeffizienz
 7 und die Digitalisierung der Verwaltung. Ein Paradigmenwechsel im Vergleich zu der Zeit von
 8 vor der Grünen Regierungsverantwortung.

9 **Berlin war heruntergewirtschaftet**

10 2016 war die Stadt gezeichnet von vielen Jahren, in denen ein rot-roter Senat die Devise
 11 ausgegeben hatte: „Sparen, bis es quietscht!“ Gerade die Bezirke waren kaum noch
 12 handlungsfähig, so massiv waren die Finanzkürzungen und der Personalabbau. Die Berliner
 13 Wasserbetriebe waren verkauft, genau wie die vormals landeseigenen Wohnungsunternehmen
 14 „Gemeinnützige Siedlungs- und Wohnungsbaugesellschaft“ (GSW) und „Gemeinnützige Heimstätten-
 15 , Spar- und Bau-Aktiengesellschaft“ (GEHAG), die mittlerweile zum Verbund der „Deutsche
 16 Wohnen SE“ gehören. Regelmäßige Entwicklungskonzepte für die Bezirke und die Stadt und die
 17 Sicherung von Flächen für soziale Infrastruktur waren Fremdworte - stattdessen wurden
 18 Schulstandorte verkauft. Berlin hing bei der Bezahlung der Beamt*innen weit hinter der
 19 Bezahlung in anderen Bundesländern zurück, der Begriff Digitalisierung war für große Teile
 20 der Politik ein Fremdwort und eine Senatsstrategie gegen die Klimakrise noch nicht mal am
 21 Horizont erkennbar.

22 **Die Berliner Verwaltung hat Handlungsfähigkeit zurückgewonnen**

23 Seitdem ist viel passiert: Wir haben den Bezirken Handlungsfähigkeit zurückgegeben. Seit
 24 2016 haben wir die Bezirksverwaltungen um über 4.000 auf etwa 24.300 Stellen aufgestockt.
 25 Ein Plus von 20 Prozent in einer Legislaturperiode. Die Bezirkshaushalte konnten wir sogar
 26 um 25 Prozent auf heute rund 7,6 Milliarden Euro steigern. Um Handlungsfähigkeit vor Ort zu
 27 schaffen, haben wir seit 2016 einstmalige Sonderprogramme verstetigt und wieder in die
 28 Verantwortung der Bezirke und ihrer „Globalsumme“ zurückgegeben. Der „Zukunftspakt
 29 Verwaltung“ wurde im Mai 2019 unterzeichnet: Damit haben sich der Regierende Bürgermeister,
 30 alle zwölf Bezirksbürgermeister*innen und alle Senator*innen auf ein konkretes gemeinsames
 31 Vorgehen verständigt, um Berlins Verwaltung effektiver und effizienter zu machen. Jetzt
 32 müssen wir den nächsten Schritt gehen und die Modernisierung der Strukturen auf Landes- und
 33 Bezirksebene weiter zügig umsetzen .

34 **Das Berliner Vermögen halten und ausbauen**

35 Gemeinwohl braucht öffentliche Ressourcen und eine soziale Bodenpolitik. Wir wollen das
 36 Vermögen des Landes Berlin sichern und ausbauen. Mit der Privatisierung öffentlichen
 37 Eigentums haben wir Schluss gemacht. In der kommenden Legislaturperiode werben wir weiter
 38 bei anderen Parteien für eine echte Privatisierungsbremse in der Berliner Verfassung. Um den

39 Aufbau von Berlins Vermögen voranzutreiben, werden wir die neu gegründete „Berliner
40 Bodenfonds GmbH“ ausbauen und die strategischen Ankäufe von Liegenschaften forcieren. Dabei
41 wollen wir mit zivilgesellschaftlichen Initiativen, Genossenschaften und Stiftungen
42 kooperieren.

43 **Finanzpolitik, Verwaltung und Bezirke auf Klimaneutralität ausrichten**

44 Gemeinwohl geht einher mit dem Ziel, Berlin auf den 1,5-Grad-Pfad zu bringen. Wir verstehen
45 die Finanz- und Haushaltspolitik in Land und Bezirken als zentralen Hebel dafür. Mit einem
46 Berliner Klima-Budget werden wir den Ausstoß von CO₂ reduzieren und die Reduzierung von
47 Treibhausgasen auch noch stärker in die Logik der Bezirksfinanzierung einfließen lassen. Der
48 Berliner Klimaschutzrat soll die Einhaltung der Budgets und die Umsetzung überwachen.

49 **Berlin neu ordnen und die personelle Erneuerung schaffen**

50 Um Gemeinwohl und Klimaneutralität zu erreichen, brauchen wir eine leistungsstarke
51 Verwaltung: modern und effizient, digital und klimaneutral. Berlin kann nur dann
52 funktionieren, wenn dabei alle Ebenen und die Ressorts eng zusammenarbeiten. Darum werden
53 wir die sogenannte „gesamstädtische Steuerung“ und Zuständigkeiten neu ordnen. Zu Themen
54 und Aufgaben von gesamstädtischer Bedeutung wollen wir ressort- und ebenenübergreifende
55 Planungen und Strategien entwickeln und entsprechende Zielvereinbarungen zur Umsetzung
56 schließen. Um sicherzustellen, dass die mit den Zielvereinbarungen vereinbarten Ziele
57 eingehalten werden, wollen wir hierfür die Fachaufsicht der jeweils zuständigen
58 Senatsverwaltung wieder einführen. Reibungsverluste und Verantwortungswirrwarr zwischen
59 Hauptverwaltung und Bezirken wollen wir so konsequent beseitigen. In den kommenden Jahren
60 wird ein erheblicher Teil der Beschäftigten altersbedingt ausscheiden. Wir sehen den
61 demographischen Wandel als Chance für die Verwaltungsmodernisierung. Damit frischer Wind in
62 die Verwaltung kommt, machen wir das Land Berlin zu einer attraktiven Arbeitgeberin, bei der
63 sich Mitarbeitende wohl und willkommen fühlen. Wir richten das Arbeitsumfeld auf die
64 Bedürfnisse der Menschen aus: Mit zeitgemäßer Arbeitsplatzausstattung, flexiblen
65 Arbeitsmodellen und neuen Raumkonzepten für kreatives Arbeiten und zum Austausch unter
66 Kolleg*innen werden wir neue kluge Köpfe werben und binden, Motivation und Eigeninitiative
67 fördern und die Berliner Verwaltung so divers aufstellen, wie es die Bevölkerung dieser
68 Stadt längst ist.

69 **Lokale Demokratie in den Bezirken stärken**

70 In den Bezirken legen wir einen Schwerpunkt darauf, die lokale Demokratie weiter zu stärken,
71 sodass die Bezirke über die Aufgaben, die sie in eigener Verantwortung wahrnehmen,
72 tatsächlich vor Ort entscheiden können.

73 Die Bezirksämter wollen wir künftig nicht mehr nach Parteienproporz besetzen, sondern eine
74 echte „Bezirksregierung“ schaffen, also ein Bezirksamt mit klaren Verantwortlichkeiten für
75 die Entscheidungen auf der einen Seite und klarer Oppositionsrolle der nicht im Bezirksamt
76 vertretenen Parteien auf der anderen, die dafür zusätzliche Rechte für ihre Fraktionen in
77 der Bezirksverordnetenversammlung erhalten. Nur mit einem solchen „politischen Bezirksamt“
78 wird für die Bürger*innen ersichtlich, wer für welche Politik geradesteht. Damit geht
79 einher, dass wir die Bezirksverordnetenversammlungen (BVV) stärken wollen, zum Beispiel
80 dadurch, dass künftig noch mehr ihrer Beschlüsse tatsächlich eine bindende Wirkung haben.
81 Für die dafür erforderlichen Änderungen in der Verfassung werden wir uns einsetzen.

82 Die Zeiten von „Sparen, bis es quietscht!“ müssen endgültig vorbei sein. Die Corona-Krise
83 stellt uns vor große finanzielle Herausforderungen, aber Kürzungen der öffentlichen Ausgaben
84 und Investitionen würde sie letztlich nur schlimmer machen – das hat uns die Vergangenheit
85 gelehrt. Zumal auch unterlassene Investitionen in die Unterhaltung und Modernisierung der

86 städtischen Infrastruktur versteckte Schulden sind. Wir werden weiter in die Stadt
87 investieren: für ein Berlin mit einer guten Grundversorgung für alle, das dem 1,5-Grad-Pfad
88 folgt, für effiziente Verwaltungen in Land und Bezirken und für eine demokratische, gerechte
89 und vielfältige Hauptstadt.

90 **6.1 Grüne Finanzpolitik – Daseinsvorsorge sichern,** 91 **Berlin klimaneutral und gerechter machen**

92 Berlin ist auf einem guten Weg. Nach Jahren des Kaputtsparens haben wir 2016 einen neuen
93 Kurs eingeschlagen. Wir haben massiv investiert in die Zukunft der Stadt, in Schulen, U- und
94 S-Bahnen, Fahrradwege, Krankenhäuser, mehr Personal und Digitalisierung. Die Corona-Krise
95 hat die Vorzeichen neu gesetzt. Zum ersten Mal seit Jahren mussten wir neue Kredite
96 aufnehmen. Wir haben dies getan, um die wirtschaftliche Aufholjagd der Stadt in den letzten
97 Jahren und ihre weitere Entwicklung abzusichern – viele Unternehmer*innen wurden mit
98 Soforthilfeprogrammen vor dem Ruin gerettet, mit Konjunkturmaßnahmen ermöglichen wir der
99 Wirtschaft einen guten Start aus der Krise. Es wäre die falsche Antwort, die Kosten der
100 Krise mit überzogener Sparpolitik begleichen zu wollen, da sie die Krise nur noch teurer
101 macht. Daher bleiben wir auf Kurs. Wir bekennen uns weiterhin zu einer nachhaltigen
102 Haushaltspolitik und dem Schuldenabbau, ebenso wichtig sind aber Investitionen in die
103 Zukunft. Dazu gehört, eine gute Daseinsvorsorge zu sichern, in die funktionierende Stadt zu
104 investieren, Berlin klimaneutral zu machen und für mehr Gerechtigkeit zu sorgen. Gerade im
105 Bereich der Förderungen bleibt im Moment noch zu viel Fördergeld ungenutzt. Wir wollen die
106 Strukturen der IBB reformieren, um zukünftig keine Mittel der EU, des Bundes oder des Landes
107 liegen zu lassen.

108 **Daseinsvorsorge ist staatliche Aufgabe**

109 Es war ein Fehler, in den Jahren vor 2016 unter SPD, CDU und Linkspartei Vermögen im Wert
110 von ca. 16,5 Milliarden Euro zu verscherbeln. Dieser Privatisierung öffentlichen Eigentums
111 haben wir in der Landeshaushaltsordnung einen Riegel vorgeschoben. Ein wichtiger Schritt,
112 aber nicht genug. Wir wollen eine echte Privatisierungsbremse in Form eines
113 Bodensicherungsgesetzes und durch eine Änderung in der Berliner Verfassung. Dafür werben wir
114 um Mehrheiten über die Parteigrenzen hinweg. Dabei gilt: Das Grundstockvermögen darf in
115 seinem Wertbestand grundsätzlich nicht verringert werden. Ausnahmen gibt es per Gesetz und
116 in außergewöhnlichen Notsituationen mit einer Mehrheit des Abgeordnetenhauses.

117 Eine endgültige Abkehr von der Privatisierungspolitik früherer Zeiten ist uns aber nicht
118 genug. Wir wollen das städtische Vermögen weiter aufbauen und dabei neue Formen der
119 wirtschaftlichen Beteiligung von Bürger*innen etablieren. Weil Grundversorgung in
120 öffentlicher Hand die beste Versorgung für alle garantiert, wollen wir kritische
121 Infrastrukturen wie Energienetze in die öffentliche Hand zurückholen. Der vollständige
122 Rückkauf des Berliner Stromnetzes beendet nicht nur einen jahrelangen Rechtsstreit, sondern
123 ermöglicht endlich gezielte Investitionen in die Infrastruktur der Energiewende der Stadt
124 und die genossenschaftliche Beteiligung der Bürger*innen zur aktiven Mitgestaltung über die
125 BürgerEnergie Berlin. Den Einfluss des Landes Berlin werden wir auf alle Energienetze
126 ausweiten. Wir werden daher auch prüfen, in wie weit eine Rekommunalisierung der GASAG
127 unseren energie- und klimapolitischen Zielen in Kooperation mit den Berliner Stadtwerken
128 zuträglich ist.

129
130 Zur langfristigen Stabilisierung des Berliner Wohnungsmarktes und zur Sicherung einer guten
131 sozialen und grünen Infrastruktur streben wir an, dass mindestens 50 Prozent aller Wohnungen
132 in Berlin in gemeinwohlorientierter Hand sind, sichern Grund und Boden für das Gemeinwesen
133 und vergeben öffentliche Grundstücke grundsätzlich nur noch als Erbbaurechte. Bei
134 Vergabeverfahren setzen wir auf das beste Konzept, nicht den höchsten Preis. Public Private

135 Partnerships stehen wir kritisch gegenüber, da durch sie häufig höhere Kosten für die
136 öffentliche Hand entstehen und Gewinne meist an die Privaten gehen. Sinnvolle Ausnahmen sind
137 zum Beispiel die Zusammenarbeit von Energieanbieter*innen und Rathäusern zur
138 Energieeinsparung (Energie-Contracting) oder genossenschaftliche Beteiligungen von
139 Bürger*innen. Sie können im Einzelnen geprüft und gefördert werden.

140 **Finanzpolitik – zentraler Hebel im Kampf gegen die Klimakrise**

141 Wir wollen offenlegen, welche Sektoren und Ausgaben wie viel klimaschädliche CO₂-Emissionen
142 verantworten und einsparen müssen und damit Klimaschutz zu einer Maxime auch haushalts- und
143 finanzpolitischer Entscheidungen machen. Dafür führen wir ein „Klima-Budget“ für die
144 Haushalte in Land und Bezirken ein. Wenn einzelne Bereiche hinter den Pariser Klimazielen
145 und dem davon abgeleiteten Berliner Einsparpfad zurückbleiben, muss zugunsten weiterer
146 Klimaschutzmaßnahmen im Haushalt umgesteuert werden. Die Versorgungsrücklagen und andere
147 Sondervermögen des Landes legen wir nach ethischen und ökologisch-nachhaltigen Kriterien an
148 – Gleiches gilt für Finanzanlagen, an denen das Land Berlin oder seine Gesellschaften
149 Anteile halten. Dieses sogenannte „Sustainable Finance“ soll ausgeweitet werden und
150 systematisch Anwendung finden, bis sämtliche dieser Vermögen klimaneutral angelegt sind. Mit
151 einer jährlichen Berichtspflicht gegenüber dem Abgeordnetenhaus und der Öffentlichkeit zur
152 Klima- und CO₂-Bilanz der öffentlichen Finanzanlagen schaffen wir Transparenz und stärken
153 die Nachfrage nach ökologischen Finanzmarktprodukten. Dafür werden wir auch mit der Ausgabe
154 von Green Bonds zur Finanzierung bestimmter öffentlicher Investitionsvorhaben, etwa im
155 Umwelt- und Verkehrsbereich, beginnen.

156 **Finanzpolitik ist Gerechtigkeitspolitik**

157 Gerechtigkeit ist für uns ein wichtiges Ziel, an dem sich auch die Einnahmen des Staates wie
158 seine Ausgaben messen lassen müssen. Im Bereich der sogenannten Ländersteuern und durch
159 eigene Abgaben können die Bundesländer einen Beitrag zur Umverteilung von Reichtum und zu
160 mehr Chancengerechtigkeit leisten. Dazu gehört die progressive Ausgestaltung der
161 Grunderwerbsteuer ebenso wie die Prüfung von Möglichkeiten zur Weiterentwicklung der
162 Grundsteuer. Unser Ziel bleibt, Spekulation mit Boden einzudämmen, den öffentlichen Anteil
163 am Grundbesitz deutlich zu steigern und die Liegenschaftspolitik an Gemeinwohlkriterien zu
164 orientieren. Dazu braucht es eine strategische Ankaufspolitik. Dafür wollen wir den neu
165 gegründeten landeseigenen „Berliner Bondenfonds“ ausbauen und dabei mit
166 zivilgesellschaftlichen Initiativen, Genossenschaften und Stiftungen kooperieren.

167 Die zweite Gerechtigkeitsfrage ist, wie Mittel ausgegeben werden. Künftige
168 Konjunkturprogramme wollen wir geschlechtergerechter ausgestalten. In den vergangenen Jahren
169 haben wir das Gender-Budgeting-Verfahren in Berlin novelliert und weiter vorangetrieben. In
170 der nächsten Legislaturperiode werden wir die Berliner Finanzpolitik durch ein
171 geschlechterspezifisches Controlling, ein Gender-Budgeting-Referat, einen
172 zivilgesellschaftlichen und wissenschaftlichen Beirat sowie durch Weiterbildungen innerhalb
173 der Verwaltung noch geschlechtergerechter gestalten. Wir setzen uns ferner dafür ein, dass
174 sich die gesellschaftliche Vielfalt in Berlin auch in der öffentlichen Förderung
175 widerspiegelt. Um Bürger*innen mehr direkte Mitsprache über die Verteilung von öffentlichen
176 Mitteln zu geben, setzen wir uns weiterhin für ein Pilotprojekt Bürger*innenhaushalt auch
177 auf Landesebene ein.

178 Wir arbeiten in Berlin für mehr Verteilungsgerechtigkeit – und genauso von Berlin aus auf
179 Bundesebene. Das Steuerschlupfloch „Share-Deals“, mit dem Investor*innen beim Immobilienkauf
180 die Grunderwerbsteuer umgehen, wollen wir auf Bundesebene schließen. Außerdem werden wir zur
181 Finanzierung nötiger Investitionen Initiativen im Bundesrat ergreifen, auch um die
182 Schuldenbremse für die Länder flexibler zu gestalten. Wir wollen die Einführung einer neuen
183 Vermögensteuer zugunsten der Länderhaushalte, nicht nur um der immer größeren Ungleichheit

184 von Vermögen entgegenzuwirken, sondern auch um die notwendigen Bildungsaufgaben von der Kita
185 bis zur Hochschule zu finanzieren. Wir setzen uns zudem für die Einführung einer
186 Anzeigepflicht für sogenannte Steuergestaltung und ein Bundesfinanzamt für (internationale)
187 Konzerne und Einkommensmillionäre ein, um Steuereinnahmen wirkungsvoll zu sichern, und wir
188 werden keinen Steuerreformen zustimmen, die zu Mindereinnahmen führen und die Schere
189 zwischen Arm und Reich vergrößern.

190 **6.2 Verwaltung fit machen – modern und effizient,** 191 **digital und vielfältig**

192 Eine gute Verwaltung ist Voraussetzung für eine funktionierende Stadt – dafür, dass Anliegen
193 und Anträge von Bürger*innen oder Unternehmen schnell bearbeitet werden, Beteiligung
194 selbstverständlich wird sowie Fahrradwege und Schulen zügig gebaut werden. Zuletzt hat die
195 Corona-Pandemie einmal mehr gezeigt, wie elementar es für uns alle ist, eine gut
196 ausgestattete, effiziente Verwaltung zu haben. Wir wollen eine Verwaltung, die besten
197 Service garantieren kann und in der bei jeder Aufgabe stets alle Abläufe schnell und
198 reibungslos ineinandergreifen. All das funktioniert nur mit klaren Strukturen, der richtigen
199 Technik, qualifizierten Leuten und einer zentralen Steuerung im Sinne gemeinsamer Standards.
200 Wir wollen Berlins Verwaltung vollständig digitalisieren und die Mitarbeiterschaft so divers
201 aufstellen, wie unsere Stadt auch tatsächlich ist. Vielfalt und gute Arbeitsbedingungen sind
202 die Basis für Kreativität und Motivation. Berlin soll auf den 1,5-Grad-Pfad kommen, die
203 Berliner Verwaltung muss auch hier zum Vorbild, ermutigt und in die Lage versetzt werden,
204 neue, bessere und schnellere Konzepte auf dem Weg zu diesem Ziel in die Umsetzung zu
205 bringen. Hierfür werden wir die enormen Hebelwirkungen als größte Arbeitgeberin Berlins
206 nutzen.

207 **Gesamtstädtische Steuerung als gemeinsames Handeln – die Beziehungen von Land und Bezirken** 208 **neu ordnen**

209 Berlin kann nur funktionieren, wenn die Ebenen der Verwaltung und die Ressorts eng
210 zusammenarbeiten und gemeinsame Ziele verfolgen. Eine Verbesserung dieser „gesamtstädtischen
211 Steuerung“ ist Herzstück des „Zukunftspakts Verwaltung“, den wir 2019 geschlossen haben, und
212 zugleich Maßgabe für unsere Arbeit in der kommenden Legislaturperiode. Wir wollen zu allen
213 Themen und Aufgaben von gesamtstädtischer Bedeutung ressort- und ebenenübergreifende
214 Zielvereinbarungen treffen. Diese Zielvereinbarungen berücksichtigen neben quantitativen
215 auch qualitäts- und wirkungsorientierte Aspekte öffentlicher Leistungserbringung, die
216 gemeinsam entwickelt und abgestimmt werden. Die Bezirke wollen wir auch zukünftig personell
217 und finanziell stärken, um vor Ort zusätzliche Handlungsspielräume zu eröffnen.

218 Gleichzeitig sind wir der Überzeugung, dass es eigentlich einer grundsätzlichen Neuordnung
219 der Beziehungen zwischen Land und Bezirken bedarf. Um das zu erreichen, wollen wir einen
220 Vorstoß wagen, bei dem Land und Bezirke ihre Zuständigkeiten und Kompetenzen neu ordnen.
221 Dies ist in manchen Punkten nur durch eine Verfassungsänderung und mit Zweidrittelmehrheit
222 im Abgeordnetenhaus möglich.

223 **Die Berliner Verwaltung und die Steuerung der Stadt digitalisieren**

224 Die Zukunft der Berliner Verwaltung ist digital. Wir wollen das vorhandene Berliner Service-
225 und Dienstleistungsportal zu einem digitalen Bürger*innenamt weiterentwickeln, das so viele
226 Verwaltungsdienstleistungen wie möglich automatisiert und mobil vorhält. Auf dieser
227 Grundlage werden wir die Mehrsprachigkeit von Bürgerdiensten sowie Beratungs- und
228 Informationsangeboten ausbauen. Ihnen zustehende Leistungen sollen den Bürger*innen wo
229 möglich proaktiv vorgeschlagen werden, die nötigen Anträge fristgerecht schon vorausgefüllt
230 mit den vorhanden Daten der Bürger*innen bereitstehen. Das ist komfortabel für die
231 Nutzer*innen und hilft zugleich der Verwaltung, Ressourcen einzusparen. So können sich deren

232 Mitarbeiter*innen besser um persönliche Belange und Einzelfälle kümmern. Die bestehende
233 Ordnungsamt-App wollen wir zu einem umfassenden "Mängelmelder" weiterentwickeln, um die
234 Kommunikation zwischen Bürger*innen und Verwaltung zu modernisieren.

235 Aber auch die täglichen Abläufe und das Datenmanagement in unserer Smart City wollen wir
236 digitalisieren: Die intelligente Steuerung von Verkehrsströmen verhindert Stau und sorgt
237 dafür, dass Busse oder Leihräder immer genau da sind, wo sie gebraucht werden. Intelligentes
238 Müllmanagement sorgt für saubere Kieze, die Versorgung mit Kitaplätzen vor Ort wird
239 automatisch mit den Geburten- und Meldedaten in den Stadtteilen abgeglichen. **Um Daten**
240 **systematisch zu erfassen und möglichst unabhängig nutzen zu können, wollen wir Datenhoheit**
241 **bei bestehenden Verträgen mit privaten Anbietern prüfen und bei neuen sicherstellen.** Mit dem
242 digitalen Bauamt beschleunigen wir energetische Modernisierungen und die Schaffung
243 bezahlbaren Wohnraums. Das Wohnungs- und Mietkataster ermöglicht eine effektive
244 wohnungspolitische Kontrolle.

245 Um auf diesem Weg voranzukommen, wollen wir die Zuständigkeiten für Digitalisierung, die
246 derzeit in der Senatskanzlei, in der Innen- und der Wirtschaftsverwaltung liegen, besser
247 strukturieren und zusammenführen. Wir brauchen eine zentrale Steuerungsstruktur, die mit
248 Durchgriffsrechten, Ressourcen und Budget ausgestattet ist. Damit das Zusammenspiel gut
249 funktioniert, werden wir den aktuellen Prozess zur Schaffung klarer IT-Rollen und einer
250 sinnvollen Aufgabenteilung zwischen Senats- und Bezirksverwaltungen weiter treiben und die
251 nötigen Mittel für eine moderne IKT-Ausstattung bereitstellen. Bis 2026 wollen wir alle
252 öffentlichen Gebäude ans Berliner Landesnetz angeschlossen haben und wir werden dafür
253 prüfen, inwieweit ein landeseigenes Unternehmen das Verlegen der fehlenden Glasfaserkabel
254 schneller meistert.

255 Sicherheit und Effizienz sind für uns die Leitprinzipien der Digitalisierung der
256 öffentlichen Dienstleistungen. Ohne Datenschutz und IT-Sicherheit haben Bürger*innen und die
257 Wirtschaft kein Vertrauen in digitale Dienste. Klare Verantwortlichkeiten, „privacy by
258 design“, schnell reagierende Beschwerdestellen und ein*e gut ausgestattete IT-
259 Sicherheitsbeauftragte*r sind für uns integraler Bestandteil aller Vorhaben. Gleiches gilt
260 für die Effizienz: Mit zentralem Management der Hardware- und Softwarestrukturen und
261 Beauftragten der Bezirke sowie der Fachbereiche – wie zum Beispiel Schulen – schaffen wir
262 den richtigen Mix aus solider Struktur, einheitlichem Sicherheitsniveau und flexiblem
263 Eingehen auf besondere Bedürfnisse.

264 Digitalisierung bedeutet neue Anforderungen, sowohl für Verwaltungsmitarbeiter*innen als
265 auch die Politik. Mobiles Arbeiten, digitale Kompetenz und eine neue Fehlerkultur sollen
266 Bestandteil von Weiterbildungen der Verwaltungsmitarbeiter*innen werden.

267 **Diskriminierungsfreiheit bei Anwendung Künstlicher Intelligenz**

269
270 Automatisierte Systeme und Künstliche Intelligenz (KI) können auch in der Berliner
271 Verwaltung einen wertvollen Beitrag leisten, wenn ihr Einsatz strengen Kriterien unterliegt,
272 um Diskriminierungsfreiheit und Transparenz sicherzustellen. Forschungsvorhaben und Start-
273 Ups mit entsprechenden Schwerpunkten sollen besonders gefördert werden. Für den Einsatz von
274 KI in der öffentlichen Verwaltung sollen qualitätssichernde Prozesse, Tests und
275 Dokumentationspflichten vorgegeben werden, die die Entwicklung von möglichst objektiven,
276 gesetzeskonformen Algorithmen dokumentieren. Algorithmen und KI müssen auf ihre
277 Diskriminierungsfreiheit hin bewertbar werden. Dieser Prozess beginnt bereits bei der
278 Auswahl der Entwicklungsteams.

279
280 Für neue Vorschriften - von Gesetzen über Verordnungen bis hin zu Verwaltungs- und
281 Ausführungsvorschriften - soll es künftig einen Digitalisierungs-Check geben, damit nicht

282 wichtige Fragen zur Umsetzung viel zu spät gestellt werden und dann die Verwaltung
283 überfordern - sondern stattdessen "digital ready" zur Verwaltungskultur wird. Schon für die
284 Rechtsetzung fordern wir daher digital-taugliche Entscheidungen, in denen Recht,
285 Organisation und IT von Anfang an zusammen gedacht und multiprofessionell angegangen werden

286 **Personelle Erneuerung organisieren – die Verwaltung wird vielfältig**

287 Verwaltung funktioniert nur mit motivierten Mitarbeiter*innen. In den kommenden Jahren wird
288 ein erheblicher Teil der Beschäftigten altersbedingt ausscheiden, für die anderen stehen
289 große Umbrüche an. Um neue kompetente Mitarbeiter*innen zu gewinnen, setzen wir auf gute
290 Arbeitsbedingungen, eine gute Bezahlung und gute Entwicklungsmöglichkeiten. Es ist uns
291 gelungen, dass Beamt*innen mit dem Ende der Legislaturperiode endlich den Durchschnitt der
292 Besoldung anderer Bundesländer erreichen. Künftig wollen wir mobiles Arbeiten zur Standard-
293 Option machen und durch Erleichterungen für Quereinsteiger*innen, Austauschprogramme auch
294 mit europäischen Partnerstädten, Qualifizierungsangeboten oder Möglichkeiten, die Laufbahn
295 zu wechseln, attraktive Perspektiven schaffen. Darüber hinaus werden wir die
296 Einstellungsverfahren in der städtischen Verwaltung weiter beschleunigen.

297 **Enquete-Kommission gegen Diskriminierung in der Verwaltung und in den (Sicherheits-)** 298 **Behörden**

299 Für die Dauer der kommenden Legislaturperiode wollen wir eine parlamentarische Enquete-
300 Kommission einrichten. Ziel ist, diskriminierende Strukturen in der Berliner Verwaltung und
301 den (Sicherheits-)Behörden proaktiv und systematisch zu erfassen, diese abzubauen und die
302 Verwaltung offener und diverser zu machen. Sachverständige aus der Zivilgesellschaft können
303 dort ihre diskriminierungskritische Expertise einbringen und die vielfältigen Perspektiven
304 potentiell Betroffener sicherstellen.

305 Auch künftig gilt für uns „50 Prozent der Macht den Frauen“ – und das auch auf den höheren
306 Führungsebenen der Verwaltung. Um die Verwaltung für Schwarze Menschen, People of Color,
307 queere Menschen, Menschen mit Behinderung oder Menschen aus bildungsferneren Milieus
308 attraktiver zu machen, setzen wir bei Einstellungsverfahren bewusst auf Diversität. Alle
309 Führungskräfte der Verwaltung sollen Fortbildungen zum Thema Diversität bekommen.

310 **6.3 Handlungsfähige Bezirke schaffen – vor Ort** 311 **entscheidet sich unser Zusammenleben**

312 Wir sind zuhause in den Kiezen und Stadtteilen. Hier entscheidet sich, wie wir gemeinsam
313 Berlin gestalten. Möglich ist das nur, wenn die Bezirke handlungsfähig sind. Als wir 2016
314 Regierungsverantwortung übernommen haben, war dies kaum noch gegeben. Das Spardiktat des
315 vorangegangenen Jahrzehnts hatte die Bezirke ausbluten lassen. Wir haben seitdem die
316 Personalstellen in den Bezirken um 20 Prozent angehoben, die finanziellen Mittel sogar um 25
317 Prozent. Und wir haben Entscheidungsfreiheit an die Bezirke zurückgegeben. Um diesen Weg
318 fortzusetzen, wollen wir an die Strukturen ran und dabei gute Bürger*innendienstleistungen
319 in den Mittelpunkt stellen. Vor Ort muss sich beweisen, dass die Stadt funktioniert sowie
320 mehr Demokratie und Beteiligung möglich sind.

321 **Sozial und ökologische Qualität in die Finanzierung der Bezirke integrieren!**

322 Das Prinzip der Finanzierung der Bezirke ist zu einseitig an den Preisen ihrer
323 Dienstleistungen bzw. Produkten orientiert. Wenn die Aufgabe in einem anderen Bezirk
324 preiswerter erfüllt wird, besteht die Gefahr das andere nachziehen und die Qualität der
325 Leistungen sinkt. Diese Logik wollen wir durchbrechen, indem wir die mit der Kosten- und
326 Leistungsrechnung (KLR) verbundene Finanzierung (=Budgetierung) neu aufstellen. Wir wollen
327 neben Kostendaten auch Leistungs- und Qualitätsdaten erfassen, denn sie sind auch ein
328 Merkmal guter Politik. Konkret wird das zum Beispiel beim Klimaschutz und bei der sozialen

329 Infrastruktur. Wir wollen einen Anreiz für klimafreundliches und ressourcensparendes
330 Haushalten in die Logik der Bezirksfinanzierung integrieren. Dazu muss die Finanzzuweisung
331 an die Bezirke und die Verteilung der Mittel innerhalb der Bezirke die soziale und
332 ökologische Qualität der Dienstleistungen ebenso berücksichtigen, wie deren Mengen und
333 Kosten. Auch das Gender-Budgeting, also die Prüfung, ob die Mittel geschlechtergerecht
334 eingesetzt werden, wollen wir weiter stärken.

335 Die derzeitige Logik des Wettbewerbs führt dazu, dass Innovationen nicht geteilt werden, da
336 mehr Effizienz in anderen Bezirken neue Sparzwänge erzeugt. Wir wollen gemeinsames Ringen um
337 den besten Weg, kein Gegeneinander. Gerade bei der Schulsanierung hat sich gezeigt, dass die
338 Bezirke an Grenzen kommen. Darum wollen wir Bezirkskooperationen ausbauen und Prozesse
339 effizienter gestalten, um Kosten zu senken.

340 Über die Logik der KLR, in der über sogenannte „Produkte“ Einzelleistungen abgerechnet
341 werden, können zum Beispiel Kosten für kulturelle Angebote kaum abgebildet werden. Manche
342 Angebote zeichnen sich durch viele Besucher*innen aus, andere durch eine lange Verweildauer.
343 Das lässt sich nicht in Preis-Mengen-Kategorien fassen. Darum wollen wir

344 ausprobieren, ob und wie Kultur- und Weiterbildung und die mit den stadtweiten
345 Zielvereinbarungen verbundenen Aufgaben aus der Globalsummen-Budgetierungen herausgenommen
346 und stattdessen die Zuweisungen in anderer Form berechnet werden können.

347 **Eigenständigkeit der Bezirke stärken**

348 Die Eigenständigkeit der Bezirke wollen wir weiter stärken. In den letzten Jahren haben wir
349 Sonderprogramme, die Bezirken vorschreiben, wie sie Geld zu verwenden haben, um ein Drittel
350 zurückgefahren und Mittel direkt in den Bezirksplanfonds gegeben. Künftig soll systematisch
351 gelten: Sonderprogramme dürfen nur noch als besondere Innovationsprogramme und nicht mehr
352 zur Finanzierung von Regelaufgaben eingesetzt werden.

353 All diese Veränderungen müssen sich in der Gesamtsumme der bezirklichen Mittel
354 widerspiegeln. Darum wollen wir die Bezirke künftig gesetzlich festgeschrieben an der
355 Erarbeitung und Bewirtschaftung der Bezirksplafonds beteiligen. Wir wollen ein
356 Bezirkefinanzierungsgesetz beschließen, um Verbindlichkeit und Nachhaltigkeit in der
357 finanziellen Zusammenarbeit zwischen Senat und den Bezirken festzuschreiben. Unrealistische
358 Einnahmenvorgaben wollen wir so vermeiden und konkrete Bedarfe in den Mittelpunkt stellen –
359 inklusive höherer Qualitäts- und Nachhaltigkeitsstandards. Die eigenständige
360 ämterübergreifende räumliche Entwicklungsplanung zur Konkretisierung der Berliner
361 Flächennutzungsplanung (FNP) und zur damit begründeten Sicherung von Flächen für das
362 Gemeinwohl und den Ausbau sozialer und grüner Infrastruktur muss wieder personell und
363 finanziell gesichert sein.

364 **Mehr Demokratie in den Bezirken**

365 Die Bezirke sind Orte lokaler Demokratie und aktiver Beteiligung. Deshalb wollen wir die
366 nötige Flexibilität für die Bezirksämter sichern, ihre Struktur nach politischen
367 Schwerpunktsetzungen selbstständig festzulegen. Gleiche und starre Geschäftsbereiche in
368 allen Bezirken lehnen wir ab. In Zukunft wollen wir die lokale Demokratie stärker mit Leben
369 füllen.. Bislang werden Bezirksämter nach Proporz besetzt – die Parteien stellen
370 Stadträt*innen entsprechend ihrem Wahlergebniss, anders als auf Bundes- und Landesebene, wo
371 eine politische Mehrheit die Regierung bestimmt. Dieses Prinzip wollen wir auch im Bezirk
372 als „politisches Bezirksamt“ einführen und damit die „Einheitsgemeinde Berlin“ in ihrer
373 dezentralen Verantwortung stärken. Nur so wird für die Bürger*innen nachvollziehbar, welche
374 Parteien für welche Politik in der Verantwortung stehen.

375 Mehr Demokratie bedeutet auch, das bezirkliche Parlament, die Bezirksverordnetenversammlung
376 (BVV), zu stärken. Derzeit verfügen die BVVen nur in einigen Bereichen über
377 Entscheidungsrechte und können überall sonst lediglich Verwaltungshandeln anregen. Das soll
378 sich ändern, wir wollen mehr BVV-Beschlüsse mit Rechtswirkung ausstatten. Außerdem sollen
379 Bezirksverordnete die Möglichkeit erhalten, auf unabhängige Expertise zurückzugreifen,
380 vergleichbar mit dem wissenschaftlichen Dienst des Abgeordnetenhauses.

381 Auch die direkte Beteiligung von Bürger*innen wollen wir stärken. Lokale Partizipation soll
382 durch Bürger*innenräte und Bürger*innen-Haushalte dauerhaft etabliert werden. Dazu wollen
383 wir gemeinsam mit Wissenschaftler*innen die verschiedenen Ansätze evaluieren und jeweils
384 passende Formate in allen Bezirken etablieren.

385 Politik vor Ort wird von Menschen gemacht. Wir haben die Stellen in den Bezirksverwaltungen
386 stark aufgebaut. Dies wollen wir fortsetzen, bis auch die Lücken der Vergangenheit
387 geschlossen sind. Systematisch gilt künftig: Werden neue Aufgaben auf die kommunale Ebene
388 übertragen, müssen dem auch die notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen folgen.
389 Diversität ist für uns bei der Personalgewinnung ein zentrales Kriterium. Ziel ist, die
390 Bevölkerung in all ihrer Vielfalt abzubilden.

391 **Jetzt ganz konkret: Bündnisgrüne Projekte für die Zukunft Berlins**

392 **1. Privatisierung stoppen – Berlins Vermögen ausbauen**

393 Wir wollen eine echte Privatisierungsbremse in Form eines Bodensicherungsgesetzes und eine
394 Änderung der Berliner Verfassung. Dabei gilt: Das Grundstockvermögen darf in seinem
395 Wertbestand grundsätzlich nicht verringert werden. Ausnahmen gibt es per Gesetz und in
396 außergewöhnlichen Notsituationen mit einer Mehrheit des Abgeordnetenhauses. Wir wollen, dass
397 Berlins Vermögen nicht nur stabil bleibt, sondern weiterwächst. Deshalb werden wir kritische
398 Infrastrukturen wie Energienetze in die öffentliche Hand zurückholen. Zur langfristigen
399 Stabilisierung des Berliner Wohnungsmarktes streben wir an, dass mindestens 50 Prozent aller
400 Wohnungen in Berlin in gemeinwohlorientierter Hand sind, sichern Grundstücke für soziale,
401 kulturelle und grüne Infrastruktur und vergeben öffentliche Grundstücke grundsätzlich nur
402 noch als Erbbaurechte.

403 **2. Berliner Klima-Budget – ein Klima-Check für die Haushalte in Land und Bezirken**

404 Klimaschutz wird zur Querschnittsaufgabe in der Berliner Verwaltung. Jeder Sektor – Verkehr,
405 Gebäude, Gewerbe, Abfallwirtschaft etc. – weist ein eigenes jährliches Klima-Budget aus.
406 Maßgeblich sind die Pariser Klimaziele sowie der daraus abgeleitete CO₂-Einsparpfad für
407 Berlin. Wird der nicht eingehalten, müssen die zuständigen Verwaltungen zugunsten
408 zusätzlicher Treibhausgas-Reduktionen nachsteuern: durch eine andere Prioritätensetzung im
409 Haushalt oder ordnungsrechtliche Maßnahmen. Dadurch wird Klimaschutz in Berlin
410 transparenter, kann effektiver kontrolliert werden und fließt stärker in die politische
411 Entscheidungsfindung ein. Gleichzeitig ermutigen wir die Verwaltungen, neue Konzepte und
412 Technologien zu erproben und umzusetzen.

413 **3. Gemeinsame Ziele, klare Verantwortlichkeiten – Bezirke und Land stärken**

414 Viele Aufgaben sind derzeit sowohl auf Landes- als auch auf Bezirksebene verankert. Dies
415 führt nicht selten zu Doppelstrukturen und lückenhaften, unklaren Zuständigkeiten. Für uns
416 gilt der Leitsatz: Aufgaben gehören auf die Ebene, die dafür am besten geeignet ist. Dabei
417 sollen Arbeitsbereiche, von der Planung bis zur Umsetzung, so weit wie möglich von einer
418 einzelnen Verwaltung verantwortet werden. Entscheidend dabei ist, dass der jeweiligen
419 Zuständigkeit auch das notwendige Geld folgt. Zugleich wollen wir Berlin durch ein besseres
420 Zusammenspiel der Ebenen voranbringen, indem wir für alle relevanten öffentlichen Aufgaben

421 und Bürger*innendienstleistungen Zielvereinbarungen abschließen. Damit beschleunigen wir
422 auch die Modernisierung der Stadt.

423 **4. Alle Leistungen der Verwaltung digital und aus einer Hand**

424 Wir wollen aus dem Berliner Service- und Dienstleistungsportal ein attraktives digitales
425 Bürger*innenamt machen. Alle Verwaltungsdienstleistungen sollen dort online, medienbruchfrei
426 und auch mobil zugänglich sein. Dazu wollen wir die bundesgesetzlichen Voraussetzungen
427 schaffen und die internen Verwaltungsabläufe vollständig digitalisieren. Unser Ziel ist, das
428 Hin und Her zwischen verschiedenen Ämtern, Internetseiten und Online-Formularen zu beenden.
429 Wir Grüne tragen zugleich Sorge dafür, dass alle Behörden ihre IT-Infrastruktur mit den
430 gebotenen Sicherheitsanforderungen betreiben und ihre Mitarbeiter*innen umfassend geschult
431 werden.

432 **5. Bezirke: Nicht der billigste Preis, sondern die beste Leistung gewinnt!**

433 Das Prinzip der Kosten- und Leistungsrechnung (KLR), auf der die Finanzierung der Bezirke
434 basiert, gerät bei knappen Budgets schnell zu einem ruinösen Wettbewerb um den billigsten
435 Preis. Das führt zu weniger Qualität und unterschiedlichen Standards in den zwölf Berliner
436 Bezirken. Wir wollen Kooperation statt Konfrontation und einen Wettbewerb um die beste
437 Leistung, nicht die billigste. Darum werden wir bei der KLR die Kostendaten mit
438 verbindlichen Qualitätsstandards definieren.

Beschluss (vorläufig)

Kapitel 7: Wir sind bereit, Verantwortung für die Zukunft Berlins zu übernehmen

Gremium: LDK
Beschlussdatum: 20.03.2021
Tagesordnungspunkt: K-7 Kapitel 7

1 7. Wir sind bereit, Verantwortung für die Zukunft 2 Berlins zu übernehmen

3 Als wir 2016 Verantwortung übernommen haben, war das Wort „Klima“ in Berlins Regierung ein
4 Fremdwort. Über Jahrzehnte war die Substanz der Stadt ausverkauft. Die Bezirke waren kaum
5 noch handlungsfähig, Busse und Bahnen fuhren mit der letzten Schraube. Eine aktive
6 Mietenpolitik gab es nicht, in Schulen war seit Jahren nicht investiert worden, genauso
7 wenig wie in Krankenhäuser. Polizei und Feuerwehr waren deutlich schlechter bezahlt als in
8 den anderen Bundesländern, Sozialarbeiter*innen waren in vielen Bezirken nicht mehr
9 existent. Und während in vielen Städten der Welt längst für die Verkehrswende gearbeitet
10 wurde, hatten die Regierenden in Berlin Autobahnen mitten durch die Stadt im Kopf.

11 Wir haben umgesteuert – Berlin hat die Entscheidung

12 Wir haben umgesteuert. Es hat viel Kraft gekostet, nicht alles hat auf Anhieb so
13 funktioniert, wie wir es uns vorgestellt haben und wir sind noch weit von unserer Vision
14 entfernt. Aber wir haben eine Tür aufgestoßen, die Weichen sind neu gestellt. In diesem
15 Programm haben wir beschrieben, wo Berlin nach der Übernahme von Regierungsverantwortung
16 durch uns Grüne steht und wo wir hinwollen. Jetzt entscheidet sich, ob Berlin den Weg in
17 eine gute Zukunft tatsächlich geht.

18 Der Blick in die Welt zeigt – es stehen zwei Optionen zur Debatte: Der Weg der rechten
19 Populist*innen, der Verfechter*innen illiberaler Demokratien, der Klimaleugner*innen und
20 Spalter*innen. Und der Weg in eine klimaneutrale, lebenswerte und gerechte, eine offene,
21 antirassistische und freie Weltstadt der Zukunft. Wir Grüne stehen für den zweiten Weg und
22 wir sind überzeugt: Die Zeit ist reif und es ist unsere Zeit.

23 Ein Bündnis der Berliner Zukunftskräfte

24 Berlin in die Zukunft zu führen geht nicht alleine. Als Partei, die aus vielen Bewegungen
25 entstanden ist, wissen wir, Zukunft wird nicht in Verwaltungen entwickelt, sondern in
26 breiten gesellschaftlichen Bündnissen. Aber es braucht Verantwortliche in Parlament und
27 Regierung, die bereit sind und dafür brennen, gemeinsam mit den Menschen in Berlin die
28 Zukunft zum Guten zu gestalten. Denn wir wissen, dass wir nur zusammen noch viel weiter
29 kommen.

30 Genau darum geht es uns. Mit dem Mandat der Berliner*innen sind wir bereit, Verantwortung
31 für die Zukunft dieser Stadt zu übernehmen.